REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 449 · 12.4.2001

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 43 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Grüne Woche der Niederlagen
2. Knacken in der Leitung. Betriebsratsgründung mit Hindernissen in Berliner Call Center - Robert Hagen
3. Die Ambivalenz reiten. Wie revolutionär ist das Existenzgeld? - Andreas Donat
4. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der entlohnten und nichtentlohnten Arbeit
5. Der Pate vom Arbeitsministerium. Riester plant Änderungen bei der Arbeitsförderung - dk
6. Der Extremismus der Mitte. Einsichten eines grünen Ministers - Jürgen Trittin
7. Einig' Vaterland der Patrioten. Neonazis als Meinungsführer in der Nationalstolz-Debatte - Js.
8. "Der König ist nackt." Interview mit Sean McGuffin über den Berliner RZ-Prozess und die humorlose deutsche Linke - Beat Makila
9. Berliner RZ-Prozess: Im Mai gehts wohl erst richtig los - mb., Berlin
10. Dokumentation: Auch Ministerinnen haben ein Recht auf freie Meinungsäußerung - Heidi Knacke-Werner
11. Dokumentation: Gemeinsame Erklärung der internationalen ProzessbeobachterInnen
12. Erzwungene DNA-Analysen. Speichelproben als Druckmittel der Behörden - Rote Hilfe Nürnberg
13. Frankfurt am Main: Naziaufmarsch verhindern - egal ob am 1. oder 5. Mai
14. Antifa heißt Kontakt aufnehmen! - Joachim Kolb
15. "Merz"-Wahlen. Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz - mb.
16. Konsens ist Nonsens. Befriedung der Anti-Atom-Bewegung in Gorleben gescheitert - Tom Binger
17. Verbote - Verbote - Verbote - Wilhelm Achelpöhler
18. Fotoreportage: Castor heißt Widerstand - DSe
19. Der Sub ist nur ein Sub. Die EZLN mobilisiert erfolgreich - Lars Stubbe
20. Selbstbeschränkte Offensive. Indígena-Marsch zeigt Möglichkeiten und Grenzen des Zapatismus - Albert Sterr
21. Der unendliche Übergang. Die Ukraine windet sich unter den enttäuschten Hoffnungen auf ein postsowjetisches Paradies - Olga Samborskaya
22. Die Mexikanisierung des Balkans. Reisebericht über einen Besuch bei linken Basisgruppen in Jugoslawien - FelS-Intersol
23. Slobo im Knast. Die Balkankrise geht weiter - ein Kommentar - Boris Kanzleiter
24. Der wachsende Mutant. Russland zwischen Wirtschaftsaufschwung und sozialer Polarisierung - Kai Ehlers
25. "Verbrechen im Bereich des Akzeptablen." Tanya Reinharts Kritik an israelischer Selbstgerechtigkeit
26. Sharon legt los. Frontnotizen aus Israel/Palästina - Achim Rohde
27. Die Frustrierten und die Motivierten. Kommunalwahlen in Frankreich: Erfolge für neue Linke - Bernhard Schmid
28. □Weniger Märchen bitte.□ Julio Anguita zur Propagandaschlacht im Vorfeld der Wahlen im Baskenland
29. BîJî NEWROZ! - ga
30. "Papiere für alle!" Spanien: Proteste gegen das neue Ausländergesetz gehen weiter - co
31. Bilder einer sozialen Bewegung. Eine Fotoausstellung über die Startbahn-West-Bewegung der achtziger Jahre - Thomas Klein
32. Kindsraub und Gitarrenklänge. Rassistische Bilder von Sinti und Roma in deutschen Kinder- und Jugendbüchern - Freier Sender Radio Dreyeckland
33. Park Fiction. Die Wünsche verlassen die Wohnung. Interview mit Christoph Schäfer
34. Der Anti-Finkelstein. Argumente gegen einen Bestseller und seine Wirkung auf die "Berliner Republik" - Js.
35. Marxismus im Kurzschluss. Das neue Marx-Buch des Krisenpropheten Robert Kurz ist ein Ärgernis - Ingo Stützle
36. Neue Blumen des Bösen. Zu den Schwierigkeiten der Nietzsche-Lektüre - Thomas Seibert
37. Der Retter Israels. Ariel Sharon verhindert den Judenmord - hofft "konkret" - Js.
38. Jodeln und mehr. Zabine legt Debüt-CD Transalpin vor. - Tommy Schroedter

39. AUFGEBLÄTTERT
40. LESERBRIEFE
41. Kalender
42. In diesem Tempo weiter!
43. Der "Übergang" als Perspektive

1. Grüne Woche der Niederlagen

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/woche.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:woche

Stuttgart, Mainz, Gorleben: The Looser is ... the Green Party. Die in Berlin mitregierende ehemalige Bewegungspartei fährt nicht nur seit einigen Jahren bei nahezu allen Wahlen Verluste ein, sie ist vor allem bei den JungwählerInnen krass unpopulär. Die Auseinandersetzungen um den Castortransport ins wendländische Gorleben in der letzten Märzwoche haben deutlich gemacht, dass es auch um die Glaubwürdigkeit und Integrationsfähigkeit der Grünen schlecht bestellt ist. Die Anti-AKW-Bewegung zieht ja bereits seit längerem mit der Parole Konsens ist Nonsens durch das Land. Damit ist gemeint, dass es einen gesellschaftlichen Konsens zum Weiterbetrieb von Atomkraftwerken nicht geben wird.

Viele werden dennoch die Sorge (oder die Hoffnung) gehabt haben, dass der sog. Ausstiegskonsens zu einer gesellschaftlichen Befriedung des Atomkonfliktes führen könnte. Die Demonstrationen und Aktionen in Gorleben haben gezeigt, dass davon nicht die Rede sein kann. Dass erstmals ein Castortransport den Rückwärtsgang einlegen musste, ermutigt nicht nur die Anti- AKW-KämpferInnen. Es zeigt geradezu bildlich, dass es für Rot-Grün in der Atomfrage keine Ruhe geben wird. Sicherlich hatte niemand von den Grünen erwartet, dass sie einen Sofortausstieg gegen SPD und Atomwirtschaft durchsetzen würden. Es dürfte vor allem die Schönrederei katastrophaler Politik- ergebnisse gewesen sein, die viele Menschen im Umfeld der Partei nicht nur verärgert, sondern nun auch gegen Castor auf die Straße getrieben hat. Bei den Aktionen hat sich erneut gezeigt, dass "Castor" nicht lediglich ein technischer Begriff aus dem Bereich der nuklearen Entsorgung ist - für viele Menschen hat er Symbolcharakter. Gegen Castor zu sein, hat viel mit oppositionellem Lebensgefühl zu tun. Das wissen auch die Grünen, und das dürfte ihnen jenseits konkreter Fragen (Wann kommt der nächste Castor; wie gehtÆs weiter beim Endlager?) schlaflose Nächte bereiten. Denn im Wendland war gerade die Gruppe besonders stark vertreten, die früher das größte Potenzial der Grünen darstellte: viele junge Menschen, die keinen Bock auf Anpassung an die herrschenden Verhältnisse haben und die bei der Parole "Wir stellen uns quer" mehr als nur den Castor im Sinn haben.

Auch bei den Landtagswahlen im Südwesten wurde das Nachwuchsproblem der Grünen spürbar. Gerade der Zuspruch der WählerInnen unter 30 ist drastisch zurückgegangen. Die Partei lebt weitgehend von der Ausstrahlung einiger weniger Medienstars wie Fischer und Künast. Greifbare Erfolge haben die Grünen aber nicht vorzuweisen. Selbst in den Politikbereichen, wo die Standardentschuldigung der leeren Kassen nicht gelten kann, lassen sie jedes eigenständige Profil vermissen. In dem seit Monaten dauernden Streit um die deutsche "Leitkultur" ducken sie sich ängstlich weg, statt den NationalistInnen Contra zu geben. Während die CDU/CSU den Nationalstolz zur staatsbürgerlichen Pflicht erheben will, reagieren führende Grüne mit einem defensiven "Nein, aber". Joschka Fischer glänzte mit der Formel, mal sei er mehr, mal weniger stolz, ein Deutscher zu sein.

Jürgen Trittin, der in dieser Frage fast als einziger Rückgrat gezeigt hat, darf nur Minister bleiben, wenn er in Zukunft darauf verzichtet zu "polarisieren". Das ist auch "realpolitisch" betrachtet ziemlich dumm. Eine Partei, die nicht einmal in symbolpolitischen Fragen ein eigenes Profil vorweisen kann, ist noch langweiliger als die FDP. Sollte Schröder nach der nächsten Bundestagswahl zwischen einem grünen und einem liberalen Koalitionspartner wählen können, dann spricht ein entscheidender "Vorzug" für die Grünen: Sie sind mit Abstand leichter auf Linie zu halten. Seite 7 und 12-14

2. Knacken in der Leitung. Betriebsratsgründung mit Hindernissen in Berliner Call Center

Autor: Robert Hagen · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:17

Call Center gelten eigentlich nicht als Hochburgen widerständigen ArbeiterInnenverhaltens. Doch allmählich scheint sich das zu ändern, die Agents fangen an, sich zu organisieren. Eine Entwicklung, die Geschäftsleitungen nicht gerne sehen und nach Kräften zu unterbinden versuchen. Im Folgenden ein Fallbeispiel aus Berlin.

Am Anfang der jungen Geschichte des Unternehmens "Hotline Kommunikationsdienste GmbH" schien es, als ob alles nur noch schöner werden könnte. Der Boom der telefonischen Dienstleistungen schien kein Ende zu nehmen: Volle Auftragsbücher, eine geräumige, nagelneu und modern ausgestattete Fabriketage, die Ära der New Economy und des Teamgeistes, der MitarbeiterInnen und ManagerInnen wie eine große Familie zusammenstehen lässt, überschwängliche Presseberichte über die neue Dienstleistungsmetropole an der Spree. All dies ließ nicht zuletzt auch die überwiegend studentischen Beschäftigten an den computerintegrierten Telefonarbeitsplätzen an ein Leben ohne Geldsorgen glauben, wo die Eltern nicht mehr zahlen wollten oder der letzte Bafög-Bescheid mal wieder negativ ausfiel. Einigen mag es ja ein bisschen albern vorgekommen sein, wenn sich das Projektmanagement mit Vornamen ansprechen ließ oder sich die Geschäftsführung zum vertraulichen Gespräch bei persönlichen Problemen anbot und die vorweihnachtliche Betriebsfeier im Party-Club zum zwingenden Familienereignis geriet. Doch der Stress ließ sich als sportliche Herausforderung umdeuten, und die flexible Schichteneinteilung konnte gut mit den Stundenplänen und den Prüfungsterminen an der Uni vereinbart werden.

Der Spaß

ist vorbei!

Doch Ende letzten Jahres zogen Wolken auf am bisher so strahlenden Hotline-Himmel. Ein Auftraggeber sprang ab, ein anderes Projekt erwies sich entgegen den vorigen Kalkulationen als unrentabel. Die Unternehmensleitung, die sich selbst als Wohltäter für StudentInnen mit überzogenen Girokonten und als Anhänger der linken Subkultur versteht, setzte nach und nach die 40 MitarbeiterInnen auf die Straße, nicht ohne ihnen - wie üblich - alles Gute für ihre weitere berufliche Zukunft zu wünschen.

Unter den verbliebenen Beschäftigten ging die Angst um, die nächste wahllose Kündigung könnte eine/n selbst treffen. Auf der Weihnachtsfeier wollte sich eine entspannte Stimmung nicht einstellen, und als die Geschäftsleitung mit Hinweis auf die angespannte finanzielle Situation den Gästen die zu Bruch gegangenen Biergläser in Rechnung stellte, gefiel das den Agents auch nicht so recht. Der Betriebsfrieden bekam erste Risse.

Unter den Beschäftigten begannen Diskussion darüber, wie man willkürlichen Kündigungen zuvorkommen könnte. Auch die schwankenden Arbeitszeiten, der zunehmende Leistungsdruck und die Kontrollen waren Anlass, über Formen der Gegenwehr nachzudenken. Der Konflikt bei der "AudioService GmbH" - einem anderen Berliner Call Center - hatte gezeigt, wie schnell man gefeuert werden konnte, wenn man als Gruppe mit Forderungen gegenüber der Geschäftsleitung auftritt, selbst wenn es nur um die Gewährung von gesetzlichen ArbeitnehmerInnenrechten geht. Bei "Hotline" informierten sich die Beschäftigten daher über die Einzelheiten von Mitbestimmungsrechten und über Verfahrensregeln zur Gründung eines Betriebsrates. Dies schien ein geeigneterer - und sicherer Weg zu sein, sich gegen die Willkür des Personalmanagements zu wehren und dabei das Risiko von Kündigungen zu verringern.

Immerhin gab es unter den Beschäftigten ein Mitglied der IG Medien. Die Vorbereitungen zur Wahl eines Wahlausschusses wurden eingeleitet, der dann die eigentliche Betriebsratswahl durchführen sollte. Allein, die väterliche Geschäftsleitung fühlte sich übergangen. Ein Betriebsrat schien darüber hinaus das institutionalisierte Böse zu sein, ein Einfallstor für Gewerkschaften und bürokratische Strukturen, die jeder effektiven Problemlösung von Angesicht zu Angesicht nur im Wege stünden. "Kommunikation ist unser Geschäft", lautet das Firmenmotto von "Hotline", und nach Ansicht der Geschäftsleitung steht das auch für die

zwischenmenschlichen Beziehungen im Betrieb. Überhaupt sah man sich infiltriert von realitätsfernen Polit-AktivistInnen, die zusammen mit einer ominösen und im Internet präsenten "Call Center Offensive" den Laden zu ihrem Experimentierfeld machen wollten. So war der Feind in den eigenen Reihen schnell erkannt. Die "Störenfriede" mussten entfernt werden, die noch Getreuen mussten besser auf die wahre Firmenphilosophie der flexiblen Strukturen in flexiblen Zeiten eingeschworen werden.

Durch Einwände gegen Verfahrensmängel etc. blockierte die Geschäftsführung zunächst die Aufforderung der IG Medien, eine Betriebsversammlung einzuberufen, um einen Wahlausschuss zu wählen. Statt dessen lud sie selbst für Ende Januar zu einer Belegschaftsversammlung ein, auf der die Vor- und Nachteile eines Betriebsrats erörtert werden sollten. Auf dieser Versammlung sprachen sich die Geschäftsführung und mehrere Teamleiter vehement gegen die Bildung eines Betriebsrats aus, während einige Leute aus der Betriebsinitiative offen für eine Betriebsratsgründung plädierten. Wenig später brachten Festangestellte ein eigenes Flugblatt heraus, in dem gegen eine Betriebsratsgründung argumentiert wurde. Auch unter den flexibel Beschäftigten gab es keine einheitliche Meinung. Ob dabei allerdings der Glaube an informelle Kommunikationsstrukturen überwog oder eher die Angst vor der Kündigung, lässt sich schwer sagen. Die BetriebsratsgegnerInnen schlugen ein informelles Personalgremium mit unklaren Befugnissen vor. Immerhin sollte dieses - so ein Nachbesserungsvorschlag - wenigstens mit Kündigungsschutz ausgestattet werden. Für die BefürworterInnen hingegen war dieser Vorschlag nur ein taktisches Ausweichmanöver. Sie wurden daraufhin als nicht kompromissfähig und dogmatisch diffamiert.

Betriebsrat -

ja oder nein

Am 2. Februar folgte eine weitere "Gesprächsrunde". Thema war erneut der Sinn oder Unsinn eines Betriebsrates. Die BetriebsratsbefürworterInnen begannen, sich auf Grund der massiven Agitation auch über das firmeneigene Intranet Sorgen zu machen, ob sie bei der Wahl das notwendige Quorum erreichen würden. So ließen sich vier Mitglieder der Initiative dazu hinreißen, vorzeitig (bevor sie wirksamen Kündigungsschutz genossen) aus der Anonymität herauszutreten und Stellung zu beziehen. Nachdem sie eine von ihnen unterzeichnete Einladung für eine Betriebsversammlung zur Wahl eines Wahlausschusses vorlegten, dauerte es keine fünf Minuten, und sie waren entlassen und mit einem Hausverbot belegt. Es folgten weitere 23 z.T. fristlose Kündigungen. Es reichte der bloße Verdacht, der konspirativen Gruppe nahe zu stehen. Alle Kündigungen wurden durch vorgeschobene Begründungen gerechtfertigt, die den Eindruck erwecken sollten, als hätten sie mit dem Betriebsratskonflikt nichts zu tun. Die IG Medien strengte hingegen eine Klage wegen der Behinderung einer Betriebsratswahl an, die im Erfolgsfall empfindliche Strafen nach sich ziehen kann.

Auf Grund der rührigen Pressearbeit der Gekündigten und einer spontanen Kundgebung vor den Toren des Call Centers musste die Geschäftsleitung allerdings negative Schlagzeilen und ein schlechtes Image befürchten. Ein gestörter Betriebsfrieden könnte überdies bei den Auftraggebern Zweifel über die Qualität der Kundenbetreuung wecken, was der Geschäftsleitung erhebliche Bauchschmerzen verursachen muss. Um größeren Schaden abzuwenden, besann man sich darauf, die Strategie zu ändern und lieber einzulenken. Man zeigte sich nunmehr einsichtig und erklärte sich grundsätzlich bereit, die Gründung eines Betriebsrats zu akzeptieren, wenn die Belegschaft sich mehrheitlich dafür ausspreche.

Mehrere TeamleiterInnen und Agents, die sich vorher noch vehement gegen die Einrichtung eines Betriebsrats ausgesprochen hatten, luden nun ihrerseits zu einer Betriebsversammlung ein, auf der ein Wahlausschuss für die Betriebsratswahl gewählt werden sollte. Die Befürchtung lag nahe, die Geschäftsführung wolle sich des Themas nun durch die Installierung eines gefügigen Betriebsrats entledigen. Gewählt wurden dann aber letztendlich drei Agents, von denen zwei auch das Vertrauen der Gekündigten genießen. Darüber hinaus forderten die Anwesenden einstimmig die Geschäftsführung auf, sämtliche erfolgten Kündigungen zurückzunehmen. Draußen fand während der Betriebsversammlung eine zweite Kundgebung zur Unterstützung der oppositionellen Agents statt, diesmal mit den Entlassenen. Auch Gekündigte haben das Recht, als nicht wahlberechtigte ArbeitnehmerInnen an einer Betriebsversammlung teilzunehmen. Dies wurde ihnen jedoch verwehrt. Die Geschäftsführung erteilte allen entlassenen Agents, die teilnehmen wollten, ein Hausverbot.

Alle Betroffenen haben umgehend Kündigungsschutzklagen eingereicht. Den Verbliebenen hat die Geschäftsführung inzwischen leichte Verbesserungen des Vertrags angekündigt. Gleichzeitig stellt der Betrieb vermehrt vom Arbeitsamt vermittelte UmschülerInnen und PraktikantInnen zu niedrigeren Lohnkosten ein. Dies führt zu unterschiedlichen Interessenlagen und Wahrnehmungen der Arbeitsbedingungen: Die StudentInnen sehen sich Schikanen und wachsendem Leistungsdruck ausgesetzt, während andere froh sind, nach längerer Arbeitslosigkeit wieder einen Arbeitsplatz zu haben.

Das allgemeine Betriebsklima hat sich weiter abgekühlt. Die "Call Center Offensive" Berlin erhält vermehrt Berichte über Mobbing gegen einzelne Personen. Wegen nichtiger oder nicht der Wahrheit entsprechender Gründe werden Abmahnungen ausgesprochen, was die Betroffenen angesichts der angedrohten fristlosen Entlassung unter Druck setzt. Es verdichtet sich der Eindruck, dass die Personalleitung verstärkt zu Methoden des "Management by stress" greift. Dafür sprechen die zunehmenden elektronischen Leistungskontrollen und das Mithören von Gesprächen. Auch so genannte Trainingsmaßnahmen werden als repressiv empfundenen, während sie aus Unternehmenssicht ein unterstützendes "Coaching" zur Qualitätssicherung darstellen.

Kündigungen

und Hausverbote

Die Geschäftsleitung hat mittlerweile einigen der Gekündigten eine Wiedereinstellung angeboten. Viele befürchten jetzt nach der Neueinstellung Mobbing gegen ihre Person. Zitate wie das folgende stützen diese Befürchtungen: "Wir erklären uns gerne bereit, Sie wieder bei uns beschäftigen zu dürfen. Wegen Ihrer Abwesenheit werden Sie sicher Verständnis dafür haben, dass wir Sie neu einschulen müssen. Dazu bedarf es der Zustimmung des Geschäftsinhabers. Dieser ist derzeit jedoch in Urlaub." Das heißt, die Hürden, die zukünftige engagierte Betriebsratsmitglieder überwinden müssen, sind derzeit hoch.

Einer der Entlassenen sieht sich besonderen Anfeindungen ausgesetzt. Nachdem er in den Medien unter Angabe seines Namens bereitwillig Auskünfte über die Ereignisse gegeben hatte, wurde ihm schriftlich eine Unterlassungsklage angedroht. Er ist jedoch nicht im Geringsten bereit, klein beizugeben, sondern hat seinerseits einen Anwalt eingeschaltet. Er versichert: "Die ‚Hotline` versucht hier, gezielt ehemalige Mitarbeiter einzuschüchtern. Unsere Bestrebungen für einen Betriebsrat sind rechtmäßig, ich werde mir nicht den Mund verbieten lassen, nur weil ich einer Geschäftsleitung zu unbequem geworden bin."

Robert Hagen

Der Autor gehört der Berliner

"Call Center Offensive" an.

Mehr unter www.callcenteroffensive.de.

3. Die Ambivalenz reiten. Wie revolutionär ist das Existenzgeld?

Autor: Andreas Donat · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:31

Mit der Existenzgelddebatte wurde die "soziale Frage" von Teilen der politischen Linken wiederentdeckt. Dabei werfen die ProtagonistInnen dieser Forderung ihren KritikerInnen gerne einen tendenziell sektiererischen Radikalismus vor. Der folgende Beitrag sieht hinter dieser Abwehr eine Immunisierungsstrategie, mit der der reformistische Kern der Existenzgeldforderung der Kritik entzogen wird.

Harald Rein ist einer der entschiedensten Verfechter der Existenzgeldforderung. Er trennt in seinen Beiträgen (etwa in ak 446) ein sehr spezifisches Existenzgeld-Konzept von der viel breiteren und differenzierten Grundsicherungsdebatte ab. Nur diese Variante lässt er als "wirkliche" Existenzgeldforderung gelten. Die explizit bürgerlichen und neoliberalen Grundsicherungsforderungen finden in seiner Geschichte der Existenzgeldforderung keine Beachtung, ältere linke Debatten wie die um den "politischen Lohn" werden lediglich erwähnt. Einer Kritik am Existenzgeld als Teil eines umfassenderen Grundsicherungsdiskurses geht Rein damit aus dem Weg.

"Existenzgeld garantiert allen (in Deutschland lebenden A.D.) Menschen, unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Familienstand und ohne Arbeitszwang ein ausreichendes Einkommen". Dies bedeute DM 1500,- plus "angemessenen" Beitrag zur Miete, damit "wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum" und habe nichts mit bürgerlichen Grundsicherungsmodellen zu tun. Als realpolitische Forderung verstanden unterscheidet sich dieses von bürgerlichen Modellen jedoch zunächst nur durch die Betonung des Rechtscharakters, die Ablehnung von Arbeitsverpflichtung und die etwas höheren Bezüge. Was also ist demnach am Existenzgeld so linksradikal? Zwei Antworten werden i.d.R. geliefert: Zum einen ist das Existenzgeld zwar ein reformistisches Projekt, kann aber als solches die Basis für revolutionäre Kämpfe verbessern. Hierbei ist die Existenzgeldforderung realpolitisch umzusetzen. Zum zweiten transportiert das Existenzgeld eine Utopie, mit der sich erfolgreich mobilisieren lässt. Hier geht es um anderes und um mehr als um die Realisierung der Reform.

Beiden Positionen gemein ist die Verquickung von Reformistischem und Revolutionärem. Für Rein ist die Existenzgeld-Forderung "real und utopisch zugleich", sie beinhalte "die Perspektive nach einer anderen Gesellschaft". Die viel zitierte Ambivalenz wird als "das der Existenzgeldforderung innewohnende dialektische Verhältnis" bezeichnet: "Einerseits die mögliche Entkoppelung von Arbeit und Einkommen sowie die Gleichwertigkeit von Lohn- und Haus-/Reproduktionsarbeit unter dem Blickwinkel der revolutionären Umwälzung der Gesellschaft voranzutreiben und andererseits die Forderung ‚als praktische Aneignungsbewegung' zu verstehen." (1) Die Vermutung liegt nahe, dass sich hinter dieser Dialektik letztlich ein banales Dilemma verbirgt: einerseits das Bedürfnis nach realer Politik in revolutionärer Absicht - andererseits das Fehlen einer selbstständigen Bewegung. Rein lässt offen, wie eine "Forderung" als "Aneignungsbewegung" (zudem noch als praktische) verstanden werden kann. Die Forderung existiert, das Bestehen einer Bewegung wird auch von BefürworterInnen des Existenzgelds bedauernd bestritten.

realistische Utopie - utopische Realität

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Erwerbslose (BAG - E) verdeutliche in ihren Thesen - so Rein - "dass unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen die Verwirklichung eines Existenzgeldes unmöglich ist", sie sei "nicht realisierbar". Zugleich aber werde gezeigt, dass "die materielle Voraussetzung für eine existenzielle Absicherung für alle vorhanden ist". Rein konstatiert durchaus zurecht einen generellen Widerspruch in der Begründung zum Existenzgeld. Dieser besteht darin, "dass zwar die Unmöglichkeit der Verwirklichung der Existenzgeldforderung unter den gegebenen Verhältnissen erklärt wird, Existenzgeld als Sockelung (...) aber gleichzeitig reale Züge erhält". Ein Widerspruch, der entsteht, wenn versucht wird, revolutionären Inhalt in (real-)politische Formen zu packen. Diesen Widerspruch aufzulösen, genügen vielen zwei Worte: Radikaler Reformismus.

Die Existenzgeld-Rezepte der politischen Linken stellten - so Rein - einen "perspektivischen Weg hin zu einer anderen Gesellschaft (...) mit der Absicht der eigenen Überflüssigmachung" dar. Mit Reformismus habe das nichts zu tun, "da Existenzgeld als System sprengende Forderung insbesondere für eine nachkapitalistische

Zeit gemeint ist". Sprengt die Forderung dann die nachkapitalistische Gesellschaft, oder ist die befreite Gesellschaft die, in der wir uns mit Existenzgeldzahlungen zufrieden geben müssen? Hoffentlich verliert diese Linke auf ihrem perspektivischen Weg die eigene Überflüssigmachung nicht aus den Augen.

Rein entfaltet unreflektiert den zentralen Fehlschluss in der Argumentation. Auch wenn die Existenzgeld-Forderung (so) nicht innerhalb kapitalistischer Verhältnisse realisiert werden kann: Die Forderung und das Bemühen um ihre praktisch-politische Umsetzung ist deswegen noch keine Fahrkarte zur Revolution. Wenn es in erster Linie darum geht, den "Massen" eine Utopie schmackhaft zu machen, in der alle knapp über dem Existenzminimum leben können, ohne lohnarbeiten zu müssen, ist das eher reaktionär. Die Existenzgeld-Forderung soll der Wolf im Schafspelz sein. Die vorgestellte Utopie setzt auf die Nasführung der "Massen". Warum sagt die revolutionäre Bewegung nicht offen, was sie will? So bleibt die Forderung ein mehr oder weniger geschickter Aufmacher für eine Kampagne. Es geht nurmehr um politische Taktik, und darin gleicht sie bürgerlichen Politikvorstellungen.

Wird die Forderung aber innerhalb kapitalistischer Verhältnisse realisiert, verbirgt sich dahinter eine Gesellschaft mit verschärfter Klassenspaltung und festgeschriebener Lohnarbeit. Jede Kampagne für ein Existenzgeld schiebt auch die explizit bürgerlichen Grundsicherungsmodelle an. Existenzgeld bewirkt die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen nur für die ExistenzgeldbezieherInnen und bleibt Ausdruck der Zweitklassigkeit von Nicht-Lohnarbeit. Dass sich mit sozialpolitischen Maßnahmen die Basis für die Revolution verbessere, ist ein Glaubenssatz aus der Frühphase der Sozialdemokratie. Sozialstaat kann dagegen auch als "Verhinderungsmittel von Selbstbewusstsein und revolutionären Kämpfen" thematisiert werden. (2)

Taktiererei

und Realpolitik

Harald Rein steht mit dem Versuch, die Ambivalenz zu reiten, nicht allein. Bei Hans Peter Krebs, dem Mit-Herausgeber des Existenzgeld-Buches, endet die Debatte in linkem Populismus: "Wenn die Linke (...) eine praktische Politik etablieren will (...) muss sie einerseits an den dringendsten Bedürfnissen der breiten Bevölkerung heute ansetzen, andererseits muss sie aber auch eine Idee künftiger Gesellschaft, eine positive Utopie (...) in Umrissen zeichnen." (3) Den Menschen ein Leitbild geben! Neben dem Existenzgeld als Bürgerrecht geht es Krebs vor allem um die Umverteilung von Arbeit und Einkommen. Die Produktion selbst ist dabei nur noch ein Reichtum erzeugender technischer Prozess, der durch den Kapitalismus höchstens pervertiert wird. Auch Frieder Dittmar fragt sich taktisch: "Formulieren die Linksradikalen dagegen von vornherein die Forderung wieder so um, das ihre Verwirklichung mit dem revolutionären Bruch identisch wäre?" Dann bestehe "die Gefahr, dort weiterzumachen, wo sie gerade gescheitert sind: an der Marginalität". (4)

In ein ähnliches Horn stößt die Gruppe FelS aus Berlin: "Revolutionäre Diskurse, die steril bleiben, weil sie niemanden mobilisieren, sind objektiv betrachtet überhaupt nicht radikal. Dann doch lieber Lenin: Mit ‚Land, Frieden, Brot!' eine Gesellschaft in Bewegung bringen." Auch wenn die Existenzgeldforderung "natürlich" reformistisch ist, kann man "aber (...) anhand ihrer die Legitimität des herrschenden Verteilungs- und Arbeitsmodells angreifen" (5). Möglich wird dies vor allem durch die "Entwicklung der Produktivkräfte", denn: "Inzwischen ist ... auf Grund der technologischen Entwicklung immer weniger Arbeit nötig". Ein Hoch auf die Technik: jede Menge Kohle ohne Arbeit. Gerade hier erweist sich die Existenzgelddebatte als Verteilungsdebatte, und damit sind die politischen Referenzpunkte abgesteckt.

Existenzgeld - pure Taktik in revolutionärer Absicht oder doch sozialstaatliche Realpolitik? Gegen ersteres steht nicht nur die taschengeldhafte Forderung von ca. 1.500 DM, sondern auch die seitenlangen buchhalterischen Überlegungen, wie unser Staat das alles finanzieren könne. (6) Grundsicherung ist im Rahmen modernisierter Sozialpolitik realisierbar - deren aufgeblähte Variante Existenzgeld unter den Bedingungen kapitalistischer Gesellschaften nicht. Verbessern sich mit modernisierter Sozialpolitik die revolutionären Perspektiven? Muss nur das Utopische gefordert werden, um dahinter eine revolutionäre Bewegung zu versammeln? Die Behauptung, die Existenzgeldforderung sei ja eigentlich nur Utopie und strategisch, erklärt sich inhaltlich nur darüber, dass Kampagnenpolitik gemacht werden soll. Hier verbleibt die Forderung im schlechten Utopismus. Denn auch bei bestem revolutionärem Willen heißt Existenzgeld erst mal

nur die Trennung von Lohnarbeit und Existenz. Erstere wird dabei jedoch vorausgesetzt. Das Existenzgeld ist alles andere als eine Abschaffung der Lohnarbeit.

Lohnarbeit bleibt

Die Existenzgeldforderung zu kritisieren bedeutet nicht, dass mögliche Vorteile eines verbesserten Sozialstandards geleugnet werden müssen. Aber kumulativ Sozialleistungen auszubauen (also immer mehr Sozialstaat), bis dann unmerklich der Kapitalismus transformiert ist - das ist lediglich eine Neuauflage früherer sozialdemokratischer Illusionen. Was aber mit der Existenzgeldforderung in der Tat in den Blick gerät, sind die Grenzen gewerkschaftlicher Strategien. Die Interessen von Erwerbslosen und LohnarbeiterInnen zu vereinen und einen Kampf nicht für sichere Arbeitsplätze, sondern gegen die Gesellschaft der Lohnarbeit zu führen, liegt jenseits ihrer Bestimmung.

In ihrem Affekt gegen "radikale Kritik" bedienen die Existenzgeld-Kampagneros sowohl Reformismus als auch Anti-Intellektualismus. Radikale Kritik wird als "über allem anderen stehend" (Zelig), als "Treffen der Evangelisten", "objektiv nicht radikal" (FelS) denunziert. Hier wird scheinbar Praxis eingeklagt. Optiert wird für eine "realistische Politik". Doch genau diese Form von Realpolitik ist vor allem eines: praxislos.

Andreas Donat

Anmerkungen:

1) Hans Peter Krebs/Harald Rein (Hg.): "Existenzgeld", Münster 2000

2) Wildcat-Zirkular 48/49, S. 106-115

3) Krebs/Rein (Hg.), a.a.O., S. 74

4) a.a.O.

5) a.a.O, S. 39

6) a.a.O., S. 139-153

4. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der entlohnten und nichtentlohnten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:39

Neue Runde bei VW Südafrika

Kein Ende ist in Sicht bei der Auseinandersetzung um die Wiedereinstellung von 1.500 entlassenen ArbeiterInnen bei VW Südafrika. Die Geschäftsleitung hatte sie im Februar letzten Jahres auf die Straße gesetzt, weil sie für die Wiedereinstellung von Vertrauensleuten gestreikt hatten, die vorher in Zusammenarbeit von Management und Gewerkschaftsführung gekündigt worden waren.

Ende Februar diesen Jahres hatte die zuständige Schlichtungsstelle nach einem langwierigen Schlichtungsverfahren die Entlassungen für ungültig erklärt, worauf VW umgehend bei den ordentlichen Gerichten Einspruch eingelegt hat. Am 7. März hat das Arbeitsgericht in erster Instanz zu Gunsten des Konzerns entschieden: Die Entlassenen müssen nicht wieder eingestellt werden. Die Betroffenen, ihre UnterstützerInnen sowie ihre neue Gewerkschaft OCGAWU haben inzwischen Berufung gegen dieses Urteil eingelegt. Die erste Anhörung vor dem Berufungsgericht findet am 9. und 10. April statt, ein Urteil wird Ende April erwartet.

(www.labournet.de)

Mehr Krebserkrankungen durch Nachtarbeit

Bei Frauen zwischen 30 und 54 Jahren, die oft in Nachtschichten arbeiten, liegt das Risiko, an Brustkrebs zu erkranken, um 50% über dem Durchschnitt. Dies ist das Ergebnis einer Vergleichsstudie des Kopenhagener Instituts für Krebserkrankungen. Bereits in der Vergangenheit haben andere Studien auf eine signifikant höhere Anzahl von Brustkrebserkrankungen bei Nachtarbeiterinnen hingewiesen. Die jetzige Studie von Dr. Johnni Hansen gilt aber als die erste, die verläßliche Daten für ganz Dänemark auswertet.

Die Ursache für das höhere Brustkrebsrisiko wird in einem Mangel an Melatonin gesehen. Der menschliche Körper produziert Melatonin nachts. Der Prozess wird über die Netzhaut des Auges und den Zyklus von Tageslicht und Dunkelheit gesteuert. Bei Menschen, die nachts unter Kunstlicht wach sind, wird die Melatoninproduktion unterbrochen. Die Studie wurde bereits im Januar auf einer gemeinsamen Konferenz der Dänischen Krebsgesellschaft, der Dänischen Frauengewerkschaft und der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes vorgestellt. Dabei wurde auch darauf hingewiesen, dass weitere mögliche Gesundheitsschädigungen des Melatoninmangels sowohl bei Frauen als auch bei Männern noch gar nicht erforscht sind. Darüber hinaus ist Brustkrebs keineswegs die einzige Krankheit, die unter den Bedingungen von Nachtarbeit zunimmt. Auch die Unfallrate ist bei Nachtarbeit signifikant höher als während des Tages. (www.labournet.de)

Pancho Villa trifft Emiliano Zapata

Der Marsch der Zapatistas aus Chiapas nach Mexiko-City war nicht nur ein Marsch für die Rechte der indigenen Gemeinden des Südens. Maquiladora-Arbeiterinnen aus dem Norden sind ebenfalls in die Hauptsstadt gereist, um sich dort den Zapatistas anzuschließen. Manchmal wiederholt sich die Geschichte nicht als Farce. Der erste Erfolg der mexikanischen Revolution war besiegelt, als sich die zapatistische Bewegung aus dem Süden mit den Rebellentruppen von Pancho Villa aus dem Norden vereinigten.

Die ArbeiterInnen kamen aus Rio Bravo, wo sie für die US-amerikanische Firma Duro Bag Manufacturing Koffer und Taschen herstellen. Seit Ende 1999 kämpfen die ArbeiterInnen bei Duro für bessere Arbeitsbedingungen, eine bessere Entlohnung und für die Anerkennung einer eigenen Interessensvertretung inklusive des Rechts auf eigenständige gewerkschaftliche Organisierung. Sie kämpfen damit nicht nur gegen die Geschäftsführung von Duro, sondern auch gegen die regionalen staatlichen Institutionen und gegen eine korrupte und unternehmerfreundliche offizielle Gewerkschaft.

Nach einem achtmonatigem Kampf mit Streiks, Aussperrungen, Polizeiüberfällen, Schießereien und Schlägereien hatten die Duro-ArbeiterInnen Anfang März das Recht durchgesetzt, eine eigene gewerkschaftliche Vertretung zu wählen. Die Wahl geriet jedoch zum Spießrutenlauf. Über 100 Schläger der

offiziellen. PRI-nahen Gewerkschaft standen Spalier vor den Wahlurnen und schüchterten die ArbeiterInnen durch wüste Beschimpfungen und Drohungen ein. Teilweise wurden auch präparierte Wahlzettel mit dem Emblem der offiziellen Gewerkschaft verteilt, und Firmen- und Gewerkschaftsoffizielle machten sich neben den Wahlurnen Notizen. Beobachter sprachen auch davon, dass in der Nacht vorher automatische Waffen in die Firma verladen wurden und dass die ArbeiterInnen einer ganzen Schicht in einem Raum eingeschlossen worden waren. Letztlich konnten sich von 1.400 ArbeiterInnen nur 500 an der Wahl beteiligen. Von ihnen votierten nur vier für die unabhängige Gewerkschaft.(www.labournet.de)

Standortsicherung ohne Lohn

Lippstadt ist der Sitz des Autozulieferers Hella. Dort sind die Beschäftigten seit Anfang März bereit, auch unbezahlt zu arbeiten, wenn's denn der Standortsicherung dient. Für 8.800 Beschäftigte von 12.150 in der Bundesrepublik wird die wöchentliche Arbeitszeit ab dem 1. April von 35 Stunden auf 37,5 Stunden erhöht. Bezahlt werden die zusätzlichen Stunden aber nur, wenn es die Nettorendite zulässt: Liegt sie unter 2,5%, gibt's kein Geld, bei 2,5 bis 5% bekommen die ArbeiterInnen ein Viertel des regulären Stundenlohns, und erst ab 5% Umsatzrendite wird der volle Stundenlohn gezahlt. Einsparungen von 40 Mio. DM jährlich erwartet sich Hella von diesem Deal.

Die Firma ist Mitglied im Arbeitgeberverband, so dass eigentlich der allgemeine Manteltarifvertrag gilt. Doch dieser hat pikanterweise eine Öffnungsklausel, die Geschäftsleitung und Gewerkschaft jetzt zu einem "Ergänzungstarifvertrag" genutzt haben. Hella verpflichtet sich dabei zu Investitionen von 450 Mio. DM in den nächsten zwei Jahren in den drei betroffenen Standorten in Nordrhein-Westfalen. Bis zum Jahr 2005 soll zudem auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet werden. (FAZ)

Klein und gemein

Die Firma Vemiko, früher Nikipack, in Satzvey ist eine typische mittelständische Zuliefererklitsche. Sie gehört einem Privatunternehmer namens Peter Wassong und produziert für Miele, Latz und Hussel. Gearbeitet wird im Akkord, die Halle ist unbeheizt. Für 20 bis 30 DM am Tag wird hier gearbeitet, besonders von nicht-deutsche ArbeiterInnen mit ungesichertem Aufenthaltstitel, deren Arbeitserlaubnis nur befristet ist und nur für diesen Arbeitgeber gilt. Die Angst vor Entlassungen (mit anschließenden Ausweisungen) und Erwerbslosigkeit ist hoch, zusätzlich werden auch direkte Drohungen und Einschüchterungen zur Disziplinierung eingesetzt.

Zum wiederholten Male hat der Unternehmer die Löhne nicht pünktlich ausgezahlt, auch aus früheren Monaten gibt es teilweise noch Lohnrückstände. Schon im September letzten Jahres hatten die Vemiko-Beschäftigten aus diesem Anlass die Arbeit niedergelegt. Am 19. und am 26. Januar geschah dies erneut. Das Druckpotenzial eines solchen Arbeitskampfes ist offenbar nicht ohne. So hat am 26. Januar Miele in Euskirchen, besorgt um die eigene Produktion, aus eigener Tasche einigen ArbeiterInnen bei Vemiko die ausstehenden Löhne gezahlt. Vemiko reagierte gereizt. In unmittelbarem Anschluss an die Arbeitsniederlegung wurde einer ganzen Reihe von Leuten gekündigt und gleichzeitig Streikbrecher eingesetzt.

(www.labournet.de)

Neuer Markt und alte Tricks

Nach den Massenentlassungen in den USA wirkt sich die Krise des "Neuen Marktes" nun auch auf die Beschäftigten in der Bundesrepublik aus. Mit dem Niedergang vieler Internet-Firmen finden sich deren Beschäftigte auch hier zu Lande auf der Straße wieder. Und wie in den USA auch entdecken diese plötzlich ganz traditionelle Interessensvertetungsstrukturen: Betriebsräte kommen in Mode. Anfang März verkündeten Beschäftigte der Berliner Firma Pixelpark, sie wollten einen Betriebsrat gründen. Unterstützt werden sie dabei von der IG Medien-Fachgruppe "connex.av", die per E-mail-Verschickung bei Pixelpark-Arbeiterinnen um Unterstützung wirbt.

Ähnliches gilt für den italienischen Internetprovider Tiscali. Durch Zukäufe und Firmenübernahmen in der Schweiz, Deutschland, Spanien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden etabliert sich Tiscali unter den drei größten Providern in Deutschland. Europweit rangiert das Unternehmen an zweiter Stelle hinter T-Online. Ruinöser Preiswettbewerb, Konzentration und Zentralisation haben auch bei Tiscali zu Entlassungen und zur

Schließung von Betriebsteilen geführt. Auch hier trafen die Firmenpläne auf unerwarteten Widerstand. Wer in Belgien auf die Firmen-Homepage klicken wollte, landete erstmal auf der Seite der Beschäftigten. Hier wie in der Schweiz musste zumindest ein Sozialplan abgeschlossen und Abfindungen gezahlt werden. In Hamburg, wo 23 Entlassungen geplant sind, stehen Betriebsratswahlen vor der Tür. (FAZ, www.labournet.de, www.mek-software.de)

Stress bei Xerox

Das Mekka aller Computer-Freaks ist in diesen Wochen Hannover. Dort findet wieder einmal die Computer-Fachmesse CEBIT statt. Alle Firmen mit und ohne Rang und Namen präsentieren den neuesten Stand der Computertechnologie, auch Rank Xerox. Seit einiger Zeit nun läuft eine Kampagne von HBV und jetzt ver.di gegen den Stellenabbau bei diesem Konzern. Allein in den vergangen 18 Monaten hat Xerox 800 Arbeitsplätze abgebaut. Und im Rahmen eines für hiesige Gewerkschaftsverhältnisse ungewöhnlichen Aktionismus hat ver.di/hbv auf der CEBIT zu einer Anti-Xerox-Aktion aufgerufen.

Das Unternehmen nahm dieses Ansinnen wenig humorvoll auf. Per einstweiliger Verfügung ließ es die Aktion verbieten, alle Beschäftigten wurde zudem ein Ordnungsgeld von 500.000 DM angedroht, sollten sie sich dennoch an irgendeiner Aktion beteiligen. Darüber hinaus sperrte die Firma für alle ArbeiterInnen den Zugang zur Homepage der "(x)exit"-Kampgane, mit der die Gewerkschaften zur Durchsetzung eines Haustarifvertrages bei Xerox mobilisieren.

(www.labournet.de, www.xexit.de)

5. Der Pate vom Arbeitsministerium. Riester plant Änderungen bei der Arbeitsförderung

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:05

Im März kündigte das Bundesministerium für Arbeit (BMA) "Neue Modelle für den beruflichen Wiedereinstieg Langzeiterwerbsloser" an. Das Riester-Ministerium beabsichtigt, weit reichende Veränderungen in der Arbeitsförderung durchzusetzen. Doch was da so viel versprechend klingt, entpuppt sich bei Lichte betrachtet als wenig Zuckerbrot mit sehr viel Peitsche.

Wir haben ihm ein Angebot gemacht, das er nicht ablehnen konnte", sagen die Auftraggeber des Paten in Francis Ford Coppolas gleichnamigen Mafia-Klassiker. Wenn in Zukunft einer/m Erwerbslosen ein Angebot gemacht wird, das sie/er nicht ablehnen kann, so ist sie/er nicht in die Hände der Mafia gefallen, sondern Opfer eines verbindlichen "Eingliederungsplans" des Arbeitsamtes. Schon für diesen Sommer plant die Bundesregierung eine Änderung des Sozialgesetzbuches III (SGB III), die Erwerbslosen noch stärker als bisher die Daumenschrauben anlegen soll. Innerhalb eines Jahres sollen Menschen, die länger als ein Jahr erwerbslos sind, "maßgeschneiderte Maßnahmen" für den beruflichen Wiedereinstieg angeboten werden: Arbeitsangebote, berufliche Ausbildung oder Qualifizierung. Jugendliche sollen bereits innerhalb eines halben Jahres in den Genuss dieser "Angebote" kommen. Die anschließend getroffenen konkreten Maßnahmen werden in einem individuellen Eingliederungsvertrag schriftlich fixiert. Und wie bei jedem ordentlichen Vertrag gehört zur "Leistung" des Arbeitsamtes auch die "Gegenleistung", und die lautet hier "Arbeitspflicht". Vertragsverstöße oder die Ablehnung der jeweils vorgeschlagenen Maßnahmen werden mit rigorosen Leistungskürzungen und Sperrzeiten bestraft. Die Bundesregierung folgt mit diesem Gesetzesvorhaben Modellen einer Arbeitsmarktpolitik, die bereits in Großbritannien (seit 1998) und vor allem in Dänemark (seit 1994) vorexerziert werden. "Welfare to work", "New Deal" und "kommunale Aktivierung" bzw. "Aktivlinie" heißen dort die Programme, die europaweit die Blaupausen für die "aktivierende Arbeitsmarktpolitik" der Neuen Mitte darstellen (vgl. ak, Nr. 430, 431 und 438).

Angesichts der Lage am Arbeits- und Ausbildungsmarkt werden die Angebote der Arbeitsämter wohl kaum in sinnvollen oder gar befriedigenden tariflich bezahlten und regulierten Dauerjobs oder in einer qualifizierten Berufsausbildung bestehen. Die neue Perspektive ist vielmehr die alte: befristete und ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor, Zwischenparken in den verschiedenen befristeten Beschäftigungsmaßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes oder zweifelhafte "Qualifizierungsmaßnahmen" wie etwa das berüchtigte "Bewerbungstraining".

Die Beispiele aus Großbritannien und Dänemark wie auch die Erfahrungen mit der bundesdeutschen Arbeitsmarktpolitik zeigen, dass solche "Angebote" in aller Regel nicht zu einer existenzsichernden Erwerbsarbeitsperspektive führen. Zwar werden viele Menschen durch diese Maßnahmen geschleust, doch kontinuierliche Arbeitsverhältnisse sind daraus kaum entstanden. Der größte Teil der Arbeitsaufnahmen ist befristet, viele Maßnahmen werden abgebrochen, und etliche verschwinden aus den Statistiken der Arbeitsverwaltung, ohne dass klar wäre, wo sie überhaupt geblieben sind. Vor diesem Hintergrund ist nicht zu erwarten, dass die geplante SGB-III-Änderung bei der Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit in irgendeiner Weise erfolgreicher sein wird als die bisherigen Maßnahmen der Arbeitsförderung.

Das Motto vom alten Wein in neuen Schläuchen gilt auch für die repressiven Elemente der neuen Riester-Pläne. Bereits bisher galt und gilt, dass mit Sperrzeiten und Kürzungen bestraft wird, wer sich den Maßnahmen des Arbeitsamtes verweigert. Und auch an dem verbindlichen Eingliederungsplan ist nur der Umstand wirklich neu, dass er innerhalb der genannten Zeiträume flächendeckend jedem und jeder Erwerbslosen angeboten werden muss. Bei allein 1,4 Mio. Langzeiterwerbslosen im letzten Jahr ist es fragwürdig, ob die Arbeitsämter dies mit ihren bisherigen Kapazitäten überhaupt umsetzen können. Bereits jetzt hat ein Arbeitsvermittler mit durchschnittlich 600-800 Fällen zu tun, und der Stellenabbau bei den Arbeitsämtern wird unverändert fortgesetzt.

Daumenschrauben für Erwerbslose

Zwei Momente lassen im Zusammenhang mit der beabsichtigten Änderung der Arbeitsförderung dennoch aufhorchen. Zum einen will das Bundesarbeitsministerium die sog. Job-Rotation möglich machen, d.h.

ArbeitgeberInnen erhalten Zuschüsse, wenn sie Arbeitsplätze, die z.B. wegen Schwangerschaftsurlaub oder Fortbildung vorübergehend frei werden, mit Erwerbslosen besetzen. In Dänemark, dem Vorbild dieser Art von Arbeitsbeschaffung, hat die Post so ganze Belegschaftsteile in die Fortbildung geschickt und sich diese so indirekt durch die Arbeitsverwaltung bezahlen lassen. Dass von den SpringerInnen vom Amt kaum jemand übernommen wurde, verwundert nicht wirklich. Zum zweiten hat der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Gerd Andres, in seiner Vorstellung der Regierungspläne von der Einführung "spezieller Lohnsubventionen" für Langzeiterwerbslose gesprochen. Alle Indizien sprechen dafür, dass damit der Einstieg in einen sog. Kombi-Lohn gemeint ist: Erwerbslosen soll der Einstieg in einen Billiglohn-Job damit schmackhaft gemacht werden, dass entweder der Zuverdienstanteil zum Arbeitslosengeld oder zur Arbeitslosenhilfe erhöht wird. Alternativ wäre auch eine zusätzliche Subventionierung von Billiglöhnen bei den Unternehmen denkbar, etwa über die Sozialversicherungsbeiträge. Ursprünglich eine Idee der Arbeitgeberverbände zur Förderung des Niedriglohnsektors, sind Kombi-Lohn-Varianten inzwischen längst auch bei SPD und Grünen hoffähig geworden. Spätestens seit dem Grundsatzpapier der bündnisgrünen Bundestagsfraktion für eine "Initiative für Investitionen, Arbeit und Umwelt" vom März 1999 fehlt der Hinweis auf Kombi-Löhne und staatlich subventionierte Niedriglohnsektoren in keiner grünen Erklärung zur Arbeitsmarktpolitik.

Kombilohn durch die Hintertür

Abgesehen davon, dass Langzeiterwerbslose damit auf die miesen Jobs im Niedriglohnsektor festgelegt werden und die Arbeitsämter dafür als staatliche Türöffner fungieren, liegt der wesentlichste Knackpunkt bei allen Kombi-Lohn-Varianten in ihrer Langzeitwirkung. Der BDA-Präsident Dieter Hundt hat 1997 den Kombi-Lohn als "trojanisches Pferd" bezeichnet: Auf Grund des zwingenden Lohnabstandsgebotes in der Sozialhilfe bedeuten diese staatlich subventionierten Billig-Jobs automatisch eine perspektivische Absenkung der Sozialhilferegelsätze. Nach Auffassung Hundts peilen die ArbeitgeberInnen Kombi- und andere Niedriglöhne an, die immerhin 20-30 Prozent unter den bisherigen Tariflöhnen liegen sollen. Man kann sich ausrechnen, welche Absenkungen bei der Sozialhilfe das bedeutet. Es versteht sich von selbst, dass auch Kombi-Lohn und Job-Rotation im Rahmen der neuen Eingliederungspläne nicht abgelehnt werden können. Dem Rechtsanspruch auf Eingliederungsangebote stehen eben auch neue Pflichten gegenüber, das "sei nur recht und billig" kommentiert das Zentralorgan der deutschen Bourgeoisie, das Handelsblatt. Auch Staatssekretär Andres spricht von einem "neuen Verhältnis zwischen Sozialpflichten und Sozialrechten". Was in dieser Sprechweise auf den Punkt gebracht wird, ist der Leitgedanke des neuen, "aktivierenden" Sozialstaats der Neuen Mitte: Es gibt keine sozialen Rechte und Ansprüche mehr ohne Pflichten, ohne Gegenleistung. Was damit ausgemerzt und durch eine autoritäre Pflichtenideologie ersetzt wird, sind die Reste einer Idee von unbedingten sozialen Grundrechten, von einem Existenzrecht als Menschenrecht, einem Recht auf menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, das man sich nicht erst erarbeiten oder sonst wie "verdienen" muss. Wie tief verwurzelt die neue Pflichtenethik ist, zeigt sich u.a. darin, dass die ungeheuerliche Formulierung von den "Sozialpflichten" in keinem Kommentar kritisiert worden ist.

Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums sind die Pläne der Bundesregierung im Bündnis für Arbeit be- und abgesprochen worden (FAZ, 13.3., Hamburger Abendblatt, 13.3.). Auch wenn der DGB, und hier vor allem Ursula Engelen-Kefer, dies bestreitet, gibt es eigentlich keinen Grund zu bezweifeln, dass die SGB-III-Änderung zumindest den Grundzügen entspricht, die im Bündnis für Arbeit besprochen worden sind. Immerhin ist es wenig wahrscheinlich, dass ein sozialdemokratischer Arbeitsminister an dieser Frage die Gewerkschaften im Bündnis brüskieren würde. Darüber hinaus ist inzwischen trotz anfänglicher Dementis von Gewerkschaftsseite auch über einen staatlich subventionierten Niedriglohn-Sektor diskutiert worden. Und letztlich wäre es ein absolutes Novum, dass der DGB sich jenseits rhetorischer Floskeln in irgendeiner Weise zum Sachwalter der Erwerbslosen machen würde. Auch Engelen-Kefer kritisiert an dem Gesetzentwurf lediglich, dass er unpraktikabel und unnötig sei, da der Sanktionsapparat der Arbeitsämter bereits jetzt ausreiche. Eine Argumentationslinie, die sie im übrigen mit der CDU und dem Handelsblatt teilt. Die Logik der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik wird vom DGB hingegen genauso wenig in Frage gestellt wie die zweifelhaften Arbeitsamtsangebote oder gar der Gedanke der Sozialpflichten. Wenn es im Juni zum Schwur kommen sollte, darf man gespannt sein, was von den Protesten von Gewerkschaftsseite übrig bleibt.

dk

6. Der Extremismus der Mitte. Einsichten eines grünen Ministers

Autor: Jürgen Trittin · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:15

Grüne Gegner und Unterstützer Jürgen Trittins sind sich in einem Punkt einig: Er darf auf keinen Fall noch weiter "polarisieren". Dabei hat er mit seiner "Beleidigung" des CDU-Generalsekretärs Meyer nur auf den Punkt gebracht, was vor Jahren noch grüner Konsens war: Dass der rechte Terror seinen "geistig moralischen Nährboden in der Mitte der offiziellen Politik" hat, wie Ludger Volmer, seinerzeit Bundesvorstandssprecher, es 1993 formulierte. Zur selben Zeit schrieb Trittin, damals schon Landesminister in Niedersachsen, sein Buch über die "Gefahr aus der Mitte" (in dem er die SPD weitgehend schonte, der CDU aber kräftig einheizte). Wir dokumentieren Worte des grünen Ministers:

"Bald nach der ‚geistig-moralischen Wende` 1983 wurden in Deutschland Fahne und Hymne aus der Mottenkiste der Geschichte geholt. Mal gescholten, oft genug belächelt, setzte der heutige Kanzler (gemeint ist Helmut Kohl; Anm. ak) beharrlich über Jahre hinweg - ob beim TV-Programmschluss oder auf dem Parteitag - das Nationale in Szene, jene falsche Gemeinschaftsideologie, die - zumal in ihrer völkischen Variante - behauptet, dass alle deutschen Staatsbürger ohnehin Brüder gleicher Abstammung oder Kultur seien. Die Arbeiterbewegung hatte hingegen immer behauptet, dass es noch erheblicher gesellschaftlicher Anstrengungen bedürfe, damit aus den Menschen Brüder und Schwestern würden."

"Nicht jeder, der heutzutage von ‚Nationaler Identität` spricht, ist gleich ein Rassist im neuen Gewande. Entscheidend ist, in welchem Sinne und Zusammenhang solcherlei Begriffe gebraucht werden. Wer nämlich vorhandene kulturelle Differenzen zwischen verschiedenen Nationen oder Menschengruppen für unbedingt erhaltenswert und letztlich unaufhebbar erklärt, weil eine ‚multikulturelle` Verwischung dieser Grenzen schädlich sei, hat sich nur in der Terminologie vom plump biologistischen Rassismus entfernt. An die Stelle angeblich ererbter Differenzen treten kulturelle, die aber genauso unveränderbar, weil quasi mit der Muttermilch eingesogen sein sollen."

"Heiner Geißler hat sehr zutreffend bemerkt, dass in der Union von ‚Ewiggestrigen`, ‚germanisch orientierten Foren` und ‚konservativen Zirkeln` durch ihre Agitation gegenüber Flüchtlingen eine ‚Ermunterung von Rechtsradikalen` betrieben worden sei. Geißler hat nicht übertrieben. Das Hoffähigwerden von rassistischer Ideologie in dieser Gesellschaft wurde tatsächlich aus der Mitte des politischen Spektrums, aus der CDU heraus, initiiert und organisiert."

Jürgen Trittin

Zitate aus Jürgen Trittin: "Gefahr aus der Mitte. Die Republik rutscht nach rechts"; Göttingen (Verlag Die Werkstatt) 1993

Das Zitat neben dem Bild entnahmen wir dem von Bündnis 90/Die Grünen herausgegebenen Buch "Rechte Gewalt und der Extremismus der Mitte", impulse Band 3

7. Einig' Vaterland der Patrioten. Neonazis als Meinungsführer in der Nationalstolz-Debatte

Autor: Js. · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:33

Der Satz "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" ist keine Nazi-Parole. Nach 1945 wurde er öffentlich erstmals von Konrad Adenauer gesagt. Damals wie heute war das kein persönliches Bekenntnis, sondern eine Kampf- und Agitationslosung. Adenauer sagte den Satz 1946 auf dem CDU-Parteitag in der britischen Zone. Sein Adressat war "das deutsche Volk", im Weltkrieg besiegt, wegen seiner beispiellosen Verbrechen verachtet und - Originalton Adenauer - von einem "furchtbaren Geschick" niedergeworfen; ein Volk, das gleichwohl sofort daranging, seinen "Wiederaufstieg" vorzubereiten. Adenauer begründete seinen Stolz, ein Deutscher zu sein, so: "Ich bin stolz auf den Starkmut, mit dem das deutsche Volk sein Schicksal erträgt, stolz darauf, wie jeder einzelne duldet und nicht verzweifelt, wie er versucht, nicht unterzugehen, sich und die Seinigen aus diesem Elend hinüber zu retten in eine bessere Zukunft." (1)

Während die FAZ Adenauers Durchhalteparole von 1946 als Beitrag zur seit Monaten laufenden Werte-Debatte zitierte, berief sich die CDU auf einen sozialdemokratischen Kronzeugen. "Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land", hatte Willy Brandt im Bundestagswahlkampf 1972 verkündet. Dass dies eine - in Nuancen - andere Aussage ist, spielte im Streit der Patrioten keine Rolle. Zu Recht: Sätze, in denen die Wörter "Deutsch(land)" und "stolz" in einen positiven Zusammenhang gebracht werden, enthalten in diesem keineswegs normalen Land nicht einmal akzeptable Restelemente. Und das nicht nur wegen Auschwitz.

Denn der Satz "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein", ist eben doch eine Nazi-Parole. Er wurde in den 80er Jahren von den Neonazis als ebenso aggressive wie potenziell mehrheitsfähige Kampfparole neu entdeckt. Was immer "gemäßigte Patrioten" zur Rettung des Satzes vorbringen - er ist eine Ausschlussformel: Es gibt Deutsche und Nicht-Deutsche; wer stolz ist, ein Deutscher zu sein, ist zugleich stolz, nicht zu den - als biologisch oder kulturell minderwertig betrachteten - Nicht-Deutschen zu gehören. In einem Land, wo täglich rassistische Hetzjagden stattfinden, ist eine solche nationalistische Ausschlussformel eine direkte Ermunterung der Rassisten, ebenso wie 1992/93 das kalkulierte Gerede vom "Asylmissbrauch" und vom "Staatsnotstand", den die SPD mit ihrer anfänglichen Weigerung, das Asylrecht abzuschaffen, angeblich herbeigeführt hatte.

Diese Zusammenhänge verstehen die Führungskader der deutschen Volksparteien sehr wohl. CDU-Generalsekretär Meyer und seine Kollegen Goppel (CSU) und Westerwelle (FDP), wissen, was sie tun, wenn sie den "Stolz, ein Deutscher zu sein" zur staatsbürgerlichen Pflicht erheben. Dass sie damit auch die offen rechtsextremen Parteien klein halten, ist nur bei oberflächlicher Betrachtung ein positiver Nebeneffekt. Die NPD, die seit ihren Erfolgen Ende der 60er Jahre bei Wahlen regelmäßig scheitert, kann ebenso wie die gerade aus dem Stuttgarter Landtag gekickten REPs in der aktuellen Nationalstolzdebatte Meinungsführerschaft reklamieren - auch wenn den Rechtsextremen realpolitisch nichts übrig bleibt, als sich an die CDU-Kampagne anzuhängen. Die CDU wiederum schafft es durch ihr nationalistisches Trommelfeuer, die SPD zum Einknicken in Rekordzeit zu zwingen. Da frohlockt CDU-Rechtsaußen Jörg Schönbohm, Innenminister in Brandenburg: "Innerhalb einer Woche die ganze SPD-Führung vom Saulus zum Patrioten - das hätte ich nach der Leitkultur-Debatte nicht mehr zu hoffen gewagt." Dass das patriotische Bekenntnis der SPD nur eine Ausgeburt des Opportunismus sei, wie CDU und CSU unterstellen, muss bezweifelt werden. Offensichtlich sind vaterländische Gefühle auch in der sozialdemokratischen Massenbasis verankert: Auf dem ver.di-Gründungskongress bekam Schröder den meisten Beifall, als er den Delegierten zurief: "Gewerkschaften und SPD brauchen keine Belehrungen in Sachen Stolz auf unser Land."

Auf den Kanzler folgte sein grüner Vize Joschka Fischer, der mit einer besonders "differenzierten" Aussage glänzte: Mal sei er mehr, mal weniger stolz, ein Deutscher zu sein. Dieser Domino-Effekt ist vielleicht das Erschreckendste an der Affäre: Die CDU übernimmt eine Nazi-Parole, Schröder und Fischer fallen um, und die Grünen beklagen die "Undifferenziertheit" von Jürgen Trittins Angriff auf "Skinhead" Meyer.

Focus-Chefredakteur Helmut Markwort, dessen Blatt als Zentralorgan der Nationalstolzkampagne gelten kann, erinnerte in Ausgabe 13/2001 noch einmal daran: "Es war der Focus vom 30. Oktober 2000, in dem CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer im Interview gesagt hatte: ‚Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein.`" All jene,

denen Trittins Intervention zu "persönlich" und zu "grobschlächtig" erscheint, hatten also Monate lang Zeit zu einer "ausgewogenen", rein "sachlichen" Distanzierung von Meyers Schulterschluss mit den Neo-Nazis. Bis Trittin loslegte, ist aber nichts dergleichen passiert - so weit der ak-Redaktion bekannt. Wer sozialdemokratische oder grüne Hinterbänkler kennt, die damals protestiert haben, soll sich melden. Deren Presse-Erklärungen werden wir mit Freuden abdrucken: Im einig' Vaterland der Patrioten dürfen die antinationalistischen Kräfte bei der Suche nach Bündnispartnern nicht wählerisch sein.

Js.

Anmerkung:

1) Den Hinweis auf Adenauers Rede von 1946 verdanke ich Rolf Surmann, der sie in seinem demnächst erscheinenden Buch "Das Finkelstein-Alibi" (vgl. Rezension in dieser ak-Ausgabe) im Zusammenhang mit dem Streit um die Entschädigung von NS-ZwangsarbeiterInnen zitiert.

8. "Der König ist nackt." Interview mit Sean McGuffin über den Berliner RZ-Prozess und die humorlose deutsche Linke

Autor: Beat Makila · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:08

Sean McGuffin, Autor zahlreicher Kurzgeschichten und Bücher wie "Der Hund" oder "Der Fette Bastard", ist Mitglied der Internationalen Prozessbeobachtergruppe zum Berliner RZ-Prozess. McGuffin gehörte in den siebziger Jahren der "Internationalen Untersuchungskommission zum Tod von Ulrike Meinhof" an. In den neunziger Jahren lebte und arbeitete er als Anwalt in San Francisco. Vor zwei Jahren ist er nach Derry zurückgekehrt.

ak: Was sind deine Beweggründe, als Prozessbeobachter dieses Verfahren zu begleiten?

Sean McGuffin: Wenn es mir zeitlich möglich ist, werde ich überall hinkommen, um solche Dinge zu unterstützen. Dafür gibt es einen einfachen Grund: Ich bin hier aus Solidarität mit den Angeklagten, meine Solidarität gilt den politischen Gefangenen.

An diesem Prozess finde ich allerdings besonders widerlich, dass unter einer so genannten sozialdemokratischen Regierung immer noch solche Schauprozesse stattfinden, die nichts anderes als eine Farce sind. Es ist eine gefährliche Entwicklung, obwohl es beileibe kein Präzedenzfall ist, dass die deutschen Ermittlungsbehörden versuchen, die Angeklagten alleine auf Grund der Aussagen eines gekauften Zeugen zu verurteilen. Eine Praxis, die die Briten z.B. längst aufgegeben haben. Die Deutschen müssen verrückt sein, einen Prozess über die Bühne zu ziehen, der einzig auf den Aussagen eines gekauften Zeugen und Meineid-Schwörers beruht. Ich verstehe auch nicht, wovor der deutsche Staat solche Angst hat, dass er heute mit einem solchen Aufwand Geschichten aufrollt, die über zehn Jahre her sind.

Meiner Meinung nach sollten die deutschen Staatsanwälte lieber Helmut Kohl ins Visier nehmen, anstatt gegen die Angeklagten mit dem §129a vorzugehen. Helmut Kohl hat dem deutschen Steuerzahler wesentlich mehr Schaden zugefügt als einer der Angeklagten. Verhandelt wird über einen Sprengstoffanschlag, der lediglich einen Sachschaden von 5.000 DM verursachte.

Du hast in den USA zahlreiche politische Gefangene verteidigt. Was hältst du davon, dass die Anklage in diesem Prozess im Wesentlichen auf den Aussagen eines Kronzeugen beruht?

Von einem rechtsstaatlichen Standpunkt betrachtet, wäre ein solcher Prozess in den USA unmöglich. Um dort ein solches Verfahren eröffnen zu können, braucht man unterstützendes Beweismaterial. So weit ich weiß, gibt es in diesem Prozess neben den Aussagen des Kronzeugen Mousli nichts, was die Anklage stützt, kein forensisches Beweismaterial, keine Geständnisse oder andere Zeugen. Ganz im Gegenteil, viele Aussagen Mouslis sind dadurch gekennzeichnet, dass sie auf Hörensagen beruhen. Also Mousli sagt nicht: A hat das getan, B das, sondern: X hat mir erzählt, dass A das getan hat. Das ist nichts weiter als Klatsch! Eigentlich sollte man Leute nicht auf Grundlage von Klatsch verurteilen können. Kein einziges Gericht in den USA und selbst in England - und Gott weiß, das sind Bastarde - würde Leute für 15 Monate auf Grundlage von Klatsch in Untersuchungshaft stecken.

Ist dir schon einmal so eine Anklage untergekommen?

Ja, das waren die Versuche, in Nordirland zwischen 1981 und 1983 politische Verfahren alleine auf den Aussagen von so genannten supergrasses, von Superspitzeln, zu führen. Es gab damals 21 "supergrasses", die alle eine Menge Geld bekommen hatten. Sie sind im Zeugenschutzprogramm wirklich gut entlohnt worden. Einige von ihnen hatten bis zu fünf Morde gestanden. Dafür wurden sie allerdings nie zur Rechenschaft gezogen. Die Vorwürfe gegen sie sind fallen gelassen worden, sobald sie anfingen, Namen zu nennen. 477 Menschen sind auf Grund dieser Aussagen festgenommen worden und saßen für mehr als zwei Jahre in Untersuchungshaft. Vor den Diplock-Courts, das sind Sondergerichte mit nur einem Einzelrichter, brach allerdings jede dieser Anklagen komplett in sich zusammen. In einigen Fällen haben die Kronzeugen ihre Aussagen zurückgezogen. In den restlichen Fällen kam der Richter zu der Überzeugung, dass die Zeugen

einfach unglaubwürdig sind. Offensichtlich seien die Kronzeugen von der Polizei hinsichtlich ihres Aussageverhaltens trainiert worden. Im Ergebnis haben dann die Briten bereits vor 20 Jahren die Kronzeugenregelung abgeschafft.

Denkst du, das Berliner Kammergericht entscheidet ebenso?

Nein, da habe ich keinerlei Vertrauen. Das Gericht erscheint mir extrem dumm zu sein. Was ich am ersten Verhandlungstag erlebt habe, ist ein Kangaroo-Court, eine Gerichts-Farce. Die Bundesanwälte haben auf mich einen absolut inkompetenten Eindruck gemacht. Die beiden kamen mir vor wie zwei Figuren von George Grosz. Eigentlich war das gesamte Gericht eine einzige George-Grosz-Zeichnung.

Es war schon beinahe lächerlich, was wir vor und im Gerichtssaal erlebt haben. Zuerst mussten wir ewig vor dem Gerichtsgebäude im Schneetreiben warten, dann wurden wir jeweils nur zu zweit auf einmal hineingelassen und penibel durchsucht. Alles wurde uns abgenommen. Weder einen Stift, noch ein Stück Papier durften wir mit in den Gerichtssaal nehmen. Sie haben sogar einem von uns das Wörterbuch weggenommen.

Für mich war das der erbärmliche Versuch, Macht zu demonstrieren. Allerdings in einer schlechten Inszenierung, wie es für ein B-Movie üblich ist.

Alles in allem glaube ich sowieso, es geht bei diesem Prozess gar nicht um die vier Angeklagten als Person. Der Grund für den Prozess liegt darin, die Leute und alle, die sie unterstützen, zu kriminalisieren. Durch das Verfahren soll ein Signal der Entmutigung gesetzt werden. Und es sollen die Leuten, die z.B. in antifaschistischen Zusammenhängen aktiv sind, eingeschüchtert werden. Ihnen soll drastisch vor Augen geführt werden, dass Widerstand nicht toleriert wird.

In Deutschland bist du weniger als An-walt, vielmehr als Schriftsteller be-kannt. Wie bist du zum Schreiben ge-kommen?

Ich habe mit dem Schreiben im Gefängnis begonnen. 1971 wurde ich von den Briten interniert. Ich ging damals in die Gefängnisbibliothek und fragte nach einem Buch über die Geschichte der Internierung in Irland. Mir wurde aber gesagt, es gäbe keins. Da dachte ich mir, ich weiß nicht wie lange ich hier interniert sein werde, aber ich bin hier mit Männern zusammen, die in den 20er, 30er, 40er, 50er und nun den 70er Jahren interniert wurden, dann schreibe ich das Buch einfach. So bin ich dann im Gefängnis herumspaziert und habe mich mit den Männern über die Internierung unterhalten und so über deren Geschichte gelernt. 1973 ist dann das Buch unter dem Titel "Internment" erschienen.

Nach drei Monaten wurde ich aus der Internierung entlassen, weil im englischen Parlament Anfragen gestellt wurden. Ein paar Abgeordnete hatten gefragt, warum auch Leute aus der Bürgerrechtsbewegung interniert worden seien. Da haben sie die Antwort bekommen: Na ja, das waren die ersten, die dagegen protestiert haben, und da haben wir die gleich auch interniert.

Im Gefängnis habe ich auch das erste Mal von den Experimenten über die sensorische Deprivation, die Isolationsfolter, gehört. Nachdem ich entlassen war, habe ich weitere Nachforschungen über die Folterexperimente mit dem Mittel der sensorischen Deprivation angestellt. Dass der Verlag Pinguin das Buch dann 1974 unter dem Titel "The Guineapigs" veröffentlicht hat, darüber war ich sehr glücklich. Möglich war das nur, weil sich Niel Midilton sehr dafür eingesetzt hat. Als Dank wurde er vom Verlag gefeuert. Von "The Guineapigs" wurden innerhalb einer Woche 20.000 Exemplare verkauft. Dann wurde es vom Verlag zurückgezogen und von der britischen Regierung verboten. Bis heute ist das Buch in England verboten, weil die Wahrheit darin steht. 1981 habe ich in den USA eine überarbeitete Neuauflage veröffentlicht. In dieser Ausgabe war es mir möglich, die Namen der Folterer zu nennen. In der englischen Ausgabe war das noch nicht möglich, weil Pinguin zu viel Angst vor Verleumdungsklagen hatte.

Von diesen beiden Büchern bis zu deinen Kurzgeschichten und Romanen war es aber noch ein langer Weg?

Nicht wirklich, nein. Ich bin nur einer, der das Leben studiert. Meine Kurzgeschichten sind wie Metaphern des Lebens. Es ist eben eine Literatur, die nichts für Bastarde und Peace Wankers ist.

Bei allem Vergnügen, das das Lesen deiner Bücher macht, du schreibst doch nicht nur zur Unterhaltung?

Ob ich mit meinem Schreiben überzeugen will, ob da ein tieferer Hintergrund ist? Ich schreibe jedenfalls nicht, um Geld damit zu machen. Ich war Dozent, ich war Anwalt - beides habe ich aufgegeben, um zu schreiben. Im Grunde mache ich immer wieder dieselbe Aussage. Ob das nun die "The Guineapigs" sind oder "Zum Lobe des Poitín", das ich überwiegend deshalb interessant fand, weil es sich mit Schwarzbrennerei beschäftigt, egal ob ich einen Polit-Thriller wie "Der Hund" schreibe oder die Kurzgeschichten, es ist immer wieder die Aussage: Wacht auf. Ihr lebt in einem potemkinschen Dorf, wacht auf! Wenn ich mein Werk auf zwei Worte destillieren sollte, dann würde ich sagen: Wacht auf. Ich habe das nie so gesagt, aber wenn du mich fragst, warum ich meine Zeit mit Schreiben verschwende, dann ist es gerade deswegen.

Die meisten deiner Bücher sind in Deutschland erschienen. Das kann doch nicht daran liegen, dass sich die Deutschen und Iren in ihrem Sinn für Humor so ähnlich sind?

Kultur ist Deutschlands guter Wille, Geschichte ist sein schlechter Atem. Es ist bizzar, aber ...

In Berlin war ich bei einer Veranstaltung über die Revolutionären Zellen. Dort haben die beiden Genossen Klaus Viehmann und Stefan Wisniewski u.a. darüber berichtet, dass die RZ damals Untergrundzeitungen herausgegeben haben. Ich kann mich gut erinnern. Das waren Schriften, die von Soziologiestudenten geschrieben worden waren. Aber bei Gott, Soziologen sind keine normalen menschlichen Wesen. Soziologen haben einfach keinen Sinn für Humor. Schon vor 20 Jahren haben ich den Genossen immer wieder vorgehalten: Ihr habt überhaupt keinen Sinn für Humor, ihr seid langweilige, dumme Wichser. Ich respektiere das, was ihr tut, aber ihr könnt unmöglich gewinnen, weil ihr keine Basis in der Arbeiterklasse habt. Ihr sprecht nicht deren Sprache. Ihr redet, als seid ihr von einem anderen Stern.

Verstehe mich jetzt bitte nicht falsch, ich habe diesse Leute unterstützt und ich unterstütze sie immer noch - keine Frage. Aber immer, wenn wir uns treffen, muss ich wieder sagen, ihr habt immer noch keinen fucking Sinn für Humor. Habt ein wenig mehr Freude am Leben!

Deshalb kann ich es nicht so richtig nachvollziehen, wenn du sagst, es gebe eine Ähnlichkeit zwischen dem deutschen und dem irischen Sinn für Humor.

Aber auf der anderen Seite ist da offensichtlich etwas dran. Meine Verlegerin in Deutschland, Hanna Mittelstaedt von der Edition Nautilus, sagt immer wieder, na ja wir geben so 1.000 Exemplare raus, du hast eine eingefleischte Fangemeinde, die McGuffin-Fans, bei denen können wir das absetzen. Es gibt offensichtlich einen festen Stamm von Leuten, die meine Bücher gerne lesen.

Das liegt vielleicht daran, dass ich der kleine Junge bin, der sich immer wieder hinstellt und sagt, der König ist nackt. Jedes Königreich braucht so einen kleinen Jungen. Aber das heißt nicht, dass ihm irgend jemand irgendeine Art von Aufmerksamkeit schenkt. Sie geben ihm meist eine Ohrfeige und sagen, geh zurück ins Bett.

Interview: Beat Makila

Im November 2000 erschien unter dem Titel "Last orders, please!" ein Sammelband mit 24 Kurzgeschichten aus 25 Jahren, darunter sieben Geschichten, die erst im Laufe des Jahres bei der Edition Nautilus auf deutsch erscheinen werden.

McGuffin: Last orders, please!, Derry, Irish Resistance Books, 2000, ISBN

0-9539482-0-X, 200 S., Pfund Sterling 8.99, Bestellungen: irb@mcguffin.freeserve.co.uk. "The Guineapigs" sind unter www.mcguffin.freeserve.co.uk abrufbar.

Bei Edition Nautilus sind folgende Bücher erschienen: Der fette Bastard, Roman, 320 S., DM 39,80; Der Hund. Eine Verschwörung, 208 S., DM 29,80; Der Mann, der mit Chuck Berry getanzt hat. Sämtliche Erzählungen, 176 S., DM 29,80, Zum Lobe des Poitín. Geschichten aus der irischen Schwarzbrennerei, 192 S., DM 29,80

"Die Deutschen müssen verrückt sein, einen Prozess über die Bühne zu ziehen, der einzig auf den Aussagen eines gekauften Zeugen und Meineid-Schwörers beruht."

"Für mich war das der erbärmliche Versuch, Macht zu demonstrieren. Allerdings in einer schlechten Inszenierung,

wie es für ein B-Movie üblich ist."

9. Berliner RZ-Prozess: Im Mai gehts wohl erst richtig los

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:43

Am 22. März begann vor dem 1. Strafsenat des Kammergerichts Berlin der Prozess in Sachen Revolutionäre Zellen (RZ), Abteilung Berlin. Von den eigentlich bis Ostern anberaumten sieben Verhandlungstagen werden bis zum Erscheinungstermin dieser Zeitung nur vier stattgefunden haben. Pannen und juristische Schlampereien, für die das Berliner Kammergericht die Verantwortung trägt, haben dazu geführt, dass noch nicht einmal die Anklage verlesen wurde.

Die Bundesanwaltschaft (BAW) ist sichtlich bemüht, die Atmosphäre eines richtigen "Terroristenprozesses" zu inszenieren, beflissentlich bedient sie die gängigen Klischees. Zumindest am ersten Verhandlungstag fühlte man sich als Prozessbesucher tief in die 70er Jahre versetzt. Absperrgitter vor dem Kammergericht, Leibesvisitationen im Gerichtsgebäude. Penibel wurden die gut 50 Prozessbesucher und die zahlreichen JournalistInnen durchsucht. Diese Leidenschaft für Inszenierungen zeigte dann auch erwartungsgemäß Wirkung. So titelte die Berliner Boulevard-Zeitung B.Z. nach dem ersten Prozesstag in Anspielung auf Sabine Eckle: "Die Schöne und der Terror."

Deren Gesundheitszustand - sie leidet unter starken Migräneanfällen, die sich über Tage hinweg ziehen können - hat sich während der langen U-Haft extrem verschlechtert. Sie ist auf 43 Kilogramm abgemagert. Die Folge einer Eiweiß-Allergie, die dazu führt, dass sie die Anstaltskost nicht verträgt.

Der erste Verhandlungstag wurde nach knapp zwei Stunden unterbrochen, weil der Verteidigung die Möglichkeit gegeben werden sollte, alle benötigten Unterlagen für eine Besetzungsrüge hinsichtlich der Beiordnung der Ergänzungsrichter in diesem Verfahren einzusehen. Am zweiten Verhandlungstag erfolgte nach zwei Stunden die nächste Vertagung, um über diese Rüge zu beraten. Auch am dritten Verhandlungstag, den 5. April, wurde "wieder nicht verhandelt", wie die Verteidigerin von Matthais Borgmann, Edith Lunnebach, feststellte.

Hintergrund war dieses Mal eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH). Am 28. Februar hatte der 2. Strafsenat des Berliner Kammergerichts die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Rudolf Schindler abgelehnt. Der Senat war zu der Ansicht gekommen, durch das Urteil im Frankfurter OPEC-Prozess müsse bei Schindler von einem so genannten Strafklageverbrauch ausgegangen werden. (vgl. ak 448) Auf Beschwerde der BAW entschied der BGH nun am 30. März nach dem Motto "Wir machen den Weg frei" das Gegenteil, denn weder sei Schindler ununterbrochen RZ-Mitglied gewesen, noch sei die RZ der siebziger Jahre mit der RZ der achtziger Jahre identisch. Das Abtauchen Schindlers 1978 nach den rechtswidrig erpressten Aussagen des durch eine Explosion schwer verletzen Hermann Feiling (vgl. ak 438), auf die sich die Behauptung der BAW stützt, Schindler sie RZ-Mitglied gewesen, bewertete der BGH als Unterbrechung der Mitgliedschaft. "Im übrigen sei die Frankfurter Gruppierung der Revolutionären Zellen, der Schindler von 1975 bis 1978 angehört hat, und die ‚Berliner Zelle` wegen der zwischenzeitlichen Umstrukturierung und des Wandels in den Zielsetzungen bei den Revolutionären Zellen in den Jahren von 1976 bis 1981 nicht die gleiche terroristische Vereinigung im Sinne des §129a StGB", so der BGH weiter. (Pressemitteilung Nr. 26/2001)

Für den Berliner RZ-Prozess bedeutet die BGH-Entscheidung, dass er wahrscheinlich neu aufgerollt wird. Am Erscheinungstag dieser Ausgabe wird der 1. Strafsenat des Berliner Kammergerichts entscheiden, ob das Verfahren gegen Rudolf Schindler mit dem laufenden Prozess verbunden wird. Dann wird es wahrscheinlich nicht vor Mitte Mai zu weiteren Verhandlungsterminen kommen. Derweilen sitzen die Angeklagten seit fast 16 bzw. 12 Monaten in U-Haft. Zwar soll am 12. April auch über eine Fortdauer der Haft gesprochen werden. Ob und mit welchem Ergebnis die Haftprüfung erfolgt, ist allerdings mehr als ungewiss.

mb., Berlin

Aktuelle Informationen: www.freilassung.de

10. Dokumentation: Auch Ministerinnen haben ein Recht auf freie Meinungsäußerung

Autor: Heidi Knacke-Werner · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:41

Der u.a. von Renate Künast und Claudia Roth unterzeichnete "Aufruf für die sofortige Freilassung und für die Abschaffung des §129a" (als Beilage veröffentlicht u.a. in ak 444), in dem die Aufhebung der Haftbefehle und die Einstellung des 129a-Ermittlungsverfahrens gegen die Berliner Angeklagten im RZ-Prozess gefordert wird, war am 5. April Gegenstand einer Debatte im Bundestag. Die FDP forderte Renate Künast auf, sich von diesem Aufruf zu distanzieren. Der Antrag wurde allerdings mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS abgelehnt. Renate Künast bleibt bei ihrer Unterstützung. Wir dokumentieren die Rede der Parlamentarischen Geschäftsführerin der PDS-Bundestagsfraktion, Heidi Knacke-Werner.

Der u.a. von Renate Künast und Claudia Roth unterzeichnete "Aufruf für die sofortige Freilassung und für die Abschaffung des §129a" (als Beilage veröffentlicht u.a. in ak 444), in dem die Aufhebung der Haftbefehle und die Einstellung des 129a-Ermittlungsverfahrens gegen die Berliner Angeklagten im RZ-Prozess gefordert wird, war am 5. April Gegenstand einer Debatte im Bundestag. Die FDP forderte Renate Künast auf, sich von diesem Aufruf zu distanzieren. Der Antrag wurde allerdings mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS abgelehnt. Renate Künast bleibt bei ihrer Unterstützung. Wir dokumentieren die Rede der Parlamentarischen Geschäftsführerin der PDS-Bundestagsfraktion, Heidi Knacke-Werner.

Nach Fischer und Trittin schießt sich jetzt nicht nur die FDP, sondern die ganze Rechte in diesem Haus auf Renate Künast ein. Damit haben Sie alle grünen Ministerinnen und Minister durch und werden wohl langsam zur Sachpolitik zurückkehren müssen. Ich verstehe ja, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dass Sie in einem erbitterten Existenzkampf mit den Bündnisgrünen stehen, die Ihnen den Platz als die Liberalen streitig zu machen beginnen. Dieser Kampf ist natürlich umso härter, je mehr die Grünen Sie auch bei neoliberalen Politikkonzepten zu überholen beginnen. Doch dies alles, liebe Kolleginnen und Kollegen, rechtfertigt nicht, dass Sie in dieser Auseinandersetzung zu illiberalen Mitteln greifen. Wenn Sie so weitermachen, dann - das prophezeie ich Ihnen - sind Sie nicht mehr die Liberalen in diesem Hause, sondern dann stehen Sie in Gefahr, zur Gauck-Partei der Westlinken zu werden.

Was ist der Hintergrund des FDP-Vorstoßes? Heute war der dritte Prozesstag gegen sechs Frauen und Männer, die auf der Grundlage des seit langem umstrittenen §129a StGB seit 15 Monaten in Haft sitzen. Die Verhafteten sind um die 50, haben einen Beruf und Familie, Fluchtgefahr besteht nicht. Nur die Vermutung der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung reicht aus, diese Menschen über Monate festzusetzen, unabhängig davon, ob die Straftaten verjährt sind oder nicht. Auf der Grundlage des §129a ist das möglich. Im übrigen haben sich die hier in Rede stehenden Revolutionären Zellen 1992 aufgelöst. Genau wegen solcher Vorgänge ist der §129a rechtsstaatlich höchst umstritten. Bis in die Reihen der FDP hinein wird die Forderung erhoben, ihn endlich abzuschaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, es mag Ihnen ja entgangen sein, aber schon heute ist der §129a ein Sondergesetz gegen Linke, und zwar fast ausschließlich. Das will ich Ihnen belegen. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage meiner Kollegin Ulla Jelpke ist festgestellt worden, dass in den Jahren 1996 bis 2000 494 Ermittlungsverfahren durchgeführt wurden, fast alle gegen Linke, nur drei gegen Rechte. Eine solche Bilanz angesichts der Zunahme rechtsextremistischen Terrors macht betroffen. Wer das übersieht, ist nicht nur einäugig, sondern für eine liberale Partei ist das politisch einfach blind.

Nun noch ein Wort zu Frau Künast. Ich finde es zunehmend unerträglich, dass Regierungsmitglieder in diesem Hause nicht nach ihren Regierungsleistungen, sondern nach ihrer politischen Vergangenheit beurteilt werden sollen. Auch Regierungsmitglieder haben ein politisches Vorleben, und es ist inakzeptabel, ihnen abzuverlangen, dass sie sich von diesem distanzieren. Schlimm genug, dass viele hier in diesem Hause schlichtweg ihre Geschichte entsorgen. Wir wollen nicht, dass jemand sein politisches Vorleben streichen muss als Eintrittskarte in ein Regierungsamt. Deshalb lehnen wir Ihr Ansinnen gegen Frau Künast ab. Sie war zum Zeitpunkt der Unterschrift nicht Regierungsmitglied, und zu guter Letzt hat auch Frau Künast wie alle

Menschen in diesem Land ein Recht auf freie Meinungsäußerung. Das zu verteidigen ist liberal und demokratisch.

11. Dokumentation: Gemeinsame Erklärung der internationalen ProzessbeobachterInnen

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:06

Wir, die Gruppe internationaler ProzessbeobachterInnen, kommen aus verschiedenen europäischen Ländern. Beruflich und politisch sind wir in der Menschen- und Bürgerrechtsarbeit bzw. als RechtsanwältInnen tätig. Wir nehmen als kritische BeobachterInnen an diesem Prozess teil, da wir erhebliche Zweifel und viele Fragen in Bezug auf die Anklageerhebung und den bisherigen Ermittlungs- und Prozessverlauf anmelden. Unsere Kritik am Vorgehen der Bundesanwaltschaft (BAW) und dem nun stattfindenden Prozess ist sowohl auf rechtlicher als auch auf politischer Ebene angesiedelt.

Ganz grundsätzlich fragen wir: Warum überhaupt dieser Prozess zum jetzigen Zeitpunkt und mit diesem außergewöhnlichen Aufwand? Die lange Untersuchungshaft der Beschuldigten von 15 bzw. 11 Monaten ist erschreckend und angesichts der nur vagen Vorwürfe durch nichts zu rechtfertigen. Die angeführten Taten liegen teilweise sehr lang zurück, zusätzlich werden verjährte Taten zur Beweisführung herangezogen. Im Mittelpunkt stehen Vorwürfe politischer Organisationsdelikte auf Grundlage des Paragrafen 129a, der eine bestimmte Gesinnung pauschal unter Strafe stellt und wo einzelne Straftaten von der Anklage nicht mehr nachgewiesen werden müssen. Einzige Quelle aller Anschuldigungen sind die Aussagen eines Kronzeugen, eines von der Anklage absolut abhängigen Zeugen, der mit seiner Existenz und seinem Gehalt vollständig auf die BAW angewiesen ist.

Der erhebliche Sicherheitsaufwand und die Sonderregelungen, die wir sowohl beim Gefängnisbesuch bei einem Beschuldigten als auch am ersten Prozesstag erfahren haben, erregen unsere Besorgnis. Hier liegt die Vermutung nahe, dass die Bundesanwaltschaft über eine Verschärfung der Prozessbedingungen jenen Beleg der "Gefährlichkeit der Beschuldigten" herzuleiten versucht, der sich eben aus der Beweislage nicht ergibt. Der angekündigte Auftritt des Kronzeugen Tarek Mousli mit Personenschutz und Schusswaffen im Gerichtssaal ist ebenso Beispiel für diese Inszenierung angeblicher Gefährlichkeit wie das Kopieren der Ausweise sämtlicher ProzessbesucherInnen am ersten Verhandlungstag. Wir protestieren in diesem Zusammenhang dagegen, dass wir als internationale, unabhängige BeobachterInnen in unserer Arbeit behindert wurden, da wir weder Stift und Papier noch ein Übersetzungslexikon mit in den Gerichtssaal nehmen durften. Die Durchsuchung der ZuschauerInnen mit Gummihandschuhen und Schuhe-ausziehen sowie die Äußerung der BAW, die den Sicherheitsaufwand mit im Umfeld des Prozesses stattfindenden Veranstaltungen zu rechtfertigen versuchte, hinterließ den Eindruck, dass die Öffentlichkeit nur als Bedrohung wahrgenommen wird. Wir protestieren gegen diese Diffamierung und Diskreditierung des Anliegens, diesen Prozess kritisch zu verfolgen. Wir sehen darin auch den Versuch einer Abschreckung seitens des Gerichts und der BAW.

Die extreme Unverhältnismäßigkeit im Umgang mit den Beschuldigten, der "Gesinnungsparagraf 129a" und der inszenierte Sicherheitsaufwand sind deutliche Hinweise darauf, dass hier ein politischer Prozess stattfinden soll.

In diesem Sinne halten wir es für dringend erforderlich, dass das laufende Verfahren von einer kritischen Öffentlichkeit beobachtet wird. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Ankündigung verschiedener bundesdeutscher Bürger- und Menschenrechtsorganisationen, dies zu tun. Als internationale ProzessbeobachterInnen werden wir uns nicht nur weiterhin über den Fortgang des Verfahrens informieren, sondern auch in unseren Ländern hierzu Öffentlichkeit herstellen. Die Präsenz internationaler ProzessbeobachterInnen im Gerichtssaal wird an weiteren Prozessterminen fortgesetzt.

Berlin, 26.03.01

Sean McGuffin (Jurist und Autor, Derry); Saskia Daru (UNITED for Intercultural Action, Amsterdam); Frances Webber (Anwältin, Institute of Race Relations, London); Pierre Jourdain (Fédéracion des Association de Soutien aux Travalleurs Immigrés, Paris); Marcel Bosonnet (Strafverteidiger, Demokratischen Juristen Schweiz, Zürich)

12. Erzwungene DNA-Analysen. Speichelproben als Druckmittel der Behörden

Autor: Rote Hilfe Nürnberg · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:32

Mittlerweile überrascht es kaum noch, mit welchen unsäglichen Mitteln die Law-and-Order-FanatikerInnen des Landes versuchen, ihre Datensammelwut zu befriedigen und ihre Vision von perfektionierter Überwachung umzusetzen. Ist die Bevölkerung durch die Medien erst einmal ausreichend hysterisiert, fällt es dem Staat nicht mehr schwer, unter dem Schlagwort "Innere Sicherheit" Maßnahmen vorzuschlagen, die Orwell's "1984" wie kindgerechte Schlaraffenland-Prosa erscheinen lassen.

Während die eingesetzte Sonderkommission im Fall Ulrike "nur" einen Massen-Gentest für die Männer der Region Eberswalde per richterlichem Beschluss durchsetzen wollte, ging der Bundestagsabgeordnete Norbert Geis (CSU) noch einen Schritt weiter. Ginge es nach ihm, so würden die Daten aller in Deutschland lebenden Männer in einer zentralen Gen-Datei gespeichert.

Wie wird sich ein derartiger Ansatz infolge der nächsten Massensuggestion weiterentwickeln? Wie lange dauert es, bis auch alle Frauen zwangsgetestet werden, weil "festgestellt" wurde, dass jeder? Mensch im Grunde erst einmal "böse" ist ? Wann wird mensch anfangen, alle Kinder bei der Geburt zu testen, um die Katalogisierung der Bevölkerung komplett zu machen? Wann wird die Nutzung der Zentraldatei von "Straftaten mit erheblicher Bedeutung" auf kleinere Vergehen, wie geringfügige Eigentumsdelikte oder wildes Plakatieren ausgedehnt?

Mit den geforderten Massen-Screenings wird die Unschuldsvermutung, also das Recht eines jeden Individuums, bis zum Ende eines fairen Verfahrens als unschuldig zu gelten, negiert. Die Kernaussage eines solchen Massen-Tests ist, dass jeder Mensch potenziell verdächtig ist, irgendwann einmal eine Straftat von erheblicher Bedeutung zu begehen. Schon jetzt wird die DNA-Analyse so inflationär eingesetzt, dass die zentrale Datei des BKA's bereits die Genom-Informationen von über 90.000 Menschen beherbergt. Die Regelung, dass für die Entnahme einer Speichelprobe ein richterlicher Beschluss vorliegen muss, wird von Polizei und Staatsanwaltschaft häufig durch die Begründung "Eilfall" außer Kraft gesetzt. Diese "Ausnahmeregelung" bietet den Verfolgungsbehörden die Möglichkeit, öfter als notwendig an die Erbinformationen eines/einer Verdächtigen zu gelangen, selbst wenn die DNA im Verfahren später keine Rolle spielt oder dieses sogar eingestellt wird. Hinzu kommt, dass der Speicheltest als zusätzliches Druckmittel gegen unliebsame Verdächtige eingesetzt wird.

Ein Beispiel: Ein 17-jähriger Antifaschist wurde im vergangenen November dabei beobachtet, wie er am späten Abend eine Telefonzelle im bayrischen Rothenburg ob der Tauber mit Aufklebern (Spuckis) und Faserschreiber "verzierte". Da die Telefonzelle fünf Stunden später in Flammen aufging, hielt es die Polizei für angebracht, ihn kurze Zeit später aus dem Unterricht zu holen und ihm mitzuteilen, dass ein Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung gegen ihn angelaufen sei. Nach einer einstündigen Hausdurchsuchung wurde er auf der Wache fünf Stunden lang erkennungsdienstlich behandelt und verhört. Weil er sich nicht besonders kooperativ verhielt, drohte ihm die Polizei mit einer Speichelprobe und darauf folgender DNA-Analyse. Da er sich diesem Versuch mit der Begründung widersetzte, er sei noch minderjährig und einE AngehörigeR müsse informiert werden, wurde ihm die Speichelprobe gewaltsam von vier Beamten abgenommen.

Dieser Fall zeigt, wie willkürlich die Strafverfolgungsbehörden mit ihrem Recht auf Eilverfügung umgehen und es als weiteres Repressionsmittel gegen Verdächtige einsetzen.

Wir fordern deshalb:

1. Die Streichung der Eilgenehmigung von Speichelproben.

Dieses Verfahren dient lediglich der Repression und hat keinerlei praktischen Nutzen, da die/der Verdächtige nicht in der Lage ist, Beweismittel zu beseitigen bzw. seine DNA zu verändern. Es besteht somit auch keine Legitimation für ein "Eilverfahren".

2. Die Auflösung der bestehenden Gen-Datei.

Speichelproben werden zum Normalfall

Es besteht die Gefahr, dass diese hochsensiblen Daten bei fortschreitender Entwicklung der Genentschlüsselung zu anderen Zwecken missbraucht werden. Bereits jetzt ist es möglich, gewisse persönliche Merkmale über die DNA festzustellen. Der Schritt zu einer Selektierung der Menschen nach "gutem" und "schlechtem" Erbgut ist nicht mehr weit.

3. Den Stopp der Massen-Screenings.

Durch dieses Vorgehen wird jedeR BürgerIn per se kriminalisiert und ihre/seine Daten erfasst. Die Unschuldsvermutung wird somit aufgehoben.

4. Keine Gewichtung der DNA-Analyse in Strafverfahren.

Das Ergebnis der genetischen Untersuchung gibt lediglich an, ob sich der/die Verdächtige zu einem beliebigen Zeitpunkt am Tatort aufgehalten hat. Eine Zuordnung der Tat ist damit trotzdem oft nicht möglich.

5. Kein Mitwirken der Polizei bei der Speichelprobe.

Fälle wie der oben genannte zeigen, dass sich die Polizei oftmals nicht an ihre eigenen Regeln hält. Zum einen wurde der verdächtige Jugendliche nicht auf die Rechtsgrundlage der Speichelprobe hingewiesen, wie es das Bayrische Polizeiaufgabengesetz verlangt. Zum anderen wurde trotz des Hinweises des Jugendlichen keinE ErziehungsberechtigteR von der Speichelprobe informiert (Jugendgerichtsgesetz). Da für den Vorwurf "Sachbeschädigung" keine Rechtsgrundlage existiert, wird an diesem Fall besonders deutlich, dass die Speichelprobe lediglich als Einschüchterungsmaßnahme zu verstehen ist, mit der der Druck auf unerfahrene, politisch aktive Menschen erhöht werden soll. Selbst der bayerische Datenschutzbeauftragte, Reinhard Vetter, kritisierte, dass die Strafver-folgungsbehörden mit DNA-Analysen systematisch die gesetzlichen Vorschriften verletzen.

Rote Hilfe, Nürnberg

13. Frankfurt am Main: Naziaufmarsch verhindern - egal ob am 1. oder 5. Mai

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:12

Für den 1. Mai 2001 bereiten die "Freien Kameradschaften" unter Führung von Christian Worch, Steffen Hupka und Thomas "Steiner" Wulff einen bundesweiten Aufmarsch des Nationalen Widerstands in Frankfurt am Main vor. Das "Aktionsbündnis 1. Mai - Kein Naziaufmarsch" ruft auf zu einer Blockade des Naziaufmarsches.

Auftaktort des Aufmarsches am 1. Mai soll der Bahnhofsvorplatz sein, die Abschlusskundgebung soll vor der Europäischen Zentralbank in der Kaiserstraße 29 unter dem Motto "Euro stoppen - Globalisierung bekämpfen" stattfinden. Offizielle Aufruferin ist eine "Bürgerinitiative für deutsche Interessen" in Blankenburg, dem Wohnort von Hupka. Es existiert bisher eine groß aufgemachte Ankündigung auf der Internetseite des Aktionsbüros Norddeutschland (www.widerstand. com), Plakate und Flugblätter liegen ebenfalls bereits vor. Nach unseren Informationen hat Christian Worch angekündigt, im Falle eines Verbots am Samstag, dem 5. Mai, gegen dieses Verbot in Frankfurt zu demonstrieren.

Am 27. April findet in Frankfurt am Main um 20 Uhr im Café ExZess, Leipzigerstr. 91, eine Informations- und Vorbereitungsveranstaltung für den 1. Mai statt.

Von den Rechten seit langem geplant, versucht, angestrebt. Von AntifaschistInnen ebenso lange erfolgreich verhindert, abgeblockt, zurückgedrängt: Naziaufmärsche in Frankfurt.

Vor 23 Jahren, am 17. Juni 1978, gelang es der NPD das letzte Mal mit 3000 Nazis aus ganz Deutschland durch Frankfurt zu marschieren. 1979 verhinderten Demonstrationszüge von 40.000 AntifaschistInnen, dass die NPD überhaupt nach Frankfurt hineinkam. Das war nicht selbstverständlich. Die antifaschistischen Kämpfe mussten sich immer auch mit repressiver Stadtpolitik und staatlich organisierter Gewalt der Polizei auseinander setzen, trauriger Höhepunkt in Frankfurt war der Tod von Günther Sare 1985, der bei einer antifaschistischen Demonstration von einem Wasserwerferfahrzeug der Polizei überfahren wurde.

Nach langer Zeit ist es wieder so weit.

Am 1. Mai, dem traditionellen Kampftag der ArbeiterInnenbewegung weltweit, wollen sie kommen: die militanten Nazis aus ganz Deutschland. Mit einem seit Jahrzehnten nicht mehr da gewesenen Mobilisierungsaufwand versuchen sie einen Aufmarsch auf die Beine zu stellen, der ein politischer Höhepunkt ihrer seit Wochen stattfindenden "Offensive auf der Straße" sein soll. Diese Großdemonstration wollen sie zum Triumph über den "Aufstand der Anständigen" machen und zeigen, dass das drohende NPD-Verbot und die Kriminalisierung durch die Polizei diese überzeugten NationalsozialistInnen nicht beeindruckt und sie sich als "Sieger der Zukunft" glauben.

Diesen Glauben gilt es ihnen zu nehmen.

Wir wissen, wer sie sind: Sie sind rassistische Totschläger, Auschwitzleugner und Antisemiten. Sie sind die bekennenden NationalsozialistInnen, deren Utopie ein "ausländerfreies Deutschland" ist, ein Land, in dem sie entscheiden, wer kein Existenzrecht in der Volksgemeinschaft hat. Wir wissen, warum wir sie bekämpfen.

Im Kampf gegen Nazis vertrauen wir nicht auf die Parteien, die 1993 das Asylrecht abgeschafft und seit 1990 die Ausländergesetze verschärft haben. Die staatliche Politik der Entrechtung und Diskriminierung von MigrantInnen und Flüchtlingen ist kein Gegensatz, sondern Ergänzung des Terrors der Nazis.

Den Führern der NationalsozialistInnen ist klar, dass ein Naziaufmarsch in Frankfurt eine "größtmögliche Provokation" darstellen würde. Frankfurt mit seinem hohen Anteil an MigrantInnen an der Bevölkerung, ihr Feindbild "Multikultistadt", die Stadt mit der zweitgrößten jüdischen Gemeinde Deutschlands, eine Stadt, in der für viele MigrantInnen das Leben hauptsächlich dank ihrer Selbstorganisation einigermaßen erträglich und möglich ist. Nicht aber wegen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung in Frankfurt.

Sorgen wir dafür, dass ihnen ihr Vorhaben auch diesmal gründlich misslingt. Sorgen wir dafür, dass sie nicht in die Stadt hereinkommen, dass sie in Frankfurt nicht aufmarschieren und ihre rassistische Propaganda

verbreiten. Zuletzt wurde am 25.3.2000 eine Kundgebung der völkischen "Bürgerbewegung für unser Land" auf dem Börsenplatz verhindert. So soll es bleiben!

Traditionell ist der 1. Mai als "Tag der Arbeit" in Frankfurt Demonstrationstag des reformistischen, arbeits- und arbeitgeberfreundlichen DGB gewesen, inzwischen jedoch viel mehr der von linken MigrantInnenorganisationen. Der Zynismus des "Tages der Arbeit" aus dem Munde von Nazis, die sich in der direkten Tradition von Begriffen wie "Arbeit macht frei" sehen, ist offensichtlich. Wir werden an diesem 1. Mai für ein Leben ohne Herrschaft und Ausbeutung auf die Straße gehen!

Die Nazis planen um 12 Uhr einen Marsch von ihrem Sammelpunkt Bahnhofsvorplatz zur Europäischen Zentralbank. Wir rufen auf zur Platzbesetzung des "Kaisersacks" und Bahnhofsvorplatzes zu kommen!

Treffpunkt für alle AntifaschistInnen: 9.30 Uhr, Willy-Brandt-Platz (Theaterplatz).

Kontakt: Aktionsbündnis 1. Mai - Kein Naziaufmarsch, c/o Café Exzess, Leipzigerstr. 91, 60487 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 - 77 46 70, Email:

antifa_g@freenet.de, Mailinglist:

strassefrei-subscribe@domeus.de

14. Antifa heißt Kontakt aufnehmen!

Autor: Joachim Kolb · Rubrik: Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:36

Der Antifakongress vom 20.-22. April in Göttingen bedeutet weit mehr als nur eine einfache Standortbestimmung der antifaschistischen Szene. Nach den überwiegend negativen politischen Entwicklungen der letzten Jahre soll der Kongress eine inhaltliche und organisatorische Neubestimmung der antifaschistischen Bewegung und der linksradikalen Politik im Allgemeinen bewirken. Dafür steht selbst die Auflösung bisher für unantastbar gehaltener Organisationszusammenhänge wie der Antifaschistischen Aktion / Bundesweiten Organisation (AA/BO) zur Diskussion.

Auch über zehn Jahre nach der Implosion des Realsozialismus und dem Anschluss der DDR verliert die radikale Linke in Deutschland weiterhin an politischem Gewicht. Kommunistische Organisationen sind - so weit überhaupt noch existent - in ihrer politischen Arbeit kaum noch wahrnehmbar. Und auch die autonome Szene, noch vor wenigen Jahren Symbol und Hoffnungsträger eines jugendgemäßen linksradikalen Politikstils, ist inzwischen in die Jahre gekommen. Längst hat sie sich in die Großstädte zurückgezogen, zerfällt jedoch in letzter Zeit auch dort zunehmend. Selbst der Berliner Verfassungsschutz stellte im letzten Jahr "eine zunehmende Aufsplitterung und Zerstrittenheit der Szene" fest. "Individuelle und gruppenegoistische Interessen beeinträchtigten das autonome Potenzial in seiner Handlungsfähigkeit. (...) Viele wenden sich schon nach wenigen Jahren ernüchtert von der Szene ab, enttäuscht über das Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit autonomer Lebensweisen. Als besonders frustrierend werden die selbstgewählte gesellschaftliche Isolation, die Auseinandersetzungen zwischen Alt-Autonomen und ihrem Nachwuchs, zwischen Frauen und Männern, zwischen Ost und West sowie ständige ergebnislose Diskussionen empfunden." (Berliner Verfassungsschutzbericht 1999) Die Szene sei unfähig zu zielgerichtetem und koordiniertem Vorgehen, ihre hohe Mobilisierungskraft der 80er Jahre habe sie weitgehend verloren. Und auch der Leiter des Berliner Staatsschutzes, Peter-Michael Haeberer, gestand in einem Interview mit der Berliner Morgenpost freimütig ein, dass sich das Problem mit der autonomen Szene in einigen Jahren von selbst erledigen würde.

Parallel dazu zeigt sich auch die autonome antifaschistische Bewegung in einem desolaten Zustand. Ihr Erscheinungsbild ist derzeit weniger das einer politischen Bewegung, als vielmehr das vieler vereinzelter Splittergruppen. Ihre momentane politische Schwäche wurde ausgerechnet im "Antifa-Sommer" 2000 offenkundig, als die bürgerliche Öffentlichkeit endlich der Gefahr von rechts genügend Aufmerksamkeit widmete und die linksradikalen, antifaschistischen Kräfte sich als unfähig erwiesen, das unverhoffte Medieninteresse für eigene politische Akzente zu nutzen. Da eine gemeinsame organisatorische Plattform nicht existiert, gelingt es der Antifa nicht, die vorhandenen Ressourcen zu bündeln. Notwendige Diskussionen über inhaltliche und strategische Ansätze werden bundesweit so gut wie nicht mehr geführt. Dadurch erfolgt in den meisten Fällen nur eine langsame und vereinzelte Reaktion auf aktuelle politische Entwicklungen.

Der von der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB), der Antifa (M) Göttingen und dem Bündnis gegen Rechts Leipzig (BgR) organisierte Kongress will genau an diesen Defiziten ansetzen. Er knüpft an das Antifa-Camp im Sommer 1998 auf der Jugendburg Ludwigstein und den Verstärkerkongress im Herbst 1999 in Leipzig an. Neben einem Resümee der Antifapolitik der letzten zehn Jahre und einer Analyse der aktuellen politischen Entwicklungen in der BRD soll es hauptsächlich um eine organisatorische und inhaltliche Neuorientierung der Antifabewegung und der linksradikalen Politik im Allgemeinen gehen.

Organisierung statt Zersplitterung

Bei der Debatte um eine effektive antifaschistische Organisierung steht mit der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) auch der bisher einzige kontinuierlich arbeitende, überregionale Organisationsansatz der linksradikalen Antifabewegung zur Disposition. Zahlreiche Äußerungen in den Kongresspapieren der veranstaltenden BO(nahen) Gruppen lassen den Schluss zu, dass zu Gunsten eines umfassenderen Organisierungsansatzes nicht länger an der BO festgehalten werden soll. "Organisierungsversuche wie die AA/BO haben es nicht geschafft, sich als relevante Kraft zu etablieren", heißt es dazu im Kongressaufruf.

Eine Auflösung der BO würde derweil nicht völlig überraschend kommen. Seit Mitte der Neunziger Jahre stagniert die Entwicklung in der BO weitgehend. Nur ganz wenige BO-Gruppen hatten in der Vergangenheit auch das Potenzial, bundesweit politische Impulse zu setzen. Innerhalb der BO entstand so schnell eine Zweiteilung zwischen wenigen führenden Organisationen und einer Mehrheit von weitgehend passiven Gruppen. Dies führte dazu, dass die AA/BO in der Öffentlichkeit viel weniger wahrgenommen wurde, als ihre tonangebenden Einzelgruppen.

Nach ihrer Gründung 1992 und den ersten internen Auseinandersetzungen war die BO über eine Mitgliedsstärke von fünfzehn Gruppen nie hinausgekommen. Grund hierfür war nicht zuletzt die ablehnende Haltung von Teilen der autonomen Szene, der sich die AA/BO von Anfang an ausgesetzt sah: Ihr Versuch, mittels einer verbindlicheren Organisierung aus der Belanglosigkeit der anonymen autonomen Kleingruppen-Politik auszubrechen, trug ihr schnell den Vorwurf hierarchischer, zuweilen sogar "stalinistischer" Strukturen ein. Immer wieder geriet die BO auch wegen ihres zur Schau gestellten, inhaltsleeren Militanzkultes sowie des angeblichen Mackerverhaltens einzelner BO-Mitglieder ins Kreuzfeuer der autonomen Szene. Bis heute ist der AA/BO nie wirklich gelungen, die Vorwürfe gegen sie ganz vom Tisch zu wischen und damit die Vorbehalte vieler antifaschistischer Gruppierungen gegen einen BO-Beitritt auszuräumen. (1)

Der neue Organisierungsansatz soll nicht nur offener sein und deutlich mehr Antifa-Gruppen einschließen als es das BO-Konzept je vermochte, er soll über den unmittelbar antifaschistischen Politikbereich hinausweisen und auch andere linksradikale Gruppen erreichen. Ziel ist es, über eine gemeinsame Organisations- und Diskussionsplattform zwischen den einzelnen Gruppen den Austausch über Strategie und Inhalt linksradikaler Politik zu verbessern, Debatten anzustoßen und Kampagnenfähigkeit zurückzugewinnen, um auf aktuelle politische Entwicklungen künftig schneller reagieren zu können und so die eigene gesellschaftliche Isolation zu überwinden.

Derweil gibt es unter den veranstaltenden Gruppen noch unterschiedliche Vorstellungen über die genaue Struktur eines solchen Organisationszusammenhangs. Während einige über eine bundesweite Organisation mit Bundeszentrale und PressesprecherIn und einem einheitlichen öffentlichen Auftreten nachdenken, halten andere eine solche gemeinsame Struktur für derzeit nicht realisierbar und plädieren lieber für eine lockere Einbindung der einzelnen Gruppen mit bundesweiten Arbeitsausschüssen und wenigen, aber gut vorbereiteten jährlichen Treffen.

BO-Konzept am Ende?

Neben der notwendigen Organisationsdebatte soll der Göttinger Kongress auch inhaltlich neue Akzente setzen. Spätestens seit der letztjährigen Sommerlochsdebatte ist deutlich geworden, dass Antifaschismus, verstanden als bloße Anti-Nazi-Politik, nicht notwendigerweise etwas mit linken, emanzipatorischen Politikansätzen zu tun hat. Stören die Nazi-Schläger das demokratische Image der BRD gegenüber dem Ausland allzu sehr (wie im Sommer 2000 nach dem Bombenanschlag in Düsseldorf) und schädigen damit den "Wirtschaftsstandort Deutschland" im Konkurrenzkampf um internationale Investitionen, kann es die Staatsmacht durchaus auch Ernst meinen mit der Bekämpfung neonazistischer Strukturen. Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, dass systemoppositioneller Antifaschismus nicht auf Anti-Nazi-Kampf reduziert werden darf, will er sich auch künftig von der sogenannten "Staatsantifa" deutlich abgrenzen. Auf dem Kongress sollen dazu unterschiedliche Themengebiete vorgestellt werden, auf die sich eine linksradikale Antifabewegung in Zukunft stärker beziehen sollte. Längst überfällig wäre beispielsweise, die jahrelange Distanz gegenüber dem Themenbereich Antirassismus zu überwinden. Die rassistische Flüchtlings- und Ausländergesetzgebung oder das BGS-Grenzregime zu thematisieren ist eine nahe liegende Möglichkeit, sich Vereinnahmungsversuchen durch staatstragende "Gegen rechte Gewalt"-Kampagnen zu entziehen.

Keine Antifa ohne Antikapitalismus

Auf der anderen Seite könnte sich linksradikaler Antifaschismus künftig verstärkt in der Antiglobalisierungsbewegung als Ausdruck der eigenen antikapitalistischen Ausrichtung engagieren. Eine antifaschistische Gruppe kommt an einer Auseinandersetzung mit kapitalistischen Herrschaftsstrukturen nicht vorbei, will sie sich nicht nur an den Symptomen des gegenwärtigen gesellschaftlichen Rechtstrends abarbeiten, sondern auch die Ursachen für diese Entwicklung begreifen und bekämpfen. Die Ursachen für die seit Ende der 80er Jahre anhaltende Konjunktur rechter Ideologien in Europa und Nordamerika liegen unter

anderem in jener Transformation des kapitalistischen Weltsystems, die gemeinhin als "Globalisierung" bezeichnet wird. Die Deregulierung des Kapitalismus anhand der neoliberalen Ideologie führt weltweit zum Abbau von sozialen Sicherungssystemen, ArbeitnehmerInnenrechten, der Verschärfung der Konkurrenzverhältnisse auf allen Ebenen und damit zu einer stetig wachsenden Entsolidarisierung der Menschen untereinander. Insofern ist der Kampf der "Antiglobalisierungsbewegung" gegen das neoliberale Projekt auch ein Kampf gegen jene Entwicklung, welche die gesellschaftlichen Voraussetzungen für rechte Politikentwürfe fortwährend verbessert.

Joachim Kolb

Anmerkung:

1) Im aktuellem Rückblick müssen sich die einstigen KritikerInnen der BO jedoch auch die Frage gefallen lassen, was von ihren eigenen politischen Ansätzen übrig geblieben ist. Im Gegensatz zur BO verschwanden alternative Organisierungsansätze wie z.B. das Bundesweite Antifaschistische Treffen (BAT) nach kurzer Zeit sang- und klanglos von der Bildfläche.

Für weitere Informationen/Anmeldung zum Kongress: www.antifakongress.de

15. "Merz"-Wahlen. Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz

Autor: mb. · Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:34

Für SPD-Generalsekretär Franz Müntefering waren die Ergebnisse bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am 25. März ein "wichtiger Schritt" auf dem Weg zu einem Sieg bei der Bundestagswahl 2002. Fürwahr: Die Sozialdemokraten stehen gut da. Das Abschneiden der Union zeigt dagegen, dass sie ihre Probleme auf Bundesebene noch nicht gelöst hat. Allerdings zeigen die Wahlergebnisse der Parteien rechts von der Union auch, wie weit das Führungstrio der CDU Merz, Merkel und Meyer die "politische Mitte" nach rechts verschoben hat. Auf der anderen Seite ist zwischen FDP und Grünen der Kampf um die Position der drittstärksten parlamentarischen Kraft entbrannt.

Landtagswahlen in der Mitte einer Legislaturperiode des Bundestages werden in der Regel besondere Bedeutung zugemessen. Sie gelten als Stimmungsbarometer für das Ansehen einer Bundesregierung. Insofern kann Rot-Grün in Berlin gelassen den Bundestagswahlen im kommenden Jahr entgegensehen. Das gilt zumindest für die SPD. Die Sozialdemokraten waren die Gewinner der beiden Landtagswahlen. In Baden-Württemberg, ebenso wie in Rheinland-Pfalz verzeichneten sie deutliche Zugewinne. Um mehr als acht Prozent legten die Sozialdemokraten in Baden-Württemberg zu, in Rheinland-Pfalz waren es fünf Prozent. Überraschend kam das gute Abschneiden der SPD nicht. Mit ihrer Spitzenkandidaten Ute Vogt, die sich durch ihren "jugendlichen Charme" (Handelsblatt) deutlich von Amtsinhaber Erwin Teufel abhob, konnten die SPD ihr desaströses Ergebnis von 25,1% bei der Landtagswahl 1996 wettmachen. Ansonsten waren die Wahlkämpfe im Südwesten geprägt von Langeweile, nicht Sachthemen standen im Mittelpunkt, sondern die Arbeit der Landesregierungen bzw. der Ministerpräsidenten. Deren Bestätigung stand schon im voraus fest. "Im Grunde haben die Wählerinnen und Wähler im Südwesten etwas sehr Einfaches und Einleuchtendes getan: Sie haben den Erfolg bestätigt", so resümierte die FR am 26.3. Gewählt wurden Politiker, denen man vertraut - ähnlich wie zuvor bei den Kommunalwahlen in Hessen, wo sich wider Erwarten der Spendenskandal der CDU und die Verwicklung der CDU-Landesregierung unter Ministerpräsident Koch nicht zu Lasten der Hessen-Union ausgewirkt hat.

Die eigentlichen Verlierer der Wahlen sind die Grünen. Seit mehr als zwei Jahren hagelt es für die Grünen bei Wahlen Verluste. In Rheinland-Pfalz, wo sie bei der letzten Landtagswahl 6,1% erreichten, rutschten sie gefährlich nahe an die Fünf-Prozent-Hürde heran. Im südlichen Nachbarland, einem Stammland der Partei, verloren sie über vier Prozentpunkte und landeten bei 7,7%. Die Hoffnung, dass mit Renate Künast und ihrer mit viel Vorschusslorbeeren bedachten Arbeit als Bundesministerin für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Ernährung eine Trendwende für die Gesamtpartei verbunden sei, hat sich als Trugschluss erweisen. Für die Grünen - so die taz am Tag nach der Wahl - "sind die Wahlergebnisse katastrophal. Und das nicht etwa, weil sie massiv an Stimmen verloren haben - dies ließe sich noch verkraften, wenn es noch Hoffnung gäbe. Doch ist das eigentlich Niederschmetternde, dass die Wählergunst abnahm, obwohl das urgrüne Thema schlechthin - die Ökologie - seit Monaten die Schlagzeilen beherrscht." Warum dies so ist, darauf versucht das Handelsblatt eine Antwort zu geben: "Den Wechsel von einer oppositionellen Protestpartei zu einer staatstragenden Regierungspartei haben Teile der grünen Anhängerschaft nicht mitvollzogen, die Castor-Transporte spalten die Partei regelrecht." Wenn es dann weiter heißt: "... und schließlich ist es die Person Jürgen Trittin, an der sich die grünen Geister scheitern", dann verlässt das Blatt allerdings die Ebene der Analyse. Ist es doch wohl eher so, dass ein nicht geringer Teil potenzieller Grünen-Wähler "klammheimliche Freude" empfunden hat, als Jürgen Trittin mit seiner Polemik gegen Laurenz Meyer die deutschnationalen Töne aus der Union attackierte.

Dabei hatte die Diskussion um Jürgen Trittin natürlich Einfluss auf diese Wahlen. Der ideologische Rechtsschwenk der Union, die Leitkultur- und Nationalstolz-Debatte hat nicht nur konservative WählerInnen mobilisiert. Auch das Scheitern der REP in Baden-Württemberg an der Fünf-Prozent-Hürde, wie überhaupt die Verluste von REP und NPD bei allen drei Wahlen, sind ein weiteres Ergebnis davon. Unfug und gefährlich ist deshalb das Gerede, der missglückte Wiedereinzug der REP in den Stuttgarter Landtag sei "ein Zeichen der politischen Reife, dass die Wähler von den Rechtsextremen ins Lager der demokratischen Parteien

zurückgekehrt sind". (Stuttgarter Zeitung, 26.3.01) Es verkennt nämlich, wie weit die Rechtsverschiebung der "politischen Mitte" schon vorangeschritten ist.

mb.

COLUMNS(4), DIMENSION(IN), COLWIDTHS(.9058,E1,E1,E1), HGUTTER(0.0591), VGUTTER(0.1181), BOX(Z_SINGLE), HGRID(Z_SINGLE), VGRID(Z_SINGLE), KEEP(OFF)

ZUE SONDER, TABELLENTEXT, TABELLENTEXT, TABELLENTEXT

Wahlergebnisse in Baden-Württemberg, +, +, +

TABELLENTEXT, BODY TEXT, BODY TEXT, BODY TEXT

, Landtagswahl 2001, Bundestagswahl '98, Landtagswahl 1996

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, BODY RECHTS, BODY RECHTS

Wahlbeteiligung, 4.577.705 (62,6%), 6.032.612 (83,1%), 4.859.305 (67,6%)

CDU, 2.029.948 (44,8%), 2.245.873 (37,8%), 1.974.619 (41,3%)

SPD, 1.508.341 (33,3%), 2.118.439 (35,6%), 1.199.123 (25,1%)

Grüne, 350.549 (7,7%), 549.527 (9,2%), 580.801 (12,1%)

FDP, 367.556 (8,1%), 524.527 (8,8%), 458.478 (9,6%)

REP, 198.425 (4,4%), 240.402 (4,0%), 437.228 (9,1%)

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, BODY RECHTS, BODY MITTE

NPD, 7.656 (0,2%), 8.936 (0,2%), -

COLUMNS(4), DIMENSION(IN), COLWIDTHS(.9450,E1,E1,E1), HGUTTER(0.0591), VGUTTER(0.1181), BOX(Z_SINGLE), HGRID(Z_SINGLE), VGRID(Z_SINGLE), KEEP(OFF)

ZUE SONDER, TABELLENTEXT, TABELLENTEXT, TABELLENTEXT

Wahlergebnisse in Rheinland-Pfalz, +, +, +

TABELLENTEXT, TABELLENTEXT, TABELLENTEXT, TABELLENTEXT

, Landtagswahl 2001, Bundestagswahl '98, Landtagswahl 1996

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, BODY RECHTS, BODY RECHTS

Wahlbeteiligung, 1.879.430 (62,1%), 2.529.717 (83,9%), 2.114.933 (70,8%)

SPD, 820.218 (44,7%), 1.028.886 (41.3%), 821.539 (39,8%)

CDU, 647.013 (35,3%), 975.258 (39,1%), 798.166 (38,7%)

FDP, 143.372 (7,8%), 177.016 (7,1%), 184.426 (8,9%)

Grüne, 95.529 (5,2%), 152.009 (6,1%), 142.665 (6,9%)

REP, 44.568 (2,4%), 53.676 (2,2%), 71.499 (3,5%)

NPD, 9.136 (0,5%), 4.532 (0,2%), 7.633 (0,4%)

COLUMNS(5), DIMENSION(IN), HGUTTER(0.0591), VGUTTER(0.1181), BOX(Z_SINGLE), HGRID(Z_SINGLE), VGRID(Z_SINGLE), KEEP(OFF)

ZUE SONDER, TABELLENTEXT, TABELLENTEXT, TABELLENTEXT, TABELLENTEXT

Wahlergebnisse in Hessen, +, +, +, +

TABELLENTEXT, BODY MITTE, BODY MITTE, BODY MITTE, BODY MITTE

, Kommunalwahl 2001, Landtagswahl 1999, Bundestagswahl 1998, Kommunalwahl 1997

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, BODY RECHTS, BODY RECHTS, BODY RECHTS

Wahlbeteiligung, 2.380.554 (53,0%) , 2.845.589 (66,4%) , 3.619.884 (84,2%) , 2.921.211 (66,0%)

CDU, 874.528 (38,4%) , 1.215.783 (43,4%) , 1.238.158 (34,7%) , 937.732 (33,0%)

SPD, 870.018 (38,2%) , 1.102.544 (39,4%) , 1.481.898 (41,6%) , 1.079.463 (38,0%)

Grüne, 211.116 (9,3%) , 201.194 (7,2%) , 293.939 (8,2%) , 311.733 (11,0%)

FDP, 117.381 (5,1%) , 142.845 (5,1%) , 279.988 (7,9%) , 112.499 (4,0%)

REP, 57.611 (2,5%) , 75.114 (2,7%) , 83.595 (2,3%) , 186.267 (6,6%)

NPD, 5.692 (0,2%) , 5.933 (0,2%) , 9.686 (0,3%) , 17.142 (0,6%)

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, BODY MITTE, BODY RECHTS, BODY RECHTS

PDS, 9.831 (0,4%) , -, 52.216 (1,5%) , 9.600 (0,3%)

16. Konsens ist Nonsens. Befriedung der Anti-Atom-Bewegung in Gorleben gescheitert

Autor: Tom Binger · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:18

"Ein solcher Castor-Transport ist mit rechtsstaatlichen Mitteln nicht durchsetzbar." Dieses Resümee zieht Heidi Klein, Pressesprecherin der Anti-Atom-Kampagne X-tausendmal quer, nach den massiven Auseinandersetzungen um den Atommülltransport nach Gorleben.

Und in der Tat: Das gesamte Wendland befand sich in der letzten Märzwoche in einer Art polizeilichem Belagerungszustand. Ein generelles Demonstrationsverbot entlang der gesamten Schienen- und Straßentransportstrecke; die weitgehende Zerschlagung von Camps und sonstiger Infrastruktur der AtomkraftgegnerInnen innerhalb einer Fünf-Kilometer-Sicherheitszone beiderseits der Strecke; Schlagstockeinsatz gegen gewaltfreie SitzblockiererInnen; mehrtägiges Unterbindungsgewahrsam gegen sog. Rädelsführer; massive Behinderungen der bäuerlichen Stunkparade und weiterer Treckerdemonstrationen; das Verbot für Einheimische, mehr als zwei auswärtige Gäste zu beherbergen; permanente Observationen und Fahrzeugkontrollen sowie die allgegenwärtige Präsens einer ganzen Armada von Polizeihubschraubern, Wasserwerfern, Räumpanzern und Polizeiwannen sorgten für ein wahres Bügerkriegsszenario in der sonst so beschaulichen Region. Knapp 700 DemonstrantInnen wurden nach offiziellen Angaben in polizeiliches Gewahrsam genommen. Über 18.000 Polizeibeamte im Wendland (fast 30.000 bundesweit) sollten mit einem rigiden Konzept jeden ernsthaften Widerstand bereits im Keim ersticken. Um den demokratischen Schein zu wahren, wurden der Protestbewegung lediglich einige harmlose Spielwiesen zugestanden.

Doch trotz martialischem Bürgerkriegsapparat und polizeilichem Ausnahmezustand gelang es den AtomkraftgegnerInnen immer wieder mit fantasievollen Aktionen den Transport zu behindern. Die Aktion von fünf Robin-Wood-AktivistInnen, die sich bei eisiger Kälte im Gleisbett einbetoniert hatten, hielten den Castor nicht nur für fast 20 Stunden auf. Sie sorgte auch dafür, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Atommülltransporte der Castor-Zug den Rückwärtsgang einlegen musste. Brückenblockaden von Greenpeace, mehrstündige Gleisbesetzungen von X-Tausend-mal-quer, Unterhöhlungen des Schienenbetts, auf den Schienen abgelegte Bäume, etliche Spaziergänge entlang der Gleisanlagen, Kundgebungen, Mahnwachen und vieles mehr sorgten dafür, dass die Polizei die Sache nicht in den Griff bekam.

Die Vielzahl, Vielfältigkeit und Unberechenbarkeit der Aktionen hat das gigantische Polizeiaufgebot überfordert. Entlang der fünfzig Kilometer langen Bahnstrecke von Lüneburg nach Dannenberg fanden die AtomkraftgegnerInnen immer wieder Lücken für ihre mehr oder weniger perfekt vorbereiteten Aktionen.

Ein derartiger Polizeieinsatz lässt sich nicht - wie in der deutsch-französischen Regierungsvereinbarung vorgesehen - zweimal im Jahr wiederholen. Selbst für den niedersächsischen Innenminister Heiner Bartling ist ein solches Szenario nicht mit demokratischen Zuständen vereinbar. Für die Fraktionsvorsitzende der Grünen im niedersächsischen Landtag, Rebecca Harms, steht bereits jetzt fest: "Das Gorleben-Projekt ist politisch nicht durchsetzbar."

Rechtsstaatlich nicht durchsetzbar

Doch bei den Protesten geht es nicht nur um den Zwischen- und Endlagerstandort Gorleben. Der Widerstand ist auch ein deutliches Signal dafür, dass der Atomkonsens zwischen Bundesregierung und Energiekonzernen kein gesellschaftlicher Konsens ist. Der erste Castor nach dem dreijährigen Transportstopp war auch ein Test dafür, ob durch den Atomkonsens eine Befriedung der Anti-Atom-Bewegung eingetreten ist. Das Testergebnis ist eindeutig: Die rot-grüne Konsensstrategie hat den Widerstand eher verstärkt. Grüne Spitzenpolitiker wurden überall im Wendland scharf attackiert. Ihr Versprechen, für einen schnelleren Atomausstieg zu kämpfen, glaubt ihnen in der Anti-Atom-Bewegung niemand mehr. Der grüne Spagat, nicht gegen den Castor und den Atomkonsens zu demonstrieren, aber gegen Gorleben als Endlagerstandort und für einen schnelleren Ausstieg, endete mit einer politischen Bruchlandung. Wer die Bilder von Claudia Roths Flucht vor aufgebrachten Bauern bei der Treckerparade gesehen hat, für den wirkt ihr trotziges Bekenntnis "Wir verstehen uns immer noch als Teil der Anti-Atom-Bewegung" nur noch lächerlich.

Das Risiko, dass der Widerstand dadurch geschwächt wird, dass die Führungskräfte der Grünen in Partei, Fraktion und Regierung unbeirrt und gegen alle Realitäten weiter von einem Ausstiegskonsens reden, ist nach Gorleben kleiner geworden. Die Grünen befinden sich nun auf der anderen Seite der Barrikade. Und die Anti-AKW-Bewegung tut das, was sie schon immer stark gemacht hat. Sie vertraut nicht auf Parteien, sondern auf die eigene, außerparlamentarische Kraft und sie hat sich eindeutig gegen den rot-grünen Konsens positioniert.

Ob es sich bei den Auseinandersetzungen in Gorleben um ein einmaliges Aufbäumen oder um den Beginn eines neuen Widerstandszyklus der Anti-Atom-Bewegung handelt, wird sich bereits sehr bald herausstellen. Wie immer wieder von den Initiativen betont, ist der Gorleben-Transport auch der Türöffner für eine Vielzahl von Transporten in die Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague und Sellafield. An verschiedenen AKW-Standorten stehen die Betreiber mit fertig beladenen Castor-Behältern in den Startlöchern. Kurz nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe sollen die ersten Transporte (am 10. April) aus den Atomkraftwerken Philippsburg, Biblis und Grafenrheinfeld auf die Reise nach La Hague geschickt werden. Weitere Transporte aus Neckarwestheim, Biblis und Stade sollen in Kürze folgen. Sollten auch diese Transporte nur noch mit einem großen Polizeiaufgebot durchsetzbar sein, dann hat die Atomindustrie ein echtes Problem. Denn nur an wenigen Standorten sind bereits sog. Interimslager zur Lagerung der abgebrannten Brennelemente einsetzbar und die Abklingbecken der AKWs sind nach der langen Transportpause bis zum Bersten gefüllt. Ohne Wiederaufbereitung wäre also die Atommüllentsorgung ernsthaft gefährdet.

Mehr Widerstand gegen anstehende WAA-Transporte?

Gelingt der Anti-Atom-Bewegung hier allerdings nicht die Organisierung eines relevanten Widerstandes, dann sieht sie sich zu Recht mit dem Vorwurf konfrontiert, lediglich den Müll vor der eigenen Haustür verhindern zu wollen. Das Wendland wäre dann nicht mehr als ein regionales Widerstandsbiotop. Mit Aktionen gegen die WAA-Transporte und der Beendigung der Plutoniumwirtschaft steht der Anti-AKW-Bewegung die entscheidende Nagelprobe also noch bevor.

Tom Binger

17. Verbote - Verbote - Verbote

Autor: Wilhelm Achelpöhler · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:19

Bilder wie bei dem letzten Castortransport nach Gorleben 1997 wollen wir vermeiden", so äußerte sich sinngemäß der polizeiliche Einsatzleiter Reim vor den Protestaktionen gegen den Castortransport 2001 nach Gorleben. Bilder von Tausenden blockierenden DemonstrantInnen, die am Verladekran mit Wasserwerfern zur Beendigung ihrer Blockade am Verladekran genötigt werden sollten, Bilder von prügelnden Polizeibeamten und nicht zuletzt Bilder von DemonstrantInnen.

Die AtomkraftgegnerInnen wollten einer solchen Kraftprobe um den Verladekran in Dannenberg, wo die Castorbehälter von den Gleisen auf die Straßentransporter umgeladen werden, gleichfalls aus dem Weg gehen und ihren Protest an der gesamten Strecke, insbesondere der eingleisigen Bahnstrecke zwischen Lüneburg und Dannenberg zum Ausdruck bringen. Zu diesem Zweck waren entlang der Bahnstrecke zahlreiche Camps von AtomkraftgegnerInnen geplant, die als Versammlungen, gestützt auf das Grundrecht des Art. 8 Abs. 1 GG durchgeführt werden sollten. Gerade hier kam es schon im Vorfeld des Transportes zu erheblichen Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, die durch massive Einschüchterungsversuche und Bespitzelungen der Bevölkerung im Landkreis Lüchow-Dannenberg ergänzt wurden.

Den formellen Anfang der Verbotsverfügungen machte die Allgemeinverfügung der Bezirksregierung Lüneburg. Damit wurden Demonstrationen in einem Umkreis von 50 Metern um die Gleisanlagen verboten. Dies entsprach in seiner räumlichen Ausdehnung dem Versammlungsverbot anlässlich des Castortransports 1997 und blieb deutlich hinter der Verbotsverfügung des Polizeipräsidiums Münster aus dem Jahr 1998 anlässlich des Castortransport nach Ahaus zurück. In Ahaus gab es teilweise eine Demonstrationsverbotszone mit einem Abstand von mehr als 500 Metern von den Gleisanlagen entfernt. Konkret wurden unangemeldete öffentliche Versammlungen im Zeitraum vom 24.03.2001 (00.00 Uhr) bis zum 08.04.2001 (24.00 Uhr) in diesem Korridor untersagt. Ab dem 27.3.2001 wurden dann alle, auch angemeldete, Versammlungen untersagt. Nur vordergründig handelte es sich hier allerdings um eine schmale Verbotszone. Zwar hieß es in der Allgemeinverfügung noch, außerhalb der Verbotszone könne in Sichtweite des Castors demonstriert werden, faktisch wurde die Verbotszone allerdings deutlich ausgedehnt - ein Versuch, sie gegenüber der Initiative X-tausendmal quer auch auf das gesamte Stadtgebiet von Lüneburg zu erweitern, scheiterte allerdings vor dem Verwaltungsgericht.

Übernachten

bei eisiger Kälte

Eilverfahren gegen diese Verbotsverfügung blieben erfolglos. So wurde auch die Fraktion der Grünen im niedersächsischen Landtag Opfer der Verbotsverfügung. Eine für den 27. und 28.3. angemeldete öffentliche Fraktionssitzung wurde unter Bezugnahme auf die Allgemeinverfügung gleichfalls verboten. (Bestätigt durch VG Lüneburg Beschluss vom 24.3.2001, siehe www.polizei.niedersachsen.de/cas-tor/urteile/7b01-21b.html)

Es blieb allerdings nicht bei dieser Verbotszone. Faktisch wurde diese Zone für die Camps ausgedehnt, zwischenzeitlich wurde sogar eine förmliche Ausdehnung auf einen Umkreis von 5 Kilometern um die Gleisanlagen erwogen. Dem Camp Tollendorf, eineinhalb Kilometer von der Bahnstrecke entfernt, wurde etwa entgegengehalten, es sei als "Schienencamp" angekündigt und ohnehin spiele es keine Rolle, wenn das Camp außerhalb der Verbotszone liege: "Auch wenn das geplante Camp außerhalb der Verbotszone liegt, ist eine rechtlich relevante Trennung zwischen dem Camp und dem vorgeblich damit verbundenen Demonstrationszweck einerseits und der vorgesehenen Schienen-Sitzblockade andererseits nicht möglich. Sie sind vielmehr in einer Zusammenschau als eine Einheit, die einheitlicher rechtlicher Betrachtung bedarf, zu behandeln." (VG Lüneburg 23.3.2001; die meisten Gerichtsentscheidungen finden sich unter: www.polizei.niedersachsen.de/castor/urteile.html)

Mit dieser Erwägung wurden denn auch fast alle Camps untersagt. Das von der PDS-Bundestagsabgeordneten Heidi Lippmann aus Göttingen angemeldete Camp Nahrendorf wurde nicht sofort verboten, obwohl es nur 600 Meter von den Gleisen entfernt lag. Das lag daran, dass hier lediglich eine Dauerversammlung angemeldet worden war, die auch in den Nachtstunden stattfinden sollte. Dagegen hatte

der Landkreis Lüneburg nichts einzuwenden, verband die Erlaubnis allerdings mit der Auflage, dass auf dem Versammlungsgelände keine Zelte aufgestellt werden dürften. Für den Landkreis stellte diese Maßnahme keine Beschränkung der Versammlungsfreiheit da, weil ja für eine Versammlung Zelte nicht nötig seien. AtomkraftgegnerInnen, die auf dem Gelände auch nachts bleiben wollten, mussten also unter freiem Himmel nächtigen - bei Temperaturen um den Gefrierpunkt.

Ähnlich erging es der Initiative X-1000-mal-quer, die nach juristischen Auseinandersetzungen immerhin erreichen konnte, dass ihr für ein Camp in der Gemeinde Wendisch-Evern ein Parkplatz als Gelände zur Verfügung gestellt wurde. Selbst Zeltplanen, die zum Schutz vor Regen befestigt werden sollten, wurden untersagt. Zusätzlich zu diesen Einschränkungen wurden auch die Bauern, die ihre Weiden für derartige Camps zur Verfügung gestellt hatten, unter Druck gesetzt. U.a. im Falle des Camps Nahrendorf hatte der Landkreis sogar dem Landwirt, der das Gelände zur Verfügung stellte, mit Maßnahmen der Bauaufsicht gedroht. Für ein Zeltlager sei eine Baugenehmigung erforderlich, die im sog. Außenbereich nicht erteilt werden könne, zumal hier stets die Gefahr der Herausbildung einer Splittersiedlung bestehe.

Derartige Rabulistik fällt deutlich hinter die Erkenntnisse etwa des OVG Nordrhein-Westfalen zurück. Dies hatte festgestellt, das etwa ein mehrwöchiges Zeltlager von Roma vor dem Düsseldorfer Landtag als Versammlung anzusehen sei und deshalb allein das Versammlungsrecht und nicht etwa das Baurecht Anwendung finden könne. Auch das Bundesverwaltungsgericht hatte Ähnliches anlässlich einer Straßenfest-ähnlichen Versammlung der Aachener Grünen festgestellt und deshalb keine Notwendigkeit für besondere straßenverkehrsrechtliche oder straßenrechtliche Erlaubnisse gesehen.

Natürlich gab es gegen diese Zerschlagung der Camps Proteste. So erklärten sich etwa Landwirte bereit, AKW-GegnerInnen in der Scheune unterzubringen. Sie machten dann ebenso Bekanntschaft mit polizeilichen Einschüchterungsversuchen wie BewohnerInnen des Landkreises Lüchow-Dannenberg, die mehr als zwei DemonstrantInnen aufnehmen wollten. Später wurde gar AKW-GegnerInnen, die mit Campingausrüstung angetroffen wurden, ein Platzverweis mit der Androhung der Ingewahrsamnahme erteilt. All dies belegt, dass die Campverbote, wie auch die Ingewahrsamnahmen letztlich vor allem einem Zweck dienten: die Artikulation des Protest gegen den Castortransport zu be- und zu verhindern. Ein "Höhepunkt" war insoweit die vorbeugende Ingewahrsamnahme des Sprechers der Initiative X-tausendmal quer, Jochen Stay.

Wilhelm Achelpöhler

Rechtsanwalt

18. Fotoreportage: Castor heißt Widerstand

Autor: DSe · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:38

Nach vier Jahren Pause hat die Anti-AKW-Bewegung im Wendland eindrucksvoll gezeigt, dass es einen Konsens in der Atomfrage nicht gibt. Da können Rote und vor allem Grüne reden was sie wollen. Bundesweit fast 30.000 PolizistInnen, davon allein 18.000 im Wendland, waren nötig, um die sechs Atommüllbehälter aus La Hague in das Zwischenlager nach Gorleben zu bringen. Bereits der Auftakt in Lüneburg machte grüne Hoffnungen zunichte: Nicht trotz, sondern wegen des Atomkonsens kamen deutlich mehr Menschen als beim letzten Mal.

Als sich am Sonntag die Bäuerliche Notgemeinschaft beinahe schon traditionell zur Stunkparade in Gorleben versammelte, stieg die Stimmung unter den Anti-AKWlerInnen kräftig und ging bei den Grünen weiter in den Keller. Ein Konvoi mit über 500 Treckern auf einer Länge von rund zehn Kilometern schlängelte sich stundenlang durch das Wendland und hielt die Polizei in Atem. Denn beim letzten Transport wurde aus der Stunkparade heraus eine gigantische Treckerblockade aufgebaut, die den Castor seinerzeit zum Umweg zwang.

Der Versuch der grünen Fraktionsvorsitzenden Kerstin Müller und der Parteisprecherin Claudia Roth, sich vor versammelter Presse als Anti-Castor-KämpferInnen zu präsentieren, scheiterte weitgehend. Immer wieder wurden sie als VerräterInnen oder machtgeile PolitikerInnen von den am Straßenrand stehenden DemonstrantInnen beschimpft.

Die an Presseausweise angelehnte Democard sollte helfen, Bewegungsfreiheit in der von Polizei-Überrepräsentanz und Demoverboten gegängelten Region zu bewahren. Ausgegeben wurde dieses wertvolle Dokument von allen zuständigen Behörden der Republik Freies Wendland.

Trotz erheblicher Beschränkungen und Verbote waren die Camps - teilweise kilometerweit von den Castorgleisen entfernt - durchaus wirksam. In Wendisch Evern gelang es X-Tausend mal quer gegen alle Wetten am Mittwoch nachmittag, als der Castorzug bereits kurz vor Lüneburg war, mit fast 1.000 Leuten die Schiene zu besetzen und den Zug für Stunden aufzuhalten. Die Wartezeit bis zur Räumung überbrückte u.a. Klaus der Geiger.

Während die Gewaltfreien mit ihren Aktionen recht effizient den Castor verzögerten, hatten die eher "autonomen" Kräfte Probleme. Zwar kamen auch sie hier und da in kleinen Gruppen auf die Gleise und banden ziemlich viele Einsatzkräfte. Eher bekannt wurden sie jedoch durch den Kessel (rechts oben) in Nahrendorf.

Dass Greenpeace - leider zu früh - trotz einer Übermacht von Polizei die gerade erst reparierte Seerauer Brücke durch eine Abseilaktion blockierte, wurde fast schon als Routine aufgenommen. Bewunderung und Respekt gab es für die AktivistInnen von Robin Wood. Einbetoniert und angekettet machten sie die Gleise für fast 20 Stunden dicht und zwangen - erstmals in der Geschichte - den Castorzug zur Umkehr. Seitdem herrschte Hochstimmung.

Mit einem Tag Verspätung kamen die sechs Castoren dann in Dannenberg an, wo sie für den Straßentransport umgeladen wurden. Als dieser sich überraschend früh auf den Weg machte und nach nur 90 Minuten im Zwischenlager Gorleben eintraf, wurde das von der Polizei zwar als großer Erfolg gefeiert. 14.000 PolizistInnen mussten dazu auf der 18 km langen Strecke postiert werden: alle drei Meter beidseitig der Straße ein Cop!

Nicht nur der Polizei, sondern auch der rot-grünen Bundesregierung ist klar, dass es so nicht weiter gehen kann. Ob es zu dem noch für dieses Jahr geplanten zweiten Transport aus La Hague nach Gorleben kommen wird?

Die Anti-AKW-Bewegung braucht das nicht zu fürchten ... Denn diejenigen, die im Wendland dabei waren, werden denen, die zuhause blieben, erzählen wie großartig es war - und sie beim nächsten mal mitnehmen.

Während die Gewaltfreien mit ihren Aktionen recht effizient den Castor verzögerten, hatten die eher "autonomen" Kräfte Probleme. Zwar kamen auch sie hier und da in kleinen Gruppen auf die Gleise und

banden viele Einsatzkräfte. Eher bekannt wurden sie jedoch durch den Polizei-Kessel (rechts oben) in Nahrendorf.

Dass Greenpeace - leider zu früh - trotz einer Übermacht von Polizei die gerade erst reparierte Seerauer Brücke durch eine Abseilaktion blockierte, wurde fast schon als Routine aufgenommen. Bewunderung und Respekt gab es für die AktivistInnen von Robin Wood. Einbetoniert und angekettet machten sie die Gleise für fast 20 Stunden dicht und zwangen - erstmals in der Geschichte - den Castorzug zur Umkehr. Seitdem herrschte Hochstimmung.

Mit einem Tag Verspätung kamen die sechs Castoren dann in Dannenberg an, wo sie für den Straßentransport umgeladen wurden. Als dieser sich überraschend früh auf den Weg machte und nach nur 90 Minuten im Zwischenlager Gorleben eintraf, wurde das von der Polizei zwar als großer Erfolg gefeiert. 14.000 PolizistInnen mussten dazu auf der 18 km langen Strecke postiert werden: alle drei Meter beidseitig der Straße ein Cop!

Nicht nur der Polizei, sondern auch der rot-grünen Bundesregierung ist klar, dass es so nicht weiter gehen kann. Ob es zu dem noch für dieses Jahr geplanten zweiten Transport aus La Hague nach Gorleben kommen wird? Die Anti-AKW-Bewegung braucht das nicht zu fürchten ... Denn diejenigen, die im Wendland dabei waren, werden denen, die zu Hause blieben, erzählen wie großartig es war - und sie beim nächsten Mal mitnehmen. Castor heißt Widerstand!

DSe

19. Der Sub ist nur ein Sub. Die EZLN mobilisiert erfolgreich

Autor: Lars Stubbe · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:23

Am Mittwoch, dem 28.3.01, war es so weit: Neben den Comandantes Esther, David, Zebedeo und Tacho der EZLN sprachen Juan Chávez, María de Jesús Patricio und Adelfo Regino als VertreterInnen des Indigenen Nationalkongresses (CNI) vor dem mexikanischen Abgeordnetenhaus. Diese erste offene Parlamentsansprache von VertreterInnen der am stärksten marginalisierten Bevölkerungsgruppe Mexikos war jedoch erst nach mehr als sieben Jahren Kriegszustand in Chiapas, einem über dreiwöchigen Marsch der ZapatistInnen in die Hauptstadt sowie einem zähen politischen Tauziehen zu Stande gekommen.

Am Ende des über 3.000 km langen Marsches durch zwölf mexikanische Bundesstaaten, unterstützt von vielen internationalen BeobachterInnen und VertreterInnen der mexikanischen Zivilgesellschaft, versammelten sich über 200.000 Menschen am 11. März in der mexikanischen Hauptstadt, um den zapatistischen Comandantes und dem Subcomandante Marcos zuzuhören. Erklärtes Ziel des Marsches war es gewesen, vor dem mexikanischen Parlament durch die indigenen VertreterInnen die Vorstellungen und Absichten der Autonomierechte zu erklären, die sich aus dem sogenannten "Ley de la Cocopa" (Cocopa-Gesetz) ergeben. Dieses Gesetz soll auf Verfassungsebene die Autonomierechte der indigenen Gemeinden festschreiben, die nach dem bewaffneten Aufstand der EZLN Anfang 1994 in den anschließenden Verhandlungen mit der damaligen PRI-Regierung in den Verträgen von San Andrés Larrainzar festgelegt worden waren.

Die neue Regierung des Präsidenten Fox hatte von Anfang an erklärt, den Konflikt in Chiapas endlich befrieden zu wollen. Außer medienwirksamen Erklärungen war jedoch nur wenig geschehen, um die von der EZLN geforderten drei Zeichen der Friedensbereitschaft substanziell zu erfüllen. Diese bestehen im Abzug der Armee aus sieben Armeeposten (womit immer noch 252 Posten mit ca. 70.000 Soldaten verbleiben), in der Freilassung der Gefangenen der EZLN und in der verfassungsrechtlichen Verankerung der Autonomierechte. Zwar sorgte Fox dafür, dass die Verfassungsreform auf den Weg gebracht wurde, die anderen zwei Forderungen wurden jedoch nur sehr schleppend eingelöst. Erst gegen Ende des Marsches, als klar wurde, dass es den ZapatistInnen gelungen war, Inhalt und Bedeutung ihrer Forderungen in der Bevölkerung deutlich zu machen und dafür Unterstützung zu finden, wurden die in Bundesgefängnissen befindlichen ZapatistInnen freigelassen. Jetzt ließ Fox auch die letzten drei der geforderten sieben Militärstützpunkte auflösen.

Einer der Höhepunkte des Marsches war sicherlich das dritte Treffen des CNI in Nurio. Über ein Wochenende lang diskutierten hier VertreterInnen aus fast allen indigenen Gruppen Mexikos über ihre und die Forderungen der EZLN. Sie beschlossen, diesen Marsch zu unterstützen, was sich auch in den Reden der CNI-VertreterInnen vor dem Parlament widerspiegelte. Im Vorlauf des Marsches wurden etliche Morddrohungen gegen die EZLN-VertreterInnen ausgesprochen, nicht zuletzt von einigen PRI-Gouverneuren. Dennoch verlief der Marsch letztlich friedlich. Bei einem Unfall, dessen Ursache bisher nicht hundertprozentig geklärt ist, kam allerdings einer der durchleitenden Polizisten auf seinem Motorrad ums Leben.

Den italienischen VetreterInnen auf dem Marsch, den "Tute bianche" (Weiße Affen), wurden unterwegs die gemieteten Busse entzogen, angeblich als Reaktion auf Drohungen gegen die Fahrer und die Firma.

Reflexion statt unkritischer Solidarität

Der Versuch, diese soziale Bewegung auf einen Schaukampf "Fox gegen Marcos" zu reduzieren, ist nicht gelungen. Zwar drehte sich die Mehrzahl der Kommentare und Berichte ständig um diese beiden, aber die EZLN konnte dieses politische Ritual immer wieder durchbrechen. Während der Präsident mehrfach Marcos aufgefordert hatte, sich doch direkt mit ihm an einen Tisch zu setzen, und "von Mann zu Mann" zu verhandeln, erklärte die Kommandantur der EZLN, dass erstens sie für die Verhandlungen zuständig sei, und dass zweitens erst einmal die aufgestellten Forderungen erfüllt werden sollten, bevor man sich mit der Regierung an den Tisch setze.

Zum wichtigsten Gegenspieler der Bewegung entwickelte sich der Abgeordnete der PAN (Partei der Nationalen Aktion) Diego Fernández de Cevallos. Mit der feinen Unterscheidung zwischen Dialogbereitschaft und Sicherung demokratischer Spielregeln blockte er die Unterstützung der PAN für das Rederecht im

Parlament ab. Einerseits übernahm dadurch ironischerweise die PAN die Rolle der schwächelnden PRI. Diese trat im letzten Moment für das Rederecht der indigenen VertreterInnen vor dem Parlament ein, nachdem sie jahrelang mit der militärischen Antwort auf den EZLN-Aufstand eine harte Haltung bewiesen hatte. Das traditionell gespannte Verhältnis zwischen dem Präsidenten und der PAN hat es andererseits Fox ermöglicht, sich von der arroganten Haltung seiner Partei abzuwenden und sich in der veröffentlichten Meinung als verhandlungsbereiter, offener Gesprächspartner darzustellen.

Die politische Klarheit der EZLN zeigte sich vor allem darin, dass sie ankündigte, wieder nach Chiapas zurückzukehren, nachdem die ablehnende Haltung der Parlamentsmehrheit deutlich wurde. Die "rationalen" und legalistischen Argumente der Abgeordneten vermochten kaum ihre rassistische und intolerante Haltung zu verdecken. Die meisten waren nicht bereit, mit aufständischen, illegalen, radikalen, und anonymen Indios zu reden. Auch die Entscheidung, dass Marcos nicht vor dem Parlament reden sollte, machte erneut deutlich, wer in der EZLN das Sagen hat. Kommandantin Esther drückte dies mit den folgenden Worten aus: "Der Subcomandante Marcos ist genau das, ein Subcomandante. Wir sind die Comandantes, diejenigen die gemeinsam befehlen, die befehlen, indem wir unseren Völkern gehorchen. Dem Sub und denjenigen, die mit ihm Sympathien und Träume teilen, haben wir die Mission aufgegeben, uns zu dieser Tribüne zu bringen" (La Jornada, 29.3.).

Esther's Rede machte die moralische Überlegenheit der EZLN gegenüber der Mehrheit der Parlamentsabgeordneten deutlich. Die Debatte wurde live übertragen, und in einfachen Worten, verständlich für alle, vermittelte die Kommandantin die komplexe und widersprüchliche Situation, in der sich die indigene Bevölkerung, aber auch die EZLN befindet. Sie beschrieb sehr konkret, was es heißt, in Mexiko zur indigenen Bevölkerung zugehören und weiblich zu sein. Ihre Rede dokumentierte gleichzeitig das Reflexionsniveau der kämpfenden Gemeinden selbst. Unmissverständlich machte sie klar, dass Autonomie, das Recht auf die eigene Sprache und die eigenen Gebräuche und Sitten keine rückwärts gewandten Forderungen sind, die zwangsläufig auf eine Ethnisierung der indigenen Bevölkerung hinauslaufen: "Wir wissen, welches die schlechten und welches die guten Gebräuche und Sitten sind. Schlecht sind das Schlagen und Verprügeln der Frau, ihr Kauf und ihr Verkauf, die Zwangsheiraten ohne Einwilligung der Frau, die Verweigerung ihrer Beteiligung an der Dorfversammlung, dass sie das Haus nicht verlassen darf. Darum fordern wir die Verabschiedung des Gesetzes über indigene Rechte und Kultur. Für uns als indigene Frauen in ganz Mexiko ist dies wichtig."

Als Redner des CNI machte Adelfo Regino deutlich, warum die Autonomieforderung so umstritten ist. Er stellt fest, dass die Räume, in der diese Autonomie ausgeübt werden soll, bereits bestehen: die konkreten geographischen Räume, in denen die indigenen Völker leben. Wenn diese auch über die Zuteilung von Landrechten (teilweise) abgesichert seien, so ginge es doch um deren vollständige Nutzung, das heißt, dass von der Nutzung der natürlichen Ressourcen auch die Gemeinden und Völker profitieren sollten. Diese Haltung steht schnell im Widerspruch zur rücksicchtslosen Durchsetzung industrieller und infrastruktureller Projekte.

Dass die EZLN und weitere indigene VertreterInnen vor der Abgeordnetenkammer des mexikanischen Parlaments sprechen konnten, ist ein eindeutiger Erfolg. Die mittlerweile arg bedrängten zapatistischen UnterstützerInnengemeinden können damit neue Hoffnung schöpfen. Gleichzeitig wird der Vormarsch des Militärs zumindest etwas aufgehalten. Darüber hinaus würden die Abgeordneten ein gefährliches Spiel treiben, wenn sie das vom Präsidenten eingebrachte Gesetz nicht verabschieden. Für den Fall, dass dieses Gesetz nicht zu Stande kommen sollte, hatte Marcos in einem Interview während der Rundreise deutlich gemacht, dass dann andere Antworten von Seiten der indigenen Bevölkerung kommen könnten. Die EZLN hat den anderen bewaffneten Organisationen für die Unterstützung der Rundreise offen ihren Dank ausgesprochen. Sie zerstörte damit die Strategie des Präsidenten, zwischen guter und schlechter Guerilla zu unterscheiden.

Käme das Gesetz nicht zu Stande, so könnten der zunehmenden Landraub und der weitere neoliberale Umbau der Ökonomie die Unzufriedenheit unter den indigenen Gemeinden so weit steigern, dass sie sich auch politisch oder militärisch äußern könnte. Die EZLN hat bewiesen, dass sie nicht leicht in die herkömmlichen Fallen der politischen Auseinandersetzungsformen läuft. Sie agiert als soziale Bewegung, verankert in einer bestimmten Region und Bevölkerungsgruppe. Sie befindet sich damit direkt in den konkreten Widersprüchen des Alltags. Gleichzeitig versucht die EZLN, diese Widersprüche konstruktiv aufzulösen. Sie versucht, mit den Mitteln der Politik gegen die Politik und mit den Mitteln des Staates (vor dem Parlament zu reden) gegen den Staat (wir wollen nicht die Macht übernehmen) zu kämpfen. Die Worte Marcos: "Die

EZLN-Angehörigen sind keine RevolutionärInnen, sondern RebellInnen" zeigen, dass die EZLN traditionelle Konzepte, die eine Gesellschaftsveränderung über die Übernahme des angeblich neutralen Staatsapparates vorsehen, ablehnt.

Mit der Politik gegen die Politik

Während in der europäischen (radikalen) Linken Begriffe wie indigene Bevölkerung und die Forderung nach Einbeziehung in die Nation nicht mal mit spitzen Fingern angefasst werden, bilden sie in der gegenwärtigen Auseinandersetzung in Mexiko wichtige soziale Forderungen. Die EZLN hat in allen ihren Diskursen allerdings auch deutlich gemacht, dass es um mehr geht, als um abstrakte (liberale) Rechte und um (isolierte) Gruppeninteressen. Der EZLN eine rein ethnische und nationale Position zuzuschreiben, verfehlt den inhaltlichen Kern des Kampfes. Auch der Begriff der Autonomie ist keine inhaltsleere Floskel. Schon B. Traven hat in den 30er Jahren die Praxis mancher indigener Gruppen beschrieben, ihre VertreterInnen abzusetzen, wenn sie nicht zufrieden stellend arbeiten.

Selbstverständlich ist nichts von dem, was in Mexiko stattfindet, in irgendeiner Weise direkt auf andere gesellschaftliche Verhältnisse übertragbar. Aber es lässt sich doch fragen, ob neben und vielleicht statt einer unkritischen Solidarität der EZLN nicht eher damit gedient wäre, wenn es Reflexionen über den Umgang mit den traditionellen politischen Kategorien der Linken geben würde. Staat, Politik und Macht sind die drei fetischisierten Kategorien, um die sich auch im europäischen Kapitalismus fast alles politische Denken der Linken gedreht hat (und dreht). Sollte es uns gelingen darüber hinaus zu gehen, dann wäre ein Teil des wichtigsten Erfahrungsschatzes der EZLN angenommen.

Lars Stubbe, Mexiko-City

20. Selbstbeschränkte Offensive. Indígena-Marsch zeigt Möglichkeiten und Grenzen des Zapatismus

Autor: Albert Sterr · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:25

Die Reise der 23 EZLN-KommandantInnen und ihres Subcomandante Marcos in die Hauptstadt belegen eindrucksvoll, dass die Zapatista-Bewegung weiterhin die wichtigste innovative politische Kraft in Mexiko ist. Die Reden und Interviews zeigen aber auch die politischen Grenzen des Zapatismus. Wir versuchen einige Elemente der Dynamik zu analysieren, die durch die Mobilisierung der letzten Wochen in Gang gekommen ist.

Die EZLN ist mittlerweile eine Bewegung, die zu Recht beanspruchen kann, große Teile der etwa zehn Millionen mexikanischen Indianerinnen und Indianer zu vertreten. Im Gefolge der Zapa-Tour erklärten viele indianische Kommunen und Ethnien ihre Unterstützung für den Kurs der EZLN. Höhepunkt dabei war der große Indígena-Kongreß, der Anfang März in der Gemeinde Nuria im Bundesstaat Michoacan stattfand.

Mit der inhaltlichen Orientierung auf die Verabschiedung des COCOPA-Gesetztespakets, das die verschiedenen Dimensionen des Friedensabkommens juristisch bündelt und der weiterführenden Zielsetzung, die Autonomierechte in der Verfassung zu verankern, hat die EZLN ihre Rolle als Vertreterin radikalisierter Indígenaströmungen in Chiapas hinter sich lassen können zu Gunsten einer Sprachrohrfunktion für "die" Indígenas. Diese Rolle wird von Präsident Vicente Fox und seiner Regierung anerkannt, jedoch nicht von seiner Partei, der PAN, und eben so wenig von allen Indígena-Vertretungen.

Es ist gelungen, die Indígena-Problematik ganz oben auf die politische Tagesordnung Mexikos zu rücken. So berechtigt dies aus der Sicht der von sozialer Ausgrenzung und rassischer Diskriminierung benachteiligten Indígenas auch ist und so sehr dies ein notwendiger Teil eines gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozesses sein mag, so wenig reicht diese Orientierung allerdings hin, um ein übergreifendes Programm gesellschaftlichen Wandels zu füllen. Dies ergibt sich schon alleine aus der Tatsache, dass der Indígena-Anteil an der Gesamtbevölkerung nach offiziellen Angaben etwa bei zehn Prozent, also etwa zehn Millionen Menschen liegt. Neben den Indígenas gibt es aber mindestens weitere 30 Millionen Marginalisierte, deren Leben, abgesehen davon, dass sie nicht zusätzlich wegen ihrer Sprache oder Kultur diskriminiert werden, keineswegs besser ist.

EZLN: Sprachrohr der Indígenas

Eine progressive oder linke Strategie, die auf Grund ihres selbst gewählten Ansatzes nicht einmal diesen Bevölkerungsteil einbezieht, kann meiner Ansicht nach keinen Anspruch auf gesamtgesellschaftliche Geltung stellen. Bisher ist es weder den Zapatistas noch anderen Gruppen und Bewegungen der Linken in nennenswertem Umfang gelungen, unter den marginalisierten Nicht-Indígenas Fuß zu fassen, eine Ausnahme bilden vielleicht die Stadtteilbewegungen in der Hauptstadt. Hierin dürfte auch der Hauptgrund für die Selbstbeschränkung der Zapatistas liegen, die von ihrem Selbstverständnis her Stellvertreterpolitik grundsätzlich ablehnen. Während nämlich die Indígenas mehr oder weniger gut organisiert sind und auch in den vergangenen mageren Jahren für die Anliegen der EZLN ansprechbar waren, sah es damit bei den Marginalen schlecht aus.

Da das zapatistische Politikkonzept davon geprägt ist, die Selbstorganisation der Betroffenen zu stärken und von der daraus resultierenden realen gesellschaftlichen Verankerung aus Forderungen zu erheben, ist es aus Sicht der EZLN durchaus konsequent, auf Brückenschläge in Richtung der Marginalisierten zu verzichten, die lediglich den Charakter wohlfeiler, aber hohler Erklärungen hätten. So argumentiert Marcos in einem Interview mit der Wochenzeitschrift proceso vom 11.3.2001. Aus der erwähnten Selbstbeschränkung jedoch die "Konstituierung eines völkischen Subjekts auf der Grundlage von Blut, Herkunft oder Kultur" herbeizuschwadronieren, wie in der Jungle World am 7.3.2001 geschehen, scheint mir schon sehr an den Haaren herbeigezogen angesichts der politischen, sozialen und ethnischen Heterogenität der Indígena- und Campesino-Organisationen, die sich positiv auf die Autonomieforderungen beziehen. Die Fundierung der Thesen wird auch nicht dadurch besser, dass die dünne und faktisch teils unzutreffende Argumentation mit Begriffen wie "postfordistischer Umbau Mexikos zum Wettbewerbsstaat", "falsch verstandener Antirassismus" oder "kapitalistische Inwertsetzung des mexikanischen Südens" aufgedonnert wird.

Der wirkliche Grund, warum es ein Teil der linksradikalen Szene eilig hat, sich wieder von der EZLN zu verabschieden, liegt in ihrem Wandel von einer revolutionären zu einer reformerischen Kraft. Das Schreckgespenst "Ethnoaufstand" (junge welt, 16.3.2001) dient dabei nur als Sack, der geschlagen wird, um den reformistischen Esel zu prügeln. 1994 war die EZLN mit der "Ya Basta!"-Kriegserklärung angetreten, die zum Sturz des PRI-Regimes aufrief, also einer unter den damaligen Umständen subjektiv und objektiv revolutionären Position. Die von der Kommandantin Esther nun vor dem Parlament vorgetragene Autonomie-Position ist hingegen weder ihrem Selbstverständnis nach noch objektiv revolutionär.

In ak wurde mehrfach dargelegt, dass die Legitimierung des politischen Systems durch saubere Wahlen und der Dialogkurs der Regierung Fox der EZLN den Boden für ihr Konzept einer demokratischen Revolution entzogen haben. Da die Zapatistas die gesellschaftlichen Kardinalfragen nach den Produktions- und Herrschaftsverhältnissen schon seit Beginn ihres öffentlichen Auftretens ausklammern, fehlt nun jedes inhaltliche Fundament für eine revolutionäre Positionierung. Das ist ja gerade eines ihrer "Markenzeichen", das sie von den meisten anderen Aufstandsbewegungen des Subkontinents unterscheidet und ihnen qualitativ bessere Bündnismöglichkeiten eröffnet.

Reformpolitik statt Kapitalismuskritik

Wenn Marcos beispielsweise von den Produktionsverhältnissen in Mexiko redet, grenzt er sich gegen den wilden Neoliberalismus und gegen illegal erworbenen Reichtum ab. Als eigene Perspektive nannte er in dem erwähnten proceso-Gespräch selbst verwaltete Kollektivbetriebe wie den Tourismus-Komplex in Tephé, der mit über 200 Beschäftigten erfolgreich am Markt bestehen kann. Diese Reformperspektive könnte von der links-zentristischen Parlamentspartei PRD ebenso unterschrieben werden. Warum dann aber von maßgeblichen Vertretern der Zapatista-Solidarität wie Ulrich Brand die EZLN über den grünen Klee gelobt und im Gegensatz dazu die PRD als Kraft abgeschrieben wird, die ins "konservative Lager abgedriftet ist und bei der Jagd nach Einfluss und Posten" mitmacht (Frankfurter Rundschau, 22.2.2001), leuchtet mir nicht ein.

Im übrigen hat die EZLN im Umfeld der Zapa-Tour zwei Signale ausgesandt, dass sie an Bündnissen über die Autonomie-Problematik hinaus Interesse hat. Erstens benannte sie mit dem Architekten Fernando Yáñez alias Kommandant Germán einen Gründungskader der EZLN-Vorläuferguerillagruppe FLN als Verbindungsmann für die Gespräche mit der Regierung Fox. Die FLN unterhält auch in anderen Landesteilen als Chiapas Strukturen und steht anders als die EZLN in einer pro-sozialistischen Tradition. Zweitens bezog sich Marcos mehrfach positiv auf die programmatisch an traditionellen marxistisch-leninistischen Vorstellungen orientierten Guerillabewegungen EPR, ERPI und FARP. Wenngleich dieser Schlenker vermutlich eher taktisch motiviert war, so ist doch die Abkehr von den harten und teils polemischen Distanzierungen gegenüber den linksradikalen Gruppierungen festzuhalten, was von diesen auch positiv aufgenommen wurde.

Die mehrwöchige EZLN-Mobilisierung hat die bis dahin erfolgreiche Medienoffensive der Regierung Vicente Fox gebrochen, die außerparlamentarische und parlamentarische Linke aus der Defensive geholt und die konservative Regierung in Schwierigkeiten gebracht. Mit dem Schachzug, einen Auftritt vor dem Plenum des Kongresses zu verlangen und andernfalls abzureisen, lockte Marcos die Regierung, die Regierungspartei PAN sowie die ehemalige Staatspartei PRI in eine Falle. Da PAN und PRI dies ursprünglich ablehnten, standen sie in der Öffentlichkeit wieder als Gesprächsverweigerer da. Erst die Intervention des Präsidenten Fox, der Angst hatte, dass sein Dialog- und Umarmungskurs scheitern könnte und der als Zeichen des guten Willens wie gefordert drei weitere Militärbasen schloss und weitere inhaftierte Zapatistas freiließ, veränderte die Lage.

Regierung in Schwierigkeiten

Als Fox das Parlament aufforderte, den Zapatistas Zugang zur Rednertribüne zu gewähren, schwenkte die PRI um und stimmte mit der linkszentristischen PRD für den EZLN-Auftritt. Die Regierungspartei PAN stellte sich quer, stimmte geschlossen dagegen und boykottierte die historische Sitzung auf Weisung der Fraktionsspitze. Damit verlor der Präsident in einem wichtigen Politikfeld die Unterstützung der eigenen Partei und ist auf die Stimmen der Opposition angewiesen. Die PRI präsentiert sich als führungs- und orientierungslose Kraft, die zum ersten Mal in ihrer Geschichte für eine progressive Oppositionsinitiative stimmte. Und die Regierungspartei PAN, die von Marcos regelrecht vorgeführt wurde, stand als stockkonservative, bockige und kurzsichtige Kraft da, die auf Grund alter Vorbehalte die Dialoginitiative ihres eigenen Präsidenten torpediert.

Der Präsident und seine Regierung sollten jedoch keinesfalls einfach mit dieser Partei gleichgesetzt werden. Diese schematische Sicht würde uns das Verständnis für die politische Dynamik erschweren, die in Mexiko mit den Wahlen im Juli vergangenen Jahres begann. Was das COCOPA-Gesetzespaket betrifft, das bis nach Ostern verabschiedet werden soll, um die Autonomierechte festzuschreiben, ist noch keineswegs ausgemacht, dass dies ohne Probleme über die Parlamentsbühne gehen wird. In der Regierungspartei PAN und in der PRI sitzen genügend Abgeordnete, welche die juristische Detailkritik zum Anlass nehmen können, ihre reichlich vorhandenen antizapatistischen Vorbehalte auszutoben.

Albert Sterr, 3.4.2001

21. Der unendliche Übergang. Die Ukraine windet sich unter den enttäuschten Hoffnungen auf ein postsowjetisches Paradies

Autor: Olga Samborskaya · Rubrik: Ukraine · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:14

In der ukrainischen Hauptstadt Kiew ziehen seit Wochen immer wieder tausendköpfige Demonstrationen vor das Parlament. "Kutschma he!", "Kutschma weg!", fordern die erregten BürgerInnen in Sprechchören. Nachdem Leonid Kutschma 1999 zum zweiten Mal zum Präsidenten gewählt worden war und er sich in einem Referendum im vergangenen Jahr quasi-diktatoriale Vollmachten bestätigen lassen hat, ist seine Regierung nun mit wütenden Protesten gegen Korruption und Repression konfrontiert.

Entzündet haben sich die anhaltenden Massenproteste am Mord an einem Journalisten. Veröffentlichte Tonbänder legen nahe, dass Kutschma in den Fall verwickelt ist. Hinter dem Unmut steckt jedoch die Enttäuschung über die postsowjetische "Übergangsphase" zu nationaler Unabhängigkeit, Marktwirtschaft und Demokratie, die vor zehn Jahren mit großen Hoffnungen begonnen wurde und sich heute zur sozialen und politischen Dauerkrise entwickelt hat. Hier ist die Ukraine nur ein Beispiel für viele Länder im Osten Europas.

Eine Übergangsperiode von zehn Jahren mag für den Begriff "Übergang" als zu langer Zeitraum erscheinen. Unbewusst zwingt die Notwendigkeit einer gewissen Stabilisierung oder der Ankunft von Punkt A aus in Punkt B die EinwohnerInnen der "Transformationsländer" Osteuropas zu einer entsprechenden Reaktion. Darin bildet auch die ukrainische Öffentlichkeit keine Ausnahme. Nach einem Jahrzehnt des suchenden Aufbruchs bemüht sie sich zu begreifen, wo sie gelandet ist. Während Präsident Kutschma versucht, seine ganz persönliche Ankunft im Punkt B durch die Verstärkung seiner korrupten Diktatur zu bestätigen, besinnt sich die Bevölkerung und tendiert mittlerweile entweder zurück zum Ausgangszustand, der kommunistischen Vergangenheit, oder wünscht sich etwas völlig Neues.

Was alle vereint, ist das Streben nach Wohlstand, aber einige wollen ihn für alle, andere nur für Auserwählte. Sogar die Methode, um ihn zu erreichen, ist universal: Ein würdiger Präsident wird ersehnt, der aufrecht die nationalen Interessen durchsetzt. Schauen wir uns also genauer an, wie die Institution des Präsidentenamtes mit dem nationalistisch gesinnten politischen Auditorium in der Ukraine zusammenpasst, denn der Bezug auf die Nation ist die zweite Klammer, welche die Akteure zusammenführt.

Die "nationale Frage" war in der Ukraine immer eine heikle Angelegenheit. Die Liebe zur Nation wird allen UkrainerInnen mit der Lektüre ukrainischer Klassiker, Schewtschenko und Franko, schon auf der Schulbank eingeimpft. Diese "leiden" in der Regel an der nationalen Idee. Parallel dazu fügte sich zu Sowjetzeiten eine detaillierte Auswahl sozialistisch-realistischer Hymnen auf die Arbeit, die Partei und das sowjetische Vielnationen-Volk, die Ukraine.

Die Vorstellung von Heimat wurde aufgespalten in die unüberschaubare Sowjetunion und die Sowjetrepublik Ukraine, die "Mutter und Ernährerin". Die enge Beziehung zum Begriff Heimat ist eine Erscheinung, die im Westen anachronistisch erscheinen mag. In der Ukraine ist sie aktuell. Ihre vollständige Unabhängigkeit erhielt die vormalige sowjetische Republik erst vor zehn Jahren mit der Annahme der parlamentarischen Deklaration über die Unabhängigkeit der Ukraine am 28.8.1991.

All diese widersprüchlichen Faktoren haben dazu beigetragen, die "nationale Frage" zu unglaublichen Ausmaßen aufzublähen, wobei sie in der Regel in einer Beunruhigung über den russischen post-sowjetischen Imperialismus verharrt, von dem sich das nun unabhängige Land "bedroht" fühlt. Das führte dazu, dass die "nationale Frage" zu dem Hebel wurde, nach dem alle griffen, die sich zur Zeit von Perestroika und Glasnost zu politischer Tätigkeit hingezogen fühlten: frühere DissidentInnen, KommunistInnen (die sich daraufhin in National-KommunistInnen umetikettierten), Grüne und alle möglichen AktivistInnen, die ihre Position noch nicht genauer bestimmt hatten.

Wohlstand und nationale Unabhängigkeit

Als das ersehnte Ziel - die unabhängige Ukraine - schließlich tatsächlich erreicht war, verschwanden, wie nicht anders zu erwarten, die nationalistischen Diskussionsstränge nicht von der Tagesordnung, sondern erwiesen

sich als untrennbare Begleiter der politischen Ereignisse. Wie eine alte, schlecht verheilte Wunde, bietet das nationale Gefühl Grund für alle möglichen Unruhen, zusammen mit verschiedensten Formen sozialer Unzufriedenheit. Es ist interessant, dass beispielsweise bei den gegenwärtigen Protesten gegen Präsident Leonid Kutschma seine schlechte Kenntnis des Ukrainischen und die Tatsache, dass er offensichtlich nicht dem entspricht, was man "ukrainisches Image" nennen könnte, eine wichtige Rolle spielt. Sein Vorgänger Leonid Krawtschuk dagegen, der seine Muttersprache hervorragend beherrscht und seine Schwäche für die ukrainische Küche nicht verhehlte, wusste sich dieses Images zu bedienen. Hätte Krawtschuk, der erste gewählte Präsident der unabhängigen Ukraine, nicht den unwiderruflichen Schritt gemacht, das Land von seiner strategischen Stärke - den Atomwaffen - zu befreien, indem er es zum Anti-Atom-Staat erklärte, er könnte glatt Nationalheld der Ukraine sein.

Solange die russische Staatsmacht auf den Kiewer Hügeln regierte, solange wurde von Generation zu Generation der Mythos von der notwendigen "starken herrschenden Hand" weitergegeben, die zu guter Letzt Ordnung in das von ewigen Reibereien geplagte Land bringt. Da Letzteres ein unumgänglicher Begleitzustand jeder der Übergangsperioden war, welche die Ukraine in ihrer Geschichte durchlief, als sie "von Hand zu Hand" mal der türkischen Sultane, mal der polnischen Könige, mal der russischen Zaren ging, wurde der Mythos vom lang erwarteten "Retter" in die volkstümliche Tradition übernommen.

Die Beispiele der autonomen Kosakenrepublik im 17. Jahrhundert mit ihrem maskierten Nationalismus und ihrem Antisemitismus oder die kurze Periode der Ukrainischen Volksrepublik (1917-20) mit ihrem nicht weniger offenen Nationalismus, der sich später in den offenen Widerstand unter nationalistischen Parolen gegen alle potenziellen "Besatzer" - sowohl aus Deutschland als auch aus Russland - auswuchs, impften dem nach einem normalen, guten Leben hungerden Volk den unausrottbaren Glauben an das Glück ihrer "Mutter Ukraine" ein.

Neben verschiedenen repressiven Methoden und Manipulationen während des Wahlkampfs war ein für ihn positiver Faktor auch eben dieser unerschöpfliche Glaube der Bevölkerung in die "starke gerechte Hand", die das Land aus der Krise führt. Das konnte auch der neu gewählte Präsident nicht ignorieren. Und so wurde die starke Hand aktiv. Und das, nicht erstaunlich, mit ziemlich bekannten und schon erprobten Methoden: dem kommando-repressiven Ansatz zur Lösung innerstaatlicher Fragen. Das führte zum Anwachsen einer kritischen politischen Situation im ohnehin gebeutelten Prozess der ursprünglichen Akkumulation von Kapital in der Gesellschaft.

Die Unzufriedenheiten der Bevölkerung werden vor allem durch die Nichteinlösung der erwarteten und versprochenen "kapitalistischen Blüte" hervorgerufen, der erhofften Blüte, welche die Bevölkerung, des Mangels an Liberalismus müde, vor zehn Jahren im Austausch gegen das "Reich des Kommunismus" gewählt hatte. Die unaufhörliche Krise der sowjetischen Planwirtschaft, begleitet vom chronischem Mangel an Konsumwaren und einem hinkenden Dienstleistungssektor, im Unterschied zum an Überproduktion und aufgenötigten Diensten leidenden Kapitalismus, führte zum Anwachsen eines Gefühls von Hass gegen die heimischen Zustände und Neid auf den scheinbar im Wohlstand ertrinkenden Nachbarn im Westen. Sobald der Geist der Perestroika über die Grenzen des in den langen Jahren der sowjetischen Herrschaft etablierten Schweigens hinausging, drang die stürmische Unzufriedenheit an die Oberfläche. Als ihre herausragende Eigenschaft stellte sich die absolute Unduldsamkeit gegen alle Arten von "links" in Verbindung mit ihrem möglichen Träger, einer russischsprachigen Führung, heraus.

Der Glaube an "Mutter Ukraine"

Doch was heißt schon "links". Nach der Verzerrung demokratischer linker revolutionärer Ideen durch die Regierungen Lenins, Stalins, Breschnews und anderer, die sich in den Labyrinthen der Macht verirrten, erhoben auf demokratische Ideale und ihre Wiedergeburt in der Ukraine Vertreter des rechten Flügels als einzig mögliche Erben Anspruch. Deswegen entspricht alles, was im Westen einen rechten oder linken Kontext in sich trägt, im Osten nicht immer diesen Zuschreibungen, ein Faktum, das im Westen oft nicht verstanden wird. Zusammen mit der Isolierung Osteuropas von der sich demokratisch entwickelnden Außenwelt und dem Vakuum politischer Diskussionen drang die einzig mögliche Variante politischer Aktivität an die Oberfläche, die damals für den so gehüteten politischen Kurs der KPdSU ungefährlich schien, der nationalistische Diskurs.

In dieser Konstellation versammelten sich allmählich unter der Flagge des nationalen Befreiungskampfes für die Unabhängigkeit der Ukraine Vertreter diametral entgegengesetzter politischer Richtungen. Das konnte nicht ohne Auswirkungen auf die weitere Verwirrung der Situation bleiben. Fast wie in einem Lied des sowjetischen Liedermachers Vladimir Vysotzkij: " ... und wer wer ist, und wer wer war, werden wir nie wissen." In den Jahren der sozialen Geburt der Gesellschaft, Ende der 80er, Anfang der 90er, als das Bewusstsein der Massen noch in der sowjetische Ideologie verfangen war, der wind of change aber schon blies, begann die ukrainische politische Szene sich zu ändern, mit blitzartiger Geschwindigkeit und unglaublich differenziert.

Wie Seifenblasen entstanden plötzlich Bewegungen wie die anarchistische, sozialdemokratische, christdemokratische, bäuerliche, republikanische und andere, was man sich nur ausdenken konnte, um nicht seinem Nachbarn ähnlich zu sein. Das Einzige, was alle vereinte, ist der rot-gelb-blaue Strom schwacher, aber nach Umfang strebender Blasen; die erste steht noch für die Sowjetzeit, die letzten beiden sind die national-befreierischen Farben, die nach der Unabhängigkeit die Farben der nationalen Besonderheit wurden. Viele von ihnen schienen nicht lange zu leben, sie verwandelten sich nicht in stabile politische Kräfte, zum Beispiel der Anarchismus, sie hinterließen eher Spritzer auf den Seiten der ukrainischen Presse.

Einige wurden immer deutlicher sichtbar auf Grund ihres dominierenden roten Farbspektrums, so die "Linken": die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) und die Sozialdemokratische Partei. Als noch interessanter stellten sich die Demokraten und Grünen heraus, mit Anteilen von Rot, Blau-Gelb und Grün, also Mitte und Mitte-links: die Partei der Demokratischen Wiedergeburt der Ukraine, Demokratische Partei, Liberal-Demokratische Partei und Grüne Partei. Ausgewogener in den Farbproportionen zeigten sich die Mitte-rechts-Parteien: Republikanische Partei, Christdemokraten, Bäuerliche Demokraten und Demokratische Volks-Partei. Als Träger der extremen Töne des gelb-blauen Spektrums, mit Übergang zu Brauntönen, erwiesen sich die Vertreter der ultrarechten Bewegung, die Ukrainische National-Partei und der Kongress Ukrainischer Nationalisten.

Die große Anzahl der Blasen führte manchmal dazu, dass die einen sich mit den anderen vermischten. Nichtsdestotrotz blieben sie bisher "seifig". Deshalb sind sie äußerst unbeständig gegen das Wehen des Windes. Und der Wind weht und dreht sich, manchmal von Ost nach West, manchmal andersherum. Und auch heute, wo es besonders stürmt, findet sich im politischen Teich ein Blasenstrudel.

Natürlich konnte damals, in der Zeit der Euphorie über das erste Einatmen der Freiheit, das auf die nationalistischen Ausdünstungen folgte, wohl kaum jemand vorausahnen, dass dieses Atmen schon bald aufhören würde aus Mangel an Sauerstoff. Sei es deshalb, weil die Atmosphäre mit zu viel Kohlenwasserstoff, also Nationalismus, gesättigt war, sei es, weil irgendjemand weiter oben die Sauerstoffzufuhr, die Freiheit, abgedreht hatte wahrscheinlich spielte beides eine Rolle. Deshalb ist die "Opposition" in der Ukraine heute ein eingeschränkt gültiger Begriff, wenn man überhaupt im eigentlichen Wortsinn davon sprechen will. Eigentlich könnte man die Vorgänge auf der politischen Bühne eher als "Kampf untereinander" bezeichnen. Heute werden mit dem Begriff "Opposition" der Sozialdemokrat Alexander Moros, die frühere Energieministerin und Vertreterin des Energie-Business, Julia Timoschenko, und der Jurist Sergej Golovaty bezeichnet. Hinter diesen Personen steht die Initiative Ukraine ohne Kutschma und das Forum zur Nationalen Rettung.

Die Vordenker der Rechten, der Linken und der Mitte denken nicht immer ihrer Weltanschauung entsprechend. Aber denken sie überhaupt? Denken und Handeln sind oft zwei genau entgegengesetzte Angelegenheiten in der ukrainischen politischen Schicht, die immer noch ein Produkt der Vergangenheit ist, die nicht erforderte, nachzudenken, sondern dieses vielmehr heftig unterdrückte. Es war vielmehr gefordert, "im Namen von" zu handeln. Diese vereinfachte Art, an Dinge heranzugehen, führte zum Entstehen einer großen Zahl von Parteien und Gruppen, die funktionieren wie Parteiversammlungen der Breschnew-Zeit: einstimmig dafür, keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen. Jetzt heißt es "Für den Kapitalismus": einstimmig dafür, keine Gegenstimmen, aber es tauchten Enthaltungen auf. Das ist neu.

Das Fehlen eines nötigen gesellschaftlichen Konsensses über ein eigenständiges Projekt brachte die ukrainische Regierung zur Adoption importierter Modelle ökonomischer Entwicklung. Um diese praktisch umzusetzen, wurden von westlichen Spezialisten das als "Konsens von Washington" bekannte ökonomische Entwicklungsmodell vorgeschlagen. Die Markttransformation wurde unter den Aspekten makroökonomische Stabilisierung, Preisliberalisierung, Privatisierung und Restrukturierung der Betriebe sowie institutionelle Reformen durchgeführt.

Die Seifenblase der Parteien

Während die Mehrheit der mittel-osteuropäischen Staaten die sogenannte "Schocktherapie", die Einführung von Marktmechanismen auf einen Schlag, testete, gab es in der Ukraine einen mit Elementen des Institutionalismus gemischten Reformkurs. Von 1991 bis 1999 führte in der Ukraine das Standard-Transformationsprogramm erfolgreich zum Chaos, in dem immer wieder das alte Schema Proklamation, Machtantritt, Untätigkeit durchgespielt wurde.

Dennoch hat sich das IWF-Modell in der Ukraine etabliert, denn es erlaubt den Herrschenden, sich vielfach zu bereichern: Man manipuliert einfach die Finanzströme. Der Prozess der Globalisierung wirkt offensichtlich zum Nutzen der ukrainischen Biznesmeni, Geschäftsleuten, die sich mit Kapitalexport und Geldwäsche befassen. Milliarden von Dollar sind auf ausländischen Konten gelandet. Das moderne Big Business beruht hauptsächlich auf Transit, Im- und Export ausländischer Produkte unter Ausnutzung der Preisunterschiede.

Die Ukraine ist keine Ausnahme in der Liste der osteuropäischen Staaten, in denen die Korruption den Zusammenhalt der Gesellschaft abbröckeln lässt und den Glauben an den Staat und an demokratische Initiativen politischer oder zivilgesellschaftlich-bürgerlicher Art zerstört. Die Schattenprivatisierung, das bedeutet das zynische Ausplündern der Betriebe, Fabriken und Kolchosen durch die ehemalige Nomenklatura, Skandale um ausländische Investoren, welche die Korruption am eigenen Leib zu spüren bekamen, Schutzgelderpressung und bürokratische Hürden für die Privatwirtschaft - das alles hat Attacken auf die Korruption hervorgerufen. Interessanterweise war eine der Hauptparolen Leonid Kutschmas im Wahlkampf 1994 der Kampf gegen die Korruption. 1995 wurde sogar das Gesetz "Über den Kampf gegen die Korruption" verabschiedet, dessen Ziel es war, die Vermischung von Staatsdienst und anderen Tätigkeiten außer wissenschaftlichen zu verbieten.

Im April 1997 wurde das staatliche Antikorruptionsprogramm "Saubere Hände" gestartet, und 1998 erließ der Präsident ein Dekret über eine Reihe von Antikorruptionsmaßnahmen, das mit dem "staatlichen Programm zum Kampf gegen die Korruption 1998-2005" umgesetzt wurde. Nach 1997 konzentrierte sich der Kampf gegen die Korruption vor allem auf die Entlarvung kleiner Beamter in der Provinz. Ernsthaftere Fälle blieben außerhalb der Aufmerksamkeit der Kontrollinstanzen, mit Ausnahme der Begleichung politischer Rechnungen (gegen Pavlo Lazarenko, Julia Timoschenko und andere, die sich dem Präsidenten offen in den Weg stellten). Die einzig sinnvolle Institution zur Bekämpfung der Korruption, die freie Presse, ist dagegen stark eingeschränkt durch strikte Zensur, Einschüchterungsmaßnahmen und Morde an Journalisten.

Der russische Publizist Boris Kagarlitzki schreibt von dem Respekt gegenüber dem radikalen Wort, das in Osteuropa immer eine gewisse Waffe darstellte. Deshalb wurden seine Träger in der Regel von Vertretern der staatlichen Repressionsmaschine verfolgt - "repressive Intoleranz". Er warnt aber auch vor dem gleichzeitig konstatierten Verlust dieser Besonderheit durch die Entwicklung der kapitalistischen "repressiven Toleranz" (Du kannst alles sagen, was Du willst, aber es wird kaum etwas bringen, außer höchstens Profiten für die Druckindustrie und manchmal nicht mal das). Diese Tendenzen nehmen in der Transformationsperiode eigentümliche Formen an; die Intelligenz wird zur Zielscheibe der Herrschenden, die eine "falsche Intelligenz" brauchen, die ihre Interessen mit der entsprechenden Argumentation absichert.

Einen Beleg für diese Jagd auf den Journalismus war das rätselhafte Verschwinden des jungen Journalisten Georgij Gongadse. Zur selben Zeit veröffentlichte der Sozialdemokrat Alexander Moros einen Tonbandmitschnitt, den der frühere Leibwächter von Präsident Kutschma, Major Melnitschenko aufgenommen hatte und der anscheinend Licht in den Fall des verschwundenen Journalisten bringt. Der Inhalt: Die Stimme des Präsidenten gibt seinen Untergebenen den Befehl, mit dem Unbequemen fertig zu werden. Gongadse hatte auf den Seiten einer Internetzeitung Fakten über die Korrumpiertheit der Regierungsspitze, den Präsidenten eingeschlossen, veröffentlicht.

Nomenklatura und Biznesmeni

Mit der Nachricht vom Tod oder der Verfolgung eines solchen Journalisten kann man in der postsowjetischen Gesellschaft niemanden in Erstaunen setzen. Niemand in der Ukraine kennt bisher die Wahrheit über das Vorgefallene, weder Lesya Gongadse, die Mutter des Verschwundenen, noch, so scheint es, der Präsident selbst. Ein enthaupteter, verwester Körper, der in der Nähe von Kiew aufgefunden wurde, schien dazu geeignet, die Wogen des sich anbahnenden Skandals zu glätten, aber es funktionierte nicht. Und der Grund

dafür ist wahrscheinlich die unlösbar verworrene und instabile politische Situation im Land, welche die fortschreitende Kapitalakkumulation und den untergründigen Kampf um die Umverteilung dessen, was schon verteilt wurde, widerspiegelt.

Nach dem Verbot der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) nach der Unabhängigkeit gingen ihre Aktiva und ihr Eigentum auf den Staat über. Aber weil die Zivilgesellschaft schwach war und jegliche Erfahrungen mit den sich plötzlich bildenden kapitalistischen Verhältnissen fehlten, die Bourgeoisie war während des Stalinismus entwurzelt worden, nutzten die an der Macht befindlichen Beamten die Situation dreist aus. Die Clevereren unter ihnen überführten Geldmittel in sogenannte Gemeinschaftsunternehmen. Millionen Rubel wurden entweder auf Konten deponiert oder zur Eröffnung von Kooperativen, Banken und kommerziellen Verbänden genutzt. Das Ziel all dieser Aktivitäten war, das Geld aus den Fonds der KPU in den kommerziellen Sektor hineinzuwaschen, um den sich bildenden Privatsektor zu unterstützen und gleichzeitig große Summen verschwinden zu lassen. Die Nomenklatura dominierte den Industriesektor und usurpierte deshalb dessen Privatisierung. Das führte zur Bildung der Business-Gruppe Neue Ukraine, einer Lobby-Organisation für liberale Reformen, die sich später von den Nationalkommunisten distanzierte. Sie bildete auch eine Grundlage dafür, Kutschma an die Macht zu bringen.

Vor dem Hintergrund der sich bereichernden Apparatschiks, ihrer Freunde und Verwandten bildete sich eine ganz neue, eigentümliche soziale Schicht, die "Neuen Armen". Sie zeichnen sich - im Gegensatz zum üblichen Bild von Armut - durch einen hohen Bildungsstandard aus. Sie wurden ihrer Ersparnisse beraubt, die sie in den Jahren der sowjetischen Blüte angesammelt hatten, als Milliarden Rubel auf den Sparkonten als toter Ballast die Entwicklung der Wirtschaft behinderten.

Das Einzige, was ihnen geblieben ist, sind die Wohnungen, die sie vom Staat bekommen hatten mitsamt den Möbeln und technischen Geräten darin; es fehlt ihnen jedoch das Geld, die laufenden Kosten dafür aufzubringen, auch wenn sie ununterbrochen arbeiten. Die Auszahlung der Löhne ist zusammengebrochen - es sind inzwischen schon Jahre unbezahlter Arbeit im Namen des Kapitalismus. Die sozialen Folgen einer solchen Situation waren das Anwachsen von Spannungen in der Bevölkerung, deren begrenzte Geduld das chronische Hungergefühl, die Beschränkungen aller möglichen Lebensbedürfnissen ganz zu schweigen von irgendwelchen Vergnügungen nicht mehr ertragen kann.

Verhungernde Kinder auf den Straßen oder in Waisenhäusern, die von ihren Eltern ausgesetzt werden, weil sie sie nicht ernähren können und es vorziehen, das langsame Erlöschen der jungen Leben nicht mit anzusehen, ist eine der schrecklichsten Erscheinungen, die die Ukraine je erlebt hat. Umso mehr, als die Parolen der kommunistischen Vergangenheit immer noch frisch in Erinnerung sind: "Das Beste für die Kinder!". Das alles musste das Fass der Volksgeduld zum Überlaufen bringen, und der Tod von Gongadse, der mit den "langen Händen" des Präsidenten in Verbindung gebracht wird, war der letzte Tropfen dabei. Das führte zum Entstehen einer neuen Art von Opposition "von unten", "aus dem Volk". Die Leute gehen auf die Straße, wenn auch nicht alle.

"Repressive (In)Toleranz"?

Diejenigen, die aus Apathie oder Hoffnungslosigkeit indifferent bleiben, werden von der Opposition "von oben" als "Sklaven" beschimpft, während die Oppositionellen "von unten" begreifen, dass sie vor kurzer Zeit noch genau so waren. Weil die entstehende Welle von Unzufriedenheit vor allem ein moralischer und emotionaler Protest gegen die Demoralisierung von Gesellschaft und Herrschenden ist, ist es nicht erstaunlich, dass sie immer neue Schichten der Gesellschaft ergreift.

Die Situation ist ständig in Bewegung. Die ukrainische Ombudsfrau Nina Karpatschewa warnt vor der Möglichkeit eines Bürgerkrieges, wenn die Politiker nicht an den Verhandlungstisch kommen. Der polnische Präsident Alexander Kwasniewski stellte sogar den berühmten polnischen Runden Tisch von 1989 zur Verfügung, nachdem ihn der ukrainische Präsident aufgesucht hatte, um den Protesten zu entkommen. In der Regierung findet eine vom Staatsoberhaupt veranstaltete Auktion statt - "Kutschma - wer bietet mehr?" - eine beispiellos undemokratische Geste, welche die autoritären Tendenzen des Präsidenten unterstreicht. Das heißt, jedes Regierungsmitglied muss sich zur Anhängerschaft entweder gegenüber dem Präsidenten oder der Opposition bekennen.

Schlinge

um den Hals

Viktor Juschenko, Premierminister mit klar gemäßigten Ansichten, war in letzter Zeit, als der Präsident unter den Druck der Opposition geriet, gezwungen, öffentlich seine Treue zu Kutschma zu unterstreichen, womit er natürlich die Oppositon, die auf seine Unterstützung hoffte, enttäuschte. Alles das spricht dafür, das die Position des Staatsoberhauptes, das noch vor kurzem als Beispiel für Reformfortschritte und Demokratisierung galt, ins Wanken geraten ist.

Der "Tonband-Skandal" hat dem Präsidenten den Stuhl unter den Füßen weggezogen. Zu seinem Glück hatte er in diesem Modell die Schlinge noch nicht um den Hals. In diese Position zwingen ihn jetzt jedoch sowohl die Westeuropäer als auch die US-Amerikaner, die mit Investitionsentzug drohen, sollte der Präsident die Angelegenheit des ermordeten Journalisten nicht aufklären. In dieser schwierigen Zwangslage blickt der Präsident nach Osten, wo man ihn schon mit offenen Armen erwartet. Die Nachfolger der sowjetischen Herrschaft in den verschiedenen sowjetischen Nachfolgestaaten verstehen einander für gewöhnlich aufs Wort. Der russische Präsident Vladimir Putin und sein weißrussischer Kollege Alexander Lukaschenko suchen offensichtlich einen Dritten. Immer öfter ist von einer Union Russlands, Weißrusslands und der Ukraine die Rede, eine Idee, die auch relativ viele Anhänger in der Ukraine hat.

Natürlich ist es eigentlich nicht so wichtig, wer mit wem, sondern nach welchen und für welche Prinzipien. Die Hände aller drei autoritären Staatsführer sind blutbefleckt, und was soll man davon erwarten, wenn sie sich vereinen?

Olga Samborskaya, 29.3.2001

(Aus dem Russischen von Gisela Neunhöffer)

22. Die Mexikanisierung des Balkans. Reisebericht über einen Besuch bei linken Basisgruppen in Jugoslawien

Autor: FelS-Intersol · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:26

Freitag, 16. März: Wir fahren um 10.00 Uhr mit einem "Gastarbeiterbus" in Berlin los. Ziel Belgrad. Unser Gruppe sind: Topo und Antonio vom Zeitschriftenkollektiv La Guillotina aus Mexiko-Stadt, Sherin und Boris von der Internationalismus AG von Für eine linke Strömung aus Berlin. Kurz nach Autobahndreieck Funkturm legt der Fahrer eine Musikkassette ein: Turbofolk. Eine Mischung aus Balkan-Ethnorhythmen und Melodien mit Schlagerbeats und kitschigen Texten wie "Ich liebe Dich so sehr, dass ich Dich lieber umbringe als einem anderen Mann lasse". Später läuft die Turbofolk-Hitparade über die Videoschirme im Bus. Everybody happy. In den Pausen stehen alle vor dem Bus auf Autobahnparkplätzen rum, rauchen, quatschen und freuen sich, nach Belgrad zu fahren.

Berlin, Nürnberg, Wien, quer durch Ungarn, Novi Sad, Belgrad. Diese, im Vergleich zur Strecke über Zagreb, eigentlich längere Route ist notwendig, weil Jugoslawen keine Visa für Kroatien bekommen. Krieg. Lustigerweise brauchen die beiden Mexikaner im Gegensatz zu deutschen StaatsbürgerInnen kein Visum, um nach Jugoslawien zu fahren: Amigos de Tito. Mexiko und Jugoslawien waren in der Blockfreienbewegung beide an führender Stelle engagiert. Die Völkerfreundschaft hält an.

Kurz vor der Grenze Ungarn - Jugoslawien, morgens um fünf, läuft einer der beiden Busfahrer durch den Bus und will von allen Mitfahrenden eine Spende von fünf DM: "Damit wir schneller durch den Zoll kommen". Die ungarischen und jugoslawischen Grenzer verdienen sich so ein "bisschen" was dazu. Den größten Teil des "Zolls", der von allen Bussen erhoben wird, landet natürlich in den Taschen ihrer Chefs, wie uns erzählt wird. Alle zahlen mit einem zerknirschten hilflosen Grinsen. Normal.

Samstag 17. März: Wir kommen schon um 9 Uhr in Belgrad an und nicht um 10 Uhr wie im Fahrplan stand. Etwas übernächtigt setzten wir uns im frühlingshaft, warmen Morgen in ein Café, das direkt am Busbahnhof liegt. Komisches Gefühl: Wir wissen nicht, was jetzt passiert. Klappt alles wie geplant? Kommen die vereinbarten Gespräche mit den GenossInnen aus unterschiedlichen Gruppen zu Stande? Gelingt die Veranstaltung mit den Mexikanern zum Thema "Zapatismus", die für Mittwoch Abend vorbereitet ist? Während wir auf Rata warten, der uns abholen soll, kommen Roma-Straßenkinder an unseren Tisch und wollen Dinar.

Schließlich biegt der Anarchosyndikalist Rata um die Ecke. Kurze Umarmung, dann laufen wir zusammen los, um ein Taxi anzuhalten. Weil sie am Busbahnhof teuerer sind, laufen wir eine Straße entlang, die direkt auf das zerbombte ehemalige Verteidigungsministerium zuläuft. NATO did it. Das riesige Gebäude ist in zwei Teile zerlegt. Sieht beeindruckend aus. "So was hättet ihr wohl auch gern bei Euch zu Hause in Berlin", meint Rata und schaut uns an. "Ja", sagen wir.

Wir nehmen das Taxi und fahren zu Rata nach Hause, laden unser Gepäck ab und laufen zurück ins Zentrum. Stadtrundgang. Nochmal vorbei an dem weggebombten Verteidigungsministerium, der US-Botschaft, die von einem hohen Bauzaun abgeschirmt ist und der zerstörten Fernsehstation. Natürlich laufen wir auch durch den Stadtkern, hier wechselt das Ambiente zwischen Ku'damm, Moskau und der Türkei. Viele junge Menschen auf der Straße sehen aus wie aus einem MTV-Werbe-Clip und die Straße ist voll und laut. Rata präsentiert voll Stolz sein Studierendenvertretungs-Büro in der Uni. Außer einem Schreibtisch steht in dem kleinen Zimmer nicht viel. Aber immerhin hängt die Rot-Schwarze Fahne an der Wand. Die AnarchistInnen haben sich in der Studierendenorganisation an der Philosophischen Fakultät, die alle möglichen geisteswissenschaftlichen Studiengänge umfasst, als StudierendenvertreterInnen durchgesetzt.

Rot-schwarze Fahne in der Uni

Erste Diskussionen über die aktuelle Situation: Rata erzählt, dass sich Otpor (Widerstand) gespalten hat. Otpor war bis zum Sturz Milosevics im vergangenen Oktober die Massenbewegung der Jugendlichen. Ihr Symbol, die geballte Faust, war damals überall zu sehen. Ihr Programm: Hauptsache weg mit Slobo, danach können

wir weiter sehen. Jetzt ist Slobodan Milosevic abserviert und Otpor hat kein Programm mehr, außer einen verqueren serbischen Patriotismus mit pro-westlicher Orientierung.

Abends gehen wir noch auf eine Party der Studierenden der Ökonomischen Fakultät. Es ist knallvoll. Musik: Mischung aus Pop&Rock-Mainstream, Titos Lieblingssong - und Turbofolk. Alle schütten sich Bier rein, bis sie sich um den Hals fallen. Ein paar Tabeldancing Versuche rufen bei einigen von uns Begeisterung hervor. Junge&Mädchen im Ethnotanzschritt reichen sich das geschwenkte Taschentuch zu Turbofolk. Die anderen klatschen dazu.

Sonntag 18. März: Besuch bei Dragomir, der in einer Zeitschriftenredaktion arbeitet und ein interessanter Gesprächspartner ist, weil er schon 1968 in der Opposition war und sich nie auf einen Deal mit dem Regime eingelassen hat - im Gegensatz zu vielen andere Ex-Dissidenten. Das Gespräch wird erst mal ein internes zwischen den AktivistInnen zweier Gruppen, die uns begleiten. Sie streiten sich heftig über nationalistische Äußerungen eines Dritten. Die Mexikaner kommen nicht so richtig zum Zug. Wir verabreden uns auf später mit Dragomir und gehen zum nächsten Termin.

Treffen mit der Fraueninitiative autonomni zenski centar (autonomes Frauenzentrum). Die Initiative hat ein geräumiges schönes Büro, in der sich auch die anderen linksradikalen Gruppen treffen können. Ihre Arbeitsfelder sind Frauenhandel, Untersuchung der Situation von Frauen, Kurse für Frauen zu geben (Computer, Sprachen etc.) und ein Frauennetzwerk in Jugoslawien wieder herzustellen. Ljidia erzählt über die aktuelle Situation, die Veränderungen der Geschlechterbeziehungen durch den Krieg, die Medien ... . Krieg und Nationalismus der vergangenen Jahre haben die patriarchalen Strukturen verschärft und modernisiert. Hooligan-Style für die Jungs und Jennifer Lopez bzw. umsorgende Mutter für die Frauen: Das ist das idealtypische Rollenbild.

Viel Zeit haben wir leider nicht, die Themen zu vertiefen. Deshalb verabreden wir uns auf später. Wie Rata ist auch Ljidia Anarchistin. Alle vernünftigen Leute in Belgrad scheinen AnarchistInnen zu sein: Ist ja auch sehr plausibel: Die Kommunisten und Sozialisten sind nun mal die nationalpopulistischen Kriegshelden, die früher eine korrupte Staatsbürokratie formten und sich insbesondere während der vergangen 13 Jahre unter fucking SLOBODAN MILOSEVIC in eine Art Kleptokratie verwandelt hat, die absolut keine Grenzen kannte. Die Staatsfunktionäre haben sich alles unter den Nagel gerissen, was sie bekommen konnten und dabei ausgiebig von brutaler Gewalt Gebrauch gemacht - nach innen und außen. SPS und JUL, die beiden Regierungsparteien bis vergangenen Oktober, sind eine Mafiastruktur, erklären uns die Belgrader Linken. Ideologie dient nur zur Legitimation ihrer Machtinteressen. Die Mexikaner sind begeistert: DAS kennen sie auch aus Mexiko zu Genüge. Viele derjenigen, die sich heute in Jugoslawien als links bezeichnen und damit Emanzipation meinen, nennen sich eben "AnarchistIn". Das ist ganz ähnlich wie in vielen Ländern Osteuropas.

Nach dem Treffen im Frauenzentrum laufen wir noch mal zurück zu Dragomir, und es gibt eine heftige Debatte über die Politik der Zapatistas. Streitpunkt: Macht es Sinn für "Demokratie" zu kämpfen oder soll man lieber nur antikapitalistisch sein. Nach heftigem hin und her werden die Mexikaner als "unmarxistisch" geoutet - von den Anarchisten. Trotzdem macht die Diskussion im kleinen Kreis deutlich, dass es intensiven Gesprächsbedarf zwischen den Mexikanern und Jugoslawen gibt. Sie erkennen viele Parallelen in der Geschichte beider Länder.

Nach allgemeiner Verbrüderung gehen wir dann den St. Patricks Day, den irischen Nationalfeiertag, feiern. Zumindest in Belgrad scheinen da alle ganz begeistert. Einige serbische Folk-Gruppen machen den irischen Konkurrenz und haben in Irland sogar einen Preis gewonnen. Das Konzert findet im Dom Mladine, einem schicken Jugendkulturzentrum, in der Innenstadt statt. Das Publikum geht voll ab, irische Fahnen, IRAT-Shirts, irische Socken, irischer Volkstanz, irisches Bier. In den Pausen zwischen zwei Titeln ruft das begeisterte Publikum "Serbien, Serbien, Serbien!!" Irland ist also ein anderes Amigo-Land Serbiens. Vielleicht weil, die Iren auch gegen den britischen Kolonialismus kämpfen, ganz so wie die Serben gegen NATO-Blair???!!! Wir wissen es nicht!!! Wir starten eine spontane Umfrage, warum gerade Irland so angesagt ist. Sie verläuft aber im Sande, weil alle lieber tanzen wollen, zu besoffen sind um zu antworten, oder "es eben so ist". Egal: Die Party ist lustig.

Montag 19. März: Wir treffen Igor, der in einer antimilitaristischen Gruppe arbeitet. Das Interview führen wir in einem Buchkaffee direkt am Trg Republike, dem zentralen Platz der Innenstadt. Italo-Ambiente im Café. Wir

fragen Igor über das Amnestiegesetz für Deserteure, seine Einschätzungen zum neuen Krieg in Mazedonien und die generelle Stimmung. Zu unserer Überraschung ist er recht zufrieden mit dem Amnestiegesetz. Tatsächlich hört sich das Gesetz auch gut an. Die 30.000 Deserteure, welche während des Krieges aus der Jugoslawischen Bundesarmee JNA abgehauen sind, werden demnach alle amnestiert. Bis jetzt sind viele von ihnen in Ungarn oder sonst wo im Ausland. Diejenigen, welche in Jugoslawien geblieben sind, haben oft Stress mit der Staatsmacht. Für sie ist das Gesetz eine große Erleichterung. Die neue Regierung hat es gegen den Widerstand der Rechtsextremen von der Serbischen Radikalen Partei (SRS) und die alten Regierungsparteien SPS und JUL durchgesetzt. Die Führung der Bundesarmee, die nach dem Machtwechsel vergangenen Oktober nicht ausgetauscht wurde, war auch nicht gerade begeistert von der Amnestie.

Letztlich bedeutet das Gesetz aber nicht unbedingt, dass die neue Regierung weniger militaristisch wäre. Es scheint sich eher um das Abtragen eines Problems zu handeln. Man kann schließlich nicht 30.000 junge Leute einfach illegalisieren. Dennoch sind es solche Maßnahmen, welche eine deutliche Veränderung zum Slobo-Regime bedeuten. Deshalb muss man die neue Regierung nicht bejubeln, aber in jedem Fall scheint die politische Arbeit einfacher geworden zu sein, wie alle unsere GesprächspartnerInnen meinen.

Tabeldance Turbofolk

Nach dem Gespräch mit Igor gehen wir bei den Frauen in Schwarz vorbei. Diese Gruppe hat in den vergangenen Jahren immer wieder Proteste gegen Militarismus und Krieg organisiert. Wir unterhalten uns eine Weile mit Stasa Zajovic, der führenden Persönlichkeit der Gruppe. Sie bestätigt mehr oder weniger, was Igor schon erzählt hat und freut sich ganz besonderes, mit den Mexikanern Spanisch reden zu können. Da sitzen wir nun mit unserem türkischen Kaffee in einer als Büro genutzten Belgrader Wohnung, deren Wände mit allerlei Fotos und Erinnerungsstücken geziert sind und unterhalten uns auf Spanisch über das Phänomen von Gewalt in der jugoslawischen Gesellschaft. Stasa schenkt uns noch ein paar Jahrbücher der Frauen in Schwarz und bedankt sich für den Besuch.

Dienstag 20. März: Am frühen Nachmittag treffen wir uns mit den Mitgliedern der Libertären Gruppe Belgrad, einer bunten Mischung von etwa zehn Leuten, die uns auf der Reise eingeladen hat. Es sind zwei ältere Leute dabei, die beide sehr gut spanisch sprechen und seit den 60ern oppositionelle Politik machen. Der Rest sind junge Leute unter 30, meist Anfang 20. Alle sind in verschiedenen Initiativen aktiv: Antimilitarismus-, Studierenden-, Frauen-Gruppe. Topo und Antonio erzählen was zur aktuellen Situation in Mexiko, dem Marsch der Zapatistas nach Mexiko-Stadt. Sie machen einen kurzen Ritt durch die Geschichte und stellen die Bedeutung des Zapatismus in einen historischen Kontext. Die BelgraderInnen sind sehr interessiert, die beiden älteren Herren eher wissenschaftlich, während von den Jungen konkrete Nachfragen kommen. Als die Mexikaner erzählen, dass die indianische Autonomiebewegung auch gegen patriarchale Verhältnisse steht, schüttelt eine Frau den Kopf. Sie fragt nach, ob es in Mexiko nicht auch ein so starkes kulturelles Gefälle zwischen Stadt und Land gäbe? In Serbien sei es als Frau auf dem Land recht unerträglich. Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Mexiko und Serbien werden ausgetauscht.

Nach dem Treffen sind wir mit Riele, einem Aktivisten von der unabhängigen Studierendenorganisation verabredet. Sie sind gerade dabei, die Kontakte zu anderen Universitäten innerhalb von Ex-Jugoslawien wieder herzustellen, beispielsweise nach Zagreb. Anfang Januar gab es den ersten Besuch von Studierenden-Aktivisten aus Zagreb in Belgrad. Ansonsten beginnt an ihrer Universität die Privatisierung und ihre nächste Aktion soll am ersten Mai stattfinden, erzählt Riele. Abends gehen wir noch in eine Bar, zu unserer Überraschung mit recht ähnlichem Ambiente wie der A6 in Kreuzberg.

Mittwoch 21. März: Fahrt mit dem Zug nach Pancevo. In dieser 100.000 Einwohner-Stadt, 25 km von Belgrad entfernt, wurde eine Ölraffinerie und eine PVC-Fabrik von Nato-Bomben zerstört und abgefackelt. Idlikeo, eine Aktivistin der örtlichen Frauengruppe, und einige Redakteure der regionalen Wochenzeitung zeigen uns ein Video über die Stadt am Tag danach. Riesige schwarze Rußwolken ziehen über Stadt und Land hinweg. Gruselig sieht es aus wie einige Leute an einer Bushaltestelle warten: Hintergrund und Vordergrund Dunkelgrau bis Schwarz, die Menschen nur als Schemen erkennbar gut sichtbar hingegen die Tücher über den Mündern. Die Stadt war Zentimeter dick mit schwarzem Dreck bedeckt, nachdem der ganze Chemieschrott abgebrannt war. Öko-Katastrophe total.

Zu unserer Überraschung ist der Hass auf die Nato gar nicht so groß, zumindest bei den Leuten, mit denen wir sprechen. Sie verweisen dagegen ständig auf zwei andere Punkte: Erstens sei schon vor der Abfackelung durch die Nato-Bomben der ganze Ort verseucht gewesen, weil die Produktion extrem umweltschädlich war. Zweitens hätte die Betriebsleitung den Betrieb der Fabriken während der Bombardierung nicht eingestellt, was alles schlimmer gemacht habe. Ildikeo erzählt, dass die durchschnittliche Lebenserwartung eines Arbeiters in den Fabriken bei etwa 50 Jahren liegt. Es scheint kaum gesicherte Angaben über den Grad der Verseuchung zu geben, da kaum Messungen vorgenommen werden. Die EU verspricht lächerliche Hilfsprogramme, die dann doch nicht stattfinden. Wir denken über die Grünen, insbesondere Josef Fischer, nach ...

Nach diesem deprimierenden Ausflug fahren wir nach Belgrad zurück. Abends findet dann die Veranstaltung zu sozialen Bewegungen in Mexiko in einer kleinen Bibliothek statt. Das Publikum, etwa 30 Leute, ist recht jung und sehr geduldig. Es könnte eine Veranstaltung über Mexiko irgendwo in Europa sein. Aber hier ist man über ganz andere Dinge erstaunt als auf einer Veranstaltung in Berlin, denn alle wissen nur zu genau, was "mafiöse Strukturen und Staatskorruption" sind. Als die Mexikaner erzählen, dass in Mexiko die Armee der größte Drogendealer ist, nicken alle, während man in Berlin schräg angeschaut wird, weil die Leute sich so etwas einfach nicht vorstellen können. Es ist interessant, wie sich die Diskussionen über ein Thema verändern entsprechend dem Ort, wo gesprochen wird.

30.000 Deserteure

Die Mexikaner bauen ihren Beitrag um zwei Punkte auf: Sie erklären, wie in Mexiko die Rechte vor einer "Balkanisierung" Mexikos warnt, falls die Autonomievorstellungen der Zapatistas umgesetzt werden sollten. Das ist natürlich Quatsch, weil das Autonomiekonzept der Zapatistas einschließend und nicht ausschließend ist. Sie fordern ja gerade keine Separation, sondern die Möglichkeit sich in einer rassistischen ausschließenden Gesellschaft selbst zu organisieren. Das versuchen die Mexikaner dem Belgrader Publikum zu erklären, was auch mehr oder weniger gelingt. Der zweite Punkt ist: Uns sollte es um die Mexikanisierung des Balkans gehen, sagen die Guillotinas. Das heißt: Aufbau horizontaler Basisbewegungen gegen Neoliberalismus, rassistischen, sozialen und politischen Ausschluss und Staatsterror. Das hört sich alles gut an, die Jugoslawen, Mexikaner und Deutschen sind glücklich ... Die Frage ist nur: WIE??

Donnerstag 22. März/ Freitag 23. März: Drei Stunden Busfahrt nach Kraljevo. In dieser Kleinstadt gibt es eine Kleingruppe von Leuten, die mit den Belgradern in Kontakt steht und mit ihm die Zeitung Kontrapunkt heraus gibt. Wir kennen die Leute schon von einem früheren Besuch. Das Projekt der Gruppe ist ein autonomes Jugendzentrum aufzubauen. Sie zeigen uns einige Gebäude, die sie gern hätten, allerdings sind die Eigentumsverhältnisse recht ungeklärt. Da sie für den Samstag (zweiter Jahrestag des Beginns der Bombardierung) eine antimilitaristische Technoparty vorbereiten, sind sie etwas gestresst. Wir diskutieren über alles mögliche und schauen uns zusammen einen Dokumentarfilm über den Kosovo-Krieg an. In Kraljevo sind Tausende serbischer und Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo in erbärmlichen Behausungen untergebracht. Sie zeigen uns die Stadt und bringen uns zu einem Mahnmal. In Kraljevo haben 1941 deutsche Soldaten etwa 6.000 ArbeiterInnen als Vergeltung für Partisanenaktionen erschossen.

Und da stehen wir wieder in dieser kuriosen Reisekonstellation. Die Jugoslawen sind mäßig interessiert an dem Mahnmal, denn alle Pionier-Schulausflüge fanden hierhin statt. Die Mexikaner schauen mit großen ungläubigen Augen, als ihnen klar wird, was nationalsozialistische Besatzungspolitik auf dem Balkan bedeutete, und wir - die Deutschen. Als wir das letzte Mal in Kraljevo waren, sagte eine Frau in einer Kneipe, nachdem sie erfahren hat, dass wir aus Deutschland sind: "Ah, dann bist Du ja nicht der erste aus Deiner Familie, der hier ist ... ."

Samstag 24. März: Jahrestag des Nato-Bombardements: Auf der Trg Republike findet eine Pro-Milosevic-Demo statt. Das war wohl die krudeste Mischung an Symbolen und Parolen, die wir je gesehen haben. Ein Ami spricht über die "Dear wonderful Serbs", die sich heldenhaft gegen die Faschos der Nato gewehrt haben ... Na ja. Djindjic sei ein Speichellecker, der in Washington rumwinselt. In den USA müssten sich die Leute jeden Tag überlegen, ob sie entweder was zu futtern oder die Miete zahlen könnten. Natürlich GANZ IM GEGENSATZ zu Jugoslawien (wo der monatliche Durchschnittslohn momentan bei 80 DM liegt!!). Die heldenhaften Serben seien ein würdevolles Volk, das sich dem Diktat des US-Imperialismus nicht gebeugt hätte. Applaus der vielleicht 3.000 Leute, hauptsächlich ältere Menschen, die sich natürlich geehrt fühlen. Viele

sind aber auch Businessmenschen, schick und Upperclass, die gelassen bis zustimmend nicken. Passanten, die an dem kruden Aufzug vorbei laufen, schütteln die Köpfe, manche eher belustigt, andere eher erzürnt.

Zapatismus in Jugoslawien

Eine Frau aus Bulgarien überschlägt sich fast, als sie ins Mikro schreit, wie sehr ihr der Verrat ihres Landes an den Serben leid tut. Zwischendurch immer wieder Sprechchöre: Es lebe Serbien, Jugoslawien, Mazedonien! Ein anderer Redner erzählt was über die "albanischen Terroristen" und alle rasten aus. Es gibt viele serbische, jugoslawische Fahnen, einer tanzt mit einem Che Guevara Plakat direkt vor der Bühne herum, während eine Frau das Bildnis Slobodans abknutscht.

Am Abend machen wir uns auf den Weg zum Busbahnhof. Rückfahrt nach Berlin. Wir wollen eigentlich lieber noch ein Weile in Jugoslawien bleiben, denn viele Kontakte haben wir gar nicht wahrgenommen und es gäbe noch jede Menge zu tun. Als die Studierenden aus Zagreb mitbekommen, dass die Mexikaner über den Balkan touren, wollen sie auch eine Veranstaltung organisieren. Aber: Keine Zeit, kein Geld.

An der Grenze zwischen Serbien und Ungarn erleben wir die einzige richtig beschissene Situation auf der Reise. Der Busfahrer hat alle Pässe an die ungarischen Zöllner ausgehändigt. Die kontrollieren und geben sie zurück: Außer den beiden Mexikanern. Die sollen statt dessen aus dem Bus aussteigen und ins Zollhäuschen kommen. Dort sitzt ein fettes Arschloch in brauner Tarnuniform und sagt: Die Mexikaner dürfen nicht nach Ungarn einreisen. Begründung: Ihre Papiere seien gefälscht, was natürlich völliger Blödsinn ist. Sie sollten zurück nach Belgrad fahren und da in ein Flugzeug steigen. Und das alles mitten im Nichts und mitten in der Nacht.

Das tun wir natürlich nicht. Wir sagen dem Tarnuniformierten, dass alles in Ordnung ist und es keinen Grund für Stress gibt. Es wird langsam klar, dass es bei dem ganzen Theater um was ganz anderes geht: das "bisschen" Geld. Eine Mitfahrerin, die uns als Übersetzerin beispringt, meint: Er will 200 DM. Nach ewigem hin und her drücken wir die DM-Scheine ab, die wir noch so haben und die Mexikaner dürfen nach Ungarn. Durch die ganze Aktion werden die beiden Guillotineros zu den Maskottchen der Leute im Bus. Alle sind empört über den ungarischen Zoll - und viele haben ähnliche Erfahrungen gemacht, oft an der berüchtigten EU-Außengrenze zwischen Ungarn und Österreich. Kurz vor Berlin stecken wir dann im Schneesturm auf der Autobahn. Das Frühjahr ist vorerst vorbei. Ein junger Mitfahrer vor uns sagt den Mexikanern zum Abschied: "Viva Mexico!". Und ein älterer Herr neben uns, der seit 20 Jahren in Deutschland arbeitet, meint: Neukölln ist schon schön, aber dass sich Deutschland am Krieg gegen Jugoslawien beteiligt hat, hätte wirklich nicht sein müssen.

FelS-Intersol

23. Slobo im Knast. Die Balkankrise geht weiter - ein Kommentar

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:27

Mit einer spektakulären Polizeiaktion in der Nacht zum 1. April konnte der ehemalige serbische und jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic gezwungen werden, sich "freiwillig" der serbischen Justiz zu stellen. Der Mann, der von den westlichen Medien und Politikern zum Hauptverantwortlichen für die Kriege in Ex-Jugoslawien erklärt wird, ist damit endgültig am Ende seiner Karriere als Politiker. Jetzt erwarten Milosevic als Angeklagten Gerichtsprozesse in Serbien und aller Wahrscheinlichkeit nach auch vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag.

Die Liste der Beschuldigungen gegen Milosevic, der 13 Jahre lang die serbische und jugoslawische Politik bestimmte, ist lang. Die Belgrader Justiz wirft ihm Mordanschläge gegen innenpolitische Konkurrenten, Korruption und die Gründung einer Organisation zur Begehung von Straftaten vor. Die Anklägerin in Den Haag, Clara Del Ponte, macht Milosevic verantwortlich für Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Krieges um das Kosovo und in Bosnien. Wann, wie und wo die Prozesse stattfinden, wird in den nächsten Wochen zwischen der serbischen und jugoslawischen Regierung sowie der "internationalen Gemeinschaft" ausgehandelt werden.

Die anstehenden Prozesse werden in Jugoslawien und international in jedem Fall die Diskussion über die Ursachen, den Verlauf und die Folgen der Kriege auf dem Balkan weiter intensivieren. Dabei wird stets auch die Frage der Verantwortung gestellt werden. Es kann kaum Zweifel darüber geben, dass Slobodan Milosevic und seine Gefolgschaft eine treibende Kraft bei der Zerstörung Jugoslawiens bildeten, die beinahe 300.000 Menschen das Leben gekostet und Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht hat. Durch die Re-Vitalisierung des großserbischen Nationalismus als Reaktion auf die tiefe soziale und politische Krise im Jugoslawien der 80er Jahre nach seinem Amtsantritt als Chef der Kommunistischen Partei Serbiens 1986 wurde sein Regime zur kriegstreibenden Kraft.

Aber die serbische Führung stand dabei nicht allein, und schon gar nicht die Einzelperson Milosevic. Die Nationalisten der anderen ex-jugoslawischen Republiken, allen voran der vergangenes Jahr gestorbene Staatsgründer Kroatiens, Franjo Tudjman, waren ebenbürdige Partner bei der Zerschlagung des einstigen Vielvölkerstaates. Und viele, die in Serbien heute an der Regierung sitzen und sich als "Demokraten" gebärden, standen in ihrem Nationalismus Milosevic in nichts nach. Die "internationale Gemeinschaft" und ganz maßgeblich das wiedervereinigte Deutschland wiederum intervenierten in die jugoslawische Krise hauptsächlich dadurch, dass sie Benzin ins Feuer kippten, wie gerade in diesen Wochen im Mazedonien-Konflikt wieder deutlich wird. Dort haben albanische Freischärler, die seit Ende der 90er Jahre im Kosovo von der NATO aufgepäppelt worden waren, eine neue Front eröffnet, die auf die Zerstörung Mazedoniens zielt - mit unabsehbaren Folgen.

Slobo sitzt im Knast - aber die Balkankrise wird weitergehen. Solange keine wirtschaftliche und soziale Perspektive für die Region sichtbar ist, und die bietet die freie Marktwirtschaft in einer Region nicht, die sich nicht auszubeuten lohnt, werden sich die ethnifizierten Konflikte endlos weiter reproduzieren. Kriegshelden, die daran verdienen, und Politiker, die sich damit an der Macht halten, gibt es im Überfluss. Und die "internationale Staatengemeinschaft" wird die Konflikte weiter dazu nutzen, Konkurrenzkämpfe auszutragen, strategische Positionen zu sichern oder auf dem Rücken der Balkan-Bevölkerung innenpolitische Ziele durchzusetzen, wie es die Rot-Grüne Regierung mit der Legitimierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr durch den "humanitären" Kosovo-Krieg glänzend vorgeführt hat.

Ob die Prozesse gegen Milosevic dazu dienen werden, die Zerstörung Jugoslawiens aufzuarbeiten, darf bezweifelt werden. Letztlich wird wohl eher der Versuch unternommen werden, die Verantwortlichkeit einem personalisierten Bösen in die Schuhe zu schieben, um sich selbst rein zu waschen. Das gilt für die neue serbisch-jugoslawische Führung - der ehemalige Krieg führende Generäle ebenso angehören wie ausgewiesene Propagandisten "Großserbiens" - genauso wie für die "internationale Gemeinschaft". Die für die Zivilbevölkerung katastrophalen Folgen der Nato Bombardements auf Industrieanlagen wie in Pancevo werden

dagegen wohl nie strafrechtlich verfolgt werden. Und das ist kein juristisches Problem sondern eine Widerspiegelung von Machtverhältnissen.

Boris Kanzleiter

24. Der wachsende Mutant. Russland zwischen Wirtschaftsaufschwung und sozialer Polarisierung

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Russland · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:04

Aus Russland hört man neuerdings Erfolgsmeldungen: Die Regierung Putin, gerade ein Jahr im Amt, schreibt sich ein Wirtschaftswachstum von zehn Prozent gut. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sie eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht: weitere Privatisierung, eine Steuerreform, die Großverdiener und Großunternehmen begünstigt, sowie die Umstellung der Zuteilungswirtschaft auf Geldverkehr. Bartergeschäfte, also Naturaltausch zwischen Betrieben, wurde per Verordnung eingeschränkt und die Betriebe zur Zahlung von Löhnen anstelle der Vergütung durch Naturalien oder soziale Dienstleistungen verpflichtet. In vielen Betrieben haben sich die Lohnzahlungsrückstände verringert.

Die positive Bilanz nach einem Jahr Putin hat niemand erwartet und so sind die weiteren Erwartungen groß, selbst da, wo die Skepsis naturgemäß am größten ist - in der Arbeiterschaft. Die größten Hoffnungen macht sich die "Föderation der freien Gewerkschaften", die seit 1991 landesweit das Erbe des alten sowjetischen Gewerkschaftsverbandes angetreten hat. Sie setzt auf Kooperation mit der Regierung. Alexander Afonin, Betriebsratsvorsitzender und Sekretär der Organisation in der Moskauer Fabrik für Kugellager, kurz "Podschebnik" genannt, mit einer ca. 8.000-köpfigen Belegschaft einer der größten Betriebe Moskaus, zeigt sich ganz angetan von der neuen Entwicklung. Endlich werde ehrlicher Lohn für ehrliche Arbeit gezahlt. Insgesamt habe sich die Situation unter der neuen Regierung doch entschieden stabilisiert.

Selbst in der Gewerkschaftsopposition, die seit der Krise 1998 aus der Kritik am sozialpartnerschaftlichen Kurs der "Freien Gewerkschaften" entstanden ist, kommt man nicht umhin, eine gewisse Verbesserung der Lage zu konstatieren. Seit der Krise arbeite die Fabrik profitabel, erklärt Sergej Trochin, Arbeiter bei "Podschebnik", Aktivist der linksradikalen Splittergewerkschaft "Saschita". Alexander Busgalin, Professor für Ökonomie und führendes Mitglied der Gruppe "Alternativen", die sich als Keim einer reformsozialistischen Bewegung verstehen, sieht nicht nur "ein gewisses Wachstum der Produktion" seit 1998. "Um einiges besser steht es auch um die Auszahlung der Löhne, hier und da haben sich die Bezüge sogar erhöht. In diesem Sinne kann man sagen, dass die Situation für die Arbeiterschaft sich gebessert hat und die Bewegung von Streiks des klassischen Typs ein bisschen zurückgegangen ist."

Stabilisierung eines Übergangssystems

Diese Stabilisierung habe allerdings nicht erst mit dem Regierungsantritt Wladimir Putins begonnen, sondern bereits mit dem Bankenkrach von 1998, bei dem der gesamte auf Spekulationsgeldern aufgebaute Ex- und Import-Boom zusammengebrochen sei. Seit dieser Zeit entwickele sich, wenn auch langsam, ein einheimischer Markt mit einheimischen Produkten. Darüber hinaus sei die Stabilität widersprüchlich, schließe einige negative Elemente ein, erklärt Busgalin: "Es ist die Stabilisierung eines Übergangssystems, dieses befremdlichen Organismus zwischen Liberalismus und Autoritarismus, der sich bei uns herausgebildet hat. Ich nenne ihn deformierten oder auch mutierten Kapitalismus."

Der Mutant, so Busgalin, habe durchaus die Chance, ein wirtschaftliches Wachstum zu entwickeln. Besser als eine Krise der ständigen Zerrüttung sei er allemal. Jedoch trage er den Keim kommender Konflikte in sich: "Es gibt ja das bekannte Paradoxon, dass wirtschaftliches Wachstum nicht Niedergang, sondern Belebung der Arbeiterbewegung nach sich zieht, wenn die Arbeiter begreifen, dass Bedingungen gegeben sind, unter denen sie für ihre Rechte kämpfen können und müssen. Es sieht alles so aus, als ob sich das in Russland so entwickeln könnte."

Die Realität gibt Busgalins Überlegungen recht. Die einsetzende wirtschaftliche Entspannung kommt keineswegs automatisch der arbeitenden Bevölkerung Russlands zugute, im Gegenteil, sie droht deren Ausbeutung noch zu verschärfen. Moskaus Musterfabrik "Podschebnik" führt es vor. Aktivist Sergej Trochin ist sehr besorgt: "Auf der Aktionärsversammlung wurde erklärt, dass die Fabrik einen soliden Profit macht, dass sie ein rentables Unternehmen geworden ist. Sofort danach begann der Kauf von Aktien durch verschiedene Leute. Rentable Unternehmen sind heute eine Seltenheit, umso mehr als dies eine große Fabrik ist." Die Gefahr, dass der Betrieb von Spekulanten übernommen wird, die den Profit abziehen, statt ihn in eine Modernisierung der Anlagen und höheren Lohn für die Belegschaft zu investieren, vereint die beiden

ansonsten voneinander entfremdeten Gewerkschaften. "Saschita" agitiert mit Flugblättern und in "Mitings" vor dem Betrieb gegen die betriebsfremden Käufer. Die "Föderation der freien Gewerkschaften" versucht den Kauf der Aktien durch die Belegschaft, einschließlich Direktor und Betriebsveteranen, zu organisieren.

Eine paradoxe Situation ist entstanden: Der relative Aufschwung unter Wladimir Putins Präsidentschaft mobilisiert den Widerstand gegen die Fortsetzung der Privatisierung, welche die Regierung Putins sich auf die Fahnen geschrieben hat. Sogar Moskaus Bürgermeister Lyschkow unterstützt den Widerstand des Betriebskollektivs gegen die Aktienhaie. Er muss verhindern, dass der zweitgrößte Betrieb der Stadt von Spekulanten ruiniert und die Stadtkasse durch soziale Kompensationen wie Arbeitslosengelder, Fürsorge usw. belastet wird.

"Auf der einen Seite", so Oleg Babitsch, Koordinator der Gewerkschaft "Saschita", könne man einen Niedergang der Arbeiterbewegung beobachten, auf der anderen Seite würden die Aktionen "exakter" und "organisierter." Das werde sich weiter entwickeln. Was den radikalen Gewerkschafter mit Hoffnung erfüllt, ist vor allem die große Zahl von Auseinandersetzungen, wo neue Eigentümer versuchen, die Betriebe in Besitz zu nehmen. Dies geschieht nicht nur in Moskau, sondern in verschiedenen Teilen des Landes. Im Zellulose-Kombinat von Wyborg im Leningrader Bezirk besetzten die Arbeiter den Betrieb und forderten dessen Wiederverstaatlichung. Vergleichbare Aktionen gab es u.a. in Nischninowgorod, im Kusbass, in Astrachan. Immer öfter gibt es dabei Zusammenstöße mit der Spezialtruppe OMON; Verhaftungen von Betriebsaktivisten häufen sich. In Wyborg wurde erstmals geschossen; in Astrachan gab es einen Toten.

Arbeiter besetzen ihre Fabriken

Oleg Batisch macht sich keine Illusionen: "Wir glauben, dass man schon in nächster Zeit beginnen wird, nicht nur uns, sondern die Arbeiterbewegung insgesamt zu unterdrücken" meint er. "Die wirtschaftliche Situation zwingt die Regierung, Auswege zu suchen. Seit den Ereignissen vom 17. August 1998, als der Preis für die Arbeitskraft in Russland auf ein Drittel sank, er schon dem Preis der Arbeitskraft in Afrika oder Asien vergleichbar wurde, ist das Einzige, was der russischen Regierung noch für die Sanierung der Investitionen fehlt, die politische Stabilität. Der ausländische Investor hat Angst, dass er investiert, und die Belegschaften gehen in Streik, sperren die Straßen, besetzen die Betriebe. Deshalb ließ Putin schon letztes Jahr erklären: Wer sperrt, der sitzt. Ebenso wird es demnächst heißen: Wer streikt, der fliegt." Eine Novellierung des noch aus der sowjetischen Zeit stammenden Arbeitsgesetzes solle dafür jetzt den Weg frei machen. Das werde unweigerlich zu Eskalationen führen.

Arbeitskodex zum Nutzen der Investoren

Nach dem Entwurf der Regierung für ein neues Arbeitsgesetz, kurz Kodex der Arbeit genannt, soll der Unternehmer zukünftig selbst bestimmen dürfen, mit wem er verhandeln will. Er soll nicht mehr an ein Verhandlungsgebot mit den überbetrieblichen Gewerkschaften gebunden seien. Die weitgefassten Rechte des sowjetischen Kodex sollen eingeschränkt werden, so etwa der Mutterschutz, die betriebliche Krankenversicherung, soziale und kulturelle Versorgungsansprüche usw. Die Unternehmer sollen ermächtigt werden, schwarze Listen zu führen, in denen sie detaillierte Persönlichkeitsprofile bis hin zu sexuellen Gewohnheiten festhalten dürfen. Entscheidend aber ist die beabsichtigte Ausdehnung des Arbeitstages auf zwölf Stunden.

Alle gewerkschaftlichen Kräfte sind beunruhigt, Organisationen wie "Saschita", weil sie Repressionen erwarten, die etablierten Funktionäre der "Föderation", weil sie den sozialen Kompromiss in Frage gestellt sehen, den sie verfolgen. Aber nicht nur der Entwurf für den neuen Kodex ist Grund ihrer Unruhe. Denn gleichzeitig will die Regierung die medizinische, die soziale und die kulturelle Versorgung der Bevölkerung nicht mehr von den Betrieben direkt finanzieren und von den Gewerkschaften als Mittler verwalten lassen. Statt dessen soll ab sofort jeder Mensch seine Sozialsteuern an staatliche Sozialfonds abführen, die von Staatsbeamten verwaltet werden.

Die Gewerkschaften, etablierte wie radikale, machen Front gegen den Gesetzentwurf. Hier müsse man klarstellen, so Oleg Neterebski, Vizepräsident der "Moskauer Freien Gewerkschaften", was dem ausländischen Besucher nicht ohne weiteres verständlich sein könne: In der Sowjetunion wurde nur ein kleiner Teil der Arbeit in Geld entlohnt; andere, weitaus größere Teile der Arbeit wurde über soziale Fonds vergütet, welche die medizinische Versorgung, Urlaub, Kindergärten, Jugendlager usw. bis hin zum kostenfreien

Begräbnis garantierten - nur scheinbar kostenlos, denn diese Sozialfonds wurden ja vom Ertrag der Arbeit aus dem Betriebsvermögen getragen. "Nach der sowjetischen Zeit sind die Einkommen rasant gefallen", schließt Oleg Neterebski, "aber es blieben die sozialen Fonds, die der Mensch, wie arm auch immer, noch nutzen konnte. Durch die jetzige Entscheidung werden diese Fonds praktisch beseitigt, aber das Einkommen bleibt so niedrig wie zuvor. Wenn das wenige Geld, das in die staatlichen Fonds kommt, auch noch für andere Dinge ausgegeben wird - etwa für die Bewältigung solcher Katastrophen wie der Untergang der ‚Kursk`, der Brand im Moskauer Fernsehturm ‚Ostankino` - dann können diejenigen, die das Geld erarbeitet haben, es nicht mehr nutzen."

Ob die etablierten Gewerkschaften der Sowjetunion, auch deren Nachfolger seit 1991, also die "Föderation der freien Gewerkschaften", immer die uneigennützigsten Verwalter der Sozialfonds waren, darf mit Recht bezweifelt werden. Tatsache ist aber, dass die Gewerkschaften im Verein mit den Betriebsführungen für die Mehrheit der Bevölkerung bisher die einzigen Garanten der sozialen Versorgung sind. Die Verstaatlichung der Sozialfonds kann deren Rolle nicht ersetzen, ganz sicher nicht von heute auf morgen.

Dies alles wäre, täglicher Not der arbeitenden Bevölkerung zum Trotz, doch nur von begrenzter Bedeutung, wenn es allein um die aktuellen Verteilungskämpfe ginge. Voraussichtlich wird der gegenwärtige Aufschwung nur von kurzer Dauer sein. Der Öl-Preis ist nicht stabil. Würde er stürzen, wäre auch der soziale Frieden beendet. Technische Katastrophen wie der Brand des Moskauer Fernsehturms "Ostankino" im August 2000 oder der Untergang der "Kursk" im selben Monat sind erste Beispiele der "technogenen Katastrophen", die zu erwarten sind, wenn in die Modernisierung der industriellen Infrastruktur nicht schleunigst investiert wird. Deren Verfallsdatum wird von russischen Experten auf das Jahr 2004 datiert.

Der Kampf um die Sozialfonds

Schließlich ist noch das allerwichtigste Problem Russlands, gewissermaßen seine Schicksalsfrage, ungelöst: die Situation auf dem Lande. Hier ist von Wachstum immer noch nicht die Rede, hier bestimmen Bartergeschäfte die Wirtschaft noch immer zu mindestens sechzig Prozent. Russland ist nach der Zeit der schnellen Umverteilung des Volksvermögens nun in die Phase der inneren Polarisierung eingetreten. Wie diese verläuft und wie lange sie sich hinzieht, ist von Faktoren abhängig, die nicht zu kalkulieren sind.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

25. "Verbrechen im Bereich des Akzeptablen." Tanya Reinharts Kritik an israelischer Selbstgerechtigkeit

Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:11

Tanya Reinhart, Linguistin in der Tradition von Noam Chomski an der Universität Tel Aviv und prominente Vertreterin der antizionistischen Opposition innerhalb Israels, kritisiert in einem Kommentar für die größte israelische Tageszeitung Jediyot Acharonot (14.3.01) die weitgehende Gleichgültigkeit der israelischen Öffentlichkeit gegenüber den Leiden der palästinensischen Bevölkerung und ihre auf der Identifikation mit der historischen Opferrolle der Juden gründende Selbstgerechtigkeit. Der Artikel ist auch für deutsche Linke von Interesse - in ihm wird der auch hier zu Lande kontrovers diskutierte Rückgriff auf die Shoa als Projektionsfläche für die Analyse aktueller politischer Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern im Kontext der öffentlichen Debatte in Israel deutlich. Tanya Reinhard schreibt:

"Letzte Woche fiel Birzeit wieder in die Klauen der Militärverwaltung. Bulldozer ruinierten die einzige Straße, welche Ramallah mit Birzeit und weiteren etwa 30 umliegenden Dörfern verbindet. Ab jetzt kommt niemand mehr dort rein oder raus - keine Krankenwagen, keine LKWs, keine in Ramallah lebenden Studenten und Dozenten. Das Ghetto Birzeit entspricht dem Gaza-Ghetto, den von Stacheldraht und Gräben umringten Gefangenenlagern Jericho, Jenin, Tuba u.a. (...) Wir, die wir mit der Erinnerung an die Shoa aufwuchsen, haben sie uns als den einzigen Standard für moralisches Übel gesetzt. In der Tat, kein Verbrechen ist mit dem systematischen und planvollen Mord an sechs Millionen Menschen zu vergleichen. Aber offenbar ist das Einzige, was wir von dieser Erinnerung angenommen haben, die Einschätzung, dass jedes Verbrechen, dessen Dimensionen geringer sind, noch im Bereich des Akzeptablen liegt. (...) Dumpfe und offen formulierte Nazi-Ideologie findet sich nur in den messianischen Zentren der Siedler in den besetzten Gebieten. Armee und Regierung schützen lediglich den Lebensraum der Siedler. Und der Rest ist bloß tief enttäuscht von den Palästinensern, die einfach nicht kapieren, wie tief unser Wunsch nach Frieden ist. Doch auch in Deutschland war die Mehrheit der Bevölkerung keine Nazis. Die Mehrheit hat sich schlicht entschieden, nichts zu wissen."

26. Sharon legt los. Frontnotizen aus Israel/Palästina

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:10

Die neue israelische Regierung unter Ariel Sharon fährt bei der Bekämpfung der Intifada da fort, wo Ehud Barak aufgehört hat. Hinzu kommt allerdings der Versuch, wieder eine direkte israelische Kontrolle über die Westbank und den Gazastreifen durchzusetzen.

In ihrer Wochenendbeilage vom 24. März veröffentlichte die israelische Tageszeitung Ha'aretz ein ausführliches Porträt von Slobodan Milosevic, einem der "gefährlichsten politischen Führer der modernen Welt", dessen paranoides Weltbild und blinde Selbstgerechtigkeit sie zu beschreiben trachtete. Der Artikel basierte auf einem einstündigen Interview mit dem als medienscheu geltenden Milosevic. Dieser lobte ausdrücklich Ariel Sharon für dessen explizite Ablehnung der Nato-Bombardements. Sharon hatte damals argumentiert, die Nato-Angriffe spielten in die Hände albanischer Nationalisten und förderten deren Träume von einem Groß-Albanien. Es bestehe die Gefahr, so Sharon, dass ein solches Gebilde zu einem Hort "islamischen Terrors" in Europa werde.

Überdies kritisierte er die massive Einmischung der Nato in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates, da gemäß der im Jugoslawienkrieg angewandten Logik auch die israelische Politik gegenüber den Palästinensern eines Tages ähnliche Sanktionen nach sich ziehen könnte. Ha'aretz hatte Sharon seinerzeit in einem bissigen Leitartikel für diese Äußerungen verurteilt: "Dies sind merkwürdige Worte - ethisch untragbar und politisch schädigend. (...) Es kann nicht Sache Israels sein, der Weltöffentlichkeit einen Vergleich nahe zu legen zwischen der Lage der albanischen Minderheit im Kosovo und derjenigen der israelischen Araber. Damit hat Sharon Besorgnis erregende Einblicke in seine Gedankenwelt gewährt: Kann er sich eine Situation vorstellen, in der eine israelische Regierung die Vertreibung einer Million israelischer Araber aus den Gebieten innerhalb der grünen Linie (zwischen Israel und den besetzten Gebieten; Anm. ak) beschließt? Befürchtet er tatsächlich eine Situation, in der die westlichen Staaten eine Koalition zum Angriff auf Israel schmieden?" (Ha'aretz, 9.4.1999).

Nach all dem, was seit dem Ende des Oslo-Prozesses und dem Ausbruch der neuen palästinensischen Intifada passiert ist, lesen sich diese Zeilen in einem neuen Licht. Grund genug für die Zeitungsmacher, in ihrer erwähnten Wochenendbeilage süffisant darauf hinzuweisen, wie ungelegen Sharon diese Erinnerungen gerade zum Zeitpunkt seines Antrittsbesuches in Washington sein dürften.

Dieser Besuch und auch das Gipfeltreffen der Arabischen Liga zur Lage in Palästina sind nunmehr Vergangenheit. Seitdem ist die neue israelische Regierung erneut zum Angriff auf Stellungen diverser palästinensischer Milizen übergegangen, welche sie mit der zunehmenden Anzahl von Selbstmordattentaten auf israelische Zivilisten und/oder bewaffneten Attacken auf Armee und Siedler innerhalb der besetzten Gebiete in Verbindung bringt. Etwas aggressiver vielleicht in der Durchführung, folgen die von Sharon befohlenen Angriffe weitgehend der Linie Baraks, der gezielte Bombardierungen begrenzter palästinensische Ziele vornahm, welche der gegnerischen Seite vorab mitgeteilt wurden.

Ende vergangenen Jahres, vor seiner Wahl zum israelischen Premier, hatte Sharon nach den Schüssen auf jüdische Wohnviertel in Jerusalem aus benachbarten palästinensischen Vierteln gesagt, es reiche nicht, die Gebiete einfach abzuriegeln und ein paar Bomben zu werfen. Die einzig wirksame Methode zur Behandlung renitenter Araber sei es, ihren Grund und Boden zu zerstören. So würde er zunächst die Räumung derjenigen palästinensischen Wohngebiete befehlen, aus denen heraus auf jüdische Israelis geschossen werde und diese dann den Bulldozern überlassen. Nach der Ermordung eines jüdisch-israelischen Babys in der Siedlerenklave im Zentrum Hebrons durch palästinensische Heckenschützen vor einigen Tagen befahl Sharon zwar die zeitweilige Räumung des angrenzenden palästinensischen Viertels, aber die Bulldozer blieben in den Garagen. Offenbar weiß auch Sharon, dass Israel sich in den Augen der Weltöffentlichkeit nicht alles leisten kann und dass die palästinensische Administration sowie die vereinigte Intifada-Führung nur auf eine Gelegenheit warten, den Konflikt wirksam zu internationalisieren.

Die Bulldozer bleiben noch in den Garagen

Die neue israelische Regierung hat inzwischen mit einer gründlichen Umstrukturierung der Besatzung begonnen. Es geht ihr darum, die restlichen noch verbleibenden Strukturen aus der Zeit der Oslo-Verträge

abzubauen bzw. einzufrieren und wieder eine direkte israelische Kontrolle über die Westbank und den Gazastreifen durchzusetzen. Israelische Kommentatoren der diskreteren Sorte sprechen von einer Rückkehr zu einer Politik von Zuckerbrot und Peitsche: brutale Repression gegen Intifada-"Terroristen" und gegen die palästinensische Administration bei gleichzeitigen "Erleichterungen" für die unbeteiligte palästinensische Zivilbevölkerung. So kündigte Sharon an, er wolle die zahlreichen von der Schließung Israels für palästinensische Arbeitnehmer betroffenen Familien mittels Entschädigungszahlungen unterstützen. Gleichzeitig verweigert Sharon die Überweisung der von Palästinensern bei ihrer Arbeit in Israel entrichteten Steuern an Arafats Administration und trägt damit zu deren Schwächung bei - um ihr diese Schwäche im nächsten Atemzug als Einwilligung in den Terror der Intifada-Aktivisten anzukreiden.

Die besetzten Gebiete werden zu Mini-Enklaven

Die unter der Bezeichnung "Keter" (Abtrennung) zu trauriger Berühmtheit gelangte Politik der israelischen Armee, die besetzten Gebiete mit Hilfe von Gräben, Betonwällen und zahllosen Straßensperren zu parzellieren, soll heißen: in eine Vielzahl voneinander hermetisch abgeriegelter Mini-Enklaven zu unterteilen, ist für die betroffene Zivilbevölkerung eine Kollektivstrafe erster Güte. Den Aktionsradius der Intifada-Aktivisten schränkt sie nur unwesentlich ein. Während des Oslo-"Friedensprozesses" hatte die israelische Armee die besetzten Gebiete als eine territoriale Einheit behandelt, was ihre Handlungsfähigkeit gegenüber der palästinensischen Administration und der Bevölkerung dort graduell einschränkte. Gemäß der Anfang März an die Öffentlichkeit gelangten neuen Strategie der israelischen Armee sollen die besetzten Gebiete nun wieder wie vor Oslo in 64 voneinander isolierte territoriale Einheiten (auch Kaninchenställe oder Zellen genannt) unterteilt werden, die jeweils unter direkter israelischer Militärherrschaft stehen sollen.

Anfang März war der Gazastreifen bereits in diesem Sinne zerstückelt worden, entsprechende Aktionen in der Westbank waren angelaufen, doch bis dahin, schrieb Alex Fischman in Jediyot Acharonot (9.3.01), ging "es lediglich um deren Schaffung, nicht um die Behandlung (der Bevölkerung) innerhalb der Enklaven". Diese "Behandlung" beinhaltet drastische Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, auch grundlegende Gesundheitsversorgung wird verweigert, die Lebensmittelversorgung eingeschränkt. Hinzu kommen gezielte Exekutionen von Intifada-Aktivisten und von Angehörigen der palästinensischen Administration durch israelische Undercover-Einheiten oder durch die Luftwaffe, wobei erhebliche "Kollateralschäden" in Kauf genommen werden.

Durch die Abtrennung der Transportwege zwischen Ramallah und der benachbarten Universität Birzeit Mitte März hat die israelische Armee auch zur Mobilisierung der bis dato wenig an der Intifada beteiligten Studierenden und AkademikerInnen beigetragen. Angesichts der Versuche der Regierung Sharon, die Intifada mit überlegener militärischer Gewalt niederzuschlagen, ist eine Rückbesinnung auf Techniken des zivilen Ungehorsams und eine Einbindung breiterer Bevölkerungsschichten in die bis dato von bewaffneten Milizen majorisierte Intifada eine Idee, welche auch die vereinigte Intifadaführung verfolgt. (Ha'aretz, 23.3.01)

Engagierten israelischen JournalistInnen wie Amira Hass, Doron Rosenblum, Gid'on Lévy u.a. ist es zu verdanken, dass Berichte über den Alltag der Besatzung aus Sicht der Betroffenen nicht aus der öffentlichen Debatte in Israel verschwinden. Noch weiß allerdings niemand, welche Ziele Sharon längerfristig verfolgt. Wie stellt er sich das zukünftige Zusammenleben von Israelis und Palästinensern vor? Bislang sind Neugierige auf Äußerungen eines Sharon-Vertrauten namens Imanuel Navon angewiesen, welche dieser in einer geopolitischen Zeitschrift namens Outre Terre zum Besten gegeben hat. Demnach will Sharon die auch in sozialdemokratischen Kreisen populäre Idee einer von Israel einseitig durchgeführten Abtrennung der palästinensischen Gebiete von Israel modifizieren. Ein palästinensischer Rumpfstaat könnte in diesem Fall auf dem weitgehend kompletten Gebiet des Gazastreifens und auf etwa der Hälfte der Westbank entstehen, letztere aufgeteilt in zwei voneinander und vom umliegenden israelischen Kernland sowie von der Jordansenke isolierte Blöcke. Die verbleibende Hälfte der Westbank soll demnach von Israel annektiert werden (Le Monde, 15.2.01).

Achim Rohde

27. Die Frustrierten und die Motivierten. Kommunalwahlen in Frankreich: Erfolge für neue Linke

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:16

Die französischen Kommunalwahlen waren nicht nur als Test für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im kommenden Jahr von Bedeutung. Sie führten auch innerhalb der Linken zu Umbrüchen. Neben der KP und linksradikalen Gruppierungen traten diverse bunt-alternative Listen an - mit einigem Erfolg.

Mit Abstand am stärksten gebeutelt wurde an den beiden Wahlsonntagen im März die Kommunistische Partei. Die Parteien der nationalen Regierungskoalition unter Lionel Jospin waren häufig schon im ersten Wahlgang gemeinsam angetreten: Sozialisten, KP und Linkspatrioten. Seltener waren auch die Grünen mit von der Partie, die oft im ersten Durchgang ihre Kräfte messen wollten. Das ist der Ökologiepartei gut bekommen: In einer Reihe wichtiger Städte übersprang sie die Zehn-Prozent-Marke, wo ihnen ihre "Frechheit" und Dynamik (die oft mehr in der Form als im Inhalt lag) und ihr unabhängiges Auftreten im ersten Wahlgang zugute kam. So erhielten sie in Paris stattliche 12,4 Prozent.

Ein gut Teil der neuen Grün-WählerInnen kommt allem Anschein nach auch aus dem Bildungsbürgertum, wo man im Namen von Kulturliberalismus und "postmateriellen Werten" für sie stimmt - man spricht seit dem letzten Wahlsonntag in diesem Zusammenhang viel von den "Bobos" (Bourgeois-Bohèmes). Dennoch war die Grün-Stimme im ersten Wahlgang oft auch Ausdruck des Wunsches mancher LinkswählerInnen, einerseits den Sozialdemokraten einen Dämpfer zu versetzen und andererseits Umweltfragen stärker berücksichtigt zu sehen.

Hochburg der KP bleibt die Region um Paris

Im zweiten Wahlgang verbündeten sich die Grünen in der großen Mehrzahl der Fälle mit den sozialdemokratisch geführten Linkskoalitionen, mit Ausnahme von Saumur an der Loire. Hier verhalf das Mitte-Rechts-Spektrum dem grünen Kandidaten Jean-Michel Marchand ins Rathaus. Doch in der Regel gingen die Grünen vor der Stichwahl mit ihren nationalen Koalitionspartnern der "pluralen Linken" auch auf örtlicher Ebene zusammen. Ihre Stimmen aus dem ersten Wahlgang wurden dabei aber mitunter nur mangelhaft auf die Linkskoalition übertragen. Und dies vor allem dann, wenn es ein KP-Kandidat war, der vor Ort die Linkskoalition anführte. So in der Pariser Vorstadt Argenteuil, die für die KP von höchster symbolischer Bedeutung war - da seit 1934 kommunistisch regiert und im Parlament durch Parteichef Robert Hue als Abgeordnetem vertreten. Im Falle der 95.000-Einwohner-Stadt wurde berechnet, dass 70 Prozent der grünen Stimmen im zweiten Wahlgang an die dann siegreiche Rechte gingen.

Anders als die Grünen trat die KP oftmals gar nicht mehr als eigenständige Kraft auf. Das im März 2000 mit der Sozialistischen Partei geschlossene Abkommen über gemeinsame Listen schon ab dem ersten Wahlgang sollte der KP helfen, ihre lokalen Hochburgen zu behaupten. Zugleich hatte das Abkommen freilich zur Folge, dass das eigenständige Profil der Partei verschwand. Nicht alle KP-Mitglieder und -WählerInnen wollten dem freilich folgen. Doch die Sozialdemokraten hatten das Abkommen in den letzten Wochen vor der Wahl in einzelnen Pariser Trabantenstädten und einigen Marseiller Bezirken de facto aufgekündigt. Dort, und vor allem im Pariser Trabanten-Bezirk Seine-Saint-Denis, rückten sie in einigen Fällen der KP nunmehr gefährlich auf den Leib. In der am Pariser Stadtrand gelegenen 50.000-Einwohner-Stadt Pantin - KP-geführt seit 1959, Partnerstadt von Moskau - überholte eine Liste von Sozialisten und Grünen im ersten Wahlgang knapp, in der Stichwahl deutlich jene des KP-Bürgermeisters Jacques Isabet. Neuer Bürgermeister wurde Bertrand Kern, ein Anhänger des sozial-neoliberalen Wirtschaftsministers Laurent Fabius. Der politische Wechsel in der Stadt hat eine Ursache im sozialen Wandel: Es dominieren nicht mehr die Industriearbeiter, sondern die in Paris arbeitenden Angestellten.

Die KP verlor eine Reihe ihrer klassischen Hochburgen und stellt künftig in keiner Stadt mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen den Bürgermeister, nachdem sie Nîmes verlor und in Amiens sowie Le Havre scheiterte. Hingegen behauptet sich die KP noch in den Pariser Trabantenstadt-Bezirken Seine-Saint-Denis und Val-du-Marne, wo früher die Industrien rund um Paris zusammengeballt waren. 1995 stellte die KP noch die

Bürgermeister in 41 Städten mit mehr als 30.000 Einwohnern. Jetzt regiert sie noch 29, davon liegen 22 in der Pariser Trabantenstadtzone. Mancherorts funktioniert die KP hier noch nach "realsozialistischem" Muster, andernorts ist eine gewisse politische Erneuerung eingetreten - wie etwa in Bobigny, der Bezirkshauptstadt von Seine-Saint-Denis, wo die KP unverkrampft auftritt und mit Mumia Abu-Jamal ihren Wahlkampf bestritt.

"... sich für

den Kampf motivieren ..."

Dabei bezahlt die KP ihre Regierungsbeteiligung auf nationaler Ebene eindeutig auch damit, dass sie Stimmen an die regierungsfeindliche marxistische Linke verliert, meist an die trotzkistischen Parteien Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) und Lutte Ouvrière (LO). Die radikale Linke erhält oftmals Ergebnisse zwischen 5 und 10 Prozent, rechnet man die Resultate der beiden - getrennt angetretenen - Parteien zusammen. Letztere erreichten Spitzenwerte bis zu 19,4 Prozent für LO (in Liévin, im alten Kohlebezirk Nord-Pas de Calais) und 18,9 Prozent für die Bündnisliste "Résister" unter Beteiligung der LCR im südfranzösischen Miramas. In Großstädten wie der Michelin-Stadt Clermont-Ferrand (8,6 Prozent LCR zuzüglich 5,2 Prozent LO) und in Rennes erreichten die Linksradikalen zweistellige Ergebnisse. Oftmals traten örtliche Bündnisse auf, in denen LO- oder häufiger LCR-Mitglieder zusammen mit "dissidenten" KP-Mitgliedern oder gar ganzen Parteisektionen kandidierten, die nicht in der Linkskoalition aufgehen wollten. So in der an der Pariser Stadtgrenze gelegenen Trabantenstadt Kremlin-Bicêtre: Dort erhielt eine gemeinsame Liste der KP-Sektion mit der LCR 14,7 Prozent.

Daneben gewannen auch buntscheckig-alternative Listen unter sichtbarer Beteiligung von Immigrantenkindern. Das prominenteste Beispiel ist die Liste "Motivés" in Toulouse, die vom Sänger der populären linken Band Zebda, Salah Amokrane, und seinem Kollegen Magyd Cherif angeführt wurde. Sie erhielt 12,4 Prozent im ersten Wahlgang. Zebda war seit den späten neunziger Jahren vor allem durch zwei Titel bekannt geworden, die auch auf vielen Partys gespielt werden.

Ihr erster Hit, nach dem auch die jüngste Wahlkandidatur benannt ist, hieß "Motivés", dessen Refrain lautet: "Es ist nötig, sich für den Kampf zu motivieren." Es handelt sich bei dem 1996 veröffentlichten Song, der lange Zeit auch auf den meisten linken Demos lief, um eine rockige Bearbeitung des "Chant des partisans", der aus dem Zweiten Weltkrieg stammt. Darin geht es um die Résistance, den bewaffneten Kampf gegen die Nazi-Besatzer.

Bunte Listen

als Lieblinge

der Medien

Ein Jahr später erschien ihr zweiter großer Erfolg, "Le Bruit et l'odeur" (Der Lärm und der Geruch). Der Titel spielt auf einen kalkulierten rassistischen Ausfall des heutigen Staatspräsidenten Jacques Chirac aus dem Jahr 1991 an, dessen Originaltext in voller Länge am Ende des Songs eingebaut ist. Der neogaullistische Politiker hatte damals - als der Neofaschist Le Pen auf dem ersten Höhepunkt seines Erfolgs stand - die "französischen Arbeiter" beklagt, die "in ihren Sozialwohnungen" den "Lärm und den Gestank" der Immigranten ertragen müssten, welche nicht arbeiteten und ihren Lebensunterhalt dank des Kindergelds für ihre zahlreichen Sprösslinge bestritten. Zebda hat um das berühmte Zitat herum einen eigenen Text geschrieben, der vom Lärm und Gestank des Presslufthammers handelt und davon, wie ihre Eltern "die Städte gebaut haben, in denen sie nicht wohnen".

Ursprünglich hatten die Zebda-Mitglieder viel mit der LCR und dem linksradikalen Spektrum zusammengearbeitet. Doch scheint ihnen der Medienerfolg im Laufe der Monate ein wenig zu Kopf gestiegen zu sein. Und so wollten sie nunmehr keine klar links angesiedelte, sondern eine bunte und nach vielen Seiten hin offene Liste präsentieren, die eine scharfe Abgrenzung vom Regierungslager und eine eindeutige Positionierung als Oppositionskraft vermied. Die Zuneigung des Fernsehens, der linksbürgerlichen Pariser Abendzeitung Le Monde und der linksliberalen Libération war ihnen damit gewiss. Dennoch hat die Liste vor allem im linksalternativen Spektrum und unter den besonders diskriminierten Immigrantenjugendlichen gut abgeschnitten.

Erstaunlicherweise erhielt sie aber ihre höchsten Ergebnisse nicht nur in den Immigrantenbezirken an der Peripherie, sondern auch in der - ansonsten strikt konservativ dominierten - Toulouser Innenstadt. Die starke Präsenz von Studierenden in der Universitätsstadt, aber auch ein linksintellektuelles Bürgertum scheinen ihr dabei geholfen zu haben. Neben der Liste "Motivés" trat in Toulouse auch eine Bündnisliste der LCR mit der früheren (parteilosen) KP-Europaparlamentarierin Aline Pallier als Spitzenkandidatin an. Diese konnte sich aber neben den "Motivés" nicht behaupten und erhielt nur 2,4 Prozent (plus 1,7 Prozent für LO) - während die Linksradikalen 1998 bei der Wahl zum Regionalparlament hier fast 11 Prozent erhielten.

Bürgerliche hetzen gegen ImmigrantInnen

Das Bündnis der "Motivés" mit den Linksparteien, das nach dem ersten Wahlgang geschlossen wurde und vorübergehend mehrheitsfähig erschien, unterlag jedoch in der Stichwahl. Mit 55 Prozent der Stimmen gewann der Christdemokrat Philippe Douste-Blazy das Rathaus von Toulouse. Einige seiner Mitkandidaten hatten nicht gezögert, einen ungeschminkt rassistischen Wahlkampf zu betreiben: "Araber auf dem Capitole (dem Toulouser Rathausberg)? Undenkbar!" Douste-Blazy blies, ein wenig subtiler zwar, in dasselbe Horn, indem er seinem sozialistischen Rivalen Simon vorwarf, er habe "wohl die Kriminalität vergessen", als er Amokrane, das Idol der Immigrantenjugendlichen, auf seine Liste genommen habe.

Mit dieser Angstkampagne haben die Bürgerlichen einen gut Teil der Stimmen, die im ersten Wahlgang für die Neofaschisten abgegeben worden waren, in der Stichwahl auf sich gezogen. Noch in der Wahlnacht kam es in der Toulouser Innenstadt zu schweren Zusammenstößen zwischen enttäuschten Immigrantenjugendlichen und Polizeikräften. Anlass war, dass zuvor Jugendliche den Namen des frisch gewählten rechten Bürgermeisters ausgebuht hatten.

In einer Reihe von Städten hatten die "Motivés" Nachahmer gefunden. Schon Anfang Februar hatten sie in Toulouse eine landesweite Konferenz alternativer Listen abgehalten, der auch eine beachtliche Berichterstattung in den Medien zuteil wurde. Die örtlichen Gegebenheiten sind dabei aber recht unterschiedlich. In der bretonischen Großstadt Rennes erhielt die ebenfalls "Motivés" genannte Liste 8,22 Prozent, der noch 10,6 Prozent für drei linksradikale Listen zur Seite gestellt werden müssen. Die Stimmen kamen hier wohl vor allem aus dem studentischen und Initiativen-Milieu.

In den Pariser Trabantenstädten kam es ebenfalls vereinzelt zu bunt-alternativen Kandidaturen. Dabei sind die 12,9 Prozent für die Liste "Rebondyr" (von "rebondir": sich wieder aufrichten) in Bondy mutmaßlich vor allem auf Stimmen von Immigrantenjugendlichen und Bewohnern der Hochhausghettos zurückzuführen. Das gilt nicht für die insgesamt erfolgreichste der alternativen Listen, die "Citoyens Unis" (Vereinigte Bürger), die in dem eher wohlhabenden Vorort Châtenay-Malabry 17,2 Prozent erreichte. Die "Citoyens Unis" waren aus Bürgerinitiativen hervorgegangen, die ab 1996 zunächst gegründet worden waren, um die Verwendung der Steuergelder durch den konservativen Bürgermeister zu überprüfen. Im Laufe der Jahre war daraus jedoch eine Art linksbürgerlicher Aktivitätenpool herangewachsen, der regelmäßig Konferenzen etwa mit dem globalisierungskritischen Netzwerk ATTAC zu Fragen der Weltwirtschaft abhielt.

Bernhard Schmid

Paris

28. □Weniger Märchen bitte.□ Julio Anguita zur Propagandaschlacht im Vorfeld der Wahlen im Baskenland

Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:37

Wir dokumentieren ein Interview mit Julio Anguita, dem ehemaligen Vorsitzenden der spanischen Izquierda Unida (IU), in dem er zur zugespitzten Situation im Baskenland vor den Wahlen zur Regionalregierung am 13. Mai Stellung nimmt. Nach der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes durch Euskadi Ta Askatasuna (ETA) verstärkt die konservative spanische Regierung unter Jose Maria Aznar von der Partido Popular (PP) den repressiven Druck auf die Unabhängigkeitsbewegung im Baskenland.

Bei den Wahlen im Baskenland könnte sich nun zum ersten Mal der PP-Kandidat Jaime Major Oreja durchsetzten, der als ehemaliger Innenminister für kompromisslose Härte gegen ETA steht und die "Zerschlagung" der Gruppe ankündigt. Bisher regierten im Baskenland die konservativen baskischen Nationalisten der Partido Nacional Vasco PNV in einer Koalition mit der sozialdemokratisch orientierten PNV-Abspaltung Eusko Alkartasuna EA. Bis zur Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes wurde ihre Regierung von der ETA nahen links-nationalistischen Euskal Herritarrok EH unterstützt, ohne eine formale Koalition zu bilden.

Anguita war bis zum vergangenen Jahr Vorsitzender der IU, einem Zusammenschluss zahlreicher linker Parteien und Organisation, dessen Zentrum die Kommunistische Partei Spaniens bildet. Bei den letzten spanischen Parlamentswahlen im März 2000 erzielte die IU 5,5 Prozent der Stimmen und erlitt damit eine herbe Niederlage.

Die baskische Sektion der IU hatte im September 1998 den Pakt von Lizzara mit unterzeichnet, was zu Spannungen mit der spanischen Mutterorganisation führte. Dieses Bündnis der ETA-nahen Parteienkoalition EH mit der konservativen PNV sowie zahlreichen sozialer Bewegungen und kleineren Parteien im Baskenland zielte auf die Überwindung des bewaffneten Konfliktes. Basis der angestrebten politischen Lösung sollte die Neuverhandlung des Autonomiestatus mit einer möglichen Perspektive auf die Unabhängigkeit sein. ETA rief daraufhin eine Waffenruhe aus, die sie im Dezember 1999 allerdings wieder beendete, nachdem die Aznar Regierung sich zu keinerlei Zugeständnissen bereit erklärte.

Mit Anguita nimmt ein Politiker Stellung, der selbst niemals die Forderung nach einer Unabhängigkeit des Baskenlandes unterstützt hat. Umso aufschlussreicher zum Verständnis der derzeitige Situation in Spanien sind seine Äußerungen zur "Wiederauferstehung der spanischen Inquisition" durch die anti-baskische Medienkampagne, welche die "Eskalationsspirale" weiterdrehe. Zumal jede kritische Äußerung über die Baskenlandpolitik Aznars in Spanien derzeit unter den Verdacht gestellt wird, ETA zu unterstützen. Das Interview wurde am 27. Februar von Radio Euskadi gesendet.

Herr Anguita, wie sehen Sie die Lage im Baskenland?

Das Baskenland dient als Sündenbock. Eine Sache ist über ETA zu sprechen, eine andere ist die baskische Frage. Eigentlich müsste im Baskenland viel nachgedacht werden, vor allem bei ETA. Glaubt ETA wirklich, sie kann so die Unabhängigkeit des Baskenlandes erreichen? Wenn sie die Unabhängigkeit erreichen will, sollte sie doch vielmehr die solidarische Unterstützung vieler Leute suchen - und zwar nicht nur im Baskenland, sondern auch im Rest von Spanien. Ich denke, viele Leute in Spanien würden für das Baskenland eintreten, weil sie das Recht auf Selbstbestimmung unterstützen. Aber die von den Aktionen erzeugte große Spannung verängstigt selbst die Menschen, die für das Selbstbestimmungsrecht eintreten. Die Aktionen bewirken also genau das Gegenteil von dem, was sie bewirken sollen. Aber eines Tages werden wir verstehen, was sich hinter all dem verbirgt.

Fühlen Sie sich bzw. fühlt sich die IU wegen ihrer Position zum baskischen Konflikt von der Regierung bedrängt?

Die Regierung versucht Druck auszuüben. Aber in der Politik habe ich immer meine Positionen vertreten und niemand hat mich auf die Knie gezwungen. Ich denke noch immer, dass es nur eine politischen Lösung des

Konfliktes im Baskenland gibt. Wenn es zu Verbrechen kommt, dann muss man sie verfolgen. Dafür sind Polizei und Richter da. Aber wir müssen auch zu den Ursachen der Probleme vorstoßen. Letztendlich muss über das Recht auf Selbstbestimmung gesprochen werden.

Man muss immer wieder in Erinnerung rufen, dass Spanien die UN-Menschenrechtskonvention unterzeichnet hat, die aus drei Teilen besteht. In zwei der Erklärungen wird ausdrücklich bereits im ersten Artikel das Recht auf Selbstbestimmung angeführt.

Mit Blick auf die Gewalt von ETA, so verurteilenswert sie ist, müssen wir zu einer politischen Haltung kommen und das beinhaltet, dass den Basken das Recht zugestanden wird, über sich selbst zu entscheiden. Wenn die Basken bei ihrer Entscheidung irren, dann sind sie allerdings auch für diese Irrtum verantwortlich.

Aber die Basken müssen selbst sprechen dürfen. Deshalb muss die Gewalt beendet werden. Die Rede der konservativen Aznar Regierung und der Medien über das 'heilige Spanien' ist ein furchtbarer Irrtum und eine Provokation. Eine solche Haltung bedeutet vor allem, den Gegner zu stärken, in dem eine Bipolarität aufgebaut und eine Eskalationsspirale geschaffen wird, die alles mitreißt.

Sie sprechen davon, dass es in Madrid sehr schwierig ist, vom Selbstbestimmungsrecht zu sprechen. Sie sagen auch, die Selbstbestimmung werde an den Urnen ausgeführt, und man würde sich für die Verfassung und das Autonomiestatut entscheiden?

Davon zu reden, dass die Verfassung gültig ist, ist eine Lüge. Das spanische Militär ist in den Kosovo ausgerückt , obwohl dadurch der Artikel 93 der spanischen Verfassung gebrochen wurde. Spanien ist auch kein unabhängiger und souveräner Staat, angesichts der Militärbasen der USA und der Politik, die durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam diktiert wird. Also, weniger Märchen bitte.

Zu sagen, die Verfassung kann nicht geändert werden, ist gelogen. Sie wurde zum Beispiel geändert, um in die Europäische Union aufgenommen zu werden. Es handelt sich also einfach nur um den politischen Unwillen, das Problem im Baskenland zu lösen.

Es scheint, dass irgend jemand ein großes Interesse an dem hat, was hier geschieht. Wollte man ETA allerdings isolieren und austrocknen, müsste man zu den Wurzeln des Problems vorstoßen. Wer glaubt, das Problem mit polizeilichen Mitteln lösen zu können, soll es ruhig weiterhin versuchen. Wir werden sehen, wohin das führt.

Was halten Sie vom antiterroristischen Pakt zwischen den oppositionellen Sozialisten und der regierenden Volkspartei, die damit auf eine militärische Lösung zielen?

Was soll ich davon halten? Es sind zwei unabhängige politische Parteien, die Unfug machen können, so viel sie wollen. Ich würde mich dem jedenfalls nicht anschließen. (Lacht) Das ist klar.

Sind sie von der Politik der baskischen Nationalisten - der PNV und der EA - enttäuscht, die die Regierung in den drei Autonomen Baskischen Provinzen stellen?

Mir scheint, dass gerade die PNV in einigen Bereichen die Macht des Gegners falsch einschätzt. Die PNV wird begreifen müssen, ob sie will oder nicht, dass sie auch im Rest von Spanien Zustimmung braucht. Deshalb muss sie sich erklären. Wir, im Rest von Spanien, leiden unter der Spannung die besteht, die über die Medien verbreitet und gehalten wird. Dies erzeugt eine irrationale Atmosphäre. Die PNV muss begreifen, dass auch sie Teil des spanischen Staates ist. Auch wenn sie den spanischen Staat verlassen wollte, müsste sie in Richtung der öffentlichen Meinung in Spanien arbeiten, weil sie die Unterstützung der öffentlichen Meinung für ihr Anliegen benötigt.

Das ist schwierig, wenn quasi alle Medien im spanischen Staat gegen diese Position sind?

Es stimmt, man braucht dafür Mut. Aber es gibt Orte, wo sie sprechen können. Ich bin dafür, dass sie kommen und ihre Position den Leuten erklären, die nicht für die Unabhängigkeit sind, wie ich. Für mich gehen aber die Basken vor, sie haben das Recht ihre Meinung zu äußern und weil ich konsequenter Demokrat bin, unterstütze ich das.

Aus dem Baskenland wird nur ein verzerrtes und pervertiertes Bild nach außen getragen, etwa wenn von einer allgemeinen Stimmung der Angst geredet wird. Ich kenne das Baskenland, ich bewege mich hier frei und rede

mit den Leuten. Aber welches Bild hat jemand in Andalusien oder Kastillien von der Situation im Baskenland im Kopf? Es ist das Bild der Medien. Dagegen muss gearbeitet werden.

Kommen wir auf die politische Zuspitzung im Baskenland zu sprechen ...

1998 stellte der damalige baskische Regierungschef Ardanza die Frage, was wäre, wenn ETA das Töten beendet. Diese Frage hat viele Leute aus den Wolken geworfen. Die IU hat schon damals angeregt, zu akzeptieren, dass die Basken die Freiheit haben zu entscheiden, . Wenn die Basken unabhängig sein wollen, dann sollen sie es eben sein, Punkt. Wir haben den politischen Dialog als Lösungsvorschlag eingebracht und einige Zeit später hat ETA dann die Waffenruhe erklärt. Dann hat man ETA kurioserweise vorgeworfen, sie wolle nun so die Unabhängigkeit durchzusetzen.

Ich hatte damals ein Treffen mit dem Ministerpräsidenten José Maria Aznar. Ich riet ihm, auf die Waffenruhe einzugehen. Er aber meinte, die Waffenruhe sei nicht ehrlich gemeint. Mein Standpunkt ist, dass in der Politik konkrete Handlungen und nicht die Intentionen entscheidend sind. Damals hätte man ETA mit konkreten Schritten zwingen sollen - etwa indem man in der Frage der Gefangenen wirkliche Zugeständnisse gemacht hätte - die Dynamik, die ETA selbst eröffnet hat, zu verstärken.

Aber statt über Handlungen zu reden, anstatt die Situation zu analysieren, machte und macht Madrid Propaganda, weil ihr die ganze Richtung nicht passt. Inzwischen hat sich ganz Spanien in einen riesigen Propagandaapparat verwandelt. Auf der einen Seite sind die, die mit den Morden Propaganda machen, auf der anderen Seite sind die Irrationalen.

Wird sich die Zuspitzung nach den Wahlen abschwächen?

Das wird von vielen Dingen abhängen. Damit die Zuspitzung abnimmt, muss sich einiges an der Haltung gegenüber dem baskischen Konflikt ändern. Auf der einen Seite müssen die baskischen Nationalisten die Voraussetzungen dafür schaffen, dass es eine handlungsfähige Regierung gibt, und auf der anderen Seite muss mit allen geredet werden, die eine politische Lösung des Konfliktes vorschlagen.

Ständig wurden in der Vergangenheit Neuwahlen im Baskenland herbei geredet. Nachdem diese nun anberaumt sind, wird allerdings sofort damit begonnen von Wahlmanipulation zu sprechen. Ich denke, falls es eine Regierung unter nationalistischer Beteiligung gibt, dann war die ganze Mühe derjenigen, die ständig Neuwahlen gefordert haben, umsonst. Ich denke, es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder es findet eine Veränderung des Diskurses über den baskischen Konflikt statt, das wäre die positive Variante, oder es kommt zur negativen Variante, die da heißt: Alle auf die Basken.

Wegen der Position von IU ist die Partei starkem Druck ausgesetzt, vor allem deshalb, weil die IU bei den nächsten Wahlen das Zünglein an der Waage sein könnte?

Wir kennen ja die Funktionsweise der spanischen Medien, von denen es bei einigen scheint, als verwechselten sie Information mit Desinformation, wenn man sieht, wie sie über die Verhältnisse im Baskenland berichten. Eigentlich sollten die großen Medien verantwortlich gemacht werden können für ihre Behauptungen. Ich hatte ja schon die Behauptung der Wahlmanipulation angesprochen. Es ist durchaus denkbar, dass es nach einem nicht gewollten Ergebnis heißt, im Baskenland habe es keine Freiheit und keine Sicherheit für die Wahlen gegeben, und das Ergebnis deshalb falsch sei. Die spanischen Parteien haben es nicht leicht, hier die Wahlen zu gewinnen.

Daneben gibt es noch diese ständigen Generalisierungen. Immer wird von den Basken gesprochen. So baut man einen Sündenbock auf. Wir erleben hier die Wiederauferstehung der spanischen Inquisition. Wir erleben die Auferstehung längst vergangener Zeiten.

Es gibt die Behauptung, dass diejenigen, die im Baskenland nicht bedroht werden, Komplizen der ETA sind. Speziell ist damit immer wieder ihr Parteifreund und IU-Chef im Baskenland, Javier Madrazo, gemeint ...

Das ist die alte Position: Wer nicht für mich ist, ist gegen mich. Das ist eine intolerante Position, die ohne es zu wissen, nur einen Millimeter vom Faschismus entfernt ist.

Übersetzung: Ralf Streck

"Die Rede der konservativen Aznar Regierung und der Medien über das ‚heilige Spanien` ist ein furchtbarer Irrtum und eine Provokation."

"Aus dem Baskenland wird nur ein verzerrtes und pervertiertes Bild nach außen getragen."

29. BîJî NEWROZ!

Autor: ga · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:45

Fast eine halbe Millionen Kurden und Kurdinnen feierten dieses Jahr am 21. März in Diyarbakir das kurdische Neujahrsfest. Insgesamt waren zwei Millionen Kurdinnen und Kurden unterwegs, um an den jeweiligen örtlichen Feierlichkeiten teilzunehmen. Obwohl in einigen Städten ein Versammlungsverbot erlassen worden war, sammelten sich die Menschen, um das Newrozfest zu begehen. Die Demonstrationen und Veranstaltungen, die überwiegend friedlich verlaufen sind, standen unter dem Motto: Frieden, Freiheit und Demokratie für das kurdische Volk. In Adana demonstrierten es etwa 70.000, in Batman ca. 100.000 in Istanbul trotz Verbot rund 25.000 und in Van mehr als 100.000 Menschen - um nur einige Zahlen zu nennen.

Zwar legt der türkische Staat gegenüber den Newroz-Veranstaltungen heute eine andere Haltung an den Tag legt als noch Anfang der 90er Jahre. So wurden 1992 bei den Demonstrationen über 120 Menschen bei Auseinandersetzungen mit dem Militär getötet. Dennoch kann nicht darüber hinweggesehen werden, dass immer noch alles dran gesetzt wird, nicht nur die Rechte der Kurden und Kurdinnen, sondern ihre bloße Existenz, zu leugnen. Die kurdische Sprache darf nicht gesprochen oder gelehrt werden. Immer wieder finden Übergriffe der Militärs auf kurdische Dörfer statt, werden BewohnerInnen misshandelt und vertrieben - verschwinden Menschen.

Anstatt den EU-Beitrittskandidaten Türkei massiv aufzufordern, seine Politik gegenüber den Kurdinnen und Kurden in seinem Land zu ändern, gemeinsame Lösungsstrategien zu entwickeln und sich dem Mindeststandard an demokratischen Gepflogenheiten unterzuordnen, werden dem türkischen Staat noch deutsche Panzer geliefert, mit denen das Militär seine Überfälle in Nordkurdistan durchführt.

ga.

30. "Papiere für alle!" Spanien: Proteste gegen das neue Ausländergesetz gehen weiter

Autor: co · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:40

Auch nach Räumung der meisten besetzten Kirchen gehen in Spanien die Proteste gegen das neue Ausländergesetz weiter. Die im Januar in Kraft getretene Reform des Ausländergesetzes schränkt nicht allein Grundrechte wie Versammlungsrecht, Recht auf freie Meinungsäußerung und Organisationsrecht der MigrantInnen ein. Im Zuge der sogenannten Normalisierung droht Tausenden von illegalisierten Personen die Ausweisung. Aber die Verhandlungen zwischen MigrantInnenorganisationen, Ombudsleuten und den verschiedenen Parteien Spaniens gehen zur Zeit nur schleppend voran.

Am 21.3.2001, dem internationalen Tag gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, richteten sich zahlreiche der Kundgebungen und Veranstaltungen explizit gegen das neue Ausländergesetz. So demonstrierten beispielsweise in Barcelona über 1.000 Menschen. Trotz gemeinsamer Demonstrationsroute riefen zwei Bündnisse zum öffentlichen Protest auf, die ihre jeweiligen Forderungen mit zwei unterschiedlichen Fronttransparenten kund taten. Hinter dem eher allgemein gehaltenen Banner "Gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit!" versammelten sich verschiedene Nichtregierungsorganisationen, Bürgervereine und MigrantInnenvereinigungen. "Gegen das Ausländergesetz! Solidarität mit den kämpfenden MigrantInnen" verkündete der weniger gemäßigte Teil des Demonstrationszuges, dessen Kern vom Forum zur Unterstützung der kämpfenden MigrantInnen war. Dieser Teil des Zuges bestand hauptsächlich aus Sin papeles - zwischen 500 und 700 -, die in den letzten Wochen zehn Kirchen der katalanischen Hauptstadt besetzt hielten, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Besetzungen und Demonstrationen

Auch Madrid war Schauplatz zahlreicher Proteste: Am 18. März fand die Hauptdemonstration des dreitägigen, spanienweiten Zuges unter dem Motto "Papiere für alle!" statt, der von der Nationalen Koordinierung der MigrantInnen mit und ohne Papiere organisiert wurde. Die Schätzungen über die an der Abschlusskundgebung beteiligten Personen gehen von 4.000 (Polizei) bis 50.000 (OrganisatorInnen) Menschen.

Im Juli 2000 hatte die konservative Regierungspartei Partido Popular den Entwurf eines verschärften Ausländergesetzes vorgelegt. Fünf Monate später, also kurz vor Weihnachten, hatte Staatssekretär Enrique Fernández Miranda angekündigt, diejenigen Personen, deren Antrag auf "Normalisierung" abgelehnt wurde, aus dem Land zu werfen. Davon sind mindestens 30.000 Personen betroffen. Die Frist, sich per Antrag "legalisieren" zu lassen, war Ende Juli desselben Jahres abgelaufen, wobei neben der zu beweisenden Einreise vor August 1999 und einem vorzulegenden Arbeitsvertrag diverse andere Schikanen zu bewältigen waren. Der Umgang mit den Anträgen war dann je nach Region und Eingangsdatum mehr als willkürlich gewesen, wie das diverse Organisationen durch Mehrfachstellungen der gleichen Anträge beweisen konnten.

Am 20. Januar diesen Jahres hatten über 350 illegalisierte MigrantInnen, die sich in Anlehnung an die Sans papiers Frankreichs Sin papeles nennen, die Kirche Santa Maria del Pi in Barcelona besetzt und sich in ihr verbarrikadiert, um gegen das neue Ausländergesetz zu protestieren. Sie forderten neben der Legalisierung aller Sin papeles Kataloniens keine Strafverfolgung auf Grund der Besetzung. Ein Großteil der BesetzerInnen untermauerte seine Forderungen mit einem Hungerstreik. Die Besetzung weitete sich auf schließlich insgesamt zehn Kirchen in Barcelona aus und die Gruppe der besetzenden Sin papeles wuchs auf ungefähr 800 Personen an, die sich immer effektiver organisierten.

Auch in anderen Städten und Regionen des spanischen Staates griffen MigrantInnen zum politischen Mittel der Kirchenbesetzung, unter anderem in Madrid, Valencia, Murcia, Granada und Sevilla. Im Februar entstand bei einem spanienweiten Treffen der Sin papeles bei der Diskussion einer übergreifenden politischen Strategie und Organisationsform die "Nationale Koordination der Sin papeles".

Die Verhandlungen zwischen Regierung und MigrantInnen wurden lange Zeit blockiert, da die Regierung von den MigrantInnen verlangte, zunächst alle Besetzungen vollständig zu beenden, bevor mit Verhandlungen begonnen werden könne. Dies wurde von den Sin Papeles abgelehnt. Gleichzeitig rückten die MigrantInnen aber mit der Zeit von einem Teil ihrer Forderungen ab. Neben der verlangten Straflosigkeit für diejenigen, die

sich an den Besetzungen beteiligten, blieb zwar auch die Hauptforderung nach Papieren für alle bestehen, jedoch wurde sie inhaltlich gemäßigt: So wurden die Abschiebung derjeniger Personen, die strafrechtlich verfolgt werden, wie auch die Kopplung an eine feste Arbeit sowie diverse Fristen, die von der Regierung gesetzt wurden, nicht mehr problematisiert. Auch weitergehende Forderungen wurden zumindest von der Mehrheit nicht gestellt.

Reicht die Forderung

nach Papieren?

In Barcelona dauerte die Besetzung der zehn Kirchen mit kurzen Unterbrechungen 47 Tage lang. Am 5. Februar wurden die BesetzerInnen durch eine Großdemonstration mit ungefähr 50.000 TeilnehmerInnen auf den Straßen Barcelonas unterstützt, danach erfolgte das Angebot seitens der Regierung, eine größere Zahl der Illegalisierten zu "normalisieren". Allerdings kam es zu keiner Einigung, da die Regierung sich nicht auf konkrete Verhandlungen einlassen wollte. Daher wurden die Proteste wieder aufgenommen, bis Anfang März dann eine erste Annäherung erfolgte. Die Regierungsdelegation hatte versprochen, einen Status einzufügen, der "zeitweilige Aufenthaltsgenehmigungen auf Grund außergewöhnlichen humanitären Umständen oder Risiken" ermöglichen mal. Die Sin papeles werteten dies als Sieg, beendeten bis auf eine kleine Gruppe in der Kirche Santa Maria del Pi die Hungerstreiks und Besetzungen und verhandeln seitdem. So hielten die Sin papeles am internationalen Tag gegen Rassismus eine Versammlung in einem Universitätssaal ab, um mit einer Regierungsdelegation über den erreichten Kompromiss zu diskutieren. Norma Falconi, die Sprecherin der Gruppe, schätzte den Stand der Verhandlungen als positiv ein.

Schwierige Verhandlungen

Im März hatte der Generalsekretär der spanischen Sozialistischen Partei (PSOE), José Luis Rodríguez Zapatero, verkündet, gegen das Ausländergesetz Beschwerde einzulegen. Mittels eines Normenkontrollverfahren werde die PSOE das Recht auch der illegalisierten MigrantInnen auf Vereinigung, Versammlung, gewerkschaftliche Vertretung, Streik und rechtliche Vertretung einfordern. Auch Gaspar Llamazares, Generalkoordinator des Parteibündnisses Vereinigte Linke (Izquierda Unida), schloss sich dem geplanten Vorgehen der PSOE an, wenn auch die IU eigentlich weitergehende Forderungen durchsetzen wollte. Als Minimalkonsens einigten sich PSOE und IU darauf, die Unvereinbarkeit des Ausländergesetzes mit den in der Verfassung garantierten Menschen- und BürgerInnenrechte für alle anzuprangern. Allerdings hatte die PSOE bereits mehrmals davor ihren Protest gegen das Ausländergesetz verkündet, ohne konkrete Schritte zu unternehmen. So bleibt abzuwarten, was diesmal passiert.

Im Zuge der Verhandlungen zwischen MigrantInnen und Regierung in Madrid wurde inzwischen harsche Kritik an der vermittelnden Instanz laut. Enrique Múgica, der als Defensor del pueblo, Ombudsmann, für Anfragen aus der Bevölkerung und damit auch für die Interessen der MigrantInnen einstehen sollte, hatte sich geweigert, gegen das neue Ausländergesetz Beschwerde einzulegen. Sein Verhalten wurde von zahlreichen sozialen Organisationen und Gewerkschaften kritisiert und seine Person - nicht jedoch die von ihm bekleidete Funktion - als "extrem unfähig" abqualifiziert. Am deutlichsten brachte eine Gruppe von ungefähr 150 MigrantInnen ihre Unzufriedenheit mit dem Verhalten Múgicas zum Ausdruck, indem sie vorbei an Sicherheitsdienst und Kontrollen in sein Büro eindrangen und ihm durch eine symbolische Kurzbesetzung die Vermittlungstätigkeit entzogen.

Die Koordinationsstelle der MigrantInnen in Madrid forderte zudem einen Verhandlungsausschuss, um die unerträgliche Situation der MigrantInnen ohne Papiere weiterzubringen. Neben der Kritik an Múgia betonte sie in einem Manifest, das ursprünglich Anfang April dem spanischen Staatssekretär Fernández Miranda überreicht werden sollte, dass das neue Ausländergesetz die durch internationale Abkommen garantierten Menschenrechte verletze und die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gründe, die dem erzwungenen Exil der MigrantInnen zugrunde liegen ignoriere. Zudem trete das Ausländergesetz die Versammlungs-, Organisierungs-, und Ausdrucksfreiheit mit Füßen, obwohl diese Grundrechte in der spanischen Verfassung garantiert würden. Die Koordinationsstelle will direkt mit einem/r VertreterIn des Innenministeriums weiterverhandeln. Miranda allerdings hat sich bereits geweigert.

CO

Manifest der "Nationalen Koordination

der MigrantInnen mit und ohne Papiere":

Am 23. Januar diese Jahres trat dieses neue Gesetz in Kraft, welches weit davon entfernt, Menschen zu integrieren, sie ausschließt, marginalisiert und Tausende von Menschen zum legalen Tode verurteilt, indem es ihnen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis vorenthält, auch wenn sie Arbeitsangebote haben.

Das Ausländergesetz verletzt die Grundrechte der Menschen, die in der universellen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen garantiert werden.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Einwanderung nach Spanien hat sich eine Bewegung gebildet, die von den MigrantInnen selber organisiert wird und durch Besetzungen, Hungerstreiks und Protestmärsche eine Debatte im Herzen unsere Gesellschaft geschaffen hat. Die spanische Regierung hat keine gerechte Migrationspolitik, und deswegen fordern wir Verhandlungen mit staatlichen Autoritäten.

Wir prangern an:

- die bilateralen Abkommen mit den Ursprungsländern der MigrantInnnen zerstören die Einheit der Bewegung

- die spanischen Autoritäten misshandeln unsere GenossInnen aus Lepe und El Ejido mit Polizeimaßnahmen, rassistische und xenophobe Maßnahme.

Wir rufen die gesamten Zivilgesellschaft auf, sich der Kampagne des Zivilen Ungehorsams gegen das Ausländergesetz anzuschließen. Die Notsituation wird nicht enden, bis alle Sin papeles "normalisiert" sein werden.

Wir MigrantInnen als klare soziale Bewegung erklären, dass kein Mensch illegal ist.

Nationale Koordination der MigrantInnen mit und ohne Papiere, März 2001

31. Bilder einer sozialen Bewegung. Eine Fotoausstellung über die Startbahn-West-Bewegung der achtziger Jahre

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:07

Bis 28. Mai sind in Wiesbaden, genauer in der Fotogalerie LichtBild, Bilder zu sehen, die nicht bei wenigen BesucherInnen zwiespältige Gefühle auslösen werden. Und vielleicht bei manchen die Frage aufwerfen: Sind die Zeiten starker sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik nur noch Geschichte? Schon bei der Eröffnung der Fotoausstellung "Widerstand gegen den Flughafenausbau - Bilder einer sozialen Bewegung" am 30. März stellte sich das ein, was diese soziale Bewegung in den achtziger Jahre auszeichnete - "die bei der Polizei gefürchtete, ja gehasste ‚Koalition der Lang- und Grauhaarigen`", so Michael Wilk vom "Arbeitskreis Umwelt" (AKU) in einer kleinen Eröffnungsrede und Begrüßung des inzwischen über die Region hinaus bekannten Fotografen Klaus Malorny.

Genau diese Koalition, die Verschiedenartigkeit der an Protest- und Widerstandsaktionen teilnehmenden Menschen während der Auseinandersetzung um den Bau der Startbahn West am Frankfurter Flughafen, ist auf den Bildern zu sehen. Sonntagsspaziergänge an der Startbahnmauer, Wasserwerfereinsätze, Knüppel schwingende Polizisten, Vermummte, die Steine werfen, Betonstreben der Startbahnmauer knacken und sich der Polizei entgegenstellen. Und genau an dieser Vielfalt und Akzeptanz verschiedener Protestformen, so waren sich viele Anwesende der Vernissage einig, mangele es heute.

Dazu Klaus Malorny: "Als ich zum ersten Mal durch das Hüttendorf im Startbahn-Wald lief, war ich fasziniert von dem Zusammenleben sehr verschiedener Leute. Auch von der Kreativität und der Entschlossenheit der Menschen, sich diesem Großprojekt entgegenzustellen. Ich spürte, dass es sich hier um etwas ganz Besonderes handelte. Im Hüttendorf lebten Menschen miteinander, die sonst nicht zusammenkamen. Und so entstanden ab 1981 viele Bilder, die genau das festhielten: die Besonderheit eines Widerstandes, der sich nicht aufspalten ließ, der geprägt war von Fantasie, Mut und davon, dass sich sehr unterschiedliche Menschen daran beteiligten."

Nach der gewaltsamen Räumung des Hüttendorfes und vielen Polizeiübergriffen habe das Einsortieren in friedliche und gewalttätige Demonstranten, in Bürger und in Chaoten, nicht mehr funktioniert, die Grenzen seien fließend gewesen und verschiedene Aktionsformen von allen toleriert worden. "Bis zu den Schüssen an der Startbahn, bis zu den zwei toten Polizisten 1987, war ich immer wieder im Wald. Die Schüsse waren eine Zäsur. Das war ein Schock. Das passte nicht zu uns."

Tatsächlich markierten sie das Ende einer Bewegung, die zu Hochzeiten Anfang der achtziger Jahre immer wieder Zehntausende auf die Beine brachte und am Rhein-Main-Flughafen zu "bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen" führte.

Das Besondere an den Bildern Malornys: Sie dokumentieren auf anschauliche und einzigartige Weise die Breite der Bewegung, das Neben- und Miteinander im Hüttendorf, bei Sonntagsspaziergängen, bei Demos und den Kämpfen an der Mauer um die Startbahn West. Viele seiner Fotos sind "im Handgemenge" entstanden. Denn Malorny ist kein "neutraler Beobachter", sondern er bezieht Stellung. Seine Sympathie und seine Solidarität gehört den Menschen, die protestieren, die sich wehren, die trotz staatlicher Übermacht nicht klein beigeben. Die Bilder machen dies sofort deutlich - er hat nicht nur Ereignisse dokumentiert, sondern ist Teil der Bewegung gewesen.

Er fotografierte Knüppeleinsätze, und er wurde selbst verprügelt. Er musste sich in einem Prozess mit der absurden Anschuldigung auseinander setzen, Demonstranten aufgewiegelt zu haben; "das Ganze gipfelte in einem nur noch grotesken Verfahren, in dem behauptet wurde, ich hätte andere zum Totschlag aufgefordert", so Malorny. Unter reger Anteilnahme vieler Menschen in der Region fand damals ein Prozess statt, "bei dem die Staatsanwälte gar nicht merkten, wie abstrus das war, was sie da behaupteten. Mit meinen Fotos konnte ich belegen, wer Täter und wer Opfer war." Mittels Hausdurchsuchungen versuchte die Staatsgewalt immer wieder seiner Fotografien habhaft zu werden, auf denen Polizeiübergriffe und massive Einsätze der

Staatsmacht auch gegen friedlich demonstrierende Menschen festgehalten waren. Aus nahe liegendem Grund: Nicht selten konnte mit Malornys Fotos in Prozessen gegen Demonstranten Anschuldigungen der Polizei und von Staatsanwälten, bei denen die Angegriffenen zu Angreifern erklärt wurden, entkräftet werden.

Für die Wiesbadener BI Grund genug, seine Arbeit mit einer Fotoausstellung, die in nächster Zeit auch in Frankfurt und anderen Städten zu sehen sein wird, ausführlich zu würdigen: "Seine Aufnahmen sind Dokumente des Konflikts zwischen Gewinnstreben und Natur und eines in Beton gegossenen Herrschaftsdenkens. Im Wesentlichen zeigt die Ausstellung Bilder, die zwischen 1981 und 1987 entstanden. Seine Fotografien sind vor dem Hintergrund der neuen Auseinandersetzung um die Erweiterung des Frankfurter Flughafens außerordentlich aktuell."

Zwar verfolgt Malorny nach eigenen Aussagen mit großem Interesse auch die nun wieder begonnene Diskussion um eine neue Landebahn am Rhein-Main-Flughafen. Aber warm geworden sei er mit der entstehenden Protestbewegung noch nicht. Ihm ist der Protest gegen eine erneute Flughafenerweiterung noch zu oberflächlich: "Die Reduktion auf das Lärmproblem ist zu wenig, es fehlt bis jetzt die gründliche gesellschaftliche Analyse."

Thomas Klein

Widerstand gegen den Flughafenausbau, Galerie LichtBild, Herderstraße 22, Wiesbaden, Öffnungszeiten: Fr 17 bis 21 und Sa und So 13 bis 17 Uhr, Tel: 0611 / 300429

32. Kindsraub und Gitarrenklänge. Rassistische Bilder von Sinti und Roma in deutschen Kinder- und Jugendbüchern

Autor: Freier Sender Radio Dreyeckland · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:30

Einer der traditionellen Aufgabenbereiche der Kinder- und Jugendliteratur ist die Vermittlung kulturspezifischen Wissens und die Verbreitung von Bildern über das Leben anderer. Sie wird dadurch zur Quelle der kulturgeschichtlichen Betrachtung der eigenen Kultur. Im Kinderbuch sollen diejenigen Ideen der Erwachsenen, die sie für die besten und wichtigsten halten, an die nächste Generation weitergegeben werden. In literarischer Darstellung können die Normen und Moralvorstellungen der Zeit auf ungebrochene Weise mitgeteilt werden. So werden bei der Darstellung "Fremder" in Kinder- und Jugendbüchern die gesellschaftlich vorherrschenden Stereotypen auf direkte Weise reproduziert. Ein Beispiel hierfür sind die Bilder von Sinti und Roma, die in der deutschen Kinderliteratur vermittelt werden.

Seit Jahrhunderten erscheinen Sinti und Roma nicht allein in der Literatur als mythische Figuren, als "Zigeuner". Erst seit den 70er Jahren treten sie bisweilen als reale Gestalten, als Sinti und Roma auf, ohne dass sie deshalb die mythischen Figuren völlig abgelöst hätten. Als mythische Gestalt ist der "Zigeuner" als exotisch Fremder typisiert. Der Kulturwissenschaftler Michael Kraustick macht hier drei Formen von Stereotypen aus, die reproduziert werden: erstens positive Klischees, bei denen ein romantisches, musisches, naturnahes, antibürgerliches Wohnwagenleben geschildert wird, als zweites negative Klischees, bei denen das "Zigeunerleben" unheimlich erscheint, die Sinti und Roma dämonisiert und kriminalisiert werden. Als drittes dann das pädagogische Klischee, das missionierend eine Rettung des "Zigeuners" ins Bürgertum oder in eine Künstlerexistenz vorschreibt und meist paternalistisch-bevormundend auftritt. In allen drei Fällen bleibt der "Zigeuner" ohne Chance zur eigenen Entfaltung, ist als mythische Figur unveränderbar festgelegt. Eingesetzt wird die so definierte Figur meist zur Spannungssteigerung und um emotionale und exotische Elemente hinzuzufügen.

Lagerfeuer und Lieder

Als frühen Beleg für eine pauschale Verurteilung der "Zigeuner" in einem Kinderbuch führt der Literaturwissenschaftler Theodor Brüggemann ein Beispiel von 1783 an. Kinder sehen in einem Dorf vorüberziehende "Zigeuner", die als sehr hässlich geschildert werden und fragen daraufhin ihre Tante, ob dies Menschen seien. Diese bejaht die Frage und erklärt den Kindern: "Es ist ein faules Volk, das nicht arbeiten will. Daher ziehen sie aus einem Lande in das andere und ernähren sich vom Betteln, Stehlen, Rauben und Plündern, vom Wahrsagen und anderen betrügerischen Künsten. In den Städten werden sie nicht geduldet. Sie schleichen sich nur so auf den Dörfern herum, und wenn es die Obrigkeit erfährt, so müssen sie fort. Sie sehen darum so hässlich aus, weil sie sich Speck ins Gesicht schmieren."

Der älteste Vorwurf gegen Sinti und Roma, der seit Jahrhunderten nicht nur in Kinder- und Jugendbüchern auftaucht, ist der des Kindsraubs. Die Kindsraub-Erzählungen ähneln sich durch die Jahrhunderte hinweg sehr stark. Fast immer werden Kinder aus gehobeneren Gesellschaftsschichten von "Zigeunern" entführt und zu unwürdigen und unehrlichen Diensten benutzt, gegen die sich die meisten wehren. Selbst wenn sie als Säuglinge entführt werden und bei den "Zigeunern" aufwachsen, macht sich hierin ihre gute und christliche Abstammung bemerkbar. Meist gelangen sie am Ende der Erzählung durch glückliche Zufälle zurück zu den Eltern. Die "Zigeuner" sind in diesen Erzählungen fast immer äußerst negativ dargestellt, meist hässlich, betrügerisch und brutal. Ein häufiges Element in diesen Büchern ist die Missionierung, der sich meist nur die geraubten Kinder öffnen. Dies ignoriert neben allem anderen, dass Sinti in Deutschland meist christlich waren. "Zigeuner", die sich bekehren lassen und ihrem bisherigen Leben abschwören, können in den Büchern dennoch höchstens DienerInnen einer gehobenen Person werden; eine gesellschaftliche Gleichstellung ist für sie nicht erreichbar.

Diese Kindsrauberzählungen hatten besonders im 19. Jahrhundert Hochkonjunktur. Auch 1964 erscheint noch ein besonders extremes Beispiel für dieses Handlungsklischee: Das Zigeunermädchen von Trolly Ann Wulf. Das Buch Die abenteuerliche Reise des kleinen Schmiedledick mit den Zigeunern von Elisabeth Walter

erschien erstmals 1930 und wurde mit kleinen Veränderungen zwischen 1951 und 1997 fünfzehn Mal aufgelegt. Schmiedledick, Sohn eines Schmiedes aus dem badischen Hotzenwald, wird von "Zigeunern" entführt, in einen Wagen gesperrt und mittels eines Getränks in Schlaf versetzt: "Als der Schmiedledick so im tiefen Schlaf lag, nahm (die alte Zigeunerin) ein braunes Salbenhäfelein und malte ihn an von oben bis unten, dass er aussah wie ein echter Zigeuner, das Haar, so schön weizengelb es auch war, wurde abgeschnitten und die Stoppeln kohlrabenschwarz gefärbt. An die Beine bekam er zerlumpte gelbe Höslein. (...). ‚Sodili`, sprach sie, ‚dich können wir gut brauchen, zum Betteln und zum Stehlen.`" Auch im Vorwort zur 1997er-Neuauflage dieser Erzählung wird Walter noch als herausragende Heimatschriftstellerin gelobt.

In der neueren Kinder- und Jugendliteratur seit den 60ern treten Sinti und Roma zunächst als Abenteuerfiguren und fantastische Gestalten auf, die vorwiegend nach malerischen und exotistischen Gesichtspunkten konstruiert werden. Als Beispiel für die Kategorie der Abenteurfiguren kann etwa Enid Blytons Reihe Fünf Freunde gelten. Obwohl die Entstehungszeit der Abenteuerreihe schon beinahe 50 Jahre zurückliegt, sind die Rätsel lösenden Kinder insbesondere als Hörspielbearbeitung noch sehr verbreitet. In mehreren Folgen tritt eine junge "Zigeunerin" auf, die dem Geschehen als Teil des Kriminalfalles einen weiteren aufregenden Aspekt hinzufügen soll. Dabei wird die "Zigeunerwelt" als austauschbares Versatzstück kreiert. Die Typisierung der "Zigeuner" bedient sich aller gängigen Klischees: Sie leben abseits der Mehrheitsbevölkerung, sind dreckig, gehen hausieren, lügen und stehlen. Außerdem sind sie an dem gerade aufzuklärenden Verbrechen meistens unmittelbar beteiligt.

Gleiche Klischees seit 150 Jahren

Im Band Fünf Freunde helfen ihrem Kameraden hilft das "Zigeunermädchen" Jo den fünf HobbydetektivInnen bei ihrem Fall und wirkt dadurch nicht mehr abstoßend wie am Anfang der Handlung, sondern übt durch ihre Andersartigkeit einen Reiz auf die Kinder aus. Und Jo nähert sich ihrerseits den fünf Freunden an: Sie überwindet ihren "kriminellen Kern" und landet schließlich bei einer Pflegefamilie. Es handelt sich also sozusagen um die Fortführung des aufklärerischen Missionierungsgedankens in Form der sozialen Integration.

Ein weiteres beliebtes Abenteuersujet sind die Pferdebücher: In auffällig vielen Kinderbüchern kommen pferdekundige Sinti bzw. Roma vor, die ebenfalls als HelferInnen oder GegenspielerInnen der kindlichen Hauptpersonen auftreten. Gemeinsam ist allen Figuren die Kenntnis von Pferden und die Liebe zu ihnen - je nach Rolle fungieren sie als PferdediebInnen oder als TierliebhaberInnen. Neben der fortwährenden Kriminalisierung fällt das Herausheben der Handlungsebene aus der Realität auf. Die Darstellung von fahrenden und reitenden "Zigeunern" scheint in der modernen Zeit wenig haltbar und wird daher häufig in ein mittelalterliches Setting oder in Ferienländer, also fernab des Alltags der HeldInnen und RezipientInnen, verlegt.

Das Buch Der Wind ist des Teufels Niesen- die Geschichte eines jungen Zigeuners von Dieter Schenk etwa gehört einer weiteren Kategorie neuerer Kinderbücher an, den engagierten Problembüchern. Die Sintis Sarambla und Merzeli werden verdächtigt, in einem Kaufhaus eine Batterie gestohlen zu haben. Astrid ist entrüstet über die Anschuldigungen und kommt ihnen zu Hilfe, indem sie selber die die Batterie nach draußen schmuggelt. So freunden sich Merzelin und Astrid an und Astrid erfährt in der Sintisiedlung mehr über ihren neuen Freund. Sie lernt, dass Sinti im Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden und bis heute Diskriminierungen erfahren. Das Buch über die Freundschaft zwischen dem Sinti Merzeli und der Musterschülerin Astrid ist in Ansätzen gut. Es führt die allgegenwärtigen Klischees gegen Sinti vor und die jugendlichen LeserInnen lernen mit Astrid dazu. Allerdings kommen teilweise eben als unwahr entlarvten Klischees wieder zwischen den Zeilen hoch. So stehlen "Zigeuner" eigentlich doch, übernehmen grundsätzlich die typischen Berufe von ihren Eltern und ziehen herum.

Das Jugendbuch In meiner Sprache gibt's kein Wort für morgen von Elisabeth Petersen spielt ebenfalls in einer Sintisiedlung, in der die Menschen isoliert wie auf einer Insel leben. Alle Kontakte mit der Außenwelt sind konfliktbeladen. Die Hauptfigur, ein Junge, erfährt nur über sein musikalisches Talent Anerkennung außerhalb seiner Gruppe, seine Schulausbildung spielt keine Rolle, da der Beruf des Hausierers für ihn wie für alle dargestellten Sinti vorprogrammiert scheint - auch bei diesem "Problembuch" hagelt es Stereotypen.

Generell können bei den sog. Problembüchern über Minderheiten, hinter denen oft die gute Absicht steht, etwas gegen Minderheitenphobie und Fremdenfeindlichkeit zu unternehmen, einige typische Handlungsmerkmale ausgemacht werden.

Gut gemeint ist nicht gut genug

Häufig wird einE AngehörigeR der Mehrheitsgesellschaft als FreundIn und HelferIn dargestellt und so die Gesellschaft insgesamt von der Mitverantwortung für Verfolgung oder Diskriminierung entlastet. Der/die VertreterIn der Minderheit erscheint hingegen als Opfer und ist damit einem Kollektivschicksal unterworfen. Individuelle Züge kommen dadurch nicht zur Geltung. Trotz des oft guten Willens fallen die AutorInnen meist in gesellschaftliche Vorurteile zurück, und sei es in Form einer "Philohaltung". Typisch ist auch, dass einE VertreterIn der Mehrheitsgesellschaft die Identifikationsfigur ist und sich stellvertretend für die LeserInnen aus ihrer starren und voreingenommenen Einstellung gegenüber den "Fremden" löst, wobei gleichzeitig deren gesellschaftliche Isolierung durchbrochen wird. Am Ende steht dabei meist die Entwicklung des überaus positiv gezeichneten Kindes aus der Mehrheitsgesellschaft im Vordergrund, der oder die den ausländischen MitschülerInnen oder Nachbarskindern hilft - das klassische Helfersyndrom.

Ausschnitt aus der Sendereihe Das Gift der frühen Jahre- Rassismus in der Kinder- und Jugendliteratur von Ulrike Huber, Mitfrau von La Radio, dem FrauenLesben-Radio beim freien Sender Radio Dreyeckland, Freiburg (redaktionell bearbeitet von Corrie Gerhard).

Literatur:

Awosusi, Anita (Hrsg): Zigeunerbilder in der Kinder- und Jugendliteratur. Schriftenreihe des Dokumentations- und Kulturzentrums deutscher Sinti und Roma. Heidelberg 2000.

Häfner, Ansgar: "Das Kinder- und Jugendbuch als Träger und Vermittler von Fremdbildern." In: Notizen, 1988, Nr.28, Bd.2.

33. Park Fiction. Die Wünsche verlassen die Wohnung. Interview mit Christoph Schäfer

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:21

"Eines Tages werden die Wünsche die Wohnung verlassen und auf die Straße gehen. Noch führen sie ein gering geschätztes Leben, in Schachteln voller Lieblingsgegenständen, in versteckten Liebesbriefen, in verworfenen Romanfragmenten, in traurigen Briefmarkensammlungen, in - im Restaurant abgeknipsten - Pflanzenablegern. Sie leben in Vasenform, als verknicktes Poster, als abgetretener Teppich, als Mickeymaustelefon, in technischen Geräten einer vergangenen Epoche, in verstaubten Reisesouvenirs, überwintern in deiner Plattensammlung. Sie werden nervös. Sie haben es satt, das Leben im Halbdunkel. Sie wollen raus, in die Stadt. Sie wollen andere Wünsche treffen, sich streiten, produktiv werden, auf der Straße tanzen (...). Die Wünsche werden die Wohnung verlassen und dem Reich der Langeweile, der Verwaltung des Elends, ein Ende bereiten." Dies ist ein Zitat aus Margrit Czenkis Film "Park Fiction - die Wünsche werden die Wohnung verlassen und auf die Straße gehen". Mit diesem 1999 entstandenen Film stellt sich das gleichnamige Projekt vor. Das Projekt ist hervorgegangen aus dem Hafenrandverein für selbstbestimmtes Leben und Wohnen auf St. Pauli. Seit Jahren kämpfen die AnwohnerInnen gegen die Bebauung des letzten freien Stücks Elbhang und fordern statt dessen einen Park, der eine Fläche von 9.000 Quadratmetern umfassen soll. An der Planungsphase beteiligten sich über 1.000 Menschen, die verschiedenste Wünsche für den Park einbrachten. Geplant sind u.a. ein Seeräuberinnen-Brunnen, ein Open-Air-Solarium, eine Kinoleinwand zwischen künstlichen Palmen und Spiel- und Bewegungsflächen. Im Februar 2000 erhielt das mit Park Fiction zusammenarbeitende Architekturbüro arbos den Auftrag, die Pläne umzusetzen. Derzeit wird das Projekt von PolitikerInnen der Bezirksversammlung blockiert. Wir sprachen mit Christoph Schäfer, der das Projekt Park Fiction künstlerisch und organisatorisch betreut.

ak: Ihr arbeitet mit dem Konzept der "Kollektiven Wunschproduktion". Was ist das?

Christoph Schäfer: Uns reichen die Möglichkeiten der Stadtplanung, wie sie im Moment läuft, nicht aus. Es gibt nach wie vor nur die Möglichkeit der Anhörung, was letztlich ein hochherrschaftliches Mittel ist. Die Herrschaft hört sich an, was der Bürger dazu zu sagen hat. Wie bei so rudimentär demokratischen Verfahren üblich, können da gar keine komplexen Ideen entwickelt werden, mal abgesehen davon, dass nur bestimmte Menschen zu Anhörungen hingehen. Man muss sich sprachlich gut ausdrücken können und darf keine Scheu haben, vor großen Mengen zu sprechen. Das hält einen Großteil der Leute raus. Wir haben uns überlegt, wie kann man das umkehren? Unser Verständnis von Stadt ist auch ein anderes. Städte werden von uns produziert, egal, ob wir das bewusst oder unbewusst tun. Es ist ja nicht nur die Architektur, die Städte bestimmt, sondern das, was darin ist. Wie sind Städte strukturiert? Wer lebt darin, wie bewegt man sich darin, was zieht man an? In dem Sinne produzieren wir das Stadtbild die ganze Zeit, aber auf die Planung haben wir keinen Zugriff. Unsere Idee ist, dass StadtkonsumentInnen zu StadtproduzentInnen werden, und da sind Mittel und Werkzeuge zu entwickeln, wie man das umsetzen kann.

Wie habt ihr versucht, Gruppen, die sonst von Städteplanung ausgeschlossen werden, in den Planungsprozess mit einzubeziehen?

Ein Kernpunkt war ein Planungscontainer, den wir sechs Monate vor Ort aufgebaut hatten. In diesem Container war unser Wunscharchiv mit einer umfassenden Bibliothek zu Park- und Stadtplanungsthemen. Dann gab es ein Knetbüro, wo Ideen gestaltet werden konnten. Wir hatten den sogenannten Action Kit entworfen, das war der Planungscontainer in klein zum Mitnehmen mit einem aufklappbaren Hafenpanorama und jeder Menge Bastelmaterial. Ein wichtiges Element war, das wir uns Jacken gemacht haben, auf denen Park Fiction stand. Wir haben so etwas wie eine "Corporate Identity" entwickelt, um unser Projekt ironisch in Beziehung zu den Corporate Identitys von Großkonzernen zu setzen. So hatten viele Leute keine Scheu mehr, uns zum Beispiel beim Einkaufen direkt anzusprechen. Dann waren wir viel vor Ort. Wir sind in Gruppen gegangen, die sich hier im Stadtteilkulturzentrum, in der Gemeinde treffen oder in Schulklassen, ins Kinderhaus am Pinnasberg. Gleichzeitig haben wir viele Aktionen gemacht. Es gab einen Rave, es gab Ausstellungen, das hat extrem mobilisiert. Das alles lief parallel zu den herrschenden Stadtplanungsprojekten.

Welche Wünsche sind dabei herausgekommen?

Es gab viele sprachlich formulierte Wünsche, die wir nach Funktion sortiert haben. Und es gab relativ wenige sehr spezielle Entwürfe, wo man das Gefühl hatte, da will jemand, dass etwas auf eine ganz bestimmte Art aussieht. Ich glaube, dass liegt daran, dass man es überhaupt nicht mehr gewöhnt ist, dass man eine Chance hat, mit solchen Ideen durchzukommen. Das hatte für uns den Vorteil, dass wir die Vorschläge nicht zensieren mussten. Mein Lieblingsentwurf ist von einem türkischen Mädchen aus der Nachbarschaft. Die hat ein Jugendzentrum entworfen mit Briefschränken für Jugendliche, die zu Hause keine Post bekommen können, weil die Eltern das kontrollieren. Für den Entwurf hätte sich das ganze Projekt für mich schon gelohnt, weil ich auf diese Art, das Verhältnis Privat/Öffentlich zu formulieren, nie gekommen wäre.

1997 habt ihr es geschafft, die Bebauung des Elbhanges zu verhindern. Wie hat sich das Projekt seitdem entwickelt?

Der Planungsprozess konnte dann erst offiziell los gehen. 1998 war das Konzept fertig. Danach haben wir erwartet, dass 1999 mit dem Bau angefangen wird. Dazu kam es nicht. 1999 wollte die Stadt das Projekt unter Verwendung unserer Entwürfe selbst weiterplanen. Mit dieser soften Enteignung waren wir natürlich nicht einverstanden. Es hat ein weiteres Jahr gedauert, bis der Auftrag stattdessen an ein Architekturbüro unseres Vertrauens gegeben wurde. Seit letztem Sommer wird das Projekt jetzt von Bezirks-PolitikerInnen blockiert. Dabei werden vor allem Sicherheits- und Ordnungsbedenken geltend gemacht. Da stellt sich die Frage - neben dem würdelosen Menschenbild, das hinter solchen Bedenken steht - was das nun mit dem konkreten Entwurf zu tun haben soll. Meines Erachtens gar nichts. Im Moment wird versucht, unser Projekt sozusagen von bürokratischer Seite abzuschleifen. Das ist ein Prozess, der genau das Gegenteil ist von einer Wunschproduktion, das Runterkochen von Ideen auf ein unverfängliches Normalmaß.

Hinter Park Fiction steht die idealistische Vorstellung, dass Menschen, die derzeit KonsumentInnen der Stadt sind, zu ProduzentInnen werden sollen. Wie ist der Weg dahin?

Idealistisch, weiß ich nicht, das ist wohl eher ein romantisches Bild. Dieser Gesellschaft wird demnächst die Arbeit ausgehen. Darum wird es heftige Kämpfe geben, es wird mehr und mehr um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums gehen. Und da kann man sich schon überlegen, was fangen wir mit der Zeit eigentlich an? Viel von der Arbeit, die im Moment gemacht wird, ist außerdem extrem sinnlos. Vielleicht könnte Park Fiction ja ein Beispiel sein, dass Menschen sich damit beschäftigen, wie sie tatsächlich leben wollen. Dafür hätten wir dann Zeit, jetzt fehlt uns nur noch das Geld.

Seht ihr euch als politisches oder als künstlerisches Projekt?

Ich würde das ungern auseinander rechnen, weil es beides ist. Ich glaube, dass die Phasen, in denen politische Bewegungen in engem Austausch mit künstlerischen Bewegungen waren, die explosivsten Zeiten waren und die mit dem weitesten Horizont. Das gilt für die 20er Jahre, für die Konstruktivisten, die Oktoberrevolution, aber noch viel mehr später für solche Bewegungen wie die Situationisten, 68er und Punk. Eine Zeit lang ist es gelungen, dass sich Kunst und Politik gegenseitig schlauer gemacht haben. Das heißt nicht, dass das eine das andere dominiert. Eine Politik, die nicht darüber reflektiert, welche Formen sie benutzt, landet leicht in der Sackgasse. Ein Ausschluss von Formen führt schnell zu einem Ausschluss von Lebendigkeit. Und bei Park Fiction war zum Beispiel der Pudelclub mit eingebunden, also die Hamburger Musiksubkultur, aber auch Leute, die Werbung machen, Künstlerinnen aus dem Viertel und soziale Einrichtungen. Das Zusammenspiel hat hier extrem gut funktioniert. Wir hätten das Projekt sonst nicht durchgekriegt, aber so konnten wir immer auf andere Terrains ausweichen, da wir viel mehr Felder zur Verfügung hatten, auf denen wir politisch und ästhetisch arbeiten konnten.

Subkulturelle Szenen haben eigene Ausgrenzungsmechanismen wie Sprache oder Kleidung. Wie versucht ihr dem entgegenzuwirken?

Wir versuchen eine Vielstimmigkeit zu ermöglichen. Meine Sprache zum Beispiel ist manchmal fremdwortlastig und damit für manche Leute abstoßend. Unsere theoretischen Texte kursierten vor Ort nicht groß. Auf der anderen Seite versuchen wid auch durch ästhetische Flyer Menschen anzusprechen, die von politischer Arbeit nichts mehr wissen wollen. Ich finde es gefährlich, wenn sich verschiedene Sprachen und Formen gegenseitig verbieten. Dass Kinder einfach nur basteln, muss als Aussage wahrgenommen werden, die gleichwertig ist mit einem Text oder einer Analyse. Das finde ich wichtig, das ist zwar arg utopisch, aber es ist einen Versuch wert.

Parks haben oft die Funktion, Menschen wieder fit für die Arbeitswelt zu machen. In welcher Tradition steht Park Fiction?

Es gibt einen Spruch von dem König von Bayern, der den Englischen Garten der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt hat: "Ein Volk, das flaniert, revoltiert nicht." Es gibt aber auch ganz andere Gartentraditionen - Gärten als Ideenlandschaft, als Versprechen eines besseren Lebens. Wenn man sich den Englischen Garten anguckt, merkt man, dass dahinter auch eine Paradies-Vorstellung steht. Es geht letztlich um eine andere Art von Zusammenleben. Das ist ein Kommunikationsort und verleiht einem eine Idee, was man vielleicht noch Nettes mit seiner Zeit anfangen könnte. Es könnte also auch eine Verführung sein, am nächsten Tag nicht zur Arbeit zu gehen. So ein Park könnte auch ein Ort sein, wo man sich versammelt und diskutiert.

Heute müssen linke Projekte ihre Räume verteidigen. Es geht weniger darum, neue Räume zu besetzen. Woher nehmt ihr die Motivation für Park Fiction?

Bei politischen Projekten finde ich es extrem wichtig, dass möglichst viel von dem, was man tut, schon in dem Moment Spaß macht, während man es tut und nicht erst, wenn man etwas erreicht hat. Wir haben ja sieben Jahre noch nicht erreicht, dass wir den Park haben. Aber wir hatten viele Momente und Veranstaltungen, die in sich schon viel von der Erfüllung dessen, was man haben möchte, drin hatten. Sei es, dass es interessante Vorträge waren oder man schlauer geworden ist oder Leute kennen gelernt hat, die man sonst nie getroffen hätte. Es ist gut, Formen zu finden, die sich auf eine Art direkt schon lohnen. Da steckt natürlich immer viel Arbeit drin, aber ein Teil ist dabei, der sich direkt auszahlt und nicht erst am St. Nimmerleinstag. Da ist dann eine andere Motivation in dem Moment im Spiel, die mir politisch näher ist, als wenn Leute sich da nur etwas abquälen.

Projekte wie Park Fiction laufen Gefahr, vereinnahmt und kommerzialisiert zu werden, wo dann Touris vorbeifahren und sagen: Das ist ja witzig...

Also gegen Letzteres hätte ich nichts, warum auch? Vielleicht nehmen die Touris ja auch irgend etwas davon mit, damit hätte ich kein Problem, das mache ich auch so. Neben bornierten Blockierern hat man in der Stadt mit Kräften zu tun, die sehr viel moderner denken. Die wissen, dass eine postfordistische Stadt auch immer eine Image-City ist. Die Stadt könnte sich mit unseren Vorschlägen profilieren. Dass sie das nicht gemacht hat, wundert mich wirklich. Dass sie nicht sagen, dies ist ein demokratisches Projekt und Kunst: prickelnd und spannend, das könnte Touristen anziehen. Trotzdem gibt das "Wir beweisen uns als demokratische Stadt" einem mehr Spielraum. Vielleicht ist Park Fiction eine kleine Zeitbombe, die auf Grund von Toleranz zu Stande kommt, die aber hält. Wenn wir es hinkriegen, dass der Park realisiert wird, wäre das eine Art Modell. Vielleicht fühlen sich Leute ermuntert, luxuriösere Forderungen zu stellen und sich nicht mit diesem Armutsurbanismus abzufinden.

Was passiert, wenn eines Tages die Wünsche die Wohnung verlassen und auf die Straße gehen?

Das kann ich mir noch nicht so gut vorstellen, ehrlich gesagt. Das wäre die Revolution.

Interview: Nicole Vrenegor

Infos zu Park Fiction: c/o Christoph Schäfer, 040-315181, E-Mail: asabiya@gmx.de

Filmstills aus Margrit Czenki: Park Fiction - die Wünsche werden die Wohnung verlassen und auf die Straße gehen. BRD 1999, 16 mm, 61 Minuten.

34. Der Anti-Finkelstein. Argumente gegen einen Bestseller und seine Wirkung auf die "Berliner Republik"

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Diskussion; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:01

Jüdische Organisationen betrügen Opfer des Nationalsozialismus und erpressen das deutsche Gemeinwesen - das ist, nur leicht vergröbert, die Kernthese von Norman Finkelsteins Buch Die Holocaust-Industrie. Es könnte getrost ignoriert werden, wenn es denn nur überflüssig und ärgerlich wäre. Es ist aber mehr als das: schädlich und gefährlich. Sein einziger "Nutzen" besteht darin, dass die darum geführte Debatte Rückschlüsse auf das kollektive Bewusstsein der "Berliner Republik" zulässt.

Um zu zeigen, dass Finkelstein nicht nur den Nazis, sondern zumindest auch maßgebenden Teilen der deutschen Eliten "wie gerufen" kommt, reichen verbale Kraftmeiereien (wie etwa Otto Köhlers Polemik gegen "den neuen Messias der Deutschen und seine Fassung der ‚Protokolle der Weisen von Zion`" in konkret 3/2001) nicht aus. Der PapyRossa-Verlag hat mit seinem in aller Eile, aber dennoch sorgfältig produzierten Buch Das Finkelstein-Alibi eine Streitschrift vorgelegt, die mehrere Dinge leistet: Sie widerlegt Finkelsteins Thesen über angebliche Machenschaften einer "Holocaust-Industrie" (Autorin: Ulrike Winkler) und informiert über die jahrzehntelange Weigerung der bundesdeutschen Wirtschaft und Politik, NS-ZwangsarbeiterInnen zu entschädigen (Dieter Vaupel); in ihr dokumentiert ist das von Finkelstein falsch wiedergegebene Luxemburger Abkommen von 1952, geschlossen zwischen der Adenauer-Regierung und der Jewish Claims Conference (JCC); an Finkelsteins beleidigendes Buch gegen Daniel Jonah Goldhagen erinnert Wolfgang Wippermann; Rolf Surmann, gleichzeitig Herausgeber und Verfasser einer Einführung in die Problematik, wertet die deutschen Reaktionen auf "Die Holocaust-Industrie" als "Ausdruck eines zeitgeschichtlichen Paradigmenwechsels"; Lars Rensmann zeigt die "Motive des sekundären Antisemitismus" in der Debatte um die ZwangsarbeiterInnen-Entschädigung, und Andreas Speit berichtet über Finkelsteins Rezeption in der neu-rechten Jungen Freiheit. In positivem Sinne "aus dem Rahmen" fallen die Aufsätze von Moshe Zuckermann und Micha Brumlik über Holocaust-Erinnerung, Instrumentalisierung der Vergangenheit und geschichtsphilosophische Hintergründe der aktuellen Debatte. Jedoch der Reihe nach:

Auch Schröder

ist ein Enkel Adenauers

Schon in Rolf Surmanns einführendem Beitrag werden Finkelsteins Thesen widerlegt - so etwa der Vorwurf, die JCC hätte die ihr anvertrauten Gelder aus bundesdeutscher "Wiedergutmachung" lieber "für ihre verschiedenen Lieblingsprojekte" verwendet, statt sie an die überlebenden Opfer auszuzahlen. Tatsächlich sollten gemäß dem Luxemburger Abkommen die Gelder zur "Unterstützung, Eingliederung und Ansiedlung jüdischer Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung nach der Dringlichkeit ihrer Bedürfnisse" verwendet werden. Die Förderung der von Finkelstein geschmähten "Lieblingsprojekte" - jüdische Gemeinden und die damit verbundenen sozialen Strukturen - war aber durchaus im Interesse der Überlebenden, von denen etliche noch 1952 als "Displaced Persons" in Lagern lebten.

Ein weiterer schwerwiegender Vorwurf, den Finkelstein gegen die JCC und die "Holocaust-Industrie" erhebt, lautet, diese hätten aus Geldgier die Zahl der überlebenden jüdischen ZwangsarbeiterInnen drastisch nach oben korrigiert, was "an Holocaust-Leugnung grenze". Ulrike Winkler widerspricht Finkelsteins extrem niedrigen Zahlen und weist auch eine besondere Infamie zurück: Die JCC würde die (mittlerweile nicht mehr einhellig als "Kollaboration" verurteilte) Arbeit der Judenräte in den Ghettos fortsetzen. Finkelsteins "unseriöse (in ein Zitat gekleidete; Anm. ak) Bezugnahme auf das Thema ‚Judenrat`" diene der Emotionalisierung der Entschädigungsdiskussion. Zudem verwische sie "die Verantwortlichkeit für den Holocaust: Opfer werden zu Tätern."

Die Frage, wie die gewaltige Nachfrage nach Finkelsteins so offensichtlich schlechtem Buch zu erklären sei, wird in fast allen Beiträgen behandelt. Systematisch beantwortet sie Rolf Surmann in seinem Aufsatz "Der jüdische Kronzeuge", der mit Adenauers Politik der "Wiedergutmachung" beginnt. So werden Kontinuitäten

sichtbar, die von 1949 bis heute reichen. Der mächtigste Mann des CDU-Staates und der Kanzler der ersten rot-grünen Koalition orientier(t)en sich in der Entschädigungsfrage an derselben Richtschnur: dem Interesse des bundesdeutschen Staates und der bundesdeutschen Wirtschaft. Unter Adenauer hatte diese Form der Interessenpolitik auch positive Wirkungen. Gegen massiven Widerstand in den Reihen seiner eigenen Partei setzte Adenauer die Politik der "Wiedergutmachung" durch, die vor allem Israel zugute kam. Für diese Politik sprach nicht nur "die große wirtschaftliche Macht des Judentums in der Welt" (Adenauer), sondern vor allem die Chance, den durch die NS-Verbrechen belasteten deutschen Staat zu rehabilitieren - entsprechend umstritten war die Annahme der Gelder bei den Repräsentanten der jüdischen Opfer.

Unter Schröder sieht Surmann die Entschädigungspolitik wiederum von politisch-strategischen Überlegungen inspiriert: "Musste Adenauer noch durch Schulderklärung und Opferentschädigung der Welt eine geläuterte Bundesrepublik vorführen, (...) so lehrt die Regierung Schröder nicht nur mit ihren ‚humanitären Leistungen`, sondern auch mit dem Zukunftsfonds als konstitutivem Bestandteil der Stiftung - er soll zur ‚Sensibilität für Menschenrechtsverletzungen` in aller Welt beitragen - die Menschheit jetzt das Menschenrecht." Durch die so inszenierte "humane Weltpolitik", fährt Surmann sarkastisch fort, werde "nicht zuletzt dem Bundesverteidigungsministerium ein weites Aufgabenfeld eröffnet".

Allerdings ist die im Zusammenhang mit der aktuellen Entschädigungspolitik betriebene Menschenrechtsrhetorik wohl eher der Versuch, einer durch internationalen Druck entstandenen Zwangslage positive Seiten abzugewinnen. Denn Grundlage von Schröders Politik, auch in der Entschädigungsfrage, ist der Schulterschluss mit der deutschen Wirtschaft, die er gegen "überzogene Forderungen" beschützen will. Dabei kam Finkelstein - vor allem: die mediale Unterstützung für seine unhaltbaren Thesen - gerade recht: Denn der jüdische "Kronzeuge", als Sohn von Holocaust-Überlebenden vermeintlich besonders "glaubwürdig", sprang den bedrängten, weil angeblich von geldgierigen jüdischen Anwälten und Opferverbänden "erpressten" deutschen Kapitalisten unaufgefordert zur Seite. Die Maßlosigkeit von Finkelsteins Anklage war gleichwohl für die Rechtsverschiebung der Debatte funktional. Man kann sich von seiner "Polemik" distanzieren und gleichzeitig für den Gipfel der Großzügigkeit ausgeben, was de facto ein unmoralischer Deal zu Gunsten des deutschen Kapitals ist: Gezahlt wird erst, wenn auch die letzte Einzelklage ehemaliger ZwangsarbeiterInnen abgeschmettert ist. Die erst damit garantierte "Rechtssicherheit" wird derzeit geradezu in den Rang eines nationalen Heiligtums erhoben.

Mit Berufung auf Finkelstein, schreibt Surmann, artikuliere sich "eine gesellschaftliche Strömung, die jetzt forciert nicht nur das geschlossene Abkommen ablehnt, sondern die Legitimität der Opferposition selbst in Frage stellt." Die Kritik, "der rechte Rand dieser Gesellschaft würde durch die Angriffe Finkelsteins gestärkt", greife zu kurz. "Von ebenso großer Bedeutung dürfte sein, dass die sogenannte Mitte der ‚Berliner Republik` durch ihre Affirmation der finkelsteinschen Ideologie Positionen einnimmt, die bisher der radikalen Rechten vorbehalten waren."

Besonders lesenswert ist auch Lars Rensmanns Aufsatz "Entschädigungspolitik, Erinnerungsabwehr und Motive des sekundären Antisemitismus". Der Autor zeigt anschaulich, wie in der "Mitte" der Gesellschaft - u.a. als "seriös" geltenden Presseorganen und der CDU/CSU Fraktion - antisemitische Stereotypen benutzt werden, um die Entschädigungsansprüche der Opfer und ihrer Interessenvertreter abzuwehren. Wolfgang Gibowski, der Sprecher der "Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft", wusste, was er tat, als er die angeblichen Praktiken "der amerikanischen Anwälte" beschrieb: "Es geht nicht darum, dass man um die letzte Mark feilscht und die Anwälte sich eine goldene Nase verdienen." Dem selben Feind trotzt auch der CDU-Abgeordnete von Stetten, wenn er die "Raffgier einiger Rechtsanwälte" anprangert. Dass es sich dabei um Juden handelt, muss nicht ausdrücklich erwähnt werden. Die Zielgruppe weiß das ebenso, wie sie die "Drahtzieher" der "New Yorker Presse" kennt: Juden allesamt, reich, skrupellos, rachsüchtig und mächtig, weil sie mit ihresgleichen unter einer Decke stecken.

Während die Opferanwälte, die von "Moral" reden, aber "Geld" meinen würden, als "Erpresser" hingestellt werden, wird die reale Erpressung - Stichwort: "Rechtssicherheit" - als deutsche Interessenpolitik verteidigt, ja geradezu gefordert. So schreibt Götz Aly, der in der Berliner Zeitung eine ganze Artikelserie zum Thema veröffentlichte: "Nach mehr als fünfzig Jahren darf über das, was denunziatorisch als ‚Schlussstrich` bezeichnet werden kann, nachgedacht werden. Das liegt im wohlverstandenen und legitimen Interesse der jüngeren Generation. Auch das zu wahren, gehört zu den Pflichten der Bundesregierung." Hier ist das "Deutsche, wollt ihr ewig zahlen"-Motiv der Nazi-Presse deutlich herauszuhören.

Die einschlägigen Umfrage-Ergebnisse machen deutlich, dass nicht nur die Manager der zahlungspflichtigen Unternehmen sich als "verfolgte Unschuld" fühlen. Dass Deutschland Opfer rachsüchtiger und geldgieriger Juden sei, die mit dem Holocaust Geschäfte machen würden, ist eine weit verbreitete Vorstellung. Rensmann spricht hier von einem "sekundär-antisemitischen Ressentiment" - in Anknüpfung an Adorno und Horkheimer: "Erinnerungsabwehr" führt zum "Rollentausch", "der die Tätergesellschaft in die Rolle des Opfers imaginiert, die Opfer hingegen als Täter erscheinen lässt". Martin Walser, der an eben dieser Front kämpft, erntete bekanntlich Ovationen, als er die "Moralkeule" Auschwitz und die "Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken" geißelte.

Motive des sekundären Antisemitismus

So rundet sich das Bild. In dem vorliegenden Buch erscheint es bisweilen "zu rund", weil zu schwarz. Kritische Stimmen, wie etwa der Finkelstein-Verriss der Frankfurter Rundschau, werden nur am Rande erwähnt. Der Alarmismus mag ja berechtigt sein. Das Buch allerdings gewinnt noch durch die Beiträge zweier "Querdenker": Micha Brumlik ("Die Graduierung des Grauens") und Moshe Zuckermann ("Finkelstein und die Instrumentalisierung der Vergangenheit") , die unausgesprochen die Frage "Was tun?" in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellen. Zuckermann antwortet auf Finkelsteins und Walsers Instrumentalisierungsvorwurf mit der schlichten Wahrheit , dass "eine, wie auch immer ausgerichtete, Instrumentalisierung der Vergangenheit ... letztlich unumgänglich" sei. Brumlik meint, dass "die in den jüdischen Gemeinschaften der USA gepflogene Beschäftigung mit der Massenvernichtung oft einem Religionsersatz gleichkommt" und bewertet deren politische Funktionalität: "Diese Erinnerung wurde mit zwanzig Jahren Verzögerung im Rahmen der Selbstfindungsinteressen der zersplitterten jüdischen Gemeinschaften der USA konstruiert und spätestens seit den frühen siebziger Jahren mit außenpolitischen Interessen der USA und Israels gekoppelt." Brumlik ist es um die "Einsichtseffekte" von historischer Forschung und Erinnerungspolitik zu tun. Während Finkelstein der Shoa den Massenmord an den Indianern und die Unterdrückung der Palästinenser gegenüberstellt, findet Brumlik die Frage der Singularität der Shoa keineswegs sinnlos: Sie "setzt Vergleiche geradezu voraus."

Moshe Zuckermann hält es gar für "unumgänglich, Finkelsteins Text auf Deutsch zu publizieren". Denn "nur die offene Auseinandersetzung mit Finkelsteins Thesen könnte das Problematische an ihnen und das durch dieses Problematische angerührte ‚deutsche` Idiosynkrasie angemessen konfrontieren." Publiziert ist das Buch inzwischen, es wird massenhaft gekauft, wahrscheinlich sogar gelesen, in den Medien gerühmt oder zumindest als Auslöser einer "wichtigen Debatte" gewürdigt - die linke Gegenkampagne kann also beginnen. Das von Rolf Surmann herausgegebene Buch Das Finkelstein-Alibi liefert mit seinen fundierten Beiträgen unverzichtbares Material für die Auseinandersetzung.

Js.

Rolf Surmann (Hrsg.): Das Finkelstein-Alibi. "Holocaust-Industrie" und Tätergesellschaft; PapyRossa Verlag (Köln) 2001; 173 Seiten, 28 DM

35. Marxismus im Kurzschluss. Das neue Marx-Buch des Krisenpropheten Robert Kurz ist ein Ärgernis

Autor: Ingo Stützle · Rubrik: Theorie; Diskussion; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:09

Zu Karl Marx' Zeiten galt Hegel als "toter Hund", wie er im Vorwort zum Kapital schreibt. Nach 1989 erging es dem Begründer des "wissenschaftlichen Sozialismus" ähnlich, glaubten zumindest die eiligen Verkünder eines "Endes der Geschichte" nach dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus". Doch diese sind mittlerweile selbst wieder skeptisch geworden. Der Begriff "Globalisierungsgegner" schwirrt durch die Presse und wird keineswegs nur dazu benutzt, sozialen Widerstand zu diskreditieren: Die Proteste von Seattle bis Prag werden durchaus als Symptome von tiefen gesellschaftlichen Widersprüchen ernst genommen. Bücher wie das des französischen Bauernrebellen José Bové "Die Welt ist keine Ware" werden mittlerweile in der Tagespresse zur Lektüre empfohlen.

Mit dem neuen Unbehagen an den gesellschaftlichen Zuständen geht das Bedürfnis an einer theoretischen Auseinandersetzung einher, die auch die Ursache der beklagten Globalisierungsübel von Verarmung bis zur Umweltzerstörung beim Namen nennt: Kapitalismus. Und eine fundierte Kritik am Kapitalismus kommt um Karl Marx nicht herum. So kann der Nürnberger Publizist Robert Kurz mit seinem neuen Werk "Marx lesen. Die wichtigsten Texte von Karl Marx für das 21. Jahrhundert" einem gesellschaftlich wachsenden Bedürfnis Genüge tun. Der Katastropholus ist derzeit der bei weitem populärste Marx-Interpret. Seine Thesen finden von der Antifa bis zur Zeit freudige Aufnahme.

In seinem neuen Marx Buch versammelt Kurz in acht Kapiteln mit einführender Kommentierung Marxsche Texte zur kapitalistischen Produktionsweise, Krise und Kritik der Arbeitsgesellschaft, Kritik von Staat, Nation, Recht, Politik und Demokratie, sowie Texte zur "hässlichen Geschichte des Kapitalismus", zu Krisentendenzen, Globalisierung, spekulativem Kapital und zu guter letzt einige Ansätze zur Überwindung des Kapitalismus.

Kernthese ist, dass der Marx des "Arbeiterbewegungsmarxismus" (kurz ABM) ein Modernisierungstheoretiker war, welcher zu überwinden sei. Das bedeutet, dass die Kritik des ABM nur als eine dem Kapitalverhältnis immanente Kritik wirkungsmächtig war und die Kategorie "Arbeit" affirmiert hat. Diesen allgemein bekannten "exoterischen" Marx gilt es, laut Kurz, mit der Rekonstruktion des "esoterischen", also verdeckten, Marx auf allen theoretischen Feldern zu überwinden.

"Unverschämter" Kapitalismus

Das Buch umfasst 430 Seiten und man ist froh, dass keine hundert davon aus Kurz' eigener Feder stammen. Um das zu bemerken, muss man aber schon genau lesen, denn Kurz versteht sich mit Charly so gut, dass oft nicht ganz klar wird, wo Kurz aufhört und Marx anfängt. Nur ein kaum erkennbarer Unterschied in der Typografie macht es möglich, Kurz und den um die Arbeiterbewegung gestutzten Marx zu unterscheiden.

Das ist nur eines mehrerer Ärgernisse vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung. Ein anderes: In der Textsammlung findet sich keinerlei Hinweis auf die Quelle der Texte, außer eben, dass sie aus einem der bekannten dreiundvierzig Blauen Bänden sind. Es besteht also weder die Möglichkeit, die Texte textkritisch in einen Zusammenhang zu stellen, noch, wenn der eine oder andere Auszug doch mal spannend oder lustig sein sollte, weiterzulesen. Die editorische Bodenlosigkeit der Kurzschen Marxediton findet ihre Vollendung in der konsequenten Streichung sämtlicher Fußnoten und das ohne einen einzigen Hinweis. Zwar lässt sich nicht leugnen, dass die eine oder andere Fußnote langweilig ist, aber ebenso ist in manch einer ein zum Weiterlesen animierender Witz zu finden genauso wie für die Marxsche Theorie oder besser deren Rekonstruktion unentbehrliche Hinweise.

Bei der Frage, warum es gerade Robert Kurz ist, dessen Thesen so großen Anklang finden, stößt man unweigerlich darauf, dass Kurz wohl ein Teil des bürgerlichen schlechten Gewissens bildet, das von der offenkundigen Boshaftigkeit der Welt erregt wird. Der real existierende Kapitalismus, so Kurz, habe "zynische", "unverschämte", "obszöne" und "geschmacklose" Züge. Die Quelle aus der Kurz seine Kritik speist ist ein normativer Maßstab, welcher an die gesellschaftliche Realität angelegt wird und die Diskrepanz zwischen

"sein" und "sollen" dem Kapitalismus mahnend entgegengehalten wird. Die von Kurz angeprangerten Phänomene wie Armut, Hunger und Naturzerstörung sind aber nichts weiter als ein Ausdruck der Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise. Robert Kurz ist in einer idealistisch verfassten bürgerlichen Selbstvergewisserung befangen, die meint, gesellschaftliche Realitäten mit einem normativen Ideal verändern zu können. Genau hier ist Kurz bürgerlich anschlussfähig, weil er sich vom revolutionären Stachel befreit hat. Er verzichtet vollkommenen auf ein revolutionäres und klassentheoretisches Selbstverständnis.

So ist es symptomatisch für Kurz' Buch, dass sowohl Marxens "Thesen zu Feuerbach" fehlen als auch die Rekonstruktion einer Klassentheorie. Marx Klassentheorie reduziert er darauf, dass ein Klasse lediglich über die Stellung im Produktionsprozess bestimmt sei. Kurz dagegen behauptet, wie schon im "Manifest gegen die Arbeit" mitklang, dass eine kategoriale Kritik am Kapitalverhältnis von jedem sozialen Standort aus möglich sei. Unter dem Abstraktum Arbeit müssten, so Kurz, (theoretisch gesehen), alle gleich leiden: Die eine als Arbeiterin, der andere als Manager. Mit der Überwindung der immanenten Kritik des ABM und der vollkommenen Durchkapitalisierung der Gesellschaft gäbe es keine Klassen mehr, die sich in einer komplexen Vergesellschaftungsstruktur gegenüberstünden, sondern alle seien dazu aufgerufen, ihre "(kapitalistisch konstituierte) Subjekt- und Handlungsform" (S. 42) zu überwinden, fordert Kurz.

Selbstherrliches Prophetentum

Das geht natürlich ohne "exoterischen" Klassenkampf auf rein "esoterischen" Pfaden. Die "kategoriale Kritik" ist, auch wenn sie schlecht formuliert wird, eine Sache. Was aber Marx Philosophiekonzepte von anderen unterscheidet ist das Begreifen als "eingreifendes Denken" (Brecht). Die Feuerbachthesen sind ein Ausdruck davon: "Das Zusammenfallen des Ändern[s] der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefasst und rationell verstanden werden." (MEW Bd.3: 6). Kurz bleibt zwischen moralisierender Kritik und unzulänglicher kategorialer Kritik hängen.

Dass er nicht den Versuch unternimmt, Marx Klassenanalyse zu rekonstruieren, deutet darauf hin, dass Kurz hier selbst dem, wie er ihn nennt, "exoterischen" Marx aufgesessen ist. In seinen Analysen revolutionärer Prozesse ist Marx Klassentheorie alles andere als "reduktionistisch". Dass die verschiedenen von Kurz immer wieder gern ins Feld geführten Fetischformen wie "Ware", "Geld", "Kapital" und "Lohn" in die Produktionsweise eingeschrieben sind und alle vergesellschaftenten Subjekte darin gefangen sind, ist unbestritten. Es sind aber auch diese ideologischen Formen, mit welchen die gesellschaftliche Wirklichkeit bewusst wird, also gedeutet werden und Sinn produziert wird.

Dies ist aber kein Prozess einer ökonomischen Monade, sondern ein konkret gesellschaftlicher und sozialer Prozess, der selbst von anderen gesellschaftlichen Verhältnissen, wie zum Beispiel Geschlechterverhältnissen, konstituiert ist. Als "Charaktermasken" (Marx) sind den Menschen über die Rolle in den Verhältnissen soziale Identitäten eingeschrieben. Entlang dieser verschieden "Repräsentationssysteme" findet als politischer und sozialer Prozess Klassenbildung statt. Diese sind als symbolische Ordnung nicht willkürlich, sondern weisen Positionen in der sozialen Struktur zu und sind gleichzeitig Deutungen derselben.

Klassentheoretisch bedeutet es einen Unterschied, ob die Deutung der Existenzweise mit "kritischer Konsument" ausfällt oder mit "Lohntütenempfänger". Aber an einer Rekonstruktion einer Klassentheorie scheint Kurz nicht interessiert zu sein und es bleibt die Frage, ob der Kapitalismus sich durch die kollektive Deutung der Existenzweise von Manager und ArbeiterInnen als "Sklaven der Arbeit" überwinden lässt.

Wenn es einen Moment gibt, an welchem die Kurzsche Rekonstruktion der Marxschen Theorie scheinbar ihren Brennpunkt hat, so ist es die Neuauflage der "Krisentheorie". Während an vielen Stellen des Buches noch durchscheint, dass es Kurz um eine Rekonstruktion Marxscher Theorie gehen könnte, betont er bei der Krisentheorie, dass diese nur "aufzugreifen" und "zuzuspitzen" sei. Dem ABM, so Kurz falsche Feststellung, war die Krisentheorie äußerlich, da dieser eine Modernisierungstheorie war und die Krise, so der Umkehrschluss, das Ende der kapitalistischen Produktionsweise bedeutet würde. Dieses Argument mündet in der absurden Behauptung, der ABM könnte schon keine "richtige" Krisentheorie gewollt haben, da diese sonst die Identität "ArbeiterInnen" in Frage gestellt hätte.

Das unterstreicht ein weiteres Mal die Schwierigkeit, die Besonderheit der Kurzschen Krisentheorie zu klären beziehungsweise sie irgendwie noch ernst zu nehmen. Sowohl das "marxistische Zentrum" der SPD mit Bebel und Kautsky als auch die Linken um Rosa Luxemburg standen auf den Schultern einer Krisentheorie. Die

einen, um auf den "großen Kladderadatsch" (Bebel) zu warten und somit in revolutionären Attentismus zu verfallen; die anderen, wie Luxemburg, erhofften sich von der Krise eine mobilisierende Wirkung für die Revolution. Auch Lenin hatte mit seinem Konzept des "verfaulten Kapitalismus" durchaus einen Begriff von Krisentheorie. Auf Kurz implizite Unterstellung, sie alle hätten kein Interesse gehabt, das Kapitalverhältnis aufzuheben, kann man wohl nur mit einem Schulterzucken reagieren.

Im Kapitel zur Krisentheorie kommt die Hoffnung auf, dass die immer wieder zu lesende Theorie der finalen Krise des Kapitalismus theoretisch, mit marxscher Theorie, unterfüttert würde und über die Konstatierung einer dritten industriellen Revolution hinausgehen möge. Anstatt sich aber über eine symptomale Lektüre (Althusser) zu nähern, also Marxens Problematik zu rekonstruieren, vorhandene und abwesende (!) Probleme zu formulieren, ist für Kurz das Problem evident und die Theorie konsistent: Die "Krise ist (...) nichts anderes als der objektivierte Substanzverlust des Kapitals durch seinen eigenen inneren Mechanismus: die Arbeit läuft aus wie Sand aus einem Loch im Sack oder Wasser aus einem Leck im Tank" (S. 277). Wieder wird das Ende der Arbeit postuliert und die Kategorie "Arbeit" ist scheinbar an allem schuld. In diesem Zusammenhang versucht er das "explizit [fallende] ominöse Wort vom 'Zusammenbruch'" (S. 139), welches er bei Marx zu finden glaubt, für sich zu retten.

Da Kurz hier (mal wieder) keinerlei weitere Angaben macht, sind wir dazu aufgefordert, so ja der Titel des Buches, Marx selbst zu lesen: Neben den von Engels angefügten, im Zusammenhang gelesen kaum haltbaren Zusätzen, gibt es zwei gewichtige Stellen im dritten Band des Kapitals, wo vom "Zusammenbruch" explizit die Rede ist. Einmal geht es um den Zusammenbruch des Kreditsystems (MEW 25: 264), welcher, würde man sich der erst seit ein paar Jahren zugänglichen MEGA bedienen, eine nicht fundierte Einfügung von Engels ist. Bei Marx selbst ist von einem "Zusammenbruch" nichts zu lesen. Da es Kurz nicht um das Kreditsystem, sondern vielmehr um das "Arbeitssystem" geht, ist eine weitere Stelle interessant, an welcher Marx von Zusammenbruch spricht (MEW 25: 256). Aber auch hier ist es zum einen eine Einfügung von Engels, die Marx' Begriff des "Klappen" ersetzt. Zum anderen wird die Aussage von Marx noch im selben Satz durch "widerstrebende Tendenzen" (MEGA II.4.2: 315) (natürlich nicht im Sinne eines Nullsummenspiels) aufgehoben, was als eine kategoriale Bestimmung der kapitalistischen Dynamik zu lesen ist. Diese gegenläufigen Tendenzen sind wohl auch Kurz wichtig, aber einer begrifflich scharfen Klärung von "Krise", "Zusammenbruch" und "Tendenz" bzw. "Dynamik" verweigert er sich und verhindert durch seine Edition systematisch eine eigene kritische Lektüre.

Die "Arbeit"

ist schuld

"Hatte Marx diesen logischen Endpunkt der Krise [Diskrepanz zwischen gesellschaftlichen Reichtum und menschlichem Elend; I.S.] im Kontext seiner Kritik der Arbeit klar und unmissverständlich dargestellt, so entwickelt er in seiner eigentlichen Krisentheorie den selbstwidersprüchlichen inneren Mechanismus des Kapitals, indem er den zunächst bloß allgemeinformulierten Widerspruch in seinem konkreten Wirken zeigt." (S. 278) Für Kurz scheint bei Marx als auch bei ihm selbst der Krisenbegriff geklärt zu sein.

Doch gehen wir einmal in den marxschen Text in der Edition von Kurz, und zwar zum allseits beliebten "tendenziellen Fall der Profitrate", welcher schon so mache Showkämpfe provoziert hat: An dieser Stelle zeigt sich, wie ernsthaft Kurz es mit der kategorialen Kritik beziehungsweise einer Rekonstruktion meint. Kurz hat in seiner Textfassung unter anderem einen Satz im Zuge seiner Kürzung gestrichen: "Es ist damit nicht gesagt, dass die Profitrate nicht auch aus anderen Gründen vorübergehend fallen kann, aber es ist damit aus dem Wesen der kapitalistischen Produktionsweise als eine selbstverständliche Notwendigkeit bewiesen, dass in ihrem Fortschritt die allgemeine Durchschnittsrate des Mehrwerts sich in einer fallenden allgemeinen Profitrate ausdrücken muss." (MEW Bd.25: 223; Hervorh. I.S.) Kurz verwischt die Marxsche Problematik den Fall der Profitrate auf der allgemeinsten Ebene, aus dem Wesen der kapitalistischen Produktionsweise kategorial abzuleiten und subsumiert einen krisentheoretischen Ansatz von Marx, welcher noch zu prüfen wäre, einfach unter seinen beliebigen Krisenbegriff.

Dass Marx davon ausging, dass der Kapitalismus krisenhaftig ist und zeitweilig davon ausging, dass dieser zusammenklappen würde, ist unbestritten. Bei einer kritischen Rekonstruktion der Marxschen Krisentheorie sollte es aber genau darum gehen zu versuchen, die verschiedenen Ansätze freizulegen und zu prüfen. Zum

einen wird man feststellen, dass Marx weder eine Krisentheorie formulierte, noch sich über die theoretische Fundierungen sicher war, weshalb er zum Beispiel bei der Begründung des "tendenziellen Falls" argumentativ mit mehreren Anläufen um die Problematik herumeiert. Mit Kurz' selbstherrlichen Prophetentum werden Probleme nur verwischt und eine ernsthafte Auseinandersetzung wird verhindert.

Ingo Stützle

Marx lesen. Die wichtigsten Texte von Karl Marx für das 21. Jahrhundert. Herausgegeben und kommentiert von Robert Kurz, Frankfurt/M. 2001, DM 49,80

36. Neue Blumen des Bösen. Zu den Schwierigkeiten der Nietzsche-Lektüre

Autor: Thomas Seibert · Rubrik: Diskussion; Philosophie · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:13

In seiner Antwort auf Thomas Seiberts Artikel "Nietzsche und die Linke" (ak 445) schreibt Detlef Hartmann: "Seiberts Versuch, Nietzsche in seinem trojanischen Pferd in die Linke zu tragen und dort diskursfähig zu machen, fordert eine Debatte über Philosophiepolitik und die Zukunft der Perspektiven sozialer Befreiung heraus" (ak 448). Im vorliegenden Beitrag nimmt Seibert diese Herausforderung an und antwortet zugleich auf Klaus Peter Lehmanns Kritik in ak 447.

Detlef Hartmann findet den Ausgangspunkt einer linken Nietzsche-Lektüre im "emanzipatorischen Appell der Befreiungsimpulse (...), die Nietzsche im Willen zur Macht auch gegen die Beschränkungen tradierter und reaktiver geistiger, moralischer, erkenntnistheoretischer etc. Disziplinierung richtete." Was er damit meint, führt er nicht aus. Dafür wirft er mir vor, Derrida und Foucault fälschlich vor mein trojanisches Pferd gespannt zu haben, weil diese keine "Links-", sondern "Gegennietzscheaner" seien. Darin kann ich keinen Widerspruch entdecken. Nietzsche selbst hat verlangt, "gegen den Strich" gelesen zu werden: "Geht fort von mir und wehrt euch gegen Zarathustra! Und besser noch: schämt euch seiner! Vielleicht betrog er euch. Der Mensch der Erkenntnis muss nicht nur seine Feinde lieben, sondern auch seine Freunde hassen können. Man vergilt einem Lehrer schlecht, wenn man immer nur der Schüler bleibt." (1)

Angesichts der Kohärenz, die den ideologiekritischen Interpretationen Lehmanns und Hartmanns ohne Zweifel zukommt, angesichts der Vernichtungsfantasien der gegenrevolutionären Philosophiepolitik Nietzsches, angesichts meines eigenen Vorbehalts, dass die nietzscheanische Rechte sich weithin auf den Wortlaut seiner Texte stützen kann (2), bleibt allerdings die Frage: Was bringt Linke dazu, Nietzsche nicht nur ideologiekritisch zu lesen?

Der Grund dafür liegt in dem Paradox, dass gerade Nietzsche die Arbeit der Aufklärung fortgeführt hat, und zwar der historischen, in seinen Worten: der genealogischen Aufklärung. Er hat diese Paradoxie selbst gesehen: "Der ganze Hang der Deutschen ging gegen die Aufklärung und gegen die Revolution der Gesellschaft, welche mit grobem Missverständnis als deren Folge galt. (...) Diese Aufklärung haben wir jetzt weiterzuführen - unbekümmert darum, dass es eine ‚große Revolution` und wiederum eine ‚große Reaktion` gegen dieselbe gegeben hat, ja dass es beides noch gibt: es sind doch nur Wellenspiele, im Vergleiche mit der wahrhaft großen Flut, in welcher wir treiben und treiben wollen!" (3)

Noch in seiner Frühschrift Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben (1874) - deren Bedeutung auch Lehmann hervorhebt - kritisiert Nietzsche Hegels Geschichtsphilosophie, aber auch die sich damals ausbreitende "historische Bildung". In Übereinstimmung mit der gegenaufklärerischen Romantik glaubt Nietzsche damals, dass die Zersetzung gewachsener Traditionen "dem Leben feindlich und gefährlich" sei, weil sie zur "Übersättigung einer Zeit in Historie" führe. (4)

Nietzsche und

die Perspektiven sozialer Befreiung

Doch während der Antihegelianismus zeitlebens sein Leitmotiv blieb, macht er im Widerspruch zu seiner Frühschrift aus der genealogischen Kritik der Tradition die zentrale Strategie seines späteren "Immoralismus": "Philosophie, wie ich sie bisher verstanden und gelebt habe, ist das freiwillige Leben in Eis und Hochgebirge - das Aufsuchen alles Fremden und Fragwürdigen im Dasein, alles dessen, was durch die Moral bisher in Bann getan war. Aus einer langen Erfahrung, welche eine solche Wanderung im Verbotenen ergab, lernte ich die Ursachen, aus denen bisher moralisiert und idealisiert wurde, sehr anders ansehen, als erwünscht sein mag. Wie viel Wahrheit erträgt, wie viel Wahrheit wagt ein Geist? Das wurde für mich immer mehr der eigentliche Wertmesser. (...) Nitimur in vetitum: in diesem Zeichen siegt einmal meine Philosophie, denn man verbot bisher grundsätzlich immer nur die Wahrheit." (5)

Im Spätwerk hat er die historisch-kritische Aufklärung so weit radikalisiert, dass sie noch sein eigenes Projekt zersetzte. Genau in diesem Scheitern ist Nietzsche für herrschaftskritische Linke interessant geworden, die ihn

von ihrem eigenen Scheitern her gelesen haben. Seit Luxemburg, Korsch und Rühle, seit Adorno, Horkheimer, Benjamin und Marcuse, seit Gramsci und Althusser ist linke Theorie nur insofern "Revolutionstheorie", als sie zuerst nach den Gründen für das Scheitern der Revolution (im Osten und Süden) bzw. ihr Ausbleiben (im Westen oder Norden) fragt. Diese Fragestellung aber kreuzt sich, trotz des entgegengesetzten Erkenntnisinteresses, mit derjenigen Nietzsches. Deshalb ist seine Kritik der Theologie, der Metaphysik und der "sozialistischen Ideen" für die Perspektiven sozialer Befreiung von immenser Bedeutung - gesetzt jedenfalls, man ist bereit zuzugeben, dass deren bisheriges Scheitern auch an ihren theologischen und metaphysischen Einschlüssen hing.

Dass Nietzsche wie Marx im Schatten Hegels steht, hängt mit dessen Verhältnis zur jüdisch-christlichen Theologie der Geschichte zusammen. Diese denkt die Geschichte von der Erschaffung der Welt durch Gott, vom Sündenfall, von der Vertreibung aus dem Paradies und der versprochenen Erlösung her. Geschichte beginnt mit dem Verlust des Ursprungs (Einheit von Gott und Mensch), wird Durchgang durch die Entfremdung beider von sich und voneinander und endet in der Rückkehr zum Ursprung (wiederhergestellte Einheit von Gott und Mensch). Inmitten der bürgerlichen Revolution übersetzt Hegel die Theologie der Heilsgeschichte in eine Philosophie der Realgeschichte. Die folgt demselben Rhythmus: Sturz des Geistes in die Zeit, Entfremdung des Geistes von sich, Aufhebung der Entfremdung in der Rückkehr des Geistes zu sich. Die Geschichte des Geistes ist nichts anderes als die vom Anerkennungskampf, der Arbeit und dem Wissen vorangetriebene Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, deren Entwicklung Hegel aus der Geschichte der Philosophie rekonstruiert.

Nietzsche greift den Hegelianismus schon in der genannten Frühschrift an: "Man hat diese Hegelisch verstandene Geschichte mit Hohn das Wandeln Gottes auf der Erde genannt, welcher Gott aber seinerseits erst durch die Geschichte gemacht wird. Dieser Gott aber wurde sich selbst innerhalb der Hegelischen Hirnschalen durchsichtig und verständlich (...), so dass für Hegel der Höhepunkt und der Endpunkt des Weltprozesses in seiner eigenen Berliner Existenz zusammenfielen. Ja er hätte sagen müssen, dass alle nach ihm kommenden Dinge eigentlich als (...) überflüssig zu schätzen seien. Das hat er nicht gesagt: dafür hat er in die von ihm durchsäuerten Generationen jene Bewunderung vor der ‚Macht der Geschichte` eingepflanzt, die praktisch alle Augenblicke in nackte Bewunderung des Erfolges umschlägt und zum Götzendienste des Tatsächlichen führt. (...) Wer aber erst gelernt hat, vor der ‚Macht der Geschichte` den Rücken zu krümmen und den Kopf zu beugen, der nickt zuletzt chinesenhaft-mechanisch sein ‚Ja` zu jeder Macht, sei dies nun eine Regierung oder eine öffentliche Meinung oder eine Zahlen-Majorität, und bewegt seine Glieder genau in dem Takte, in dem irgendeine ‚Macht` am Faden zieht." (6)

Auch Nietzsche rekonstruiert die Realgeschichte im Übergang von der religiösen Heils- zur bürgerlichen Revolutionsgeschichte. Diese wird aber nicht mehr als Werden Gottes bzw. ‚des` Menschen im Durchgang durch die Entfremdung, sondern als "Tod Gottes" und ‚des` Menschen in der "Heraufkunft des Nihilismus" gedacht: "Was ich erzähle, ist die Geschichte der nächsten zwei Jahrhunderte. Ich beschreibe, was kommt, was nicht mehr anders kommen kann: die Heraufkunft des Nihilismus. (...) Unsere ganze europäische Kultur bewegt sich seit langem schon mit einer Tortur der Spannung, die von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wächst, wie auf eine Katastrophe los: unruhig, gewaltsam, überstürzt, wie ein Strom, der ans Ende will." (7)

Die Geschichte der nächsten

zwei Jahrhunderte

Der "Tod Gottes" führt aber nicht wie bei Hegel und beim jungen Marx zur Versöhnung des religiös entfremdeten menschlichen "Gattungswesens" mit sich, sondern löst die von beiden versuchte Übersetzung der Theologie in Anthropologie und damit jede Konstruktion eines welthistorischen ‚Subjekts` auf. Damit fallen alle Kategorien, deren Voraussetzung ein solches Subjekt war: Sein, Wahrheit, Einheit, Ursprung, Zweck, Religion, Logik, Philosophie, Moral. Für Nietzsche nichts als "Resultate bestimmter Perspektiven der Nützlichkeit zur Aufrechterhaltung menschlicher Herrschaftsgebilde: und nur fälschlich projiziert in das Wesen der Dinge." (8)

Der Nihilismus verschlingt aber noch Nietzsches "Übermenschen", dessen Subjektivität paradoxerweise der Einsicht in den Tod ‚des` Subjekts entspringen sollte. Tatsächlich hat der späte Nietzsche dieses Scheitern noch reflektiert: "Dass dies ‚Umsonst!` der Charakter unseres gegenwärtigen Nihilismus ist, bleibt

nachzuweisen. (...) Die Dauer, mit einem ‚Umsonst`, ohne Ziel und Zweck, ist der lähmendste Gedanke, namentlich noch wenn man gefoppt wird und doch ohne Macht ist, sich nicht foppen zu lassen. Denken wir diesen Gedanken in seiner furchtbarsten Form: das Dasein, so wie es ist, ohne Sinn und Ziel, aber unvermeidlich wiederkehrend, ohne ein Finale ins Nichts: ‚die ewige Wiederkehr`. Das ist die extremste Form des Nihilismus: das Nichts (das ‚Sinnlose`) ewig!" (9)

Die Einsicht in das "Umsonst!" noch des eigenen Überwindungsprojekts erzwingt den Abbruch des Werks und führt zum Verstummen des Autors, der seinen LeserInnen damit die Frage nach einem anderen Umgang mit der nihilistischen Erfahrung hinterlässt. In der Negativen Dialektik (1966) schreibt Adorno: "Überwindungen, auch die des Nihilismus samt der Nietzscheschen, die es anders meinte und doch dem Faschismus Parolen lieferte, sind allemal schlimmer als das Überwundene. (...) Nihilisten sind die, welche dem Nihilismus ihre immer ausgelaugteren Positivitäten entgegengehalten, durch diese mit aller bestehenden Gemeinheit und schließlich dem zerstörenden Prinzip selber sich verschwören. Der Gedanke hat seine Ehre daran, zu verteidigen, was Nihilismus gescholten wird." (10) Adornos Verteidigung des Nihilismus trägt ein Versprechen in sich, das Nietzsche gerade da verpflichtet ist, wo es über ihn hinausführt: das Versprechen, der nihilistischen Erfahrung von links her in einer Weise entsprechen zu können, die Nietzsche nicht zu denken vermochte, obwohl er wie kein anderer für diese Erfahrung und ihre Unausweichlichkeit Zeugnis abgelegt hat.

Moral-, Vernunft- und Gesellschaftskritik waren für Nietzsche dasselbe. Deren Kern fasst er wie folgt: "Die Logik beruht auf Voraussetzungen, denen nichts in der wirklichen Welt entspricht, zum Beispiel auf der Voraussetzung der Gleichheit von Dingen, der Identität desselben Dings in verschiedenen Punkten der Zeit." (11) Klaus-Peter Lehmann kommentiert dieses Zitat wie folgt: "Zweifellos hat Nietzsche recht. Trotzdem ist sein Hinweis banal und böse. Denn die Güte der Logik, die kein Ansehen der Person kennt, besteht darin, die Dinge des Lebens auf dem Wege des idealen Vergleichs zu sozialisieren, d.h. gerecht verteilbar zu machen. Darin liegt ihre Neigung zu Brüderlichkeit und Demokratie. Nietzsche störte, was er richtig erkannte, das inklusive Sozialprinzip der Logik. Soziale Gerechtigkeit, gerechte Aufteilung der Güter ist ohne den Optimismus dieser Methodik nicht denkbar. Der utopische Optimismus der Logik ist die Grundlage aller Sozialität." Dies ist nun aber eine allzu naive Verteidigung des "inklusiven Sozialprinzips der Logik". Nietzsche notiert: "Der Wille zur Gleichheit ist der Wille zur Macht - der Glaube, dass etwas so und so sei (das Wesen des Urteils), ist die Folge eines Willens, es soll so viel als möglich gleich sein". Gibt es weder untereinander gleiche "Dinge" noch eine "Identität desselben Dings in verschiedenen Punkten der Zeit", müssen diese entsprechend zugerichtet werden, um als solche zu erscheinen.

Im Denken ist dies das Werk der Logik, in der Realgeschichte das der Vergesellschaftung. Deren Gemeinsamkeit liegt im aktiven, herrschaftsförmigen Gleichsetzen (Identifizieren) des Nicht-Gleichen (Nicht-Identischen). Sollen Subjekte sich als untereinander und in der Zeit identisch erfahren, müssen sie sich als solche erinnern. Deshalb entspringen die Logisierung der Erfahrung wie die gesellschaftliche Produktion von Subjektivität Nietzsche zufolge dem "Einbrennen" des Gedächtnisses und damit des Gewissens: "Wie macht man dem Menschen-Tier ein Gedächtnis? (...) Dieses uralte Problem ist, wie man sich denken kann, nicht gerade mit zarten Antworten und Mitteln gelöst worden. (...) Es ging niemals ohne Blut, Martern, Opfer ab, wenn der Mensch es für nötig hielt, sich ein Gedächtnis zu machen; die schauerlichsten Opfer und Pfänder (...), die widerlichsten Verstümmelungen (...), die grausamsten Ritualformen aller religiösen Kulte (und alle Religionen sind auf dem untersten Grunde Systeme von Grausamkeiten) - alles das hat in jenem Instinkte seinen Ursprung, welcher im Schmerz das mächtigste Hilfsmittel der Mnemonik erriet. (...) Je schlechter die Menschheit ‚bei Gedächtnis` war, um so furchtbarer ist immer der Aspekt ihrer Bräuche; die Härte der Strafgesetze gibt insonderheit einen Maßstab dafür ab, wieviel Mühe sie hatte, gegen die Vergesslichkeit zum Sieg zu kommen und ein paar primitive Erfordernisse des sozialen Zusammenlebens diesen Augenblicks-Sklaven des Affekts und der Begierde gegenwärtig zu halten. (...) Ah, die Vernunft, der Ernst, die Herrschaft über die Affekte (...): wie teuer haben sie sich bezahlt gemacht! Wieviel Blut und Grausen ist auf dem Grund aller ‚guten Dinge'! ..." (12)

An die Stelle der Religion treten später Ökonomie, Wissenschaft und Staat. Auch diese "Systeme der Grausamkeit" betreiben die Gleichsetzung des Nicht-Gleichen: was in der Logik der Begriff, ist in der Ökonomie der Wert und im Staat das Gesetz. Unter dem Begriff der Anerkennung wollte Hegel dies positiv wenden: in der Arbeit und im Wissen identifizieren sich die Subjekte als untereinander und vor dem Gesetz Gleiche.

Nietzsche hat den "ökonomischen Optimismus" Hegels erbittert kritisiert: natürlich auf Grund seines gegenrevolutionären Aristokratismus, aber doch auch in tiefer Einsicht in den Zwangscharakter der Vergesellschaftung! Im Rückblick auf den real existierenden Sozialismus und im Angesicht der heraufziehenden Herrschaft einer wissenschaftlich geführten "Biopolitik" gewinnt Nietzsches anti-soziale Verteidigung des Nicht-Identischen an Weitsicht: Müssen die Perspektiven sozialer Befreiung nicht anders gedacht werden als in einer Logik fortschreitender Vergesellschaftung? Richten sich die sozialen Revolten nicht auch gegen das "inklusive Sozialprinzip der Logik", gegen die Gleichsetzung des Nicht-Gleichen unter Begriff, Wert und Gesetz?

Skizziert Foucault nicht doch das Programm einer zu Recht nietzscheanisch genannten Linken: "Ich hingegen glaube, dass gerade die Idee einer ‚Gesamtgesellschaft` der Utopie angehört. Diese Idee ist in der abendländischen Welt entstanden, auf der einmaligen Linie, die zum Kapitalismus geführt hat. (...) Man glaubt häufig, von Erfahrungen, Aktionen, Strategien zu verlangen, dass sie die ‚Gesamtgesellschaft` umfassen, sei das Mindeste. In Wirklichkeit zwingt man ihnen damit eine maximale, eine unmögliche Bedingung auf: denn die ‚Gesamtgesellschaft` funktioniert gerade in der Weise und zu dem Zwecke, dass sie nicht stattfinden, gelingen, dauern können. Die ‚Gesamtgesellschaft` ist dasjenige, dem nur insoweit Rechnung zu tragen ist, als es zerstört werden soll. Es ist zu hoffen, dass es nichts mehr geben wird, was der Gesamtgesellschaft gleicht." (13)

Logik und Gesellschaft

Wie aber kann man die Monstrosität Nietzsches verstehen, das Missverhältnis zwischen seiner emanzipativen Moral-, Vernunft- und Gesellschaftskritik und seiner gegenrevolutionären Philosophiepolitik? Vieles ist hier anzuführen: die patriarchale Struktur des protestantischen Pfarrhauses, dem nicht nur Nietzsche entstammt, die Ausdifferenzierung bürgerlicher Ideologie, des deutschen Nationalismus und Antisemitismus. In der Perspektive sozialer Befreiung scheint es mir mindestens ebenso notwendig, Nietzsches Philosophiepolitik nicht nach ihrem wortwörtlichen Inhalt und nicht in ihrem Verhältnis zu ihren außerphilosophischen Bedingungen, sondern nach ihrer Form und nach ihrem Verhältnis zur ihr vorhergehenden Philosophie zu interpretieren.

Dass Philosophie selbst Politik sei, ist ja keine Erfindung Nietzsches, sondern der sog. Junghegelianer, zu denen in der Nachfolge Ludwig Feuerbachs Marx und Engels, aber auch Michail Bakunin, Bruno und Edgar Bauer, Moses Heß, Sören Kierkegaard, Max Stirner u.v.a. gehören. Freiwillig oder gezwungen verlassen sie in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts die Universitäten und erfinden eine Philosophiepolitik, die die meisten von ihnen an die Seite der Arbeiterbewegung bringt. Hegel "vom Kopf auf die Füße" stellend, suchen sie nach der "Verwirklichung der Philosophie": "Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muss gestürzt werden durch materielle Gewalt. Allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, (...) sobald sie radikal wird." Und weiter: "Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen." (14)

Das junghegelianische Projekt zerbrach mit dem Niedergang der sozialen Kämpfe der 40er Jahre. Marx, Engels und Heß transformierten ihre Philosophiepolitik zur organisierten kommunistischen Tätigkeit. Für die Bauer-Brüder, Stirner und Kierkegaard aber war die politisierende Massenaufklärung der letzte Irrtum der Kritik, die zwar den Bann der Religion lösen, gesellschaftlich - "den Massen" - aber nicht "vermittelt" werden könne. Nietzsche, der sein erstes Buch 1872 veröffentlicht, unmittelbar nach der Niederschlagung der Pariser Commune, steht am Ende dieser Linie und versucht, die erreichte Macht der Kritik existenziell zu behaupten, indem er sie, da sie von "den Massen" eben nicht "ergriffen" wird, konsequent als aristokratisches Privileg des "freien Geistes" denkt.

Der Streit der Junghegelianer ist längst verdämmert. Das Problem aber, das Kommunisten und "freie Geister" damals trennte, stellt sich heute vielleicht schärfer als jemals zuvor. Das Scheitern der Revolution in der Sowjetunion, der durchrationalisierte Irrationalismus der faschistischen Herrschaft und der undurchdringliche kulturindustrielle Verblendungszusammenhang rückten Marx und Nietzsche schon für Adorno in eine Perspektive. (15)

Dass es um die Perspektiven sozialer Befreiung zwischenzeitlich nicht besser bestellt ist, kann nur bezweifeln, wer sich die objektive "Nietzschelage" (Benn) durch die "immer ausgelaugteren Positivitäten" (Adorno) seiner "asketischen Ideale" (Nietzsche) verdeckt. Dazu gehört der "Optimismus der Logik", auf den sich Lehmann beruft, aber auch das Vertrauen, das Hartmann dem revolutionären Elan einer "Klasse" zu schenken scheint, die sich schon lange über die Maßen im Zaum hält. Dagegen setze ich, mit und gegen Nietzsche, den noch unausgeloteten Möglichkeitsspielraum einer Linken, die der nihilistischen Skepsis nicht aus dem Weg geht. Von ihr sagt Foucault: "Das Interesse an Nietzsche (...) bedeutete für uns keine Distanzierung vom Marxismus oder Kommunismus. Es war vielmehr der einzige Zugang zu dem, was wir vom Kommunismus erwarteten. (...) Wir waren auf der Suche nach anderen Möglichkeiten, uns zu jenem ganz anderen zu verhalten, das wir im Kommunismus verkörpert sahen." An derselben Stelle vermerkt er mit bitterer Ironie, dass sein Versuch, "ein nietzscheanischer Kommunist zu sein", nach Lage der Dinge "nicht praktikabel und, wenn Sie so wollen, lächerlich" war - nicht wegen Nietzsche, sondern wegen der autoritär-dogmatischen Verhärtung der Kommunistischen Partei. (16) Dieses Problem wenigstens hat sich zwischenzeitlich erledigt.

Zwei abschließende Bemerkungen. Hartmann zufolge beginne ich mit einer "faustdicken Lüge", indem ich ihm wider besseres Wissen unterstelle, seine Nietzsche-Zitate aus der Nazi-Edition des Willens zur Macht entlehnt zu haben. Der absurde Vorwurf resultiert aus flüchtiger Lektüre. "Hieraus hat sich auch Hartmann bedient", schreibe ich, und das heißt: Wie die Nazis hat sich auch Hartmann aus Nietzsches Nachlass bedient. Will ich Hartmann dadurch diskreditieren? Mitnichten. Nietzsche kann ohne seinen Nachlass gar nicht interpretiert werden, auch ich greife auf ihn zurück. Dass mehr als die Hälfte der von Nietzsche überlieferten Texte in der Form nachgelassener Fragmente vorliegen, muss aber selbst interpretiert werden. (17)

Das Dilemma

der Kritik

Zum einen handelt es sich um eine gewollte Fragmentierung: Nietzsche hat die geschlossene gelehrte Abhandlung bewusst verworfen und konsequent in aphoristischer Form geschrieben. Im Aphorismus kommt es nicht auf die systematische Entfaltung eines Sachverhalts, sondern auf die treffsichere Zuspitzung eines Gedankens an, auf das skeptische oder polemische Gedankenexperiment, die gewollte Überzeichnung oder Vereinseitigung. Für den "Künstler-Philosophen" Nietzsche war dies keine "formale Spielerei": "Man ist um den Preis Künstler, dass man das, was alle Nichtkünstler Form nennen, als Inhalt, als Sache selbst empfindet. Damit gehört man freilich in eine verkehrte Welt." (18)

Die Fragmentierung der Philosophie Nietzsches ist aber auch Folge und Ausdruck ihres Scheiterns. Auch dies muss interpretiert werden: was hat den Autor von seinem Weg abgebracht, woran ist dieser Diskurs gestrandet? Ein Diskurs ist nie das neutrale Medium, in dem eine AutorIn ihre Absicht verwirklicht. Im Gegenteil: JedeR AutorIn schreibt sich in Diskurse ein, die ihm oder ihr vorausgehen und folgen, die mehr sagen und wissen als sie. Ein philosophischer Text trägt die ganze Geschichte der Philosophie in sich, positioniert sich und seineN AutorIn in dieser Geschichte und in der übrigen Geschichte. Deshalb ist er ein hart umkämpftes Terrain, in dem AutorIn und LeserInnen unaufhörlich die Plätze tauschen. Nietzsche notiert: "Ein Faktum, ein Werk ist für jede Zeit und jede neue Art von Mensch von neuer Beredsamkeit. Die Geschichte redet immer neue Wahrheiten." (19)

Die Teile

sind mehr

als ihr Ganzes

Da Nietzsche seine Philosophie schon in Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben so systematisch dargelegt habe, dass "alle folgenden Schriften dazu Weiterungen und Erklärungen (sind)", will Lehmann sein "Lebenswerk" ohne "ein darüber gesponnenes Netz von Exegesekünsten" aus seinen "einfachen Grundgedanken" deuten. Dass Nietzsche die in dieser Frühschrift vertretene Position selbst noch revidiert hat und sie deshalb gerade nicht zum Angelpunkt einer Gesamtinterpretation werden kann, habe ich oben ausgeführt. Nietzsche selbst hat die systematische Rekonstruktion seiner Texte so entschieden abgelehnt, dass er eine geradezu umgekehrte Lektüre fordert: "Ich misstraue allen Systematikern und gehe ihnen aus dem Weg. Der Wille zum System ist, für uns Denker wenigstens, etwas, das kompromittiert, eine Form unserer

Immoralität. - Vielleicht errät man, bei einem Blick hinter dies Buch, welchem Systematiker ich selbst nur mit Mühe ausgewichen bin ...". (20)

Wieder taucht das Problem der Fragmentierung auf - und das Problem einer Lektüre, die notwendig Übermächtigung von Text und Autor ist - im Fall Lehmanns: Systematisierung des Nicht-Systematischen. Nicht, dass ich das für vermeidbar halte: nur frage ich mich, was Lehmann meint, wenn er meine bzw. die linke Nietzsche-Lektüre "selektiv" nennt und darin eine Schwäche sieht. Nicht die Auswahl ist das Problem, sondern die Perspektive, in der ausgewählt wird. Hätte Nietzsche gesagt.

Thomas Seibert

Anmerkungen:

1) Also sprach Zarathustra, Von der schenkenden Tugend, Abschnitt 3. Insofern erweist sich Foucault an der Stelle, die Hartmann gegen mich zitiert, als getreuer Schüler Zarathustras: "Die einzige Anerkennung, die man einem Denken wie dem Nietzsches bezeugen kann, besteht darin, dass man es benutzt, verzerrt, mißhandelt und zum Schreien bringt. Ob einem die Kommentatoren Treue bestätigen oder nicht, ist völlig uninteressant." Verwandten Sinnes hat übrigens Marx darauf bestanden, kein "Marxist" zu sein. Ich schließe daraus, dass "linke" Marxisten notwendig "Gegenmarxisten" sind

2) ak 445, S. 30, 3 - 5 Spalte

3) Morgenröte, Drittes Buch, Aphorismus 197

4) Vom Nutzen und Nachteil der Historie, Kap. 5

5) Ecce Homo, Vorwort, Aph. 3. Nitimur in vetitum: Wir streben ins Verbotene

6) Kritische Studienausgabe (KSA) 1, S. 308f

7) KSA 13, S. 189f. (1887/88)

8) KSA 13, S. 49 (1887/88)

9) KSA 12, S. 213 (1886/87)

10) Theodor W. Adorno, Negative Dialektik. Ffm 1975, S. 373f

11) Menschliches-Allzumenschliches, Von den ersten und letzten Dingen, Aph. 11

12) Genealogie der Moral, ‚Schuld`, ‚Schlechtes Gewissen` und Verwandtes, Aph. 3. Mnemonik geht auf grch. mnemonikos zurück: das Gedächtnis betreffend

13) Michel Foucault, Von der Subversion des Wissens. Frankfurt/M./Berlin/Wien 1978, S. 126

14) Karl Marx, Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung (1844), Studienausgabe Bd. 1, S. 24 bzw. S. 30

15) Vgl. Theodor W. Adorno, Minima Moralia, Aph. 58

16) Vgl. Michel Foucault, Der Mensch ist ein Erfahrungstier, Ffm 1996, S. 39

17) Der Nachlass umfasst Band 7 - 13 der fünfzehnbändigen Kritischen Studienausgabe (KSA) Nietzsches und setzt sich aus Varianten zu seinen veröffentlichten Texten, Vorstudien zum jahrelang geplanten, doch niemals ausgeführten "Hauptwerk", zahllosen, mit schneller Hand hingeworfenen Notizen, Kommentaren zu seiner Lektüre u.a. Fragmenten zusammen

18) KSA 13, S. 533 (1888)

19) Nietzsche, Umwertung aller Werte, München 1977, S. 281

20) KSA 13, S. 533 (1888). Hervorhebung von Nietzsche

37. Der Retter Israels. Ariel Sharon verhindert den Judenmord - hofft "konkret"

Ariel Sharon verhindert den palästinensischen "Judenmord" - hofft konkret

Autor: Js. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:02

Für einen Moment kam Hoffnung auf: konkret (3/2001) bringt ein Interview mit Moshe Zuckermann, dem klugen Analytiker des israelisch-palästinensischen Konflikts! Sollten die bis dahin rabiat anti-palästinensischen "Nahost-Politiker von Altona" (vgl. ak 445) ihre eigene Position überdenken wollen? Dass es dazu denn doch nicht kam, liegt nicht an Zuckermann. Seine Position, ausführlich dargestellt in ak 447, wird auch in Kurzform deutlich: Zuckermanns bisher enttäuschte Erwartung an die deutsche Linke ist, dass sie "eine gewisse Sympathie oder Solidarität gegenüber den Palästinensern" zeige, eine Solidarität allerdings, "die sich nicht in Gewaltphantasien gegenüber dem Staat Israel ergeht". Diesen Staat sieht Zuckermann in seiner Existenz nicht bedroht - "es sei denn, der ganze Nahe Osten wird in Schutt und Asche gelegt"; notwendig sei daneben ein palästinensischer Staat mit offenen Grenzen, der eng mit Israel kooperiert.

Die Erwartung, konkret werde nun diese Position ernsthaft diskutieren, wird brutal enttäuscht. Dem Interview zur Seite gestellt ist Horst Pankows "Plädoyer gegen die Gründung eines palästinensischen Staates" - eine Ansammlung antipalästinensischer Schmähungen: Die Palästinenser würden seit jeher einen "völkischen Blut-und-Boden-Nationalismus" pflegen, dessen "wahnhafte Emanation ... die Forderung nach einem Rückkehrrecht" sei (in ak 447 hat Moshe Zuckermann erklärt, in welchem Sinne diese Forderung berechtigt und unterstützenswert ist); schließlich - diese "wahnhafte Emanation" (Ausströmen) linksdeutschen Geistes muss erst mal übertroffen werden: "Der Judenmord ist heute das zentrale Prinzip der PLO und ihrer Alliierten". Hitlers Wiedergänger heißt Arafat.

Damit nicht genug. In einem weiteren Artikel betreibt Karl Selent Sympathiewerbung für Ariel Sharon, den er weitgehend unverdient als "Kriegstreiber" verleumdet sieht. Dem Autor kommt der Hoffnungsträger der israelischen Rechten gerade zur rechten Zeit: "Wie man Arafats Flucht in die Gewalt (gemeint ist die Al-Aksa-Intifada; Anm. ak) auch erklären mag - die Methode Baraks war jedenfalls keine adäquate Antwort darauf." Für die Zukunft gibt es, glaubt man Selent, genau zwei Möglichkeiten: "Nun wird sich zeigen, ob Sharon es besser macht oder ob die Situation einfach nicht zu bessern ist."

Js.

38. Jodeln und mehr. Zabine legt Debüt-CD Transalpin vor.

Autor: Tommy Schroedter · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak449/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:22

Schon die Beatles hatten versucht, mit dem Einlassen auf indische Meditation und der Übernahme von fernöstlichen Religionsversatzstücken einen kreativen Schub zu bekommen. Anfang der achtziger Jahre waren es vor allem Popmusiker aus Großbritannien, die durch die Hinzunahme afrikanischer Musik ihren Produktionen neue Impulse gaben. Erinnert sei nur an Peter Gabriel mit Biko und Manfred Mann mit der LP Somewhere in Africa. Beide verknüpften ihre Musik mit dem Protest gegen das Apartheitsregime in der Republik Südafrika. Seitdem sind die Einflüsse der sogenannten Weltmusik aus der Popkultur nicht mehr wegzudenken. In der Bundesrepublik Deutschland waren es vor allem die Dissidenten, die den Ethnopop dem Publikum näher brachten.

Kann dies nun als eine popkulturelle Variante der Globalisierung bezeichnet werden? Oder ist dies die Verwurstung verschiedener kultureller Identitäten zu einem eurozentristischen Musikbrei? Das Album Graceland von Paul Simon steht für die Bejahung beider Fragen.

Lässt sich Volksmusik in Deutschland und Österreich mit Welteinflüssen verknüpfen? Zappt man durch die diversen Fernsehsender mit der ständigen Wiedergabe von volkstümlichem Liedgut, dann weiß man, wo es längs geht. Heutzutage kann mit deutscher Volksmusik nicht mehr so umgegangen werden wie zu Zeiten, als Degenhardt, Mey, Hein und Oss auf der Burg Waldeck die fortschrittlichen Wurzeln der Volksmusik auskramten. Volksmusik ohne Volkstümelei?

Ein gewagter Spagat, sicherlich. Sabine Kapfinger, früher eine der Alpinkatzen bei Hubert von Goisern, hat dies mit ihrer ersten Solo CD transalpin getan, ohne dass sie mit dieser Zielsetzung an die CD herangegangen wäre. Wie die Tirolerin sagt, ist sie durch die Erfahrungen geprägt, wie sie als Fremde in aller Welt aufgenommen wurde und wie demgegenüber in ihrer österreichischen Heimat mit Fremden umgegangen wird. Als "Pfadfinderin zwischen Musikalitäten und realer Welt" hat sie versucht, zusammen mit ihrem Produzenten Alfred Jaklitsch verschiedene Einflüsse ihrer Reisen mit dem Jodeln zu verknüpfen. Das musikalische Netz, das dabei herausgekommen ist, wirkt manchmal etwas rau, oft verträumt, aber immer stimmig.

Während die westliche Konsum- und Popkultur wie eine Welle über uns hinwegrollt, ergibt sich in der Musik von Zabine, wie Sabine Kapfinger sich auf ihrer Debut-CD nennt, eine Unterströmung, die in die entgegensetzte Richtung zieht, und dabei erfreulich erfrischend ist. An die 500 Satelliten, verknüpft mit der entsprechenden Kulturpolitik bei den regionalen Sendern, sorgen dafür, dass die gleichen Soaps in Delhi, Berlin, NYC oder Dakar gesehen werden. Dass im Senegal eher eine Dokumentation über die französische Landwirtschaft im TV zu bewundern ist als eine entsprechende über die senegalesische, zeugt von der Dominanz der katholisch-protestantischen Kultur Westeuropas, Nordamerikas und Australiens. Eine Kulturentwicklung, die kulturelle Vielfalt einbetoniert und an der die Vermarktung der spannendste Teil ist.

Zabine setzt dem zum Beispiel in Aussi den Augenblick entgegen, in der die Reisende nach Hause kommt und sich in der Verarbeitung der vielfältigen Eindrücke ihrer Reise wünscht, zum Baum zu werden, der einfach dasteht und geschehen lässt. Dies aber wiederum auf der Grundlage von funkigen, afrikanisch klingenden Beats, die die Unmöglichkeit des Wunsches unterstreichen und in der das Jodeln dann zum Schrei nach Orientierung wird. Die CD erinnert an die Geschichte des sizilianischen Akkordeons, erzählt von E. Annie Proulx, das, 1890 gefertigt in den USA, von den verschiedensten Immigranten gespielt wird. Jeder hält in dem Spiel seine eigene Kultur lebendig, doch alle zusammen lassen etwas Neues entstehen. Bei Zabine erinnern die verschiedenen Einflüsse an ihren jeweiligen Ursprung, werden aber zu einem neuen Ganzen. So bekommt beispielsweise der Einsatz von Rummelplatzorgel-Rhythmen bei dem Stück Himmi eine völlig neue Deutung.

In ersten Veröffentlichungen wurde Zabine bereits als österreichische Björk gefeiert. Sie selbst empfindet das schon als Kompliment, auch wenn ihr Björk nicht als Vorbild diente und sie nicht "so krass unterwegs" sein möchte. Obwohl sie einschränkend bemerkt, dass ihr Lied Hex schon sehr krass ist. Nun wird ja Björk in Island nahezu als lebende Kulturikone verehrt, damit muss Zabine derzeit in Österreich zum Glück nicht rechnen, denn die Musik auf transalpin kann als Absage an all das interpretiert werden, was im Umfeld der FPÖ als Kulturpolitik gewollt wird. Sabine Kapfinger freut es, wenn ihre Musik auch in diesem Sinne verstanden wird.

Etwas verstört bin ich, als sie mir vor dem Konzert im Roten Salon der Volksbühne in Berlin erzählt, dass die Musik live noch erdiger klänge als auf der CD. Nachdem sie den Titelsong als Opener mit ihrer Band präsentiert hat, ist die Verstörung komplett verflogen: Nur, wer wird als Westfale "rockiger" schon mit "erdiger" übersetzen.

Während sie im Gespräch zurückhaltend, ja fast schon schüchtern wirkt, ist sie dann auf der Bühne mächtig und präsent. Ihre Musik strahlt eine Authentizität aus, die bei einer solchen Vielfalt an Stilen kaum zu erwarten ist. Besonders deutlich kam diese bei dem sehr intimen Lied über ihren verstorbenen Opa zum Tragen. Sicherlich wird nur ein Bruchteil des Publikums den Text auf Anhieb verstanden haben, dennoch blieb es nach dem letzten Ton für einen Augenblick still, ehe der Applaus einsetzte. Die Musik und vor allem ihre Stimme waren so intensiv, dass das Anliegen auch ohne Verständnis der Worte deutlich rüberkam.

Wenn man Pete Seeger glauben kann, sind die Apachen und die Tiroler die einzigen auf der Erde, die das Jodeln pflegen. Dass diese Art des Singens so in Misskredit gekommen ist, können wir den Apachen nicht vorwerfen. Zabine wird es sicherlich nicht gelingen, die Dominanz der völkischen Jodler zu brechen. Aber ihr Verdienst ist es allemal, den Beweis erbracht zu haben, dass das Jodeln auch erfrischend unvölkisch genutzt werden kann.

Tommy Schroedter

Zabine, transalpin, erschienen bei Lawiene/Virgin

39. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak449/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:24

Feminismus in Afrika

Der Feminismus hat nicht nur in Europa einen schweren Stand. Auch in Afrika ist der Begriff Feminismus verpönt. Neben den gängigen Vorbehalten bei einem Großteil der Bevölkerung begegnen ihm selbst Intellektuelle aus afrikanischen Gesellschaften mit kritischer Distanz. Diese wurzelt in dem Vorwurf, der weiße, westliche Feminismus sei eurozentristisch und thematisiere die Geschlechterverhältnisse losgelöst von anderen sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Formen der Diskriminierung. Susan Arndt beschreibt in dem Buch Feminismus im Widerstreit die Abgrenzungsbestrebungen von Autorinnen wie Chikwenye Ogunyemi aus Nigeria oder Tuzyline Jita Allan aus Sierra Leone. Afrikanische feministische Ansätze des Womanismus oder Stiwanismus werden dem europäischen und nordamerikanischem Feminismus gegenübergestellt. Dabei wird deutlich, dass sich die Ablehnung eher aus dem dominanten Habitus vieler westlicher Feministinnen speist als aus den verschiedenartigen feministischen Ansätzen oder Gender-Theorien. Zumindest unternimmt die Autorin kaum Anstrengungen, um den kritisierten Feminismusbegriff zu erläutern oder wissenschaftshistorisch einzuordnen. Offen bleibt ebenso, auf welchen Ansatz des westlichen Feminismus sich die afrikanischen Autorinnen, die in dem Buch vorgestellt werden, beziehen. Schwerpunkt des Buches ist die literarische Auseinandersetzung mit patriarchalen Mustern, Männerdominanz und Gewalt. Nur stichwortartig analysiert die Autorin dagegen die gesellschaftliche Situation von Frauen in verschiedenen Staaten Afrikas. Verdienst des Buches ist es allerdings, dass es in das vernachlässigte Thema der afrikanischen Feminismus-Debatte einführt. Differenzierend und sensibel stellt Susan Arndt die Texte wichtiger Schriftstellerinnen aus verschiedenen Regionen Afrikas vor und ordnet sie in unterschiedliche Strömungen ein.

Susan Arndt: Feminismus im Widerstreit. Afrikanischer Feminismus in Gesellschaft und Literatur; Unrast-Verlag, Postfach 8020, 48043 Münster; 205 Seiten, 24,80 DM

Unvertrauliches zu 68

"Unter den Talaren Muff von tausend Jahren" - mit diesem berühmt gewordenen Spruch rebellierten StudentInnen in den 60er Jahren gegen die Herrschaftslehre an den Universitäten. Über 20 Jahre später sind viele der Ex-ProtestlerInnen selbst ehrenwerte Mitglieder der ehemals verhassten Wissenschaftsgemeinde. Während ein Großteil der Revoltierenden es sich mittlerweile im Establishment bequem gemacht haben, gibt es nur noch wenige, die nicht in den Distanzierungs-Chor einstimmen. Die Zeitschrift Sozialismus hat diese Dissonanzen unter dem Titel: 68: "Trau keinem?" eingefangen. Zu Wort kommen altehrwürdige Herren wie Elmar Altvater, Frank Deppe und Freerk Huisken, die ihre heutigen Ansichten zur Revolte formulieren. In einem "historischen" Beitrag aus dem Jahre 1968 behandelt Peter von Oertzen den "Geist der Zeit: Provokation und Gewalt". Die übrigen Texte beschäftigen sich zum einen mit den aktuellen Versuchen der Kriminalisierung linker Geschichte, zum anderen geht es um eine kritische Bestandsaufnahme: Was hat die Studentenbewegung erreicht? Welche Fehler wurden gemacht? Was waren die Ursachen für ihr Scheitern? Frank Deppe setzt sich in seinem Artikel "Intellektuelle und Politik" mit den Versäumnissen linker Politik auseinander. So kritisiert er die Unfähigkeit der Linken, strategische Antworten auf die Krise des Fordismus zu finden. Im Rückblick bemängelt er die fehlende Offenheit zur Selbstüberprüfung - in dem Sinne, dass die eigenen politischen Thesen nicht an gesellschaftlichen Realitäten geprüft wurden. Wahrheit ist - so Deppe - nicht a priori vorgegeben, sondern sie ist "konkret und widersprüchlich, aus der Analyse der Wirklichkeiten selbst anzueignen." Auch Leuten, denen die derzeitige 68er Diskussion zum Hals raushängt, sei diese Artikelsammlung empfohlen.

68: Trau keinem? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2001. Mit Beiträgen von Elmar Altvater, Joachim Bischoff, Hansgeorg Conert, Frank Deppe, Freerk Huisken, Oskar Negt, Peter von Oertzen, Norman Paech und Bodo Zeuner. VSA-Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, 62 Seiten, 5 DM

Ecos Italien

"Mein verrücktes Italien" heißt der jüngste Sammelband mit Artikeln des italienischen Turbo-Intellektuellen Umberto Eco. Das Büchlein, erschienen im Wagenbach-Verlag, ist nur für eingefleischte Eco-Fans ein

Ärgernis: Die meisten Aufsätze sind schon in anderen Sammlungen erschienen oder stammen aus dem Wochenmagazin L'Espresso, wo Eco alle 14 Tage (früher wöchentlich) mit einer Kolumne vertreten ist. Für die Mehrheit des Publikums aber bietet das Buch eine lesenswerte Auswahl unterhaltsamer, brillant geschriebener und übersetzter Beobachtungen zum Wahnsinn des Alltagslebens. "Typisch italienisch" ist nur ein Teil der durchweg mit Witz beschriebenen Absurditäten, etwa der Klassiker "Wie man einen verlorenen Führerschein ersetzt" - eine sarkastische Anklage gegen den Stumpfsinn der Bürokraten und die Notwendigkeit, den endlosen Dienstweg mit Hilfe von Empfehlungen und persönlichen Beziehungen abzukürzen. Andere Texte haben beinahe universelle Gültigkeit - die seltsame Angewohnheit von Fußball-Fans etwa, stundenlang über ihren Sport zu reden, statt ihn selbst zu betreiben, ist für Eco eine Art "sexueller Perversion" oder "minderwertige Ersatzhandlung". Allerdings zweifelt er daran, ob solche "simplen Wahrheiten" Menschen begreiflich zu machen sind, "die so viel Zeit mit Diskussionen über Fußball verlieren, dass sie keine Zeit mehr dafür haben, wenigstens sonntags mit ihren Kindern ein bisschen zu kicken - womöglich unter Hinzuziehung einiger Kinder von anderen." Die von Eco selbst in diesem Zusammenhang erwähnte "Marxsche Utopie einer befreiten Gesellschaft, in der jedermann Fischer und Jäger etc. ist", ließe sich entsprechend erweitern: Morgens Eco lesen, nachmittags kicken - und abends Artikel schreiben, die zumindest ein bisschen von Ecos Witz enthalten. (Den ak-SchreiberInnen sei das Büchlein besonders empfohlen.)

Umberto Eco: Mein verrücktes Italien. Verstreute Notizen aus vierzig Jahren. Aus dem Italienischen von Burkhard Kroeber; Verlag Klaus Wagenbach (Berlin) 2000; 124 Seiten, 17,80 DM

Rebellion ist gerechtfertigt

Manche linken Veröffentlichungen muss man für sich selbst sprechen lassen. Die Rote Fahne - Wochenzeitung der MLPD berichtet über ein in der übrigen Presse unterschlagenes "bedeutendes Ereignis": den 5. Verbandsdelegiertentag des marxistisch-leninistischen Jugendmassenverbandes REBELL: "Dieser 5. Verbandsdelegiertentag drückte den Willen und die Reife des REBELL aus, sich selbst zu verändern und unter ideologisch-politischer Führung der Partei die Masse der Jugend für den Kampf um den echten Sozialismus zu gewinnen." Schon jetzt eilt die MLPD-Jugend von Erfolg zu Erfolg: "Inzwischen gehen Jugendliche zu Hunderttausenden gegen die volks- und jugendfeindliche Politik der Regierung auf die Straße, oft in enger Verbindung mit der Arbeit von MLPD und REBELL" - so geschehen beim Protest gegen die Castor-Transporte! Was die Freude an der Realsatire trübt, ist das Mitleid mit den jugendlichen REBELL-Mitgliedern. Sie mussten sich bei ihrem Delegiertentag auch noch eine Rede des Parteivorsitzenden Stefan Engel anhören, der von ihnen die Organisierung einer "Erziehung zur proletarischen Denkweise in allen Lebensfragen" forderte. In dieser "Lebensschule der proletarischen Denkweise" ist für die Versuchungen der Bourgeois-Kultur kein Platz - etwa für die bei Jugendlichen angesagten Musikstile, denn "auch wenn sie sich fortschrittlich geben - sie erfüllen objektiv alle den Zweck, die Jugend zu spalten. Im Kapitalismus dient jede Kultur, die über die Massenmedien verbreitet wird, dem Erhalt des kapitalistischen Systems." Statt - wie von Genossen Engel gefordert - ein Liederbuch herauszugeben, das "die Menschen anspricht und erzieht", sollten die REBELLInnen lieber ihre eigene Kulturrevolution machen: Rebellion ist gerechtfertigt! Bombardiert das Hauptquartier!

Rote Fahne - Wochenzeitung der MLPD, 23. März 2001: "Jugend mit Perspektive. Jugendverband REBELL auf dem Weg in die Zukunft"; MLPD, Koststr. 8, 45899 Gelsenkirchen, Fon 0209/9519430, Fax 0209/9519410, e-mail rotefahne@mlpd. de, www.mlpd.de, 24 Seiten, 2 DM

40. LESERBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak449/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:28

Kinder ihrer Zeit

Betr.: Gewalt-Cocktails, ak 447

Wer den auf einen Polizisten fast zögerlich einschlagenden Fischer, mit einem prügelnden SA-Mann in einen Topf schmeißt, beweist damit nur, dass ihm politisches Kalkül oder Hass auf die Linke wichtiger sind, als die Gefahr, den Nationalsozialismus zu verharmlosen. So weit so gemütlich, doch wenn man sich die Zeugnisse der 68er und ihrer NachfolgerInnen mit dem ideologisch geschärften Blick unserer Tage ansieht, so kommt dabei allerdings auch manches Ungute heraus. Die 68er, angetreten ihre Väter (wo waren die Mütter?) zu entlarven und dem Faschismus die demokratische Maske vom Gesicht zu reißen, hatten sehr vorsichtig formuliert, ein höchst ambivalentes Verhältnis zum deutschen Nationalismus. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit Auschwitz fand so gut wie nicht statt. Man lese z. B. die Erklärung der RAF zu ihrem Anschlag auf die US-Armee in Heidelberg, bei dem Auschwitz mit den alliierten Luftangriffen auf Dresden und Vietnam in einen Topf geschmissen. Solche Unseligkeiten, auch im verbalen Umgang mit Jüdinnen und Juden, ließen sich fortsetzen. Man nehme nur das auf Demonstrationen bis in die achtziger Jahre verbreitete "SS, SA, USA"-Geschreie. Hat sich wohl jemals jemand Gedanken darüber gemacht, wie sich das in den Ohren der überlebenden Jüdinnen und Juden anhören würde? Wurde da nicht ganz offensichtlich von der historischen Tatsache abgelenkt, dass nicht das deutsche Volk, sondern die USA und ihre Verbündeten SS und SA abgeschafft haben? In Sachen Nationalismus war auch die gemäßigte Linke, von SPD bis Friedensbewegung nicht besser. Es ist bezeichnend, dass die CDU in der jüngsten Trittin-Debatte ein Plakat mit dem Kopf von Willi Brandt und der Aussage, man könne stolz sein auf Deutschland, hervorziehen konnte. Diese Diskrepanz zwischen Anklage gegen andere und mangelndem eigenem Bewusstsein für die "deutsche Schuld", ist das wirklich beklemmende an den 68ern. Deshalb kann man sich durchaus fragen, ob da noch mehr im Busch war. Zum Beispiel wie viel der Angriff der Linken auf die zugegeben oberflächliche Demokratie in der Bundesrepublik mit ernst zu nehmender Kritik und wie viel mit dem in Deutschland ererbten antidemokratischen Reflex zu tun hatte. In jedem Fall ist die Debatte um die Gewalt im Zusammenhang mit 68 keine abstrakte Frage nach der Berechtigung von revolutionärer Gewalt bis hin zum Tyrannenmord, sondern eine sehr konkrete Frage nach dem was in einer bestimmten historischen Situation in Deutschland geschehen ist. Da gehört u.a. die Provokation des Staates hinein, der Polizist, der auf einer von den Jubelpersern und der Polizei eskalierten Demonstration, Benno Ohnesorg von hinten erschoss, der Richter, der diesen Polizisten frei sprach, die Presse, die das rechtfertigte. Da gehört aber auch die Frage hinein, wie weit die 68er empfänglich waren für autoritäres Verhalten und Gewalt. Aus dem Erklärungsbedarf hilft es nur beschränkt, wenn die Berufung von Merkel-Merz auf die Demokraten von damals, genauso falsch ist, denn deren hysterischer Antikommunismus war eher ein Abkömmling der Ideologie des NS als demokratisches Bewusstsein, was sich immer dann herausstellte, wenn irgendwo auf der Welt wieder eine Diktatur unter dem Markenzeichen des Antikommunismus sich hervortat. Aber der Vergleich mit ihren Gegnern verweist wenigstens auf eines: Die 68er waren eben Kinder ihrer Zeit und die war dem NS fern und nah zugleich, immerhin hatten da die 68er schon den Finger drauf, nur dass die Entlarver die Bevölkerung und sich selbst zu sehr ausklammerten. Deswegen braucht man die 68er nicht für die nachgeborene fünfte Kolonne der SA zu halten. Doch es wäre schade, wenn man auf Grund von offensichtlichen Verzerrungen, den neu entbrannten Streit um 68 als reine Scheindebatte abtun würde. Über inhaltliche Schwächen und Fehler nicht zu reden kann sich die Rechte leisten, der Linken fällt so ein Verhalten regelmäßig auf die Füße. Für Analyse und Kritik, für eine radikale Linke.

Jan Keetman, Istanbul

Schlechtes Buch,

guter Film

Betr.: Der Orbitale Blick, ak 448

In dem Artikel zu Stanley Kubricks Film "2001 - Odysee im Weltraum" fehlt, dass Kubricks Film die Verfilmung eines Romans ist. Der gleichnamigen des Science-Fiction-Roman von Arthur C. Clarke ist im selben Jahr 1968

erschienen. Clarke war Mitautor des Drehbuchs. Der Film ist allerdings besser als das Buch, weil er - im Gegensatz zu diesem - keine Erklärungen liefert für das Geschehen am Anfang und am Ende der Geschichte, und deren Deutung dem Zuschauer überlässt. Statt wie Clarke (sozialdarwinistische) Erklärungen für die Evolutionsgeschichte zu liefern, oder nähere Beschreibungen der überlegenen Intelligenz, in deren Bereich das Raumschiff am Ende seiner Reise - laut Buch - gerät.

JK

Richtigstellung

Betr.: Der Kaiser als Spießer, ak 448

Leider ist euch beim Abdruck meines Artikels "Der Kaiser als Spießer" ein Fehler unterlaufen. In dem Artikel wurde fälschlicherweise durch die Redaktion die Fischer Kontroverse mit dem Historikerstreit verwechselt. Zur Richtigstellung: Die Fischer-Kontroverse in den 60er Jahren ging um die Rolle des Deutschen Reiches beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges, während sich der Historikerstreit in den 80er Jahren um die Vergleichbarkeit der nationalsozialistischen Verbrechen drehte. Der Autor hofft, dass die LeserInnen durch die Verwechslung nicht zu sehr verwirrt wurden.

Alexander Neumann

41. Kalender

CD-Datei: daten/aksuche/ak449/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:35

Kanak Attak

an der Volksbühne

Das bundesweit agierende Netzwerk Kanak Attak geht den Spuren des migrantischen Widerstandes in Deutschland und der Kanak Kultur nach. Geschichten von AktivistInnen verschiedener Generationen werden den Abend füllen. Unter anderem lesen Emine Sevgi Özdamar aus Die Brücke vom Goldenen Horn und Raul Zelik aus grenzgänger beatz.

Berlin, 13.4., von 17.30-5.00 an der Volksbühne (Roter Salon, Hauptbühne, Sternfoyer, Grüner Salon),

Eintritt: DM 25/18

Neonazis auf

dem Vormarsch?!

Das Antifa-Café Düsseldorf präsentiert neben vegetarischer Volxküche einen Diavortrag über die Entwicklung, Strukturen und die Gegenwart der Naziszene in Nordrheinwestfalen wie auch bundesweit. (Hoffentlich vergeht da nicht der Appetit ...)

Düsseldorf, 16.4., ab 19 Uhr

im Initiativenhaus, Martinstr.58,

mit vegetarischer Volxküche

Globalisierung

und Proteste

Vortrag von Michael Heinrich, Publizist und Herausgeber der Zeitschrift Prokla. Globalisierungskritik wird auf unterschiedlichen Ebenen geäußert und enthält teilweise eine verkürzte Kapitalismuskritik- es wird zwischen "entfesseltem" Kapitalismus und "reguliertem" Kapitalismus unterschieden. Bei der "Bändigung" des Kapitalismus wird auf den Nationalstaat vertraut. Mehr dazu auf der Veranstaltung, die vom Leipziger Bündnis gegen rechts organisiert wird.

Leipzig, 17.4., um 18 Uhr

im Conne Island

Südliches Afrika

In der Reihe "Momentaufnahmen aus dem

Südlichen Afrika" liest Shimmer Chinodya aus Zimbabwe aus Dornenernte und Can we talk. Lesung und Gespräch finden auf Englisch und Deutsch statt.

Hamburg, 20.4., um 19.30,

in der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, Eintritt: DM 8/5

Sozialer Protest weltweit

Seattle-Prag-Nizza-Davos-Porto Alegre - die Hängematten laden ein zur Diskussionsveranstaltung über Erwerbslosigkeit und Globalisierungskämpfe. Aus dem knappen, aber aussagekräftigen Programm: Film zum Einstieg - Kurzreferate - Diskussion- Party ab 23 Uhr.

Berlin, 20.4., um 20 Uhr im

zielona gora, Grünbergerstr.73

"1989" und die Linke

"1989" gilt als Chiffre für Umbrüche und Prozesse, an denen die Linke bis heute zu knabbern hat. Fehlt uns eine gemeinsame Utopie? Oder sollten wir froh sein, den Ballast überkommener Utopien abgeworfen zu haben? Was heißt das für die Analyse von Herrschaftsverhältnissen? Was ist mit dem Begriff Kommunismus? Diese und ähnliche Fragen sollen mit der "Vorbereitungsgruppe Zurück in die Zukunft" diskutiert werden.

Hamburg, 22.4., von 12-18 Uhr

im Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12

Frauen auf globalen Arbeitsmärkten

In der Reihe "Grenzenlos und unverschämt" wird die Publizistin Christa Wichterich über die prekäre Arbeitssituation von Migrantinnen in Deutschland und weltweit informieren.

Hamburg, 26.4., um 19.30 Uhr im

Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12,

Eintritt: DM 3, nur für FrauenLesben

"Abschiebeknäste abschaffen -

in Ingelheim und Zweibrücken anfangen!" Ein breites Bündnis, darunter die Aktion 3.Welt Saar, Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge e.V. und AK Asyl Rheinland Pfalz, rufen zur Demonstration gegen das Abschiebegefängnis Ingelheim auf. Das ist nach Zweibrücken das zweite Abschiebegefängnis in Rheinland-Pfalz und soll Ende April in Betrieb genommen werden, in ihm sollen dann 150 Flüchtlinge eingesperrt werden. Kommt alle zur Demo nach

Ingelheim, 28.4, Beginn der Demonstration um 12 Uhr am Bahnhof Ingelheim. Infos: Aktion 3.Welt Saar, Tel.06872/ 9930-56, mail: a3wsaar@t-online.de

Rundreise

von Ya Basta

Mindestens eine Aktivistin von YaBasta/ Centro Sociale Leoncavallo aus Mailand berichtet über antirassistische und antikapitalistische Kämpfe in Italien. Die bisher spektakulärste Aktion von Ya Basta Mailand war die Demonstration gegen das Abschiebegefängnis "Via Corelli", das nach zahlreichen Auseinandersetzungen vorübergehend geschlossen wurde; aber auch die Tute Bianche mit ihren weißen gepolsterten Overalls sorgten mit zahlreichen Aktionen für Aufsehen.

Alle Veranstaltungen beinhalten Dias und Filmausschnitte und beginnen um19.30 Uhr:

München, 28.4., im Kulturladen

Westend, Ligsalzstr.20,

Frankfurt, 29.4., im Café Exzeß,

Leipzigerstr.91,

Köln, 30.4. in der Alten Feuerwache, Melchiorstr.3,

Bremen, 1.5., im Kulturzentrum

Lagerhaus,

Göttingen, 2.5., Arbeit und Leben,

Lange Geismarstr.73,

Berlin, 3.5., Kato, im U-Bahnhof

Schlesisches Tor

Leipzig, 4.5., Winfried v. Kessler

Lichtwirtschaft, Stöckartstr.11,

Oberhausen, 5.5., im Druckluft,

Jugend- und Kulturzentrum,

Am Förderturm 27

"Zusammen kämpfen - zusammen feiern"

Unter diesem Motto lädt die Antifaschistische Initiative Heidelberg gemeinsam mit anderen Gruppen zum Antifaschistischen Aktionstag ein. Mit Vorträgen, Agitprop-Theater, Infoständen und Live-Bands soll der öffentliche Raum mit linken Inhalten besetzt und dem "Mai-Singen" der Heidelberger Burschenschaften etwas entgegengesetzt werden.

Heidelberg, 30.4., um 18 Uhr auf dem Uniplatz.

Angola: Öl, Diamanten, ... Krieg

Der Antikriegsaktivist Emanuel Matondo wird auf diversen Veranstaltungen über Krieg, Kriegsdienstverweigerung, Widerstand, Flucht und Asyl berichten. Trägerorganisationen der Veranstaltungsreihe sind Connection e.V. und die Angolanische Antimilitaristische Menschenrechtsinitiative.

Mainz, 7.5. - Bremen, 9.5. - Freiburg, 11.5. - Lahnstein, 13.5. - Herne, 14.5., 11.00 Uhr - Frankfurt, 14.5., 19.30 Uhr - Offenbach/Main, 15.5. - Landshut, 16.5. - Potsdam, 17.5. - Berlin, 21.5.; genauere Infos: Tel.: 069-82375534,

mail: office@Connection-eV.de,

Internet: http://www.Connection-eV.de

Kommunen

Leute aus der Burg in Lutter am Barenberg, einer der ältesten Kommunen, und dynamische JungkommunardInnen aus "alla hopp" in Bremen diskutieren über theoretische Ansprüche, Grenzen und real existierende Spielräume im Kommunendasein.

Hamburg, 17.5., um 21 Uhr im Ahoi, Balduintreppe auf St.Pauli.

Pfingstreise

zu den Sahrauis

Medico international plant eine Pfingstreise nach Tindouf zur Frente Polisario.

Reisetermine: 3.6. Frankfurt-Tindouf, 10.6. Tindouf-Frankfurt (Flugkosten ca. 1.200 DM); Infos: Thomas Seibert 069/944 38-36, Annelie Koschella 069-944 38-44, mail: info@medico.de

42. In diesem Tempo weiter!

60.000 DM für ak fest im Auge

CD-Datei: daten/aksuche/ak449/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:44

Das Positive zuerst: Im Vergleich zum Vormonat ging im März annähernd 100 Prozent mehr Geld auf dem Spendenkonto des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik ein. Allen Spenderinnen und Spendern dafür ein herzliches Dankeschön.

Wenn in den nächsten vier Wochen die gleiche Steigerungsrate beibehalten wird, dann haben wir die noch fehlenden 10.000 DM fast zusammen. Wir haben es schon in der letzten Ausgabe geschrieben: Eine Zeitung wie ak - so sind die Zeiten - finanziert sich nicht selbst. Ohne Spenden und ohne Beiträge der Vereinsmitglieder wäre die regelmäßige Herausgabe von ak nicht zu gewährleisten. Wir brauchen die 10.000 DM unbedingt, sonst bleibt uns nur das im Kapitalismus übliche Prozedere: Kosteneinsparung oder Preiserhöhungen. Und Einsparung würde bei uns eine Kürzung der eh schon mäßigen Gehälter oder gar Stellenreduzierung bedeuten.

Aber lasst uns ein wenig träumen: Es gehen in den nächsten Wochen wesentlich mehr als die fehlenden 10.000 DM ein, der positive Trend bei den Abos geht unvermindert weiter, der Verein wirbt viele neue Mitglieder, die ihn mit monatlichen Spenden unterstützen...

Dann ließe sich eine Preiserhöhung vermeiden. Ansonsten bleibt uns nur dieses Mittel, auf das wir natürlich gern verzichten würden. Mit 7,50 DM sind wir schon nicht ganz preisgünstig; uns ist durchaus bewusst, dass der Preis potenzielle NeukäuferInnen abschrecken kann. Dafür bieten wir einerseits das Schnupperabo zum Kennenlernpreis von 10 DM und zusätzlich ein Sozialabo (60 DM für ein Jahr ak) für Menschen mit geringem Einkommen. Angebote, die durchaus genutzt werden, denn es ist ganz offensichtlich, dass auch die Linke nicht von Umstrukturierungen im Produktionsprozess verschont bleibt.

Diese Angebote können wir natürlich nur aufrecht erhalten, wenn die Menschen, die über ein höheres Einkommen verfügen, sich bereit erklären, die Finanzierungslücke zu schließen.

Aber jetzt genug der Finanztrommelei. Wir würden den positiven Trend und den Schwung des letzten Jahres gerne fortsetzen. Wir haben viele Ideen für weitere Veränderungsprozesse bei ak. So werden in nächster Zeit weitere Dossiers folgen, es werden neue Rubriken eingerichtet werden, und vor allem arbeiten wir zur Zeit an der Erweiterung unseres publizistischen Angebotes. So hat sich im Zuge der ak-Zukunftskonferenz eine Arbeitsgruppe gebildet, die an der Herausgabe eines zusätzlichen ak-Magazins arbeitet.

All dies kann natürlich nur dann umgesetzt werden, wenn ihr die fehlenden 10.000 DM zum diesjährigen Spendenziel von 60.000 DM rüber schiebt. Die Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Also nutzt bitte die beiliegenden Überweisungsträger und helft mit eurer Spende mit, das weitere Erscheinen von ak zu sichern.

ak-Redaktion

Spenden-Konto:

Verein für politische Bildung,

Analyse und Kritik e.V.

Konto Nr. 13150-204

BLZ: 200 100 20

Postbank Hamburg

Verwendungszweck: Spende, StNr.

Hbg Mitte Altststadt 17/441/05419

43. Der "Übergang" als Perspektive

Russland, Ukraine, Jugoslawien:

CD-Datei: daten/aksuche/ak449/ost.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:449:ost

"Russland ist nach der Zeit der schnellen Umverteilung des Volksvermögens nun in die Phase der inneren Polarisierung eingetreten", schreibt unser Autor Kai Ehlers über die Perspektiven der kränklichen Großmacht. Unter dem seit einem Jahr regierenden Wladimir Putin erholt sich zwar gegenwärtig die gebeutelte Wirtschaft, doch der Aufschwung ist keineswegs gleich bedeutend mit einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Mehrheit der Bevölkerung. Die Regierung versucht ihn vielmehr in eine Intensivierung der marktwirtschaftlichen Reformen umzusetzen. Dies lässt das soziale Konfliktpotenzial wachsen. Putin, der ehemalige Geheimdienstchef, setzt auf autoritäre Maßnahmen, um die politische Stabilität zu wahren.

"Es ist die Stabilisierung eines Übergangssystems, eines befremdlichen Organismus zwischen Liberalismus und Autoritarismus, der sich bei uns herausgebildet hat", zitiert Ehlers den Wirtschaftswissenschaftler Alexander Busgalin, Mitglied der reformsozialistischen Gruppe Alternativen, über die Situation in Russland.

Das könnte auch auf die Ukraine zutreffen. Das Land windet sich im unendlichen Übergang, schreibt unsere Autorin Olga Samborskaya.

In einem Hintergrundartikel erklärt sie, wie aus den Hoffnungen auf ein post-sowjetisches Paradies nach der Ausrufung der Unabhängigkeit 1991 eine politische und soziale Dauerkrise wurde. Gegenwärtig sieht sich die Regierung unter Präsident Kutschma mit wütenden Protesten gegen Korruption und Autoritarismus konfrontiert.

Die Opposition in der Ukraine ist allerdings gar nicht so weit von der Regierung entfernt. Verbindungsglieder stehen im Ruf nach einer "starken Hand" und im nationalistischen Diskurs. Auch der Prozess der "Schattenprivatisierung, das bedeutet das zynische Ausplündern der Betriebe durch die ehemalige Nomenklatura", eint die politischen Konkurrenten in der Ukraine. Deshalb könne eigentlich nicht von "Opposition" die Rede sein, sondern von einem "Kampf untereinander", meint Olga Samborskaya aus Kiew.

In Jugoslawien wird der "Kampf untereinander" gerade ausgefochten. Damit sind nicht die ethnischen Konflikte gemeint, sondern die Neuordnung der inneren politischen Verhältnisse nach dem Sturz Slobodan Milosevics. Autoritarismus, Nationalismus, "Schattenprivatisierung" werden auch unter den neuen Machthabern bleiben - diesen Eindruck hatte eine Delegation, die im März linke Basisgruppen in Jugoslawien besuchte und deren Bericht wir dokumentieren. Vielleicht bildet die Situation in Russland, der Ukraine und Jugoslawien nicht den "Übergang" von einem dunklen Punkt A (Real- sozialismus) nach einem lichten Punkt B ("Normalität" = Demokratie, Wohlstand, Marktwirtschaft), wie im Westen versprochen und im Osten gehofft wird. Vielleicht zeigt die aktuelle Situation eher die Perspektive, welche der Kapitalismus für Ost- europa bietet.

Seite 18-22